

# Historische Studien

unter Mitwirkung der Herren Universitäts-Professoren: W. Andreas, O. Becker, G. Beckmann †, G. v. Below †, G. Beyerhaus, A. Brackmann, A. Cartellieri, F. Delitzsch †, W. Goetz, F. Hartung, A. Hasenclever, R. Holtzmann, P. Joachimsen †, H. Lietzmann, E. Marcks, F. Meinecke, G. Mentz, W. Mommsen, H. Oncken, F. Philippi, A. Wahl, A. Weber, G. Wolff, J. Ziekursch  
u. a. herausgegeben von Dr. Emil Ebering.

== Heft 337 ==

---

## Die außenpolitischen Ideen der Achtundvierziger

Von

**Dr. Eberhard Meier**

==

Verlag Dr. Emil Ebering  
Berlin 1938

Nachdruck mit Genehmigung vom  
Matthiesen Verlag, Lübeck

KRAUS REPRINT LTD.

Vaduz  
1965

Historische Studien

Die aufenpolitischen Ideen  
der Achtundvierziger

Die aufenpolitischen Ideen  
der Achtundvierziger

Reprinted from a copy in the collections of  
The New York Public Library

Printed in the United States of America

**Bärbel und Hilde**  
zugeeignet



## Inhaltsverzeichnis.

|                                                                                                   | Seite |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------|-------|
| Vorwort . . . . .                                                                                 | 5     |
| Einleitung . . . . .                                                                              | 15    |
| Kapitel I. Das Vorparlament.                                                                      |       |
| Außenpolitische Ideen über Rußland und Polen . . . . .                                            | 17    |
| Kapitel II. Der Fünfziger-Ausschuß.                                                               |       |
| 1. Provisorische Zentralgewalt. Stellung zu Frankreich . . . . .                                  | 40    |
| 2. Die Stellung der Österreicher im Fünfziger-Ausschuß. Triest-Politik der Österreicher . . . . . | 50    |
| 3. Stellungnahme zu Rußland und Polen. Zweifrontengedanke der Nationalen . . . . .                | 56    |
| Kapitel III. Die Nationalversammlung.                                                             |       |
| 1. Allgemeines. Die allgemeinen Grundsätze der Außenpolitik . . . . .                             | 73    |
| 2. Die Stellung der Nationalversammlung zu Frankreich . . . . .                                   | 76    |
| 3. Die Stellung der Nationalversammlung zu Rußland und Polen . . . . .                            | 101   |
| 4. Die Stellung der Nationalversammlung zu England . . . . .                                      | 134   |
| 5. Reichsministerium und Reichsgesandtschaften . . . . .                                          | 164   |
| Schluß . . . . .                                                                                  | 173   |
| Literaturverzeichnis . . . . .                                                                    | 184   |

## Vorwort.

Die Literatur über 1848 und seine Männer ist ins Ungeheure angewachsen, sodaß es überflüssig scheinen könnte, nochmals darauf einzugehen. Allein wenn die Forschung sich mit 1848 beschäftigte, so war sie, kann man sagen, gewohnt geworden und daher allzuleicht geneigt, den innerpolitischen Gesichtspunkt zu bevorzugen, während die „äußere Politik“ zumeist keine strenge und erschöpfliche Betrachtung fand.<sup>1</sup> Obwohl die Bevorzugung des Innerpolitischen manchmal berechtigt sein mochte, entschwand bei einer solchen sich dauernd verfestigenden Einstellung das Gefühl für die Mannigfaltigkeit historischen Geschehens: es wurde Gemeinsinn, im Frankfurter Parlament nur über den Grundrechten spintisierende „Ideologen“ zu sehen, die den für die politische Praxis nötigen Realismus vermissen ließen.<sup>2</sup>

Nun hat allerdings die marxistisch-positivistische Geschichtsschreibung mit größter Anstrengung versucht, die Anschauung vom „Professorenparlament“ der Paulskirche zu revidieren; aber

---

1. Von den wenigen Versuchen, die das außenpolitische Geschehen von 1848 behandeln, sind zu nennen: Götz, Die auswärtige Politik der Zentralgewalt, Diss. Frankfurt/M. (Masch. Schr.) 1920; Pfisterer, Preußen und Frankreich, Diss. Tübingen (Masch. Schr.) 1921; Ley, Frankreich und die deutsche Revolution 1848/49, Diss. Kiel (Masch. Schr.) 1923, Auszug in Preuß. Jahrb. Nr. 213, S. 199 ff. 1928; de Guichen, Les grandes questions européennes et la diplomatie des puissances sous la seconde République Française I (1848—1850) 1925; Greer, L'Angleterre, la France et la révolution de 1848, 1925; H. Precht, Englands Stellung zur deutschen Einheit 1848—1850, 1925; W. Andreas, Die russische Diplomatie und die Politik Friedrich Wilhelms IV., Abh. d. Berl. Akad. 1926; ders., Der Briefwechsel König Friedrich Wilhelms IV. von Preußen und des Zaren Nikolaus I. von Rußland i. d. Jahren 1848—1850, Forsch. z. Brand. u. Preuß. Gesch. 43, 1930; vorher W. Hallgarten, Studien über die deutsche Polenfreundschaft, 1928; E. Marcks, Die europäischen Mächte und die 48er Revolution, H. Z. 142, 1930; stets Th. Schiemanns Nikolaus (IV) und A. Sterns Geschichte Europas (VI).

2. Vgl. W. Mommsen, Die deutsche Einheitsbewegung S. 257,

auch der Historismus um Valentin und Bergsträßer unterschied sich trotz eifrigem Bemühen, die Universalität der 48er Bürgerrevolution nachzuweisen, in nichts von der herkömmlichen Gesamtauffassung, — er blieb bei der innerpolitischen Problemstellung; neu war an ihm — abgesehen von einer größeren Materialienkenntnis — überhaupt nur, daß er die „Verfassung von Weimar mit der von Frankfurt verglich“.<sup>3</sup> Dabei erregte die Teilnahme dieser Historiker vornehmlich die 48er Demokratie, weil sie die bewußte Trägerin des republikanischen Gedankens gewesen war; das Wunschziel der freiheitlichen Doktrin, die 1848 geächtet wurde, schien im Weimarer Staat gewissermaßen erfüllt. Da nun aber die ziemlich ausschließliche Besinnung auf die Haltung jenes demokratischen Geistes als eine Rückkehr zum politisch Ursprünglichen und Vorbildlichen empfunden wurde, kam es schließlich dahin, daß mehr und mehr die Vertreter der 48er „Linken“ in einem breiten Schrifttum ihre Auferstehung als Realpolitiker „im besten Sinne des Wortes“<sup>4</sup> feierten, während die Rechte enttäuschte und eine abfällige Kritik erfuhr.<sup>5</sup>

Heute, wo die Gewohnheit einer parteipolitischen Betrachtung nicht mehr wie früher die historische „Objektivität“ zu trüben vermag, ist es leichter, hier aus Anklage und Verteidigung, aus den Schlagworten überkommener Urteile herauszukommen

---

3. L. Bergsträsser, Das Frankfurter Parlament S. 16.

4. O. E. Sutter, Die Linke der Paulskirche S. 25.

5. „Parteipolitische Einseitigkeit“, die z. B. Bergsträsser, H. Z. 147, S. 252, zum Vorwurf gemacht wird, ist ihm in seinen Werken leicht nachzuweisen. Übrigens macht B. aus seiner politischen Einstellung keinen Hehl, vgl. Das Frankfurter Parlament S. 16, aber er kommt gerade dadurch, daß er nachträglich Dinge in die Paulskirche hineinprojiziert, die nicht hineingehören, zu schiefen Auffassungen, und die allzu enge parteiiche Behandlung des Stoffes läßt ihn historisch ungerecht werden. Beispielsweise bezeichnet er es, ebenda S. 96, als einen großen Mangel, daß Gustav Rümelin, der doch entschieden mehr zur Rechten als zur Linken gehalten hat (vgl. E. Marcks, Männer und Zeiten I S. 308), „die Kräfte innerhalb der Demokratie“ von 1848 nicht erkannt und daß er „von der Arbeiterschaft“ nichts gewußt habe. Nach dieser Methode könnte man ebenso allen 48er Demokraten vorwerfen, daß sie die Kräfte innerhalb der nationalen Einheitsbewegung nicht gebührend zu würdigen verstanden. B. vermerkt auch übel, wenn Demokraten wie Reh-Darmstadt im Laufe der Zeit eine Rechtswendung vollführen, vgl. Bergsträsser, Eigenbrodt S. 341. — Bezüglich Valentin vgl. H. Z. 147, S. 179,

und zu einer gerechten Würdigung vorzudringen. Um so unangenehmer aber wird es dabei jedem tiefer Grabenden Schritt für Schritt begegnen, daß die Außenpolitik der deutschen Revolution bisher so wenig Beachtung gefunden hat, und es wird ihn drängen, an die Stelle der alten Auffassung nach Kenntnis und Möglichkeit eine Erweiterung und Neuschau zu setzen, die einem tieferen Verständnis des Gesamten förderlich ist.

Diese Arbeit möchte, an die innenpolitischen Tatsachen teils anknüpfend teils sie voraussetzend, anspruchslos auf einige Probleme der Außenpolitik hinweisen, die für die Männer der Paulskirche eine schwerwiegende Bedeutung bekamen. Insbesondere soll uns die Frage beschäftigen, ob die außenpolitischen Ideen, die von den Parteien der Paulskirche gegenüber England, Frankreich und Rußland gehegt wurden, in realpolitischer Hinsicht — mochte man selbst noch so unreal denken — notwendig und berechtigt waren. Vielleicht ergibt sich aus solcher Fragestellung, die nur das Historische sucht, etwa Valentin entgegen letztlich doch, daß — wie Kurt von Raumer angedeutet hat — „die Außenpolitik für die deutsche Revolution ein zentrales Problem war, ja daß diese Revolution letzten Endes daran gescheitert ist, daß sie ihre nationale Staatsgründung gegen den vereinigten Widerstand der inner- und außerdeutschen europäischen Staaten nicht durchsetzen konnte“.<sup>6</sup>

Nun soll gewiß nicht übersehen werden, daß „die äußere Politik der Parteien in der Nationalversammlung“ bereits einmal der Gegenstand einer Untersuchung gewesen ist;<sup>7</sup> sie ist jedoch

---

6. K. v. Raumer, Zur deutschen Revolution von 1848, H. Z. 148, S. 99.

7. Fr. Radecke, Die äußere Politik der Parteien in der Nationalversammlung von 1848/49, Masch. Schr. Diss. Frankfurt/M. 1922. Außer der irrigen Grundauffassung über die Parteien enthält die Arbeit von R. noch andere Fehler. So kann man die „äußere Politik“ der Nationalversammlung überhaupt nicht verstehen, ohne — wie es bei R. der Fall ist — die außenpolitischen Ideen des Vorparlaments und des Fünfziger-Ausschusses zu berücksichtigen. Gerade die Vorversammlungen der Paulskirche geben schon wichtige Aufschlüsse über die außenpolitische Einstellung der späteren Parteien, allerdings nicht der „Klubs“. — Bei R. fehlt ferner ein Kapitel über England, obwohl Englands Abkehr von „Deutschland“ von entscheidender Bedeutung für die Paulskirche wurde; selbst bei der Schleswiger Frage berührt R. Englands Stellung kaum. — Unrichtig ist es auch, man habe in der Nationalversammlung keine Notiz von Frankreichs tat-

weder in der Erfassung der außenpolitischen Situation noch in Stoff und Urteil ausreichend und tief genug. Zumindest läßt sich vom historischen Standpunkt gegen diese äußere Politik der Parteien ebensoviel einwenden wie gegen die einseitigen Darstellungen Bergsträssers und Valentins. Unter anderem, daß hier die höchst lockeren Gebilde der Frankfurter politischen „Klubs“ als fest organisierte „Parteien“ genommen werden;<sup>8</sup> wogegen mit aller Schärfe betont werden muß, daß es 1848 Parteien, wie sie sich im Weimarer Staate etwa herausgebildet hatten, mit Stimmzwang und Fraktionssitzungen, nicht gegeben hat. Wohl formten sich in der ersten deutschen Nationalversammlung Gesinnungsgemeinschaften, mehr oder minder lose um diese oder jene Persönlichkeit geschart. Trotzdem ist es nichts Anderes als eine Verkennung historischer Tatsachen, in diesen Vereinigungen und Zusammenkünften, die zumeist nach den Gasthöfen und Versammlungsstätten, in denen man sich traf, benannt wurden, Parteien im modernen Sinne zu sehen. Es ist bekannt, daß viele Mitglieder der Paulskirche mehreren Vereinigungen zugleich angehörten, und daß man zwanglos von einer in die andere hinüberwechseln konnte. Mit parteipolitischer Bindung hatte das also alles wenig zu tun.

Lassen wir die Frage nach den wirklichen Parteien von 1848 an uns herantreten, so sind wir an geistig-politische Gegensätze und Gehalte gewiesen. Die revolutionären Bewegungen in Europa waren vornehmlich nationalen Ursprungs gewesen; der Nationalgedanke stand im Mittelpunkt der Begeisterung für die Griechen und für die Polen. Die Julirevolution stieß wie ein Orkan in die stickige Schwüle der Reaktionszeit; sie wurde in Europa mit Eifer aufgenommen, rascher und bewußter als die von 1789. Deutschland antwortete mit geringen

---

sächlichem inneren Zustande genommen, wie R. S. 29 meint. Weiterhin ist stark zu bezweifeln, daß der Einfluß der französischen Revolution auf Beckerath u. a. (S. 28) ein „positiver“ gewesen sei. — Die Haltung der Rechten gegenüber Rußland und Polen konnte R. bei der Beschränkung seines Themas natürlich nicht erfassen, da besonders hierzu Studien über das Vorparlament nötig gewesen wären. — Die Linke wird von R. (S. 23 f.) sehr idealisiert.

8. Bergsträsser spricht von Fraktionen und Fraktionssitzungen, vgl. Das Frankfurter Parlament S. 12 f.

Unruhen in den kleineren Fürstentümern, die indes nur die Reaktion stärkten. Gleichwohl bedeutete die französische Erhebung für Deutschland eine Revolution der Meinung, man glaubte wieder leben und hoffen zu können. Nach der Julirevolution — und damit erhält sie erst ihre besondere Note — hat sich die politische Opposition in Deutschland, der Liberalismus, der „sich selber als eine vorwiegend geistig-politische Bewegung empfand“,<sup>9</sup> in zwei Parteirichtungen gegabelt. Beide erstrebten die deutsche Einigung, während die Freiheit verschieden ausgedeutet wurde, nach der patriotischen oder nach der kosmopolitischen Seite, auf welcher die brüderliche Verständigung mit Frankreich lag. Als die Februarrevolution, die „Europa in beinahe allen seinen Ländern“<sup>10</sup> ergriff und schwer erschütterte, auf Deutschland übersprang und die Opposition sich zum ersten Male die Gelegenheit offenen politischen Wirkens entschlossen zunutze machte, hatte sich der Gegensatz in ihr hinlänglich vertieft und bildete, nach altem parlamentarischen Herkommen als der der Rechten und Linken bezeichnet, die Polarität in der Paulskirche. Durch niemand könnten die auseinanderstrebenden Richtungen der deutschen Revolution maßgebender charakterisiert werden als durch Heinrich Laube. „Die Einheit“, schreibt er, „... dafür kämpften und kämpfen diejenigen, welche genau wissen, was sie wollen ... Freiheit und Gleichheit, womöglich republikanische, war die revolutionäre Lösung“.<sup>11</sup> Hier sind die bewegenden Kräfte und Gegensätze der Nationalversammlung, Nationalismus und Demokratie, treffend gedeutet.

Die marxistische Historie hat behauptet, daß die echte politische Leidenschaft, der edle Schwung nur bei den Männern der „revolutionären Lösung“, bei der Linken, zu finden gewesen sei, während die Rechte zu viele Hemmungen und Bedenken gehabt habe. „Wäre in die Hände derer um Carl Vogt, Ludwig Simon, Robert Blum das Schicksal der Paulskirche gelegt worden, dieses Parlament hätte ein Reich aufgeführt, ausdauernder, inniger gefügt als die Schöpfung Bismarcks“.<sup>12</sup> Wir wollen die

---

9. E. Marcks, 1848 in: Männer und Zeiten I S. 286.

10. Ebenda S. 284.

11. Laube, Das erste deutsche Parlament I S. 6.

12. Sutter a. a. O. S. 10.

Beweisgründe dieser Meinung hier nicht nachprüfen; sicherlich kann man sich auch kaum einen größeren Gegensatz als den zwischen der Rechten und Linken im „ersten deutschen Parlament“ vorstellen. Nur liegt dieser Gegensatz, will man näher auf ihn eingehen, nicht in der verschiedenen Stärke politischer Leidenschaft, sondern in der verschiedenen Art derselben. Politiker aus Leidenschaft, um es so zu sagen, waren beide, die Männer der Rechten wie der Linken. Aber während die Anhänger der Linken sich in Reflexionen der Freiheit und Humanität ergingen, bewahrten die Männer der Rechten als Politiker eine fast nüchterne Betrachtungsweise und verachteten jedes gefühlsmäßige Verhalten. „Wir müssen“, sagte Heinrich von Gagern, „unser patriotisches Herz unter die Politik unseres Kopfes beugen“.<sup>13</sup> — Die Radikalen, die überzeugt waren, daß Deutschland seine außenpolitischen Beziehungen auf der Grundlage weltbürgerlicher Einstellung regeln müsse — sie waren Politikern wie Bassermann, v. Beckerath oder Mathy gleichermaßen befremdlich.<sup>14</sup>

Man hat in der Forschung, um die geistig-politischen Unterschiede der 48er Parteien anschaulich zu machen, die verschiedensten Begriffe und Inhalte geschaffen.<sup>15</sup> Man hat von Rechter

---

13. Vgl. Pagenstecher, Als Abgeordneter in Frankfurt im Jahre 1848, S. 86.

14. Zu der Verwendung der Bezeichnungen „Rechte“ und „Linke“ ist noch zu sagen, daß es in der Paulskirche wohl eine extreme Linke gegeben hat, während die eigentlichen Anhänger der sog. Rechten fast völlig fehlten. — Ferner sei bemerkt, daß es über den Rahmen der Arbeit hinausging, die Katholisch-Klerikalen noch besonders zu berücksichtigen.

15. Für die Verschiedenheit der Auffassungen führen wir an: Fr. Meinecke, Weltbürgertum und Nationalstaat S. 499; E. Brandenburg, Die Reichsgründung I S. 119 ff.; Fr. Meinecke, Zur Geschichte des älteren deutschen Parteiwesens H. Z. 118; E. Brandenburg, Zum älteren deutschen Parteiwesen H. Z. 119; A. Wahl, Beiträge zur deutschen Parteigeschichte im 19. Jahrhundert H. Z. 104, S. 537 ff.; L. Bergsträsser, Geschichte der politischen Parteien S. 2, S. 25 ff.; L. Häusser, Denkwürdigkeiten zur Geschichte der Badischen Revolution S. 49 ff.; D. F. Strauß, Der politische und der theologische Liberalismus, 1848, S. 16; K. Heinzen, Deutsche Revolution S. 226; G. Mayer, Die Anfänge des politischen Radikalismus im vormärzlichen Preußen, Z. f. P. VI S. 18; K. Marx unter dem Gesichtspunkt ökonomischer Triebkräfte, Ges. Schr. II S. 475; A. Moeller van den Bruck, Das dritte Reich, passim.

und Linker, Gemäßigten und Radikalen, „Liberalen und Radikalen“,<sup>16</sup> Liberalen und Demokraten gesprochen und sie einander gegenübergestellt.<sup>17</sup> Die Begriffswörter „Liberalismus“ und „Liberales“ sind dabei von manchen Historikern, Politikern und Philosophen im Laufe der Zeit mit solchen Bedeutungen versehen, daß ihr wahrer Sinngehalt oft schwer kenntlich ist; zudem zählt zum Liberalismus, der vor allem vom Franzosentum propagiert wurde, im Grunde auch die Demokratie. Um hier Wortverwechselungen und Sinnvertauschungen zu meiden, schien es uns empfehlenswert, gelegentlich statt „Liberalismus“ und „Liberales“: „Nationalismus“ und „Nationale“ zu sagen. Das Wort „Nationalismus“ ist von Nebenbedeutungen frei und hat obendrein den Vorzug, das untrügliche Merkmal der 48er „liberalen“ Politik zu sein; gewissermaßen in einem vergrößerten Maßstabe weist die Außenpolitik der 48er „Liberalen“ ein *nationales* Gepräge auf. Das Wichtigste jedoch bei der Verwendung der Definitionen rechts und links, konservativ und liberal, demokratisch und national ist, sich bewußt zu bleiben, daß auch die Starrheit des Wortes von vornherein feinste Abschattungen nicht ausschließen kann. Beispielsweise treten überall da, wo die Wesenshaltung der Demokraten und Nationalen offenbar wird, Gedankenmischungen auf, die alle Übergänge durchlaufen, von der demokratischen Linie, wo Politik so viel wie Freiheit heißt, bis zur anderen, wo die Freiheit ihren letzten Sinn erst in der Einheit der Nation hat. Ganz in diesem Zusammenhang aber behalten die verantwortbaren Denkgrundformen der 48er Parteien ihren unverrückbaren Wert. Der Demokrat bewegte sich, wenn er die das politische Leben des Menschen bestimmenden Kräfte in Erwägung zog, hauptsächlich in den subjektivistischen Kategorien der Freiheit, Brüderlichkeit, Humanität und Gerechtigkeit; er war daher stets bereit, gleichsam sein Innerstes in die politische Umwelt hineinzuprojizieren. Dieser in höchstem Maße revolutionär-ideologische Denkstil rief nun fast notwendigerweise

---

16. E. Marcks, Die europäischen Mächte und die 48er Revolution, H. Z. 142 S. 78.

17. E. Marcks, ebenda S. 76 f., teilt die französischen Achtundvierziger in Girondisten und Jakobiner ein.

einen Gegner auf den Plan, der sich, allerdings wohl mit gleicher Einseitigkeit, der anderen Seite näherte, indem er mehr die von außen an ihn herantretenden Kräfte ins Auge faßte, die der geschichtlichen Entwicklung möglichst gerecht wurden und der realen politischen Situation entsprangen. Dieser Widerpart des Demokraten, der Nationale, dachte vorwiegend in objektivistischen Kategorien. Die politische Umwelt erschien in seiner Vorstellung verstandesmäßig, rein von außen — als ein in die Kausalität des politischen Geschehens verwobenes Zusammenspiel von Kräften; und diese in das vernünftig-richtige Gleichgewicht zu setzen, galt ihm vielleicht als seine eigentliche Aufgabe. Es ist ohne weiteres klar, daß es je nach der Betonung oder Verschmelzung der Denkgrundformen Überschneidungen und Übergänge demokratischer und nationaler Elemente geben mußte. —

Es konnte nicht die Aufgabe dieser Spezialarbeit sein, eine vollkommene Übersicht über die „Außenpolitik“ der Achtundvierziger zu geben, etwa im Hinblick auf jedes außenpolitische Problem, das in der Paulskirche aktuell wurde; wir haben uns lediglich klarzulegen bemüht, welche Stellungnahme gegenüber England, Frankreich und Rußland die verschiedenen Standpunkte der Parteien kennzeichnet. Da eine derartige Stellungnahme der Parteien erstmalig im Kreise der Vorparlaments-Verhandlungen zu Meinungsverschiedenheiten führte, die im Fünffziger-Ausschuß ihren Fortgang nahmen, mußten wir auch auf diese „Vorversammlungen“ unser Augenmerk richten. Durch dieses Verfahren wurde eine Entwicklung vollständig, die ihren Abschluß wiederum da fand, wo der Abstieg der Paulskirche — seit dem Frankfurter Septemberaufstand — auch nach außen sichtbar wurde und jede Entfaltung außenpolitischer Tätigkeit unmöglich machte.

Leider mußten wir versäumen, die Akten der ausländischen National-Archive und die Archive der betreffenden Außenministerien zu benutzen — sie würden die wichtigste Ergänzung dieser Sonderuntersuchung bilden. Neben den gedruckten Quellen und der einschlägigen Literatur konnte ungedrucktes Material des Reichsarchivs Abteilung Frankfurt (R. A. F.) und des Frankfurter Stadtarchivs (St. A. F.) eingesehen werden. Die Herren

Reichsarchivräte Dr. Koser und Dr. Demeter und Herr Stadtarchivrat Dr. Gerber haben mir dabei in liebenswürdiger Weise geholfen, ebenso die Herren Beamten dieser Archive. Ihnen allen schulde ich besten Dank.

Herr Professor Dr. Wilhelm Mommsen-Marburg, dem ich für vielfache Belehrung und manchen wertvollen Rat besonders dankbar verpflichtet bin, gab die Anregung zur vorliegenden Arbeit; leider konnte sie, obwohl im wesentlichen 1934 schon fertiggestellt, aus den verschiedensten Gründen nicht früher erscheinen.

## Einleitung.

### Europa 1848.

Am Abend des 27. Februar 1848 schrieb der Landmarschall Hans Conon von der Gabelentz<sup>1</sup> aus Weimar über den Umsturz in Frankreich und in Vorahnung kommender Dinge; „Bedenklich ist aber jedenfalls das Ereignis für die Ruhe Europas, und ob wir nicht mindestens Truppenzusammenziehungen und Märsche bekommen, das wird die nächste Zukunft lehren. Gebe der Himmel, daß es damit abgetan ist und kein allgemeiner Brand sich anzündet, dessen Ende nicht abzusehen ist. Die Umstände sind kritisch genug dazu: überall Gährungsstoff in Menge — die Ereignisse in Italien, in München, in Dänemark,<sup>2</sup> die zu Tage liegende Ohnmacht Oesterreichs, das nicht einmal Geld hatte, seine Truppen marschieren zu lassen, die Lage der Dinge in Spanien, Portugal, der Schweiz, ein Ministerium Palmerston in England und eine neue Revolution in Frankreich — das ist wahrhaftig genug, Einem bange zu machen“.<sup>3</sup> Diese Briefstelle eines kleinstaatlichen deutschen Hofmannes zeigt, daß die Ereignisse in Europa eine Entladung suchten.

Die außenpolitische Lage des Jahres war die: zwei Welten standen sich politisch und geistig schroff gegenüber. Die eine bedeutete das Lager der Revolution, die andere das der Legitimität; diese wurde von Rußland geführt, jene — in der Idee wenigstens — von Frankreich. „Frankreich, so sehr dazu geeignet, so lange schon gewohnt, Europa in Gärung zu erhalten“,<sup>4</sup> wirkte als Verfechter revolutionärer Ideen weit über den Kon-

---

1. Gabelentz war später Vertreter der sächsischen Herzogtümer im 17er-Ausschuß und Mitglied des 50er-Ausschusses; Droysen, Briefwechsel I S. 416, spricht von dem „liebenswertesten aller Menschen“.

2. Vgl. A. Büscher, Eine skandinavische Einheitsbewegung, in Vergangenheit und Gegenwart 1936 Heft 3 S. 150 ff.

3. Die Briefe von v. d. Gabelentz sind an seine Frau gerichtet und besitzen gerade wegen ihrer Intimität größten Wert; R. A. F.

4. L. v. Ranke, Die großen Mächte, Ges. Werke Bd. 24, S. 5.

tinent hin. Die Beziehungen zu Frankreich galten als entscheidendes Merkmal im Leben der Völker.

Rußland hatte die diplomatischen Beziehungen zu Frankreich brüsk abgebrochen. Die beiden anderen Stützen des legitimistischen Gedankens, Oesterreich und Preußen, setzten sie in nur sehr kühler Weise fort.

In England hatte zu Beginn der 30er Jahre der bürgerliche Mittelstand gegenüber der alten Parlamentsaristokratie das Übergewicht erlangt. Diese Entwicklung zum Liberalismus wurde besonders kenntlich in der Gestalt des Lord Palmerston, der im Jahre 1807 als Tory ins Parlament eintrat, sich aber später den Whigs zuwandte. Palmerstons Bemühungen beschränkten sich übrigens weniger auf die Förderung einer liberalen Meinung, so sehr er auch von der Bedeutung ihres Daseins für künftige Tage überzeugt war. Weit bemerkenswerter ist, daß er sorgsam und ohne das Gleichgewicht des Kontinents außer acht zu lassen darauf bedacht war, der Weltpolitik des aufwärts strebenden Englands neue Tore zu öffnen. Dem Grundsatz des europäischen Gleichgewichts ordnete er, wenn es nötig schien, seine liberalen Anschauungen völlig unter. So ging er mit dem Zaren, als diesem die Übermacht Preußens im deutsch-dänischen Streitfall zu viel wurde; was ihn wiederum nicht hinderte, mit seinem Nachbar jenseits des Ärmelkanals gegen den Zaren zusammenzustehen, obwohl Frankreich Englands Wege in Ägypten und Spanien zeitweilig stark gekreuzt hatte.

Als das Vorparlament am 31. März 1848 in Frankfurt/M. zusammentrat und sich schließlich überall der Sturz der alten Regierungen vollzog, standen die außenpolitischen Verhältnisse „Deutschlands“ ausnehmend ungünstig. Schon im Vorparlament kam es zwischen der gemäßigten und radikalen Richtung zu scharfen Meinungsverschiedenheiten darüber, wie man sich dem Auslande gegenüber verhalten müsse.

## Kapitel I.

### Das Vorparlament.

#### Außenpolitische Ideen über Rußland und Polen.

Wenn man sich eine Meinung über das Vorparlament<sup>1</sup> bilden will, muß man von dem ausgedehnten Gefühl und der Gärung in diesem „ersten deutschen Parlament“ ausgehen; es stimmte mit seiner Natur sehr gut zusammen, daß alle seine Beschlüsse „dem gesteigerten Empfinden der Stunde“<sup>2</sup> Rechnung trugen. Denn „Aller Augen blickten gespannt auf die große Versammlung in Frankfurt, von dort sollte die Entscheidung kommen.“<sup>3</sup> Endlich hatte das Volk eine Vertretung, die sich stark genug fühlte, die Freiheit und Einheit Deutschlands zu sichern. Aber inmitten des großen Freudenrausches traten die Partei-gegensätze offenkundig hervor.

Dabei ist es kein Wunder, daß dies im Vorparlament besonders der Fall war. Konnten sich doch hier die politischen Gegner, seit es in Deutschland liberales Denken gab, zum ersten Mal dialektisch messen. Die Auseinandersetzung der Geister ist denn auch gerade im Vorparlament eine elementare gewesen. Nur die ganz starken Charaktere hatten von vornherein ihren festen Platz in dieser politischen Arena. Zwischen rechts und links drängten sich Übergänge und Verschmelzungen, je nach der Empfindungskraft des Einzelnen. Viele verirrten sich in dem ersten politischen Auf und Ab, um später erst, in der Paulskirche, ihren Standort einzunehmen.

---

1. Vgl. über das Vorparlament im allgemeinen: U. Freyer, Das Vorparlament zu Frankfurt M. im Jahre 1848; N. Katzenstein, Das Vorparlament (Liberalismus und Demokratismus) 1848. Diese Arbeit, die Bergsträsser (Das Frankfurter Parlament S. 446) eine „vorzügliche“ nennt, ist ganz verfehlt; sie versucht, das sozialistische Wollen der Demokraten herauszuarbeiten.

2. Vgl. G. Freytag, Karl Mathy, S. 264.

3. Ebenda S. 262.

Der Unterschied in den praktisch-politischen Forderungen der Parteien, wie er deutlich in den Programmen der Linken<sup>4</sup> und der Rechten zu Beginn des Vorparlaments zum Ausdruck gebracht wurde, bestand darin, daß die Rechte unter Berücksichtigung der Wirklichkeit ihre leitenden Grundsätze gefaßt hatte; daraus erklärt sich, daß diese politische Richtung bestrebt war, zwischen ihrer politischen Umwelt, den deutschen Kleinstaaten, vor allem aber zwischen preußischer und künftiger Reichspolitik die nötige Fühlung herzustellen. Der Demokratie dagegen erschien, im vermeintlichen Besitze wahrer Volkssouveränität, die Wirklichkeit der legitimistisch-dynastischen Gewalten als das Böse schlechthin. Ihr Fundamentalgedanke gipfelte in der Gleichberechtigung aller, die sie in einem unitarischen Republikanismus politisieren wollte, aber nicht konnte, weil ihr einstweilen der Staat zu diesem Experiment fehlte.<sup>5</sup> Damit hing aber das ganze politische Wollen der Demokraten in der Schwebe, da im realen politischen Leben Deutschlands das „tiefeingewurzelte Existenzrecht des deutschen Fürstentums“<sup>6</sup> trotz allem noch eine große Macht darstellte.

Der nationale Gedanke, der im Mittelpunkte aller Diskussionen stand, konnte die Parteigegensätze nicht überbrücken. Die Idee von der Nation, nach deren Vertretung durch die „Souveränität des Volkes“ sich alles sehnte, beschäftigte wohl das Denken aller, aber die Differenzen der Weltanschauungen siegten über jede politische Gemeinschaft. Dazu stieg im Hintergrunde der nationalen Frage überall da, wo sie sachliche Antworten verlangte, ihr Zusammenhang mit der auswärtigen Politik auf. Auf diesem Gebiet aber war im Vorparlament wie für alle Folgezeit ein Zusammenarbeiten der Parteien erst recht unmöglich. Allerdings sind die Gegensätze in den außenpolitischen Ideen des Vorparlaments nicht leicht zu erkennen, weil sie in dem Aufwärts

---

4. Die Linke legte zuerst ein Programm vor.

5. C. H. A. Pagenstecher, Als Abgeordneter in Frankfurt im Jahre 1848, S. 26: „Wie jene den Umsturz, so hatten wir die Erhaltung vorzugsweise im Sinne.“

6. P. Reichensperger, Erlebnisse eines alten Parlamentariers im Revolutionsjahr 1848, S. 53; vgl. auch Hallbauers Tagebucheintrag von 1850 (bei Bergsträsser a. a. O. S. 152).

und Abwärts der wenigen Vorparlaments-Sitzungen gar keine Zeit hatten sich auszuwirken, und weil die außenpolitischen Beschlüsse dieses Parlaments dem Anschein nach zumeist einheitlichen Charakter tragen. „Wer jetzt diese Verhandlungen nachliest“, schreibt Bassermann in seinen Denkwürdigkeiten,<sup>7</sup> „ist wohl schwerlich imstande, sich einen Begriff von der folternden Spannung und zugleich Mißstimmung zu machen, in die sie jeden ernstesten Mann versetzen mußte... Statt in einem Parlamente glaubte man sich in einer tumultuarischen Volksversammlung, und die ganze Art, mit welcher die Gegner auftraten und der Vorsitzende sie gewähren ließ, forderte noch dazu förmlich zum Tumulte heraus.“ Fragen und Probleme, die eine starke außenpolitische Note hatten, wurden in kürzester Zeit beantwortet und entschieden. So wurde Schleswig ohne weitere Zwischenrede<sup>8</sup> „als staatsrechtlich und national mit Holstein unzertrennlich verbunden in den deutschen Bund unverzüglich aufgenommen.“<sup>9</sup> Ferner wurde die Einverleibung Ost- und Westpreußens allseitig genehmigt.<sup>10</sup> Eine Meinungsverschiedenheit zerriß die Einmütigkeit der Beschlußfassungen erst, als die Posener Deutschen um Aufnahme in den Bund baten; Stimmen von rechts unterstützten den Antrag der Posener, von links kam Widerspruch und die Forderung, Polen völlig wiederherzustellen.

Das Eintreten für Posen einerseits und Polen andererseits hatte einen tieferen Sinn.

Als im Frühjahr 1848 die ersten Revolutionsstürme von Frankreich auf Deutschland übersprangen, verbanden sich mit der politischen Erregung, die fast alle Volkskreise erfaßt hatte, zahlreiche Vorstellungen über die zukünftige Außenpolitik der

---

7. S. 102.

8. Freyer a. a. O. S. 54.

9. V. d. D. P. I, S. 31; bezeichnend für den Abstimmungsbetrieb mag sein, daß Schwetschke (Halle) gegen die Einstimmigkeit des Beschlusses nachträglich protestierte.

10. Ebenda; hier konnte man leichter zustimmen, weil die Einladung der 7er-Kommission diese Länder bereits berücksichtigt hatte. Nach Bassermann, Denkwürdigkeiten S. 102 f., muß die allseitige Zustimmung in dieser Frage schon bezweifelt werden; vgl. auch S. 31 f. dieser Arbeit; wahrscheinlich haben die Radikalen aus Opposition gegen Preußen der Einverleibung Ost- und Westpreußens nicht so begeistert zugestimmt.

„deutschen Nation“. Namentlich der deutsche Osten lenkte die gesteigerte Aufmerksamkeit auf sich. Hier lagen — sowohl vom nationalen wie vom freiheitlichen Blickpunkte aus — die Probleme dicht beieinander: Posen, Polen und nicht zuletzt Rußland. Es gibt zur Erläuterung der Ostpolitik in der breiten Öffentlichkeit jener Tage kaum etwas Bezeichnenderes als die Auffassungen, mit denen man in Zeitungen und Flugschriften und ähnlicher Literatur Rußland entgegentrat. Es ist dabei sogar ziemlich sicher, daß 1848 Zeitungen und Flugschriften ein anschauliches, wenn auch übertriebenes Bild der öffentlichen Meinung gaben, zumal Preßfreiheit, „eine billige Forderung dessen, was seit dreißig Jahren schon hätte geschehen sollen“,<sup>11</sup> in den politisch fortschrittlich interessierten Kreisen als die geringste Forderung der Zeit empfunden wurde.<sup>12</sup> Was man in gewissem Sinne 1813 schon versucht hatte: von der öffentlichen Meinung her das außenpolitische Geschehen Deutschlands zu beeinflussen, wurde 1848 ein Hauptmoment der Tagespolitik; Politik sollte eben nicht mehr eine ausschließliche Angelegenheit einzelner Kabinette sein; „augenblicklich hatte Frankfurt die zufällige Gunst, von größerer Intensität zu sein als die vorübergehend gelähmten beiden Großmächte“<sup>13</sup> Österreich und Preußen.

Der Haß gegen Rußland war im deutschen Volk tief eingegraben. Schon seit 1830, als die Polenbegeisterung<sup>14</sup> hell aufflackerte, war der Russenhaß ständiger Begleiter freiheitlicher Gesinnungen geworden. Der Kreuzzug gegen Rußland wurde in dem Maße populär, wie die Befreiung des „armen unterdrückten Polenvolkes“ zum Symbol der Freiheit wurde. 1830 sollte Preußen in einer gesamtdeutschen, gesamteuropäischen Front gegen den russischen Koloß voran, um den Polen die Freiheit zu bringen;<sup>15</sup> jetzt fühlte sich die deutsche Nation noch mehr berufen, dem russischen Tyrannen Kampf anzusagen; gegen Rußland war sich die öffentliche Meinung von links bis weit nach

---

11. Gabelentz am 1. März 1848 abends, R. A. F.

12. Preßfreiheit war in Süddeutschland teilweise schon vor 1848 gewährt.

13. J. G. Droysen, Beiträge zur neuesten deutschen Geschichte S. 4 f.

14. Vgl. passim H. Leonhard, Polenlieder deutscher Dichter.

15. Vgl. E. Marcks, Die europäischen Mächte, H. Z. 142, S. 76.

rechts einig. „Nein“, schrieb die Frankfurter Oberpostamtszeitung siegesgewiß,<sup>16</sup> „Rußland ist kein Feind, welchen die deutsche Freiheit mehr zu fürchten hat, und der russische Eiskoloß wird in den Strahlen der Sonne schmelzen, welche über alle Völker Europas vom Westen her glühend und belebend aufgegangen ist.“ Und in noch stärkere Tonart ging der freimütige Anastasius Grün.<sup>17</sup> Es sei nicht möglich, meinte er, die täglich sich erweiternde Kluft zwischen russischer Tyrannei und deutschem Freiheitsbewußtsein anders auszufüllen, als daß der immer weiter um sich greifenden Anmaßung und Ländergier des Zaren anders gesteuert werde, denn „durch Gewalt, durch die Waffen. Frisch also an's Werk!“<sup>18</sup>

Aus allerdings grundanderen Gedankengängen heraus ergriffen damals auch Marx und Engels, auf rastloser Suche nach Mitverfechtern ihrer sozial-revolutionären Ideen, für diejenigen Kräfte die Feder, die ihres Erachtens den Fortschritt vertraten; sie scheuten sich nicht, da ihnen eine pazifistische Gesinnung fern lag, dem Fortschritt ebenfalls den Gebrauch der Waffe gegen Rußland anzuraten. Da nun das letzte Wort der deutschen Demokraten: nieder mit Rußland! hieß, so standen sie hier mit Marx und Engels bald in einer Front. Die Grundstimmung von Marx und Engels war, wie gesagt, eine ganz andere als die der Demokraten. Marx dachte ausschließlich in den Kategorien, die dem Produktions- und Wirtschaftsprozess entstammen. Es war daher auch ein Kennzeichen des auf reine Realinteressen gestellten Denkens von Marx, daß er die Politik der Mächte utilitarisch-kühl beurteilte. Marx und Engels suchten die deutschen Revolutionäre in ihrem Interesse zu überzeugen, daß es die Aufgabe Deutschlands sei, den Zarismus niederzuwerfen, und daß nur durch einen erfolgreichen Angriffskrieg auf Rußland die innerpolitischen Erfolge der deutschen Revolution aufrecht erhalten werden könnten; daß sie im Grunde ganz international dachten und die deutsche Revolution nur als erstes Mittel zum Zweck einer späteren „Weltrevolution“ auszunutzen gedachten,

---

16. Am 13. April 1848, Beilage 2.

17. Pseudonym für Graf Anton Alexander Auersperg.

18. Grün, Das Frankfurter Vorparlament und seine Wurzeln S. 68.

ließ Marx in den Artikeln seiner „Neuen Rheinischen Zeitung“<sup>19</sup> natürlich nicht durchblicken; er schürte lediglich die revolutionäre Aktion gegen Rußland.

Von dieser sozial-kommunistischen Auffassung abgesehen — die später in der deutschen Sozialdemokratie nachhaltig gewirkt,<sup>20</sup> die aber innerlich nichts mit der 48er Demokratie zu tun hat — zog vor allem die Demokratie gegen Rußland zu Felde. Von einem Grundsatz aus beurteilte sie in aller Öffentlichkeit die internationalen Verhältnisse: dem Grundsatz der Gerechtigkeit und Freiheit. Beispielsweise bezeichnete es Wilhelm Schulz — Darmstadt in seiner „Denkschrift über die internationale Politik Deutschlands“<sup>21</sup> als eine Aufgabe der „Gerechtigkeit und Staatsklugheit“, daß Polen wiederhergestellt werde. Polen würde Deutschland im Kampfe mit Rußland wertvolle Hilfe leisten. Das knechtische System des Zaren zu zerschlagen, sei Pflicht. Der Zar verschwende ärger denn je das Gold des Urals zur panslawistischen Propaganda, seine Emissäre arbeiteten in aller Welt. — Man glaubte damals vielfach, daß das Gespenst des Panslavismus, mit Fleisch und Bein versehen, inmitten des deutschen Vaterlandes erscheinen würde, den Kosakenspieß in der einen, die Knute in der anderen Hand; und mit ihm käme das Ende der Freiheit.

Auch der „deutsche Arbeiterverein“, der 1848 in Frankfurt seine Generalversammlungen abhielt, rückte in zahlreichen Flugschriften dem russischen „Blutsauger“ hart zu Leibe.<sup>22</sup> Es brauchte aber trotzdem in der Geschichte nicht Mode zu werden, das „sozialistische Element“ der 48er Arbeiterschaft einer stärkeren Berücksichtigung zu würdigen. Denn nichts kann belehrender als diese Flugblätter sein, da aus ihnen einwandfrei hervorgeht, daß die Mitglieder dieser Generalversammlungen keineswegs ausschließlich kommunistisch dachten, sondern national schlechthin; selbst die frühsozialistischen Arbeiterführer sind späterhin „mit in den Strom der bürgerlich-demokratischen,

---

19. Die Neue Rheinische wurde von Marx redigiert.

20. Oncken, Historisch-politische Aufsätze und Reden, Bd. 2, S. 351.

21. S. 15 f.

22. Im Nachlaß Jucho fanden sich mehrere solcher Flugblätter,

politischen Revolution eingegangen.“<sup>23</sup> Die Arbeiter verlangten 1848 einmütig die Restitution Polens. Zwar war „nur das demokratische Polen Gegenstand ihrer Sehnsucht und Begeisterung“, aber nichtsdestoweniger wollten sie die „Nationalität des polnischen Volkes mit der ganzen Kraft des deutschen Volkes schützen und wahren“. Nirgends erkennt man besser als an diesem Beispiel, daß die in Frankfurt tagende Arbeiterschaft 1848 wohl republikanisch, aber nicht international gesinnt war. Freilich ähnelte ihr Nationalismus — wenn von der Nationalität des polnischen Volkes oder vom deutschen Volke die Rede war — dem weltbürgerlichen der Demokraten, doch mit „Marxismus“ hatte er 1848 noch wenig zu tun. Die „sozialen Forderungen“ der 48er Arbeiterschaft auf ein kommunistisches Fundament zu stellen, wäre ein Irrtum.

Wie wir schon andeuteten, wurde nicht nur von links zum Sturmangriff gegen Rußland geblasen, auch die gemäßigte und nationale Presse drohte mit der Faust; wie selbstredend nationale und liberale Politik 1848 antirussische Tendenzen in sich barg.<sup>24</sup> So predigte Gervinus in der Deutschen Zeitung den Russenkrieg. Es sei eine lohnende Aufgabe, „im Osten die Despotie, die unfreieste Staatsform, lebensunfähig zu machen“.<sup>25</sup> Die polnische Nationalität müsse wiederhergestellt werden und die unter die deutsche Herrschaft gekommenen Polen seien schonend zu behandeln. Oesterreich hätte vor allen Dingen dafür zu sorgen, daß die russische Herrschaft im Schwarzen Meer gebrochen würde; denn es handle sich hier darum, ob das Slawentum oder das Germanentum das Übergewicht erlange. — Es war keine Prinzipien- oder Gefühlspolitik, die Gervinus veranlaßte, gegen Rußland zu schreiben; er meinte, man müsse diese Politik im Augenblick treiben. Die Hoffnungen der Polen seien wachzuhalten, damit sie keinen Anschluß an Rußland nähmen. Der Russenkrieg erschien ihm als das beste Mittel, die revolutionären

---

23. E. Marcks, Männer und Zeiten I S. 295.

24. M. Lenz, Kleine historische Schriften S. 349.

25. Deutsche Zeitung vom 16. März 1848; vgl. E. Schulze, Gervinus als politischer Journalist S. 90, S. 106. Die Auffassung von Sch. wird Gervinus nicht ganz gerecht; man kann Gervinus nicht ohne weiteres zum „Demokraten“ machen.

Kräfte den nationalen Bestrebungen dienstbar zu machen. Das waren Aeußerungen, die schon sehr real gedacht waren. — In der öffentlichen Meinung jedoch regierte ein mächtiger Kriegswille gegen Rußland, der farbige Ergänzungen durch Witz und Humor erhielt,<sup>26</sup> vorzüglich auch durch die politische Satire, die als Neuheit und Sensation wirkte, nachdem die romantische durchaus nicht ins Volk gedrungen war.<sup>27</sup>

Wenn man gleichsam aus der Ferne die feindliche Stellungnahme der öffentlichen Meinung gegen Rußland, wenn man ihre Begeisterung für Polen betrachtet, so fällt auf, daß diese Urteile — von der Auffassung, die Gervinus vertrat, vielleicht abgesehen — zumeist prinzipiellen Erwägungen entsprungen waren; die Frage nach den Folgen eines Krieges mit Rußland ist in der breiten Tagesmeinung nie gestellt worden.

Es ist nun geäußert worden: die Polenfreundschaft und der Angriffskrieg gegen Rußland sei dem ganzen Vorparlament, der Linken wie der Rechten, eine Selbstverständlichkeit gewesen.<sup>28</sup> Dagegen muß zunächst eingewandt werden, daß das Vorparlament zwar ein Volksparlament, aber trotzdem kein Spiegelbild der öffentlichen Meinung war. Die Ansicht von der hemmungslosen Polenbegeisterung des gesamten Vorparlaments führt zu schiefen Vorstellungen über das Parlament und über die parteipolitische Haltung in ihm. Allerdings erhoben sich, während Taten gegen Rußland heraufbeschworen wurden, auch im Vorparlament diese und ähnliche Stimmen, doch auf sehr abweichende Art.

Es bestand ein Grundunterschied zwischen der öffentlichen Meinung und dem Vorparlament. Kämpften vor 1848 die Parteien gegen den gemeinsamen Feind, gegen das unerträglich und in seinen untersten Auswirkungen lächerlich gewordene Metternichsche System, gegen die politische Knebelung — im Vor-

---

26. E. Kalkschmidt, Deutsche Freiheit und deutscher Witz, S. 119 ff., S. 140 ff.

27. Vgl. die politische Satire bei M. Hartmann, R. Prutz und F. Dingelstedt.

28. So namentlich W. Hallgarten, Studien über die deutsche Polenfreundschaft S. 77; Valentin Geschichte der deutschen Revolution I S. 543 f.

parlament bekamen diese Kämpfe eine tiefere Bedeutung. Die Heilige Allianz, die man gemeinhin verwünscht hatte, war über Nacht machtlos geworden; plötzlich glaubte man selbst das Heft in der Hand zu haben. Die Radikalen beabsichtigten sofort, sich mit Zwischenzielen nicht abspesen zu lassen, sie wollten das Rad der Revolution weiterdrehen bis zur letzten Erfüllung ihrer Ziele, bis sie die demokratische Idee, die wie die Rousseausche sich zur Souveränität des Volkes erhöhte, bis sie das Erbe von 1789 zur Wirklichkeit gemacht hatten. Die Gemäßigten wußten dagegen von vornherein,<sup>29</sup> daß das Glatteis der Revolution gefährlich war; sie waren ihrer ganzen Denkart nach realistisch genug, um mit der Unbelehrbarkeit der alten Gewalten zu rechnen und hatten nichts mit dem rücksichtslosen Sanguinismus der Radikalen gemein, die — wie Gagern es ausdrückte — „nach Problemen hasche und unerreichbare Dinge erstrebe“.<sup>30</sup>

Revolution und Kampf gegen den umstürzlerischen Radikalismus — das waren die Meinungen und Gegenmeinungen im Vorparlament. Die extreme Linke hoffte auf eine Revolution. Die Rechte wollte den ersten Stoß der weiter und weiter greifenden revolutionären Bewegung, die in Süddeutschland und Frankfurts Umgebung zahlreiche Anhänger hatte,<sup>31</sup> gleich im Vorparlament auffangen. Unnachgiebig mußte der Kampf gegen die republikanischen Gelüste und die Permanenz des „revolutionären“ Vorparlaments geführt werden, insbesondere weil man sich bewußt war, keine realen Machtmittel gegen das Andrängen der Radikalen zur Verfügung zu haben.<sup>32</sup> Eins hat jedoch den Gemäßigten immer vor Augen gestanden: der Schwung der Zeit, der sich mit solcher Leidenschaft in der Kriegsstimmung gegen Rußland bekundete, mußte ausgenutzt werden. „Ein Krieg mit Rußland scheint jetzt fast unvermeidlich“, schreibt Gabelentz am 27. März,<sup>33</sup> „vielleicht

---

29. Das Schlagwort „Nicht Revolution, sondern Reformation“ hatte Gervinus schon im Vormärz geprägt, vgl. Schulze a. a. O. S. 87.

30. V. d. D. P. I S. 13.

31. Vgl. Duncker, Zur Geschichte der deutschen Reichsversammlung, S. 3.

32. Ebenda.

33. R. A. F.

sogar als Rettungsmittel gegen die inneren Stürme“. Möglicherweise half ein „populärer Krieg“ die deutsche Einheit begründen.

Die Frage, die das Denken der Versammlung auf die unge lösten Probleme des Ostens hinlenkte, war die nach den Bundes gebieten, die in der neuen Bundesverfassung vertreten sein sollten.<sup>34</sup> Natürlich beantragten auch die Posener Deutschen, wie die Schleswiger, die Aufnahme in den Bund; im unmittelbaren Zusammenhang aber damit war eine Auseinandersetzung über Polen unvermeidlich. Die Linke forderte rundweg die Wieder herstellung Polens mit seinen Grenzen von 1772. Als Vertreter dieses Postulats ergriffen das Wort: der ältere Emil Leisler (Nassau)<sup>35</sup> und A. E. Hensel (Sachsen)<sup>36</sup> und Gustav Struve.<sup>37</sup> Ihre Darlegungen waren ganz mit ihrer Weltanschauung durch tränkt. Im Zeitalter der Befreiung Deutschlands aus der Sklaverei müsse vor allen Dingen den edlen Polensöhnen volle Freiheit und Gerechtigkeit zuteil werden.<sup>38</sup> Dem Recht der Polen auf Nationa lisierung sei nachzukommen, und das „Unrecht, das Polen er litten“, sei in der Geschichte auszulöschen. In Gerechtigkeit, heiliger Pflicht, Bruderliebe und Schuldgefühl gegenüber Polen wurzelten alle ihre Hinweise. Wenn man auch über eine halbe Million Posener Deutsche opfern müsse, was besage das! „Die jenigen, die frei sein wollen, müssen vor allen Dingen gerecht sein“, rief Leisler aus.<sup>39</sup> Die Polen sollten ihre Unabhängigkeit zurückhaben, und die deutsche Nation habe sie sogar zu ent schädigen; denn sie trüge durch Preußen die Mitschuld, daß „der Raub an Polen begangen“ worden sei.<sup>40</sup>

Man vermißt auf der linken Seite jegliche realpolitische Überlegung oder auch nur eine leise Spur von zielklarer Wahr nehmung politischer Notwendigkeiten. Auf die Frage, warum eigentlich Polen aufgeteilt wurde; daß darin ein politisches Gesetz lag, weil Polen keine Kraft zur Selbstbehauptung besessen

---

34. V. d. D. P. I, S. 26 f.

35. Ebenda S. 33.

36. Ebenda S. 34.

37. Ebenda S. 34 f. und S. 37.

38. Vgl. Freyer a. a. O. S. 55 ff.

39. V. d. D. P. I, S. 33.

40. Ebenda.

hatte; daß der Sieger zugleich der Legitime ist —, für derartige Problemstellungen war im Lager der gesamten Linken kein Platz. Stark mit deutschem Volkstum durchwachsene Gebiete wie Posen gab sie mit offenen Händen ihrer von Freiheit und Gerechtigkeit getragenen Tendenzpolitik preis. Sie kannte keine Staatsrücksicht. Niemand von ihr konnte belehrt werden, daß eine solche Einstellung die sinnloseste Grundlage einer Politik war, daß durch eine wirkliche Aufrichtung Polens nicht nur der deutsche Osten exekutiert, sondern auch die Sicherheit des Staatsganzen aufs höchste gefährdet war.

Bei Struve, einem Hauptvertreter dieser Richtung, führte die Folgerichtigkeit in der Durchführung des „freien“ Prinzips zu einem bemerkenswerten Zwiespalt. In Struve drängte alles zur Tat.<sup>41</sup> Er wollte nun die Politik des Gefühls in die Praxis umsetzen, kam aber dadurch in eine heikle Gewissenslage. Einerseits empfand er es als Verrat, wenn man die deutschen Brüder in Posen im Stich ließ, auf der anderen Seite mußte er natürlich gegen Polen „gerecht“ sein, denn „Polen“ war ja auf das Panier derer geschrieben, die er anführte. Aus diesem Zwiestreit suchte er herauszukommen, indem er ungesäumt für die Zulassung der in Posen wohnenden Deutschen sprach. Jedoch geringe Zeit später brachte er den auf Polen gemünzten Antrag ein: daß es die heilige Pflicht des deutschen Volkes sei, Polen wiederherzustellen, indem die Teilung Polens als ein schreiendes Unrecht erklärt werde.<sup>42</sup> „Der Umstand, daß die Erfüllung dieser Pflicht einen großen Krieg mit Rußland erforderte“, bemerkt hierzu Heinrich von Sybel,<sup>43</sup> „machte wenigstens den Republikanern kein Bedenken: im Gegenteil, es erschien ihnen eine herrliche Sache, im Bunde mit den französischen Brüdern zum Sturz des asiatischen Barbaren und Führers aller Despoten auszuziehen“. Jakob Venedey, der in langen Pariser Jahren die Wärme und Güte des französischen Volkes kennen gelernt zu haben glaubte, wies, um die Prinzipienpolitik zu rechtfertigen, darauf hin, daß es völlig unklug sei, „an Polen zu rütteln“. „Es handelt sich

---

41. V. d. D. P. I, S. 34 f.

42. Struve, V. d. D. P. I, S. 37.

43. Sybel, Die Begründung I. S. 151; Sybel war Mitglied des Vorparlaments.

darum, ob Polen für oder gegen uns sein wird. Wenn ein einziger Pole an unserer Sympathie für Polen zweifelt, so ist Polen gegen uns. Es würde das Vorheer Rußlands gegen uns werden“.<sup>44</sup>

Übrigens wurde der Antrag Struve: die Herstellung Polens für eine Pflicht der deutschen Nation zu erklären, vom Vorparlament fast einhellig zum Beschluß erhoben.<sup>45</sup> Es fragt sich bei der gemeldeten „Einhelligkeit“, ob die Gruppe der Rechten nicht doch für einen Angriff auf Rußland war! — War sie im Falle „Polen“ etwa auch von der humanen Sendung erfüllt, „Recht und Freiheit“ in den europäischen Osten zu tragen?

Damit wenden wir unsere Aufmerksamkeit der rechtsgerichteten Gruppe des Hauses zu; den „Konservativen“, wie sie zum Unterschiede von den Revolutionären auch gelegentlich genannt wurden und sich zu nennen pflegten.<sup>46</sup>

Wir müssen, um die Politik dieser Richtung zu verstehen, erwähnen, daß einige wenige, aber doch vielsagende Stimmen in der Öffentlichkeit gezählt wurden, die den Polen nicht gut Freund waren. Das trat besonders auffällig bei der Augsburger Allgemeinen Zeitung<sup>47</sup> in Erscheinung, die unter der Aera Metternich die österreichische Politik unterstützt hatte und jetzt in einen scharfen Gegensatz zur Demokratie geraten war.<sup>48</sup> Sie verhöhnte die ganze kosmopolitische Polenschwärmerei: „Herr vergieh ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun! Diese Fürbitte gilt ‚den politischen Schönfählern‘, den Männern, die in Ständekammern und Zeitungen von der Abtretung Posens sprechen“.<sup>49</sup> Aber auch ernste Töne konnte sie anschlagen, wenn sie sich z. B. darüber empörte, daß in solchen verhängnisvollen Zeiten, wo es gelte, alle nationalen Kräfte zu sammeln, noch immer „gewisse“

---

44. V. d. D. P. I. S. 36.

45. Ebenda, S. 37.

46. Duncker a. a. O. S. VIN f.; Droysen, Briefwechsel I. S. 400, bezeichnet „die Bassermann, Jordan, Wippermann usw. als konservative Majorität (!!)“ des Vorparlaments; Gagern, Das Leben des Generals Friedr. v. Gagern II, S. 678, spricht von „Liberal — Konservativen“; ebenda S. 686.

47. Vgl. E. Heyck, Die Allgemeine Zeitung, München 1898; L. Salomon, Geschichte des deutschen Zeitungswesens Bd. 3, S. 453 ff.

48. E. Lüders, Die demokratische Bewegung in Berlin im Oktober 1848, S. 5.

49. Am 31. Mai 1848, Nr. 95.

Leute von einer Herausgabe Posens sprächen. Ähnlich verhielt sich die Nationalzeitung,<sup>50</sup> die anfangs polophil war und nun ihr Blättchen zu Gunsten Posens wandte. Wurde in beiden Zeitungen hauptsächlich für die nationale Sammlung und Selbstbesinnung die Trommel gerührt, an einer neuen Fragestellung orientierte sich die Deutsche Zeitung,<sup>51</sup> mit der wir uns mitten im Lager der Rechten befinden.<sup>52</sup> Im Mai 1847 als Organ der „monarchisch-parlamentarischen Bundesstaatspartei“<sup>53</sup> gegründet, wurde sie das offiziöse Sprachrohr der Rechten.

Das Programm der Deutschen Zeitung,<sup>54</sup> wie wir es in ihrem Ankündigungsblatt<sup>55</sup> lesen können, wurde das Programm der Rechten schlechthin, und es war für den Geist dieser Partei kennzeichnend, wenn es hieß: „Ein Land und Volk fühlt sich als Ganzes, in Eintracht und Einheit, vorzugsweise nur dem Auslande gegenüber. Und in Deutschland fehlt eine im Namen dieses Ganzen geleitete aktive äußere Politik“.<sup>56</sup> — Hier wurde also ohne Phrase, in deutschem Sinne: etwa im Geiste Fichtes, die Forderung einer nationalen Politik aufgestellt.<sup>57</sup>

Es ist leicht zu begreifen, daß die außenpolitischen Ideen der Rechten mannigfaltiger gedacht waren als die der Gegenseite. Das ergab sich aus der geistig-politischen Struktur der Rechten, der etwas Opportunes innewohnte. Denn in dieser Geistesstruktur war bedingt, daß jeder die Umwelt verschieden be-

---

50. Salomon, a. a. O. Bd. 3 S. 552 ff.

51. Treitschke, Deutsche Geschichte, V. S. 688 f.; Gagern, a. a. O. II, S. 685 ff.; die Deutsche Zeitung war besonders das Blatt Bassermanns und Mathys.

52. Treitschke, ebenda S. 689, redet von einer „Parteigesinnung“ der Deutschen Zeitung. Er umgrenzt damit schärfer eine ganz bestimmte Richtung des politischen Denkens der Jahre 1848/49 als mit dem oft schrankenlos gebrachten Begriffe „liberal“.

53. Gagern a. a. O. II S. 687 u. 690.

54. Über das politische Programm der D. Z. vgl. E. Schulze a. a. O. S. 53 ff.

55. Am 7. April 1847; vgl. L. Mathy, Aus dem Leben von Karl Mathy, S. 29.

56. Bei Mathy gesperrt.

57. Die Deutsche Zeitung hatte „als erste unter den deutschen Zeitungen sich systematisch mit den Fragen der auswärtigen Politik beschäftigt“, vgl. E. Schulze a. a. O. S. 89.

greifen konnte.<sup>58</sup> Man darf jedoch nicht denken, daß die Rechte kein festes außenpolitisches Ziel gehabt hätte. Ihre Politik umschloß ein Kernproblem: die Begründung der Staatsnation. Um dieses Problem kristallisierten sich ihre Gedanken; zu seiner Lösung strengte sie alle Kräfte an. Ihre Außenpolitik erhielt aber dadurch, daß sie in diesen Gesamtrahmen hineingepaßt wurde, eine ganz bestimmte Note.

Die Deutsche Zeitung<sup>59</sup> — ihr erster Leiter war Gervinus<sup>60</sup> — schrieb am 29. Februar, man müsse die „Conjunktur“ der Zeit richtig ausnützen zur Schaffung eines deutschen Bundestages und zwar „ohne Eingriffe und Proteste von außen“. Deutschland müsse so schnell wie möglich ein mächtiges Glied in der Reihe der Großmächte bilden. „Wollte man uns Schwierigkeiten machen im Osten, so haben wir eine Waffe, die der Republik im Westen zu gleicher Zeit die Hände bände und der Despotie im Osten die Hände lähnte; diese Waffe heißt Polen! Würde aber das Kriegsspiel nicht versucht, — welche Zeit für uns, um im Innern den Bau unserer Staaten freier und kühner auszubauen, zugleich sicherer Schirm für die Fürsten und Völker.“<sup>61</sup> Möglichst im Frieden sollte die Einigung Deutschlands vollzogen werden, und ohne daß sich die Interessen der Völker überschneiden: das war der leitende Gedanke dieser nationalen Politik. Wenn aber die Nachbarn zur Rechten und zur Linken (an England dachte man vorläufig kaum) Einspruch erheben sollten, dann sollte Polen gewissermaßen als Druckmittel dienen, dann mußte notgedrungen ein nationaler Krieg entfacht werden, zu dessen Propaganda der unglückliche Zustand Polens an sich gut dienen konnte. — Man schloß mit der hoffnungsvollen Mahnung, daß die deutschen „Regierer“ die Zeit doch endlich begreifen möchten!<sup>62</sup> — Wie übereinstimmend die Rechte über einen möglichenfalls eintretenden Krieg und die regierenden Fürsten ur-

---

58. Eine konstitutionelle Parteifraktion, die alle liberalen Kräfte zusammenfaßte, gab es im Frühjahr 1848, wie Hallgarten (S. 77) meint, noch nicht.

59. „Die besten Liberalen aus allen Theilen Deutschlands dabei beteiligt“, vgl. G. Freytag, Karl Mathy S. 245.

60. E. Schulze, Gervinus als politischer Journalist, passim.

61. Gagern a. a. O. II, S. 690.

62. Ebenda.

teilte, darüber mag uns am besten von der Gabelentz belehren, der ebenfalls am 29. Februar aus Weimar schrieb: „Gebe der Himmel, daß unsere deutschen Regierungen jetzt eine deutsche Politik befolgen, denn ein unpopulärer Krieg könnte großes Unheil anrichten . . . Die Stimmung mag jetzt allenthalben sehr ernst sein, und man wird theilweise bereuen, die 30 Friedensjahre nicht besser benutzt zu haben, um den billigen Erwartungen der Völker gerecht zu werden. Die Ereignisse des nun verflossenen Monats haben den Fürsten eine Lehre gegeben, die nicht verloren sein sollte.“<sup>63</sup> Auch er trat, wenn überhaupt, für einen „populären“ Krieg ein und wünschte, daß die Fürsten doch endlich die Zeit begreifen möchten.

In derselben Grundverfassung treffen wir die Gruppe der nationalen Mitglieder des Vorparlaments an.

„Mußte es nicht alle Ruhe und Fassung rauben, wenn ein Beschluß, an dem möglicherweise der europäische Frieden hing, die Einverleibung Schleswigs in den deutschen Bund, innerhalb fünf Minuten vorgeschlagen und angenommen wurde? Stand man nicht in Begriff, ebenso rasch die Ausschließung Ost- und Westpreußens aus dem künftigen Deutschland zu beschließen?“ . . .<sup>64</sup> In dem Aufwerfen dieser Fragen kennzeichnete Bassermann die politische Haltung der Nationalen. Er hielt solche Einverleibung Schleswigs in den Deutschen Bund für einen zweifelhaften Gewinn<sup>65</sup> und konnte sich schwerlich vorstellen, daß Europa ohne Murren zusehen würde, wenn eine „Versammlung“ in wenigen Minuten eine Provinz erobere. Anders verhielte es sich schon mit der Aufnahme von Ost- und Westpreußen, die ja von Preußen auch bewirkt wurde. — Bassermann war nicht der Einzige, der betonte, daß es die Macht herausfordern hieße, „wenn man Fragen der Macht, die rein praktisch gelöst werden müssen, zu Prinzipienfragen mache.“<sup>66</sup> Gagern legte nachdrücklich dar, daß es nicht der Sinn des Vorparlaments sei, die „Legitimationsfrage für jedes Land, das zu Deutschland gehören

---

63. R. A. F.

64. Bassermann a. a. O. S. 102 f.

65. Ebenda, S. 119.

66. Ebenda.

solle“<sup>67</sup> zu prüfen. Er arbeitete mit allem Aufwand von Taktik und Beredsamkeit auf eine „Konstituante“ hin; aber seine Vorschläge kamen zu spät, die Versammlung hatte bereits Schleswig und Holstein in den Bund aufgenommen und mußte nun wohl oder übel auch zu West- und Ostpreußen und Posen Stellung nehmen.

Die Linke zeigte sich gegen die Posener Deutschen völlig ablehnend. Die Rechte behandelte die Frage vom Nationalen her. „Je nationaler, patriotischer, politischer wir das Heil unseres Vaterlandes und den Schutz seiner Grenzen erwägen, desto überlegter werden wir die kleine deutsche Habe beisammenhalten“.<sup>68</sup> Das Deutschtum im Osten sollte erhalten und um keinen Preis der Welt die mehr als halbe Million Posener Deutschen<sup>69</sup> den Polen zuliebe geopfert werden. Vor allem forderte die Rechte in militärischem Hinblick eine zuverlässige Sicherstellung der Ostgrenze.<sup>70</sup> Es darf dabei betont werden, daß die Rechte auffallend häufig durch das Waltenlassen strategischer Momente zu Einsichten gelangte, die den Radikalen verschlossen blieben. So forderte sie hier hartnäckig den Besitz der Festung Posen,<sup>71</sup> die als Bollwerk gegen den russischen Koloß diene und im Ernstfalle eines Krieges gegen Rußland Schutz und Schirm gebe.

Aber — und das ist das Entscheidende für unser Problem — nicht Polens wegen stellte die Rechte einen Krieg mit Rußland in ihre politische Rechnung, wie ihn der radikale Flügel aus Prinzip herbeisehnte; nein, es drohte ein „Deutscher Krieg gegen Rußland“.<sup>72</sup> Schon einmal hatte ja das Volk, im Jahre 1813,

---

67. V. d. D. P. I. S. 35.

68. So Gervinus in der D. Z. Nr. 99 vom 8. 4. 1848.

69. Im Vorparlament ist immer von 500 000 die Rede. Die Zahlen sind kontrovers, vgl. Laubert in Gött. gelehrt. Anz. 1913 S. 391. Gewöhnlich ist von 500 bis 600 000 Deutschen die Rede, von 750 bis 850 000 Polen.

70. Biedermann, V. d. D. P. I S. 33 f.

71. Für die Beibehaltung Posens sprechen ferner die national Gesinnten: Welcker, V. d. D. P. I S. 35; Wedemeyer ebenda S. 31; Junghans ebenda S. 32; Türke ebenda S. 32; vgl. Bleck, Die politischen Parteien und die Posener Frage auf den Nationalversammlungen in den Jahren 1848 und 1849, S. 15 f.

72. Gagern a. a. O. II S. 776.

bewiesen und wieder aufgeholt, was die Zopfpolitik der Fürstenhöfe versäumt hatte; jetzt konnte es, meinten die Nationalen, wieder so werden. Polen war dabei nur der Anlaß, Ursache war ihnen die Vereinigung der Nation, die in der Glut eines Volkskrieges gewiß leichter zusammengeschweißt werden konnte. Aus der Gefahr eines möglichen Krieges mit dem Zaren versuchte man im Augenblick den Nutzen herauszuholen: das ist der letzte Grund, weshalb die nationale Gruppe dem Antrag der Radikalen auf Herstellung Polens zugestimmt hatte. Die Tatsache stand vor ihrem Auge, daß solch ein Krieg dem freiheitlichen Geist der Zeit entsprach, ein Krieg, der obendrein geeignet zu sein schien, der im deutschen Volke lange Jahre hindurch genährten Abneigung gegen das stehende Heer wirksam zu begegnen.<sup>73</sup>

Diese Grundhaltung der Rechten spiegelt sich klar in der Deutschen Zeitung wider, die scheinbar die Radikalen umwarb und gelegentlich auf ihre polenfreundliche Politik einging; gleichzeitig aber versuchte sie die kosmopolitische Gefühlspolitik in eine nationale umzubiegen. So heißt es beispielsweise: „Es ist immer gut, wenn Handlungen der Menschlichkeit, der Ehre, der Gerechtigkeit mit einigem eigenen Interesse verknüpft sind: Wir haben von jeher uns mehr als die Franzosen und Engländer für berufen gehalten, die Befreiung von Polen zu vollbringen“.<sup>74</sup> Gervinus, dessen Feder für diese Zeilen verantwortlich zeichnet, war bestrebt, die demokratisch-subjektivistisch gefaßten Begriffe von Ehre und Gerechtigkeit ins Nationale zu übersetzen, indem er Deutschland von Frankreich und England abhob. Bei der Umformung allein fühlte er sich aber doch noch nicht in seinem Elemente, und immer wieder bricht aus ihm das an der Wirklichkeit geschulte Denken hervor, so wenn er „einerlei Interesse“ Deutschlands mit Polen feststellt: „Rußlands ungeheure Macht und Ausdehnung zu brechen“.<sup>75</sup> In Wahrheit war der Kampf gegen das Übergewicht Rußlands immer selbstverständlich für einen Anhänger der nationalen Einigung gewesen;<sup>76</sup> so hatte

---

73. Gagern ebenda S. 775.

74. D. Z. Nr. 86, 26. 3. 1848.

75. Ebenda.

76. Lenz a. a. O.

schon Karl Mathy<sup>77</sup> in der zweiten badischen Kammer seinem Ärger über Rußlands anmaßendes Auftreten Luft gemacht: der Russe besitze deutsche Provinzen und rücke langsam und stetig an der Donau herauf. Auch Gervinus war es um die deutschen Provinzen, insbesondere die Ostsee-Provinzen zu tun. Er vertrat das nationale Prinzip in einer stark doktrinären Form, die ihn teilweise dem polenfreundlichen Verhalten der Radikalen näher brachte, allerdings mehr in den Folgerungen als in den Motivierungen seiner Gedanken. „Es ist also eine Herstellung Polens“, untersucht er am 26. März „die polnische Frage“,<sup>78</sup> „gleichbedeutend mit einer großen Schwächung Rußlands; und vergebens würde man Rußland anders als mit Gewalt einzureden versuchen, daß auch seine Größe eine Schwäche sei, und daß es vielleicht wahre Politik wäre, Rußland innerhalb seiner natürlichen Grenzen, der Sprachgrenze, stark zu machen durch eine nationale Civilisation.“ Auf Grund von Sprache und Geschichte hätte der Wunsch und Wille der Völker die Grenzen der Staaten zu bestimmen; mit dieser national-dogmatischen Auffassung wollte er Rußland gewaltsam zu Leibe gehen. Polen war ihm schließlich nur Zweck zur Schwächung Rußlands; womit er sich wieder in völliger Übereinstimmung mit den Mitgliedern der Rechten befand. Polen würde gegebenenfalls die deutschen Kräfte verstärken. „Deutschland erhält die Ostsee-Provinzen“ in einem Kriege mit Rußland, das war ihm die Hauptsache.<sup>79</sup> Wäre man nur erst soweit, Polen würde hernach schon irgendwie entschädigt werden.

Übrigens wurde die Meinung der Rechten dadurch, daß der Anstoß zur Wiederherstellung Polens von Preußen bereits gegeben war,<sup>80</sup> noch gefestigt. Da die Rechte aber schon an sich bestrebt war, das Gefühl der Solidarität zwischen Preußen und

---

77. Freytag a. a. O. S. 231.

78. In der Deutschen Zeitung Nr. 86 erschien der Artikel „Die polnische Frage“ von Gervinus.

79. Gervinus hat für den Krieg gegen Rußland noch Ende Mai agitiert.

80. Am 21. März 1848 sagte Friedrich Wilhelm IV. der nationalen Reorganisation Polens zu; am selben Tage wurde das bekannte Schreiben an den Herzog von Schleswig-Holstein-Augustenburg abgeschickt.

Deutschland zu stärken,<sup>81</sup> so häuften sich die Voraussetzungen für einen deutschen Nationalkrieg gegen Rußland.<sup>82</sup> Die Rechte empfand es dabei als eine Gunst der außenpolitischen Lage, daß Polen in diesem Kriege Deutschland zur Seite stehen würde.

Der Charakter eines deutsch-russischen Krieges war von den Gemäßigten nicht als der eines Angriffskrieges im Sinne einer freiheitlichen Prinzipienpolitik gedacht, — um etwa lediglich den Absolutismus in Rußland zu stürzen und die Fahne der Freiheit dort aufzupflanzen, sondern man begründete ihn als einen Krieg der wirklichen nationalen Notwehr; was bei der drohenden Haltung des Zaren berechtigt war. Diesen Defensivcharakter des Krieges erkennt man deutlich bei Gabelentz; unter dem 1. April 1848 teilte er den Beschluß des Vorparlamets mit, Schleswig und Ost- und Westpreußen in den Bund aufzunehmen und sich für eine Wiederherstellung Polens zu erklären. „Damit“, fährt er fort, „ist der Krieg mit Rußland so gut wie erklärt und ich bin neugierig, ob Nikolaus zögern wird den Handschuh aufzunehmen“.<sup>83</sup> Gabelentz meinte demnach, daß der unmittelbare Anlaß zum Kriege von Rußland ausgehen müsse. Noch klarer wird diese Meinung, wenn er am 5. April ausspricht, daß er nicht mehr ernstlich an einen deutsch-russischen Kriegsausbruch glaubt: „Freilich scheinen die äußeren Verhältnisse sich immer mehr zu verwickeln, und schon hat der Krieg im Norden sich unserer Grenze genähert. Bald wird er auch von Osten kommen; ich müßte mich aber ganz irren, wenn dann nicht in Rußland selbst, besonders in Polen, Unruhen ausbrechen sollten und

---

81. Droysen, Briefwechsel I S. 408, schreibt beispielsweise am 18. März 1848 an von Reyher: „Unzweifelhaft ist der Augenblick gekommen, wo Preußen sich tatsächlich an die Spitze aller wahrhaften Nationalinteressen stellen muß... um Deutschland zu zeigen,... daß ohne Preußen nichts zu retten ist.“

82. Der Gedanke an einen Krieg Preußen — Deutschlands gegen Rußland ist besonders in dem Kreis um Gagern erwogen. Über die Annäherung zwischen Preußen und der Rechten im März 1848 vgl. Meinecke, Weltbürgertum und Nationalstaat, S. 358; ferner Hansen, Gustav von Mevissen I, S. 519 und Gagern a. a. O. II, S. 776.

83. R. A. F.

darum“, schließt er optimistisch, „hege ich noch keine ernstlichen Besorgnisse“. <sup>84</sup> Diese Worte legen eindringlich Zeugnis dafür ab, daß Gabelentz keineswegs eine Offensive gegen Rußland im Sinne hatte, sondern einzig um die Verteidigung seines Vaterlandes und um den Frieden besorgt war. Das war aber ein Grundzug nationalen Denkens überhaupt.

Wenn man solcherart auf das Vorparlament zurückblickt, begreift man, daß aus der „demokratischen“ Richtung der Beschlüsse „nicht auf die Gesinnung der Versammlung“ geschlossen werden darf. <sup>85</sup> „Was aber die Einheit [der Beschlußfassung] betrifft, so blieb nur dadurch die Zwietracht verdeckt, daß man alle positiven Beschlüsse vertagte“. <sup>86</sup> Diese Worte Sybels treffen besonders auf die Vertagung der Posener Frage zu. Man kam letzten Endes deshalb zu keinem Beschluß über Posen, weil sich das demokratische Freiheitsprinzip mit der Nationalstaatsidee der Rechten in einen unversöhnlichen Gegensatz verstrickt hatte. In der Polenfrage verhielt sich das nur äußerlich anders.

Polen, vor 1848 ein Symbol des freiheitlichen Denkens, <sup>87</sup> wurde im Vorparlament eine Parteiangelegenheit der Linken. Polen wurde Sinnbild ihres Strebens nach Freiheit, Ehre und Gerechtigkeit. Für die nationalgerichtete Gruppe existierte keine Polen-, sondern nur eine Russenfrage. Der Zar, unbeirrbar in dem Glauben an die gottbegnadete Autokratie, hatte für den deutschen Nationalitätsgedanken kein Verständnis. Er rüstete zur Abwehr. Infolgedessen mußte man sich wappnen; blieb der Russe ruhig, brauchte man Gottseidank! nicht loszuschlagen. Einer Wiederherstellung Polens konnte man zustimmen, weil sie sich gegen Rußland richtete. <sup>88</sup> So war das Zusammengehen der Rechten mit der Linken im Vorparlament

---

84. R. A. F.

85. Gagern a. a. O. S. 752; Duckwitz, Denkwürdigkeiten S. 226; Bassermann a. a. O. S. 119

86. Sybel a. a. O. I. S. 152.

87. Marcks a. a. O. S. 76.

88. Albert Grün bemerkte zum Polenbeschluß der Rechten: „Diese Erklärung, diese bloßen Worte hätte jedes Kind, wenn es offene Augen und ein redliches Herz in sich trug, eben so gut aussprechen können“; a. a. O. S. 66.

bezüglich Polens ein taktisch bestimmtes;<sup>89</sup> nicht die Polenschwärmerei hatte die Rechte angesteckt, sondern die Erwägung herrschte bei ihr vor, die realen Situationen rücksichtslos für die „Nation“ ausschöpfen zu müssen. Man kam gewiß der Linken entgegen, wenn man für Polen stimmte, aber das hatte noch einen triftigen Grund: man wollte zugleich den revolutionären Geist abtöten, oder besser, mit neuem patriotischen Geist füllen. Deshalb ging die Rechte scheinbar ein Stück Weges mit der Linken.

Anmerkung zu Hallgarten, Studien über die deutsche Polenfreundschaft, 1928.

Es dient zum Verständnis unserer Darlegungen und liegt im Interesse der polnischen Frage auf den 48er Nationalversammlungen, Hallgartens Auffassung über das Vorparlament und den 50er-Ausschuß zu korrigieren. H. (S. 77 f.) versucht zu zeigen, daß das gesamte Vorparlament gegen Rußland gestanden habe, um Polen zu befreien; „daß in jenem Augenblick Ende März das Gros der sich bildenden konstitutionellen Parteien für den Angriffskrieg gegen Rußland zu haben war“. Unter anderm habe H. v. Gagern selbst dieses Urteil nachdrücklich formuliert. Mit welcher weitgespannten Hoffnungen müßten sich damals die Gemäßigten wie Bassermann, Buhl, Closen, Soiron, Dahlmann, die Grimms u. a. getragen haben! Wenn H., dessen ganzes Werk auf einer Überschätzung der Circourtschen Memoiren beruht, nur etwa die 1926 erschienenen Denkwürdigkeiten Bassermanns zur Hand genommen hätten, so wären ihm die Hoffnungen der Gemäßigten wohl weniger „weitgespannt“ vorgekommen. Was die nachdrückliche Formulierung Gagerns (vgl. Gagern a. a. O. S. 775 f.) anlangt, so wird gerade die nationale Auffassung eines Russenkrieges von ihm vertreten. Gagern gehörte zu den Nationalen wie die Grimms und Gervinus, die durch einen Russenkrieg Deutschland zusammenschweißen wollten. Gerade Gagern war der Ansicht, daß dieser Krieg die Abneigung des Volkes gegen das stehende Heer aufheben würde. Von einem Gros der sich Ende März bildenden konstitutionellen Parteien zu reden, ist irrig. Ferner ist falsch, das Vorparlament unter dem

---

89. Vgl. in diesem Zusammenhang Gagern a. a. O. S. 752 ff.

Aspekt „Polen“ zu sehen; auch diejenigen Abgeordneten wie Gervinus, Gagern, die Grimms, die für einen Russenkrieg waren, wollten keineswegs eine Abtretung Posens an Polen. Bleck (Die politischen Parteien und die Posener Frage auf den Nationalversammlungen in den Jahren 1848 und 1849, 1914) hat das sehr richtig herausgearbeitet. Je weniger nun Bleck Hallgarten vollständig erscheint, desto mehr irrt dieser. Die Begebenheiten werden aber völlig auf den Kopf gestellt, wenn es bei Hallgarten heißt: „Die liberalen Redner, besonders der preußenfeindlichen Kleinstaaten, Leisler aus Nassau, der die alten polnischen Grenzen von 1772 wiederherstellen wollte, Hensel II aus Sachsen, der in wirren Reden den Süddeutschen unterstützte, stießen sogar am 31. März so eifrig vor, daß Heinrich Gagern mit Welcker und Wernher v. Nierstein alle Mühe hatte, wenigstens eine sofortige Beschlußfassung über die Zulassung der Posener Deutschen zu verhindern, da sie wahrscheinlich mit einer Niederlage der Posener Deutschen geendet haben würde.“ Hier ergibt sich nämlich, daß Leisler aus Nassau und Hensel II aus Sachsen zwei mit allen Wassern gewaschene Demokraten gewesen sind, vgl. auch Freyer a. a. O. S. 60. Damit aber fallen die Behauptungen Hallgartens zusammen, denn nun ist klar, daß sich die Gagern, Welcker und Wernher (aus Nierstein, nicht v. Nierstein, vgl. Bassermann, Denkwürdigkeiten S. 324) dem unsinnigen Andrängen der Radikalen und nicht den Gemäßigten entgegen-gestemmt haben, und zwar „in jenem Augenblick Ende März“. Es ist folgerichtig, daß H. vom Vorparlament an die Dinge falsch sieht. So meint er, daß sich der 50er-Ausschuß, der sich „am 17. April des längeren mit der Frage befaßt und insbesondere auf Betreiben Blums, Rehs aus Darmstadt, Simons aus Breslau und Jacobys sich der Polen angenommen hatte“ (S. 79), „im Sinne des Vorparlaments“ über die polnische Frage ereifert habe. Dazu ist zu bemerken, daß der 50er-Ausschuß nicht nur aus Blums, Rehs und Simons bestand und daß die Führung im 50er-Ausschuß die Rechte hatte, vgl. Pagenstecher a. a. O. S. 30, Gagern a. a. O. S. 758. Blum hat übrigens in der Sitzung vom 17. April gar nicht gesprochen; wie Hallgarten zu der Behauptung, daß Blum am 17. 4. gesprochen habe, kommt, ist rätselhaft; Blums Name wird in dem Protokoll (auch in dem

ungedruckten) über die Sitzung vom 17. April überhaupt nicht erwähnt, vgl. V. d. D. P. II, S. 77—81. Dagegen war Abegg am 17. 4. Präsident der Versammlung (nicht Blum — wie H. meint), der allerdings für Polen gesprochen hat. — „Mehr und mehr“ läßt H. (S. 80) dann im 50er-Ausschuß die Polensache zur Parteiangelegenheit der Linken werden. Nach alledem ist es nur natürlich, daß sich bei H. (S. 90) die Nationalen in der Paulskirche „auf den Mund schlugen“, als sie den Polenkurs energisch abzdrehen versuchten. — Valentin a. a. O. II, S. 609 nennt Hallgartens Studie „vortrefflich“ und fügt hinzu: „Soweit ich dieses Spezialgebiet zu überschauen vermag, bleibt hier nicht viel zu tun übrig“...

## Kapitel II.

### Der Fünfziger-Ausschuß.<sup>1</sup>

#### 1. Provisorische Zentralgewalt. Stellung zu Frankreich.

Im Fünfziger-Ausschuß bildeten sich die Bestrebungen, deren Keime von den Parteien im Vorparlament gelegt worden waren, weiter aus. Um diesen Prozeß voll zu begreifen, müssen wir fortan auch zu einer Frage Stellung nehmen, die scheinbar nur lose mit der Außenpolitik zusammenhängt. Wir meinen das Kernproblem der Fünfziger: ob eine provisorische Zentral- oder Exekutivgewalt für Deutschland zu errichten sei oder nicht.

Eine besondere Kommission, die sich mit den Siebzehnern beraten hatte, schlug im Fünfziger-Ausschuß vor, die Exekutivgewalt alsbald auf „drei Personen“ zu übertragen; sicherlich hat man dabei schon — wie später in der Paulskirche — an die Mitwirkung der österreichischen, preußischen und bayrischen Regierung gedacht. — In den Debatten über das Dreier-Direktorium kamen wieder alle Parteigegensätze zum Vorschein. Die Begründung des Kommissionsvorschlages durch v. Wächter<sup>2</sup> entsprach völlig den Grundsätzen der Nationalen;<sup>3</sup> es muß also in der Kommission eine nationale Majorität gewesen sein. Wächter führte folgendes aus: es sei kein Zweifel, daß Deutschland über Nacht in Gefahr geraten könne; dieser aber könne man nicht entgegentreten, „wenn nicht eine Centralkraft in Deutschland vorhanden sei“. Deshalb sollten drei Personen bis zur definitiven Exekutivgewalt die oberste Leitung der allgemei-

---

1. Vgl. allgemein: Duckwitz a. a. O. S. 214 ff.; Pagenstecher a. a. O. S. 30 ff.; Biedermann, Dreißig Jahre deutscher Geschichte 1840—1870, S. 269 ff.; Valentin, Geschichte der deutschen Revolution I S. 514 ff.

2. V. d. D. P. II S. 117.

3. Wir sagen von nun an „national“ und „Nationale“ statt „liberal“ und „Liberale“; vgl. vorn S. 11.

nen deutschen Angelegenheiten, besonders des Heerwesens, sowohl zur Sicherung der Integrität Deutschlands nach außen, als auch nötigenfalls gegen Anarchie im Innern übernehmen und unmittelbare diplomatische Beziehungen zum Auslande anknüpfen.

Die Linke protestierte scharf gegen ein „Triumvirat“. Sie sah in der Schaffung einer Exekutivgewalt eine verhängnisvolle Rückwärtsbewegung, die die Prärogativen der Fürstengewalten wiederherstellte; sie fühlte aus dem Antrag nur heraus, daß man sie zurückdrängen wollte. „Es soll also eine neue Gewalt geschaffen werden“.<sup>4</sup> Die Gefahren, von denen immer gesprochen würde, meinte Brunck am 18. April, seien viel geringer geworden, als sie in den Tagen des Vorparlaments waren. Damals habe man von der französischen Gefahr geredet, und sie sei nicht aufgetreten, heute rede man wieder von vielen naheliegenden außenpolitischen Gefahren; alles würde übertrieben, nur um eine Zentralgewalt zu schaffen.<sup>5</sup> Ein anderer äußerte, gleichwie in Frankreich der erste Konsul „die untergeordneten Consule in die Ecke geschoben habe“, so würde es auch hier gehen.<sup>6</sup> Immer wieder brach auf der Linken das Gefühl für die Freiheit hervor, deren politische Existenz bedroht schien. Mit der Aufrichtung einer Exekutive würde der Deutsche Bund, der Abschaum Metternichscher Politik, aufs neue stark gemacht; die Versammlung der Fünfziger aber, die wahre Erbin des „revolutionären“ Vorparlaments, trete dann in den Hintergrund des politischen Geschehens zurück. Ob man denn nicht überlege, was es heiße, die oberste Leitung der innersten Angelegenheiten einer „Dictaturgewalt“ zu übertragen!

Die Rechte forderte deshalb eine Zentralgewalt, weil sie erkannt hatte, daß nur eine kraftvolle Oberleitung das deutsche Volk dem Auslande gegenüber vertreten könne. Sympathie für Metternich und sein System hatte sie ebensowenig wie die Linke; auch für sie war der Deutsche Bund nicht mehr als „ein lahmes

---

4. So Abegg, vgl. V. d. D. P. II, S. 123.

5. Vgl. St. B. über die Comiteesitzungen des 50er-Ausschusses, Extra-Beilage zur Oberpostamtszeitung vom 18. 4., S. 10.

6. So Freudentheil, vgl. St. B. der Oberpostamtszeitung vom 19. 4., S. 18.

und unpopuläres Institut“; <sup>7</sup> aber vielleicht konnte ihm jetzt wieder ein „neues Gewicht verliehen“ <sup>8</sup> werden. Auf jeden Fall mußte eine Exekutivgewalt für die straffere Zusammenziehung aller nationalen Kräfte Sorge tragen. Man habe Krieg mit Dänemark, sagte v. Soiron, und müsse darauf gefaßt sein, daß aus den gespannten europäischen Verhältnissen leicht ein allgemeiner Brand entstehen könne. <sup>9</sup> — Das Bedürfnis nach einer Zentralgewalt bestand schon vor den Tagen des Vorparlaments für viele „Politiker“. So hatte Robert Mohl <sup>10</sup> in den Tagen kurz vor dem Zusammentritt des Vorparlaments gefordert: hauptsächlich habe die Zersplitterung gegen außen aufzuhören. Nur ein Deutschland solle gegen fremde Staaten auftreten! Das deutsche Reich allein schließe Verträge mit fremden Staaten. Die bisherige Bedeutungslosigkeit Deutschlands, seine Mißachtung durch andere Nationen, müsse ein Ende haben. Die Rechte im Fünfziger-Ausschuß war sich in der Beurteilung dieser Mißstände durchaus einig.

Eine Modifikation des Kommissions-Antrages stellte der Antrag von Biedermann-Leipzig dar. Biedermann glaubte den Kommissions-Antrag nur dann unterstützen zu können, „wenn er sich rein auf die auswärtigen Angelegenheiten und die militärischen Verhältnisse beschränkte“. <sup>11</sup> So wie er nach dem Kommissionsbericht laute, scheine er sich auf Inneres und Äußeres, kurz auf alles zu beziehen. Durch eine derartige unumschränkte Machtbefugnis aber könne die soeben erst schwer errungene innere Freiheit in Gefahr kommen. — Der Antrag Biedermann ist deshalb sehr beachtlich, weil sich hinter ihm diejenigen verschanzten, deren politische Grundhaltung zwischen den erkennbaren Extremen oftmals schwankte; es waren dies Wippermann, Siemens, Briegleb, Rüder und Wilhelmy — aber auch die Eisenmann und Reh. Die ersteren sahen, daß der Zustand von

---

7. Gabelentz, am 1. März 1848, R. A. F.

8. Gabelentz ebenda.

9. V. d. D. P. II, S. 221.

10. R. v. Mohl, Der deutsche Reichstag, abgedruckt in D. Z. Nr. 88/89, Beilage vom 28. u. 29. März 1848.

11. St. B. der 50er, Beilage der Oberpostamtszeitung vom 18. April, Seite 2.

Deutschland — und zwar besonders in außenpolitischer Hinsicht — sehr bedenklich war; deshalb wünschten sie ein einheitliches Zusammenwirken der deutschen Heeresstreitkräfte. Erst dann, wenn der Kommissions-Antrag auf das Heerwesen und die auswärtigen Angelegenheiten beschränkt würde, wollten sie ihm zustimmen, d. h. dem Biedermannschen Modifikationsantrag. Biedermann selbst, und er wurde darin beispielsweise von Wilhelmy<sup>12</sup> und Wippermann<sup>13</sup> unterstützt, zielte noch darauf, daß der diplomatische Verkehr mit dem Auslande statt einzeln von Österreich, Preußen, Bayern endlich von einem „Mittelpunkt“ geführt würde.<sup>14</sup> Eisenmann war erstaunt, daß so viele gegen einen Antrag waren, dessen einstimmige Annahme er erhoffte. „Was ist der Bund“, sagte er,<sup>15</sup> „bis jetzt? Er ist die executive Gewalt von ganz Deutschland... Diese Executivgewalt aber... taugt nichts für Zeiten der Bewegung, für Zeiten, wo Unruhen von allen Seiten auftauchen und Gefahren von Ost und West herblitzen“. Und Reh fragte die Versammlung, was geschehen solle, „wenn über Nacht Deutschland mit einem oder zwei oder drei Kriegen überzogen würde?“<sup>16</sup>

Übrigens dachte niemand im 50er-Ausschuß daran, dem Deutschen Bund irgendwie bedingungslose Zugeständnisse zu machen und einer Reaktion in die Hände zu arbeiten. Die Zentralgewalt sollte völlig dem Ausschuß verantwortlich sein. Diese Ansicht hatte zweifellos einen richtigen Kern, denn ein ausführendes Zentralorgan durfte, auch wenn es viel beweglicher und aktionsfähiger war als eine parlamentarische Versammlung, doch nicht der Gefahr ausgesetzt sein, eine nach Willkür schaltende Gewalt zu werden.

Die Verschiedenartigkeit der Parteien drückte sich schon in ihrem Erscheinen aus.<sup>17</sup> „Während die republikanische,

---

12. Ebenda S. 11.

13. Ebenda S. 14. Wippermann hatte am 18. 4. einen Sonderantrag gestellt, der dem Kommissionsantrag nahekam, war aber, falls dieser nicht angenommen wurde, für Biedermann.

14. Ebenda 18. 4., S. 2.

15. Ebenda S. 3.

16. Ebenda S. 7.

17. R. v. Mohl, Politik S. 12 ff.

oder vielmehr demokratische und revolutionäre Partei sich schon“ im Vorparlament „durch ihre feste Organisation“ ausgezeichnet hatte,<sup>18</sup> war die Organisation der Rechten vernachlässigt worden. Die Linke war auch im allgemeinen klarer in ihrem Ziel, aber dürftiger in ihrem geistigen Besitz; unterlegen in ihren Mitteln, aber populärer durch die Faßlichkeit ihrer Schlagworte. Von Anfang an war sie mit einem genau durchdachten Programm (Programm Struve), einer radikalen Theorie, aufgetreten. Im Fünfziger-Ausschuß gingen die Demokraten sehr geschlossen vor. Viel schwerer war dagegen die Rechte zu führen. Individuelle Auffassung der gegebenen Zustände gehörte zur Grundbestimmung ihres politischen Denkens. H. v. Gagern<sup>19</sup> hat das einmal klassisch formuliert: „Das Programm der Reformpartei mußte ein den Massen weniger verständliches, unbestimmteres und der individuellen Auffassung und Auslegung mehr Spielraum gewährendes sein, so lange dieses Programm nicht von einem der Deutschen Großstaaten, namentlich von Preußen, angenommen war, und die Partei sich an diesen nicht anlehnen, mit dem selbst noch Unschlüssigen und Schwankenden nicht gehen konnte.“ Als die erste Aufgabe wurde es betrachtet, „die eingerissene anarchische Bewegung in ein Strombett patriotischer Bestrebungen zu leiten, darin zu bannen, und die Gunst des Augenblicks im Interesse der Einheit und der Freiheit des Vaterlandes zu benutzen.“<sup>20</sup>

Im Vorparlament nahm die Macht der Radikalen, obwohl sie in der Minderheit waren, rasch zu; aber, wie Ranke sagt, „die Gewaltsamkeiten zerstörten ihren eigenen Zweck.“<sup>21</sup> Die Einsichtigeren<sup>22</sup> unter den Demokraten wie Blum, Venedey u. a. fühlten sich von dem Anarchismus angewidert und verließen die verrannten Revolutionäre. Sie versuchten auf parlamentarischem Wege die Republik zu konstituieren. Je mehr sie indes selbst

---

18. Gagern a. a. O. S. 752 f.

19. Ebenda S. 753.

20. Ebenda S. 685.

21. Die römischen Päpste II, S. 38.

22. Es waren „nicht die extremsten, dafür aber um so gefährlicheren“. sagt Pagenstecher, a. a. O. S. 30.

an Boden verloren, desto stärker wurden sie von der radikalen Strömung fortgerissen. —

Der Hauptantrieb zu dem Antrage, eine Exekutivgewalt aufzurichten, kam den Nationalen und den Männern um Biedermann durch die gefahrdrohende außenpolitische Lage, in der sich Deutschland befand.<sup>23</sup> Immer wieder wurde betont, daß eine Zentralgewalt „für das Auswärtige“ eingesetzt werden müsse,<sup>24</sup> daß die militärischen Kräfte verstärkt werden sollten.<sup>25</sup> „Denken Sie sich nur einen Krieg, lassen Sie einen mächtigen Feind Deutschlands Grenzen schnell überziehen. Wer soll uns schützen?“<sup>26</sup>

Besonders die revolutionären Vorgänge in Frankreich beunruhigten sehr.

Der politische Himmel hatte sich gegen Ende Februar mehr und mehr getrübt.<sup>27</sup> Die „Zeitungen aus Paris“ fehlten,<sup>28</sup> zum Beweis, daß dort an einen geordneten Zustand der Dinge nicht mehr zu denken war. Die abgerissenen Nachrichten, die seit dem 25. Februar nach Deutschland durchgesickert waren, ließen Böses befürchten. Wie die Dinge in Frankreich enden würden, konnte niemand absehen, und wenn man auf der Rechten den Franzosen auch soviel gesunden Sinn zutraute, daß sie keinen „Kommunismus, d. h. Anarchie oder Pöbelherrschaft“ aufkommen ließen, so mußte doch die allernächste Zukunft bedenkliche Ereignisse „zur Kunde bringen“. „Mir zu gefallen“, meinte v. d. Gabelentz, „möchten sie übrigens in Paris Abd el Kader“<sup>29</sup> oder

---

23. Interessant ist, daß auch später bei der Abstimmung zur Wahl des Erbkaisers „andere glauben, daß die gegen äußere Gefahren schützende einheitliche Stärke ohne den Erbkaiser nicht zu erreichen sei“. So Hallbauer; vgl. Bergsträsser a. a. O. S. 240. Biedermann, der in der Paulskirche führendes Mitglied der Erbkaiserlichen war, schlägt also schon im 50er-Ausschuß diese Tonart an.

24. V. d. D. P. II, S. 120 (Biedermann).

25. Mohl a. a. O.

26. V. d. D. P. II, S. 125 (Wippermann).

27. Das Folgende nach Gabelentz.

28. Gabelentz am 28. Februar: „Die Zeitungen aus Paris fehlen seit 2 Tagen“... R. A. F.

29. Emir von Aegypten, der sich 1830 gegen Frankreich aufgelehnt und sich heldenmütig verteidigt hatte.

den Prinz der Aschantis<sup>30</sup> zum König ausrufen, wenn nur nicht alles, was dort passiert, auf unsere deutschen Zustände zurückwirkte. Allein das wird leider die unvermeidliche Folge sein. Vor den französischen Gelüsten nach der Rheingrenze ist mir nicht bange, denn dagegen würde sich D e u t s c h l a n d wie ein Mann erheben, und das würde den Herren Nachbarn jenseits des Rheins heute noch ebenso gut Respekt einflößen, wie zu des seligen Nikolaus besten Zeiten“.<sup>31</sup> Es tauchte also hier, wie vielfach bei den Nationalen,<sup>32</sup> der Gedanke auf, daß im Westen der Franzose mit Kriegsgelüsten aufwarte. Gabelentz spielte deutlich auf eine nationale Erhebung an, wie sie im Jahre 1840 die Deutschen einmütig gemacht und die leicht erregbare Kriegseidenschaft der Franzosen erheblich abgekühlt hatte. Damals hatte das deutsche Volk gezeigt, was eine nationale Besinnung vermochte. Überwältigend war die nationale Gesinnung zum Ausbruch gekommen. „Sie sollen ihn nicht haben, den freien, deutschen Rhein“,<sup>33</sup> so war es in tausendfältigem Echo erklingen. Eine ähnliche Wirkung, hofften Gabelentz und mit ihm viele Gleichgesinnte, würden 1848 französische Angriffe auf das deutsche Rheingebiet erzeugen.<sup>34</sup> Aus den Anschauungen, daß Frankreich „aus äußeren Gründen und innerer Nötigung“ zur gewaltsamen Propaganda seiner Grundsätze schreiten würde, war der Gedanke einer Volksbewaffnung in nationalen Kreisen lebendig geworden; einer allgemeinen Volksbewaffnung, die eine Grenzwehr gegen Westen darstellen und gleichzeitig dem Andrängen französisch-republikanischer Ideen wirksam begegnen sollte.<sup>35</sup> Im Frühjahr 1848 wurde öffentlich in Baden für eine Volksbewaffnung demonstriert. Gabelentz meinte dazu: „E h r l i c h e Gewährung scheint mir das einzige Mittel, um größeres

---

30. Gemeint ist der Aschantis-Staat an der Goldküste, die 1873 an England kam.

31. Gabelentz ebenda, R. A. F.

32. Gagern a. a. O. S. 772 ff.; vgl. ferner Deutsche Vierteljahrsschr. Jg. 1840—48; Bergsträsser a. a. O. S. 186.

33. Unter der Kriegsdrohung von 1840 hatte N. Becker das Rheinlied geschrieben.

34. Die Augsburger Zeitung sah in Frankreich den Hauptfeind Deutschlands, vgl. Gerlach, Denkwürdigkeiten I S. 154.

35. Gagern a. a. O. S. 684.

Unheil abzuwenden . . . allgemeine Volksbewaffnung . . . kann am ersten unseren Nachbarn jenseits des Rheins imponieren“.<sup>36</sup> Freilich sah das Bild einer Volksbewaffnung in den Augen der Gemäßigten völlig anders aus als bei den Republikanern. Die Nationalgesinnten dachten in militärischem Sinne an ein Volk in Waffen, das gegen den Feind zusammenstehen sollte. Die Republikaner propagierten die Volksbewaffnung,<sup>37</sup> um einen Nutzen für ihre innerpolitischen Ziele herauszuholen.

Die politische Lage entspannte sich indes in den ersten Märztagen etwas. Die französische Regierung unter Lamartine erklärte, daß sie keinen Krieg wünsche.<sup>38</sup> Der Bundestag schien die Zeit zu begreifen; wenigstens verhiess sein vertrauensvoller Aufruf an das deutsche Volk,<sup>39</sup> in welchem er Frankreich gegenüber einmütiges Handeln empfahl, und die Gewährung der lang-ersehnten Preßfreiheit eine Wendung zum Guten. So glaubte auch Gabelentz, daß die Gefahr eines Krieges nicht mehr in dem Maße wie früher akut sei, „und wenn die deutschen Fürsten nicht so töricht sind, Frankreich anzugreifen, dagegen aber im Innern eine liberale Politik befolgen, so möchte ich 10 gegen 1 wetten, daß wir die Franzosen zurückschlagen, wenn sie das deutsche Gebiet verletzen sollen. Und vor der Hand versichern sie ja, daß sie gar keine derartige Absicht haben. Freilich“, fügte er hinzu, „bleibt Italien immer der wunde Fleck!“<sup>40</sup>

Tatsächlich offenbarte Lamartine an dem „wunden Fleck“ Italien seine doppelgesichtige Friedensliebe. Wenn er vielversprechende Friedensversicherungen machte, bedeutete das keineswegs, wie es die deutschen Demokraten noch in der Paulskirche wahrhaben wollten, Pazifismus, sondern es verbarg sich dahinter, wie die Nationalen erkannten, eine klare politische Absicht:<sup>41</sup> es lag im Interesse Frankreichs, daß Friede an seinen Grenzen herrschte, damit man in Ruhe den Neubau des Staates vorneh-

---

36. Gabelentz 1. März 1848, R. A. F.

37. v. Andlaw, Der Aufruhr und Umsturz in Baden I S. 110; ferner Wesendonck a. a. O. S. 5 f.

38. Vgl. Lamartine, Révolution de 1848 II S. 26 ff.

39. Vom 1. März; vgl. Protokolle des Bundestags, Beschlüsse vom 1. bis 8. März.

40. Gabelentz am 4. März, R. A. F.

41. Gagern a. a. O. S. 770 ff.

men könne. Krieg zu führen, war Frankreich — mit seinen zerrütteten innerpolitischen Zuständen — im Grunde ja auch gar nicht imstande.<sup>42</sup> In dieser Erkenntnis verkündete Lamartine seine Proklamationen, die nun die große Friedfertigkeit Frankreichs bezeugen sollten, an die Völker Europas. Jedoch kurze Zeit darauf, als er selbst sich in seiner Stellung sicherer fühlte, wagte er, allen Friedensbeteuerungen zum Trotz, ein sehr deutliches Wort über die lombardische Lage zu sprechen, das gesteigerte Interesse Frankreichs in den Mantel der Freiheit und Humanität hüllend: wenn man den Italienern verwehren würde, sich ein Vaterland zu gründen, so würde die französische Regierung sich für berechtigt halten, mit den Waffen die rechtmäßigen Fortschritte der Nationalitäten zu begünstigen und zu beschützen.<sup>43</sup>

Die Nationalen durchschauten dieses politische Manöver gleich, sie wollten aber jede Auseinandersetzung vermeiden, weil sie überzeugt waren, in Ruhe und Frieden Ersprießlicheres für die unbedingte Sicherung Deutschlands leisten zu können. Man war deswegen bereit, die junge französische Republik anzuerkennen und nicht damit zu zögern wie England, „sonst würde dies gleich einen vortrefflichen Vorwand zum Kriege geben“.<sup>44</sup> Wenn es indes wider Erwarten zum Kriege mit Frankreich kommen sollte, dann würde man selbstverständlich alles tun, das Vaterland nach Kräften zu verteidigen. Diese abwartende Haltung der Rechten erhielt allerdings eine besondere Note durch die Befürchtung, daß die Arbeiterbewegung in Paris „die große Zahl der dortigen deutschen Arbeiter brotlos machen und zur Rückkehr in die Heimat drängen wird, wohin sie ihre kommunistischen Ideen mitzubringen drohen“.<sup>45</sup> —

Das Gefürchtete trat ein. Die mit reißender Gewalt von Westen herüberflutende Bewegung bewirkte, was auch Gabelentz vorausgesehen hatte: in Deutschland gerieten diejenigen Bevölkerungsschichten, welche bisher abseits vom öffentlichen

---

42. Vgl. Quentin-Bauchart, Lamartines Friedensversicherungen betreffend: „elle avait besoin de paix et non de guerre“, a. a. O. S. 294.

43. Lamartine, Histoire de la Révolution de 1848, II S. 30.

44. Gabelentz am 4. März 1848, R. A. F.

45. Derselbe am 27. März 1848, R. A. F.

Leben gestanden hatten, die politisch Unreifen und kommunistischen Utopien zugänglichen Massen der Städte,<sup>46</sup> in einen stürmischen Taumel und verschmolzen ihre Wünsche mit denen des demokratischen Radikalismus.

Den Fünfziger-Ausschuß hat die politische Infizierung Deutschlands mit kommunistischen Ideen stark beschäftigt. Während die republikanische Partei den Zuzug der deutschen Arbeiter sehnlichst erwartete,<sup>47</sup> setzte die Rechte eine Proklamation an die Deutschen in Frankreich durch,<sup>48</sup> in der sie jene beschwor,<sup>49</sup> den Rufen einzelner Revolutionäre in Deutschland nicht zu folgen. In der verschiedenen Stellungnahme der Parteien drückte sich wiederum besonders kraß der Gegensatz ihrer Denkgrundformen aus. Beide sahen den revolutionären Strom von Frankreich herüberfließen: die Rechte — schon aus streng nationalen Gründen — mit Sorge, die Linke mit unverhohlener Freude. Die Radikalen erklärten einfach, daß einer deutschen Republik niemals Gefahren von Frankreich bereitet werden könnten. Der Abgeordnete Reh-Darmstadt unternahm es gleich in der 4. Sitzung,<sup>50</sup> einen Antrag zu stellen, man solle eine Proklamation an das französische Volk erlassen und ihm die Hand zu einem „brüderlichen Bunde“ bieten. Die Nationalen waren hingegen ihrer ganzen Einstellung gemäß darauf aus, den revolutionären Strom aufzuhalten und die Westgrenze zu sichern. Sie waren deshalb auch sehr damit einverstanden, daß die Bundesversammlung beschlossen hatte, zum Schutze der Westfront Truppen in das Rheingebiet zu senden.<sup>51</sup>

Es bestand also im 50er-Ausschuß gegenüber Frankreich ein ganz eigenartiges Verhältnis der Neigung und Abneigung. Französisch-republikanisches Wesen wirkte auf die Linke anfeuernd; in Frankreich fühlte sie sich fast besser verstanden als in Deutschland.<sup>52</sup> Die Rechte konnte für Frankreich kein wär-

---

46. E. Marcks, Männer und Zeiten I S. 295.

47. Biedermann a. a. O. S. 271.

48. V. d. D. P. II S. 47 (Hergenhahn).

49. Ebenda S. 64.

50. Ebenda S. 23 f.

51. Protokolle des 50er-Ausschusses, R. A. F.

52. Ruge, Befreundung der Deutschen und Franzosen, Ges. W. VI S. 247 ff.; Der französische Patriotismus, ebenda S. 238.

meres Empfinden haben. Einmal war sie ihrem nationalen Geiste nach nur an der Wiederkräftigung „Deutschlands“ interessiert; zum andern war die nationaldeutsche Abwehr gegen gallische Eroberungsgelüste noch in frischer Erinnerung. „Lassen sie heute in Frankreich die Regierung fallen, dann haben wir morgen Krieg mit den Franzosen, und was soll daraus werden, wenn wir den Franzosen so gegenüberstehen, wie heute?“ So fragte ein nationaler Abgeordneter,<sup>53</sup> als es um die Errichtung einer Zentralgewalt „für Auswärtiges und Heerwesen“ ging, und er sprach die Frage aus, die über die Stellungnahme, die seine politischen Freunde Frankreich gegenüber einnahmen, Aufschluß gibt.

## 2. Die Stellung der Oesterreicher im 50er Ausschuß. Triest-Politik der Oesterreicher.

„Seit dem Eintritt der Oesterreicher“, schrieb Arnold Duckwitz, „beschäftigte sich der Fünfziger Ausschuß sehr viel mit allerlei Fragen der höheren Politik.“<sup>54</sup>

In der Tat, was man im Vorparlament der Nationalversammlung hatte vorbehalten wollen, sollte jetzt erledigt werden. Insbesondere die italienischen Wirren hatten die Aufmerksamkeit des Ausschusses auf sich gelenkt.

Italien befand sich bereits im Zustand der Revolution, als die Nachricht von der Pariser Februar-Revolution sich verbreitete. Die ganze Halbinsel stand in Flammen. In Mailand und Venedig erhob sich die Bevölkerung gegen Oesterreich. Frankreich schützte Gleichgültigkeit vor, sah aber den Dingen interessiert zu.

Es ist sehr lehrreich zu sehen, daß nun schon im 50er-Ausschuß eine Spannung gleichsam zwischen „Oesterreich“ und „Deutschland“ eintrat, insofern als diejenigen Mitglieder Oesterreichs, die zur Rechten des Ausschusses gehörten, in der Behandlung außenpolitischer Probleme ganz eigenartige Argumente ins Feld führten. Nicht in einer geistig-politischen Grundhaltung

---

53. Cetto, V. d. D. P. II S. 128.

54. Duckwitz a. a. O. S. 236.

war das begründet, vielmehr erzeugte die Denkgrundform, die die österreichischen Mitglieder der Rechten mit den übrigen national denkenden Mitgliedern des Ausschusses gemeinsam hatten, eine gewisse Übereinstimmung, d. h. in der Betrachtung innenpolitischer Vorgänge. Aber wie fast vorauszusehen war, konnten die „habsburgisch“ denkenden Oesterreicher und die anderen Gemäßigten sich da nicht verstehen, wo es sich um außenpolitische Probleme handelte. Es war jedenfalls nur logisch im Denken der Gemäßigten, wenn sie sich in der Not, die Europa heimsuchte, um das Nächstliegende, um „Deutschland“ kümmerten. Während die drohende Haltung Frankreichs gegen Italien und somit gegen Oesterreich sie denn auch veranlaßte, nur um so aufmerksamer das gefährdete Rheingebiet im Auge zu halten, ging ihnen für das „österreichische“ Interesse in Italien nicht das rechte Verständnis auf. Man hoffte sogar gelegentlich, daß „im Süden Oesterreich zur Nachgiebigkeit geneigt ist“, <sup>55</sup> damit man freie Hand bekäme, um die Streitigkeiten im Norden zu bereinigen. <sup>56</sup> — Es ist bekannt, daß der geistig-politische Aufschwung, den die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts sich in Deutschland vorbereiten sah, in dem Kampf gegen das System der Heiligen Allianz einen guten Nährboden hatte. <sup>57</sup> Vornehmlich in den deutschen Kleinstaaten gärte es gegen dieses System und damit gegen Oesterreich und Preußen. „Wenn auch die deutschen Großmächte durch ihren Umfang stark sind, so sind es die kleineren Staaten durch die öffentliche Meinung“. <sup>58</sup> Die im Nationalen wurzelnde öffentliche Meinung der deutschen Kleinstaaten warf sich nun nach dem politischen Umschwung, Unterstützung und Deckung suchend, der „monarchisch-parlamentarischen Bundesstaatspartei“ <sup>59</sup> in die Arme und kam dadurch, daß diese Partei an einem — allerdings mehr konstitutionellen —

---

55. Gabelentz, am 10. April 1848, R. A. F.

56. Ebenda.

57. Reichensperger, Erinnerungen S. 31; Gagern a. a. O. S. 756.

58. Ausspruch der geistreichen Großherzogin Maria Pawlowna von Sachsen-Weimar, der vormaligen Großfürstin von Rußland, im Gespräch mit Friedrich-Wilhelm IV. im Jahre 1838, vgl. Gabelentz am 6. März 1848, R. A. F.

59. Gagern a. a. O. S. 743.

Preußen interessiert war, Preußen näher, entfernte sich aber mit Riesenschritten von Oesterreich. Diese Entwicklung in den deutschen Kleinstaaten erwies sich auch unverkennbar an v. d. Gabelentz, dem Vertreter der sächsischen Herzogtümer. Er bedauerte wohl im allgemeinen, daß Oesterreich so gefährdet schien, „wo auch im Innern sich mancher Gährungsstoff entwickelt“ habe; aber das war doch nur ein Gefühl, hervorgerufen durch den Abscheu vor der Revolution. Solidarisch mit Oesterreichs Interessen vermochte er nicht zu fühlen. Es ist nicht abzuleugnen, daß ihn das französische Tun in Italien beunruhigte, „wo man eine französische Intervention wahrscheinlich mit offenen Armen empfangen würde“;<sup>60</sup> gewiß würde dort ein Zusammenstoß Frankreichs mit Oesterreich unvermeidlich sein! Aber damit erlahmte seine Teilnahme an der Sache auch schon merklich, denn, meinte er, „der deutsche Michel müßte dann wohl oder übel zur Verteidigung der verhaßten Metternichschen Politik die Waffen ergreifen. Das würde aber, oder könnte doch wenigstens eine Krisis in Deutschland selbst zur Folge haben, da in den konstitutionellen Staaten die Sympathie für Oesterreich nicht groß ist, und da vielleicht wenige begreifen werden, daß Deutschland in der Lombardei angegriffen werden kann“.<sup>61</sup> Welch kühle Haltung gegen das Habsburger Reich kommt in diesen wenigen Worten zum Ausdruck! — Wir haben an anderer Stelle darauf hingewiesen, daß die Liberalen die Möglichkeit eines entbrennenden Nationalkrieges in Erwägung gezogen hatten. Ein Krieg in Oesterreichs Interesse aber konnte kein „deutscher“ sein, weil der Mann aus dem Volke die Motivierung des Krieges gar nicht als eine „nationale“ empfunden haben würde.

Diese Auffassung, die später als die sogenannte „kleindeutsche“<sup>62</sup> ihre Definition erhielt, finden wir bei Gabelentz und anderen Mitgliedern der Rechten schon zu Anfang des Jahres

---

60. Gabelentz am 28. Februar 1848, R. A. F.

61. Ebenda.

62. Der Ausdruck „groß- und kleindeutsch“ stammt nach Sepp von Simon-Trier; vgl. Sepp, Erinnerungen aus der Paulskirche S. 782; vgl. dazu H. v. Möller, Großdeutsch und Kleindeutsch S. 17, Anmerkung 8.

1848 vor.<sup>63</sup> Bereits unter dem 6. April äußerte Droysen — und zwar ziemlich schroff — in einem Schreiben: „Oesterreichs Interesse war und ist die Nichteinheit Deutschlands . . . Die deutsche Frage ist keine Verfassungs-, sondern eine Machtfrage; — und die ganze Monarchie Preußens ist nun deutsch — die österreichische kann es nicht werden“.<sup>64</sup> Hier reifte schon die Erkenntnis, daß der Eintritt Gesamt-Oesterreichs in „Deutschland“ aus schwerwiegenden Gründen nicht ohne weiteres möglich war. In der Geschichtschreibung ist das kleindeutsche Programm mannigfach erörtert und umstritten worden.<sup>65</sup> Und doch enthielt es, in welcher Weise und Form es auch immer durchzuführen sein mochte, die einzig mögliche Lösung, „ein nationales deutsches Staatswesen“ zu bilden.<sup>66</sup> Es sei zugegeben, daß sich durch den preußisch-deutschen Gedanken 1848 wertvolle Kräfte nicht haben auswirken können. Allein aus diesem Grunde die klein-deutsche Auffassung rügen, hieße das tatsächliche historische Geschehen außer acht lassen. Jedenfalls haben die Oesterreicher im 50er-Ausschuß, mochten sie gemeinhin auch noch so deutsch denken und fühlen, vorwiegend den Nutzen Oesterreichs im Auge gehabt. Sie haben, und das will bedacht werden, zu einer Zeit, wo „die chinesische Mauer“, der Deutsche Bund, „mit dem Sturze des alten Systems“<sup>67</sup> gefallen war, — wo man in Frankfurt allgemein noch fest gewillt war, Schulter an Schulter mit Oesterreich zu gehen, irgendwie eine Schranke zwischen dem „habsburgischen Reich“ und — „Deutschland“ aufgerichtet.

Die Oesterreicher vertraten in den Sitzungen einmal den Machtstandpunkt des alten Habsburger Reiches gegenüber England; England, das sich neben der Heiligen Allianz selbständig gehalten hatte,<sup>68</sup> war ihnen ein Dorn im Auge. Zu dieser anti-englischen Haltung kam dann noch der ebenso alte Haß Habs-

---

63. H. v. Möller a. a. O. S. 15 ff.

64. Droysen, Beiträge S. 2 S. 4.

65. W. Mommsen, Zur Beurteilung der deutschen Einheitsbewegung H. Z. S. 138 passim.

66. Vgl. E. Marcks, Männer und Zeiten I S. 308.

67. So v. Soiron, V. d. D. P. II S. 54.

68. E. Marcks, England und Frankreich S. 27.

burgs gegen den Nebenbuhler auf dem Festlande, gegen Frankreich.

„Deutschland“, führten die Oesterreicher aus, hätte keine Grenzen mehr, wenn es nicht die italienischen Provinzen gegen Frankreich sichere. „Deutschland“ müsse in den italienischen Wirren seine eigenste Sache erkennen und verfechten und wenigstens in diesem Punkt sich „mit der alten traditionellen Politik“ des Wiener Kabinetts identifizieren.<sup>69</sup> Herr v. Mühlfeld meinte: „Was dem einen recht ist, ist auch dem andern recht, und was im Norden gilt, gilt auch im Süden. Wegen der unzertrennlichen Verbindung von Schleswig und Holstein kam es dahin, daß Beide zum deutschen Bunde gezogen werden wollen, und um Deutschlands Nutzen willen, wollen wir den Istrierkreis zu Deutschland ziehen“.<sup>70</sup> Hamburg und Triest müßten eins sein, so wurde weiterhin betont. Die nördliche Kriegsmarine Deutschlands müsse sich mit der südlichen vereinigen, „wenn wir nicht Frankreich und England heimfallen wollen“. Die Oesterreicher verfahren nicht ungeschickt, wenn sie auf die deutsche Flottenpolitik anspielten.<sup>71</sup> Für die künftige Entwicklung zur See, für die „Weltstellung von Deutschland“ sei es im Sinne einer „deutschen“ Flottenpolitik bedingt, daß der Besitz des Küstenstriches am Adriatischen Meer in Oesterreichs feste Hände käme. Ein großes Bild von deutscher Welt- und Verkehrspolitik zauberte man den Fünffzigern vor Augen. Auch andere Handelshäfen, die nördlich in dem geforderten Gebiet lagen, hielten die Oesterreicher für Triest durchaus unentbehrlich, denn „die Dampfschiffe, die die Verbindung mit Afrika und Asien unterhielten“,<sup>72</sup> würden sonst davon ausgeschlossen sein. — Für die Aufwärtsentwicklung der deutschen Marine im Mittelmeer sei die Halbinsel, die man den Istrier-Kreis nenne, auch noch darum sehr notwendig, weil sie der Landstrich sei, der das für den Schiffsbau nötige Holz liefere; dort befänden sich die ausgedehntesten Eichenwälder, die sonst nur von den

---

69. Pagenstecher a. a. O. S. 38.

70. Nach den Protokollen des 50er Ausschusses am 16. 4. 1848.

71. R. v. Mohl, D. Z. Nr. 88 vom 28. März (Beilage), schrieb: „Die deutsche Flagge soll auch über den deutschen Kriegsschiffen wehen“.

72. Endlicher am 16. 4. 1848.

Engländern ausgenützt wurden.<sup>73</sup> Einwände wurden gegen die „österreichische“ Flotten- und Kriegspolitik, vor allem von Reh, Gülich und Stedmann-Koblenz erhoben; letzterer gab zu bedenken, daß man bereits „nach vier Himmelsgegenden“ Krieg habe; wenn durch irgendwelche Schritte den Venetianern die Möglichkeit genommen werde, den Istrier-Kreis in Anspruch zu nehmen, so verstricke man sich in einen fünften Krieg. Man ahme das Beispiel von England nach, das Helgoland niemals herausgebe.<sup>74</sup>

Da im Grunde aber niemand wahrscheinlich so recht etwas gegen die Vorschläge und Begründungen der Oesterreicher einwenden mochte, wurde — unter Geheimhaltung<sup>75</sup> — beschlossen, den Istrier-Kreis in den Deutschen Bund einzubeziehen.

Daß allen Mitgliedern der Rechten dabei warm ums Herz gewesen sei, darf man bezweifeln. Schon manchen überkam jedenfalls, wie Pagenstecher sagt, „ein Vorgefühl von der eigentümlichen Stellung der Herren aus Oesterreich gegenüber uns Deutschen“.<sup>76</sup> Man befand sich aber den Oesterreichern gegenüber gewiß in keiner beneidenswerten Stellung und ebenso gut, wie man selbst Ost- und Westpreußen Deutschland einverleibt wissen wollte, mochte man den Oesterreichern nicht verwehren, den Istrier-Kreis in Besitz zu nehmen.<sup>77</sup> Trotzdem konnte die Zustimmung nicht verdecken, wie fremd man den außenpolitischen Problemen des österreichischen Staates gegenüberstand.

Eine völlige Ablehnung erfuhr die Politik der Oesterreicher von den Republikanern im Ausschuß,<sup>78</sup> die hier dieselben Maßstäbe anlegten wie in der polnischen Angelegenheit; sie forderten beharrsam die Freigabe der italienischen Nationalität. Heinrich Simon schrieb die charakteristische Epistel nieder: „Das, was wir

---

73. Endlicher am 16. 4. 1848, vgl. Protokolle der Fünfziger R. A. F.

74. Ebenda.

75. Ebenda.

76. Pagenstecher a. a. O. S. 39. Die Sonderinteressen der Oesterreicher betreffend vgl. auch die Sachsenbriefe aus der Paulskirche S. 12.

77. Duckwitz a. a. O. S. 236.

78. Und zwar auch von den österreichischen Radikalen, z. B. Kuranda und Schuselka.

in Polen wollen, müssen wir auch in Italien wollen: Freiheit, Gerechtigkeit . . . Ich verschmähe es, in dieser Frage über das Princip hinauszugehen und auf das Feld der Nützlichkeit hinüber zu treten“<sup>79</sup>.

### 3. Stellungnahme zu Rußland und Polen. Zweifrontengedanke der Nationalen.

War der Fünfziger-Ausschuß einmal das rechte Erzeugnis des Vorparlaments,<sup>80</sup> ging es in seinen Sitzungen ebenfalls hoch her, so gewann er zum andern dadurch an Bedeutung, daß er in unmittelbarem Zusammenhang mit der Nationalversammlung stand. Er kann mit Recht als das Vorspiel der Paulskirche Geltung beanspruchen, denn in ihm wurden erstmalig die Register gezogen, an die später wieder und wieder die Hand gelegt wurde. Vorzüglich die Geschäftsordnung der Fünfziger wurde für die Paulskirche maßgebend.<sup>81</sup>

Unsere Aufmerksamkeit muß sich sogleich auf die Bildung eines Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten richten, der bereits am 7. April konstituiert wurde,<sup>82</sup> und zwar im Anschluß an den Antrag Reh, eine Proklamation an Frankreich zu erlassen. Dieser Ausschuß wurde bald mit Petitionen, Anträgen und anonymen Zuschriften überhäuft. Auch die Polen ließen nicht lange auf sich warten.

Die Polen standen während der ersten Hälfte des 50er-Ausschusses noch im ungeminderten Ansehen. In Frankfurt selbst hatten sie sich eine gewisse gesellschaftliche Stellung erobert<sup>83</sup> und hielten das Mitleid für ihr trauriges Los wach. Der 50er-Ausschuß wurde heiß von ihnen umworben. Robert Blum und Genossen verkehrten viel in ihren Zirkeln, wie es heißt „Weihrauch spendend und genießend“.<sup>84</sup>

---

79. Jacoby, Heinrich Simon S. 231 f.

80. Gagern a. a. O. S. 756.

81. Schauer, Der Einzelne und die Gemeinschaft S. 14; Pagenstecher a. a. O. S. 36; zur Geschäftsordnung vgl. V. d. D. P. II S. 5.

82. V. d. D. P. II S. 2; Pagenstecher a. a. O. S. 36 ff.

83. Pagenstecher a. a. O. S. 37.

84. Ebenda.

Die Kommission für auswärtige Angelegenheiten hatte nun einmal Mitteilung von mehreren Proklamationen und Erklärungen deutscher Bewohner der Provinz Posen erhalten,<sup>85</sup> worin diese sich über die Unbilden, die ihnen von den Polen zugefügt worden waren, nicht nur auf das bitterste beschwerten, sondern auch über die von der preußischen Regierung, besonders dem General Willisen,<sup>86</sup> ausgegangene Maßregel, in der sie eine Beeinträchtigung der deutschen Interessen zu sehen glaubten, Klage erhoben. Zum andern hatte ein Doktor Niecolewsky<sup>87</sup> einen Antrag eingereicht, der in seinem wesentlichen Punkte besagte, daß er mit den Beschlüssen des 50er-Ausschusses nicht zufrieden sei; seiner Ansicht nach müßten die preußisch- und österreichisch-polnischen Provinzen von den betreffenden Regierungen frei gegeben werden, ferner sollte eine Verschmelzung derselben durch eine national-polnische Regierung bewirkt und damit ein Anfang zur Wiederherstellung Polens gemacht werden. Die Kommission war nach einer Vergleichung der beiden Aktenstücke, die „entgegengesetzte Interessen berührten“,<sup>88</sup> in eine recht prekäre Lage gekommen. Obendrein lief zu gleicher Zeit eine Erklärung der Bewohner Galiziens ein, wonach diese Länder gerade das Gegenteil von dem verlangten, was Herr Niecolewsky namens des polnischen Komitees in Posen forderte, und behaupteten, daß eine solche Freigabe nur das Unglück und die Unterdrückung von seiten Rußlands im Gefolge haben würde. Infolge dieser Gegensätze kam es im Auswärtigen Ausschuß zu keinem Beschluß, und es wurde dem Plenum die Vertagung der Polenfrage vorgeschlagen.

War damit auch die Sache Polens von der Tagesordnung gestrichen, Niecolewsky hatte die Stirn, weiterhin in regelmäßigen Zwischenräumen die Fünfziger ihrer Pflicht zu gemahnen;<sup>89</sup> und der Chor der Demokraten, stets eilfertig zum

---

85. Nach den Protokollen des 50er-Ausschusses.

86. W. war beauftragt, die Reorganisation Polens durchzuführen.

87. Abgeordneter des polnischen Nationalkomitees in Posen und zugleich dessen Bevollmächtigter in Frankfurt.

88. Vgl. Protokoll der Fünfziger vom 16. 4. 1848, R. A. F.

89. Auch die Paulskirche ließ er mit seinen Anträgen nicht unbehelligt.

Beistand, brachte jetzt eine andere Version<sup>90</sup> vor, die die Reise der in Frankreich versprengten Polen in ihr „Vaterland“<sup>91</sup> ermöglichen sollte und am 17. April in allen polophilen Tonarten vorgetragen wurde.<sup>92</sup> — Schon im Vorparlament hatte Robert Blum<sup>93</sup> den Antrag gestellt, die deutschen Regierungen sollten den aus Frankreich zurückkehrenden Polen freien Durchzug und, soweit notwendig, Unterstützung gewähren. Dieser Antrag war durch allgemeinen Zuruf angenommen worden. Auch von der Rechten wurde nichts eingewendet, da sich der Beschluß damals mit den Zielen Friedrich Wilhelms IV., der mit der polnischen Szlachta sympathisierte,<sup>94</sup> durchaus vereinigen ließ. Das Präsidium der Fünfziger erwirkte daher den heimwandern den Polen freie Fahrt auf dem Rhein nach Köln und von dort auf der Eisenbahn bis nach Magdeburg. Hier jedoch (Ende April) fand sich Preußen, etwas unvorhergesehen, veranlaßt, die Polensöhne dahin zurückzuschicken, woher sie gekommen. Als dies im Ausschuß bekannt wurde, waren die Polenfreunde außer sich vor Entrüstung und hielten viele Reden über das „schmachvolle Verfahren der preußischen Regierung“.<sup>95</sup>

In die Zeit, wo dies geschah, gehört nun jenes Protokoll des Fünfziger-Ausschusses, von dem wir ausgegangen sind, und das uns einen Einblick gewährt in die Arbeit des Auswärtigen Ausschusses. — Der Kommissionsbeschluß selbst bedeutete nichts Anderes als eine Verschiebung der Polenfrage und damit eine Niederlage der polenfreundlichen Demokraten. Als im Vorparlament die Radikalen ungestüm die Wiederherstellung Polens verlangt hatten, hatten sich die Gemäßigten energisch einer Abtretung deutschen Landes an Polen widersetzt, indem sie die Posener Frage offen hielten. Im 50er-Ausschuß bestanden die Demokraten seit dem Tage der Konstituierung des Auswärtigen Ausschusses darauf, daß der Ausschuß zum Polenbeschluß des

---

90. Ebenfalls ein Werk Niecolewskys.

91. Duckwitz a. a. O. S. 237.

92. V. d. D. P. II. S. 84 ff.

93. V. d. D. P. I. S. 157.

94. Lenz, Kleine historische Schriften S. 349.

95. Duckwitz a. a. O. S. 237.

Vorparlaments Stellung nehme<sup>96</sup> und die Angelegenheit befriedigend zum Abschluß bringe. Es gelang aber den nationaldenkenden Mitgliedern im Auswärtigen Ausschuß, den Antrag „Polen“ wiederum zurückzustellen.

Im ganzen bestätigt uns das von neuem, was wir zu Beginn unserer Studien im allgemeinen dargelegt haben: die Demokraten schaffen aus ihrem lebendigen Innern; im tiefsten empört über die nach ihrer Ansicht brüchigen Umstände ihrer politischen Umwelt wollen sie diese mit elementarer Gewalt in ganz neue Formen einströmen lassen. Auch im 50er-Ausschuß fordern sie ohne Unterlaß die Befreiung Polens aus der Knechtung durch die Tyrannis. Das unaufhörliche Weiterdringen demokratischer Ideen findet im 50er-Ausschuß seinen natürlichen Gegensatz wieder im Nationalismus. Letzterer schließt zwar das persönliche Eingestelltsein auf alle politischen Dinge in sich; doch unterliegt dieses Waltenlassen des Persönlichen durchaus einer gewissen Raison. Es ist kein Spiel politischer Laune, wenn die Nationalen im 50er-Ausschuß genau so weiterhandeln, wie sie im Vorparlament eingesetzt haben. Waren die Demokraten aus Gründen der Gerechtigkeit für eine Wiederherstellung des polnischen Reiches, so war den Nationalen ein anderer Gesichtspunkt Maßgabe für ihre Politik. Wie früher erschien es ihnen auch jetzt, während alles nach einem großen deutschen Reiche rief, sinnwidrig, ihre nationalen Bestrebungen, als welche Schleswig, Posen, Ost- und Westpreußen gleichsam lebend und stets mahnend vor ihnen standen, zugunsten eines fremden Volkes zu vernachlässigen.

Allerdings war der nationale Gedanke der Rechten von vornherein ein ganz anderer als derjenige der Linken. Der Nationalgedanke der Linken war unitarisch im Sinne eines republikanischen Gesamtstaates gefaßt. Die Rechte war auf den Zusammenschluß der vielen deutschen Staaten abgestimmt, der

---

96. V. d. D. P. II, S. 24, Antrag Abegg. Der Auswärtige Ausschuß wurde sogar um zwei Mitglieder verstärkt, um die Angelegenheit bis auf den Grund zu durchleuchten; vgl. V. d. D. P. II, S. 25, ferner Pagenstecher a. a. O. S. 36 ff. Diese beiden Mitglieder waren Venedey und Blachière; da beide Demokraten waren, muß das Stimmverhältnis im Auswärtigen Ausschuß ziemlich gleich gewesen sein.

größeren und kleineren; sie verkannte nicht das historische Recht und die Macht dieser Staatenwelt, die nicht einfach mit Worten aus der Welt der Tatsachen fortgeschafft werden konnte. Die nationale Forderung konnte für sie demnach nur sein, die staatlichen Gewalten in der Weise zu einem Staat zusammenzufügen, daß alle historischen Gegebenheiten zum besten des Ganzen nebeneinander leben konnten. Deshalb sprach sie von einer Souveränität der Nation<sup>97</sup> und wollte nicht, daß den Fürsten allzuviel von ihrer Souveränität genommen würde; ebendaher das „Festhaltenwollen an dem Princip der Monarchie“.<sup>98</sup> Die Linke zeigte sich wieder als echte Trägerin des Revolutionären; ganz im Gegensatz zur historischen Lage sprach sie — im zugespitzten Rousseauschen Sinne — von einer „Volks-souveränität“. — Eine politische Gruppe eigener Prägung begegnete uns am 26. April, dem Tage der großen Polendebatte, im Fünfziger-Ausschuß. Die Kernfrage des Polenproblems war hier weder eine rein verstandesmäßige noch eine rein gefühlsmäßige. Die Hauptlinie dieser Politik kam, noch nicht recht erkennbar, aus dem Vorparlament etwa von Gervinus und Proff in den Fünfziger-Ausschuß zu Siemens, Kierulff, Wedemeyer, Biedermann, Briegleb.<sup>99</sup> Mit den Radikalen hatte diese Politik gemeinsam, daß sie die Wiederherstellung Polens verlangte; auch für den Durchzug der Polen setzte sie sich ein, jedenfalls bis Ende April. Zugleich aber waren sich die Anhänger dieser Richtung mit den Nationalen darin einig, daß die militärische Sicherstellung des deutschen Ostens nötig sei, und daß die Festung Posen, weil sie für die Verteidigung der Ostgrenze unentbehrlich war, zu Deutschland gehören müsse; sie waren auch für die Anerkennung der Bundestagsbeschlüsse vom 22. April und 2. Mai. In der Hauptsache war wohl die diese Gruppe beherrschende Doktrin, im unruhigen Osten klare Grenzen schaffen zu wollen; daher dann wahrscheinlich auch ihr

---

97. Vgl. Meinecke, Preußen und Deutschland S. 178 ff.

98. Gagern a. a. O. S. 750.

99. Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß die Biedermann, Wedemeyer, Siemens u. a. nicht schon im Vorparlament diese Grundhaltung hatten; wir meinen nur, daß diese dann im Vorparlament noch nicht nachweisbar ist.

starkes Hindrängen auf eine möglichst schnelle Scheidung von Nationalpolen.

Praktisch zeigte sich der Unterschied zwischen republikanischer und nationaler Staatsauffassung im folgenden: Robert Blum machte dem Nationalismus zum Vorwurf, er sei nicht folgerichtig und ungerecht, wenn er nicht ganz Posen an Polen herausgebe, wohl aber Schleswig-Holstein für Deutschland beanspruche.<sup>100</sup> Ihm wurde schlagfertig erwidert, daß Posen seit 30 Jahren und länger im Besitz Preußens sei, daß Schleswig aber eigentlich erst „gestern von fremden Horden angefallen“ sei, und dieser neueste gewaltsame Besitz könne den Fremden nimmermehr ein dauerndes Recht geben!<sup>101</sup>

Wie erklärt sich nun die „Motion“ zu dem erwähnten Verfahren des Auswärtigen Ausschusses, die Polenfrage kurzweg zu vertagen? Das ist eine Frage — das Beispiel des Auswärtigen Ausschusses haben wir mit Absicht herausgegriffen —, die bisher in der Forschung noch nicht gestellt worden ist, die aber dennoch für die Beurteilung des 50er-Ausschusses ihre Bedeutung hat.

Der Vorsitzende der Sektion für das Auswärtige, Pagenstecher, gab vor dem 50er-Plenum als Beweggrund zur Vertagung an, die Kommission sei zu der Ansicht gekommen, daß die Sache „Polen als vorläufig erledigt betrachtet werden müsse, und man nicht eher darüber beschließen könne, bis man Nachricht von der Berliner Deputation in Händen habe.“

Am 12. April waren nämlich Mathy und Schleiden beauftragt,<sup>102</sup> die preußische Regierung namens der Fünfziger aufzufordern, „eine starke Heeresmacht“ nach Schleswig und Jütland zu beordern.<sup>103</sup> Am 14. waren die beiden Abgeordneten in Berlin.<sup>104</sup> An demselben Tage — an dem sich übrigens die Oesterreicher über den Istrier-Kreis ereiferten — beschloß der 50er-Ausschuß nachträglich, durch die beiden Abgeordneten bei

---

100. V. d. D. P. II. S. 391.

101. Wedemeyer, V. d. D. P. II. S. 395.

102. Mathy a. a. O. S. 187.

103. Duckwitz a. a. O. S. 233.

104. Mathy ebenda, S. 163.

der preußischen Regierung Erkundigungen über deren Absichten betreffs einer Reorganisation Polens einzuziehen.<sup>105</sup>

Hieraus geht klar hervor, daß die Nationalen im 50er-Ausschuß zum mindesten erwartungsvoll nach Preußen hinblickten, und zwar bevor Preußen irgendein Anzeichen gegeben hatte, daß „die Phantastik des Arnim'schen Polenkreuzzugs“<sup>106</sup> erledigt sei. Mittlerweile ließ die preußische Regierung ihre politische Wandlung bekannt werden, indem sie bei der Bundesversammlung beantragte, mehrere an das deutsche Bundesgebiet anstoßende Gebietsteile Posens in den Deutschen Bund aufzunehmen.<sup>107</sup> Man hat diesem Vorgang vielleicht zu wenig Beachtung geschenkt. Nicht der Antrag an sich und seine Bewilligung durch den Bundestag übte auf die Fünfziger eine entscheidende Wirkung aus; hatten doch die Nationalen stets die Wahrung der „deutschen“ Interessen im Auge gehabt, während die Demokraten das starke Nationalbewußtsein, den Gedanken der nationalen Selbstwehr, bekämpft hatten. Das Kriterium liegt vielmehr in dem Bekenntnis zum politischen Umschwung selbst, den Preußen durch die Beantragung bekundete. Von hier aus bestimmte sich nämlich fortan die taktische Haltung der Rechten, ihr Verhältnis zum Polenproblem, zur Beurteilung der europäischen Politik.

Schon äußerlich war ein Auftrieb zu verzeichnen, den die Nationalen durch Preußens Vorgehen erhielten. Wenn wir bisher im allgemeinen die Demokraten als die politischen Schrittmacher ansprechen durften: am 26. April, dem Hauptkampftag in der Polenfrage, trat hierin ein Wechsel ein; mehr und mehr rissen die Nationalen die Führung in der Diskussion an sich. Hatten sie im Vorparlament mit Not die Posener Frage offen gehalten, an diesem Tage setzten sie durch, daß die Entschei-

---

105. Obwohl der Auftrag die beiden Abgeordneten nicht mehr in Berlin traf, hatten sie dort genug erfahren. Mehr als aufschlußreich über die Stellung der Nationalen zur Polenfrage war aber das Schreiben Soirons, das den Auftrag vermittelte. Soiron schrieb bereits am 14. April: „Die Abstimmung in der Polensache ist unbestimmt, läßt Euch aber freie Hand, die preußische Regierung nach Eurer Einsicht zu beraten“; vgl. Mathy a. a. O. S. 195.

106. Marcks, Die europäischen Mächte S. 76.

107. Einstimmig genehmigt am 22. April, vgl. V. d. D. P. II, S. 149.

dung auch in der Polenfrage der konstituierenden Nationalversammlung vorbehalten blieb.<sup>108</sup> — Von Beginn der Erörterung an, als zum ersten Male ein Nationaler das Wort ergriff, machte sich der preußische Einfluß geltend. „Wir erfuhren insbesondere“, so berichtete Schleiden über seine Berliner Mission, „daß diejenigen Beschlüsse als nahe bevorstehend zu betrachten seien, die wir jetzt in den Zeitungen gelesen haben, daß nämlich zunächst beabsichtigt werde, die deutschen Districte Posens mit anderen deutschen Provinzen zu vereinigen, und dem deutschen Bunde einzuverleiben, um dadurch zu bewirken, daß die deutschen Interessen gewahrt würden. Die Aufnahme der deutschen Theile in den deutschen Bund ist nunmehr auch vom Bunde ausgesprochen. Die Sache ist dadurch in eine neue Lage gekommen. Ich habe aus voller Seele dem Beschluß des Vorparlaments zugesprochen, daß die Theilung Polens für ein schmachvolles Unrecht zu erklären, und es eine Pflicht der deutschen Nation sei, zur Wiederherstellung Polens mitzuwirken. Bei aller Sympathie für Polen bin ich aber doch außer Stande, für den vorliegenden Antrag<sup>109</sup> das Wort zu nehmen... Wir haben unseren Wunsch ausgesprochen... Von einer Forderung der Gerechtigkeit kann nicht die Rede sein“.<sup>110</sup> So nahm Schleiden, nachdem Preußen ohne Zutun der Fünfziger die neue Richtung seiner Politik aufgedeckt hatte, Stellung im Lager der anti-polnischen Mitglieder und suchte den politisch unmöglichen Gerechtigkeits-Fanatismus in die Schranken zu weisen. Schleiden war nicht der einzige, der so dachte.<sup>111</sup> „Sympathie für die Polen“, sagte der Braunschweiger Jürgens, „fühle auch ich; allein die Sympathie für ein fremdes Volk, sie mag so gegründet sein, als sie will, und dieses Volk sie noch so sehr verdienen, darf nicht zum Blödsinn werden, und dieß würde der Fall sein, wenn sie zur Ungerechtigkeit gegen das eigene Land und das eigene Volk gesteigert würde.“<sup>112</sup>

---

108. Heckscher, V. d. D. P. II. S. 213.

109. Antrag Reh: dahin zu wirken, daß Preußisch u. Oesterreichisch Polen nationale Selbständigkeit gewährt werde.

110. V. d. D. P. II. S. 378 f.

111. Ebenda S. 397; vgl. Bassermann a. a. O. S. 148, Pagenstecher a. a. O. S. 37, Duckwitz a. a. O. S. 236.

112. V. d. D. P. II. S. 397.

„Lediglich auszusprechen, man wünsche, daß Polen als ein selbständiges Reich hergestellt werde“,<sup>113</sup> dazu waren die Nationalen stets bereit gewesen, und es war das ja auch „dasselbe, was das Vorparlament ausgesprochen“ hatte.<sup>114</sup> Nur über das Wie waren sie anderer Meinung als die Demokraten. Das übertriebene Empfinden für die Gerechtigkeit, das die Politik der Demokraten bestimmte, schied bei ihren Erwägungen völlig aus; man verwahrte sich sogar energisch dagegen, daß ein Unrecht an Polen zu sühnen sei.<sup>115</sup> Mit der Sinnlosigkeit der fremdbrüderlichen Gerechtigkeitspolitik, die sich den Franzosen, Lombarden, Ungarn und Italienern verbunden fühlte, räumte in scharfen Worten Franz Peter Buhl, ein Freund Karl Mathys, auf.<sup>116</sup> Buhl konnte sich nicht verhehlen, „daß andere Nationen aber nicht immer an die Spitze ihrer Politik den Grundsatz stellen, Gerechtigkeit üben zu wollen. Sie stellen vielmehr die Nationalehre obenan, und finden damit zugleich die Vergrößerung der Nationalmacht eng verbunden...“<sup>117</sup> Von diesem Gesichtswinkel aus und dem damit im Einklang stehenden Interesse der Nation konnten sich die nationalen Redner schwerlich dazu entschließen, den lebhaften Wunsch der Polen, ihr Reich wiederherzustellen, zu steigern. Die Angelegenheit erhielt für sie eine andere Bedeutungstiefe. Wir haben andernorts angedeutet, daß die politischen Ideen bei einem Teil der Mitglieder gleichsam in einem doktrinären Nationalismus aufgingen. Der andere, größere Teil der Nationalen hegte zwar ebenso den Gedanken an eine einige deutsche Nation und begrüßte freudig den Entschluß der preußischen Regierung; aber er dachte weiter, er sah seine Nation a loco superiore in dem bunten politischen Gemengelage Europas liegen. Diese Männer wie Buhl, Mathy, Closen, Pagenstecher sahen die Realität der Dinge: nicht nur im Innern Deutschlands, in ganz Europa garte

---

113. Ebenda S. 383.

114. Ebenda.

115. Ebenda S. 379, 397.

116. Obwohl Buhl katholisch war, gehörte er seiner Struktur nach zu den Nationalen; er hat Bassermann und Mathy sehr nahe gestanden; vgl. Gager a. a. O. S. 779.

117. V. d. D. P. II, S. 394.

und brodelte es. Niemand konnte ihnen abstreiten, daß jeden Augenblick ein Weltbrand entstehen konnte. Und in solcher Situation Polen wiederherstellen? Das hieß Rußland herausfordern! Sollte man zugunsten eines fremden Volkes, das selbst an seinem Unglück mit die Schuld trug,<sup>118</sup> das Interesse der eigenen Nation so sehr hintanstellen und unmittelbar einen Krieg mit dem russischen Riesen heraufbeschwören?<sup>119</sup> Und was würde das Ergebnis eines solchen Krieges sein?<sup>120</sup> — Das sind immer wieder ihre Fragen und quälenden Sorgen zugleich, wenn sie das sinnlose Fordern der Demokraten anhören müssen.

Auch der Gedanke: das frisch hergestellte Polen würde doch ein fester Schutzwall Deutschlands gegen den russischen Tyrannen sein, überzeugte die Nationalen nicht. Polen war wohl früher die Schutzmauer gegen den russischen Koloß gewesen, konnte aber als solche seit der Teilung nicht mehr Geltung beanspruchen. Die einschmeichelnde Hoffnung, daß die Wiederherstellung des alten Polenreiches einen Kriegszug der Russen, „welcher einer Völkerwanderung gleichen würde“,<sup>121</sup> abwenden würde, grenzte deshalb an eine Wahnvorstellung, weil die Polen keine Armee zur Verfügung hatten. Und wenn! Was konnte die Herstellung Polens schon bewirken? „Nicht das, daß wir eine neue Schutzwehr gegen Rußland erhalten, sondern vielmehr das Resultat, daß wir letzteres selbst verstärken“,<sup>122</sup> indem der Zar nun mit Vergnügen die Gelegenheit ergreifen würde, die Polen, „nachdem sie von uns gekräftigt sind“, unter sein Protektorat zu nehmen,<sup>123</sup> und mit vereinten Kräften ginge es dann gegen Deutschland.

Darüberhinaus fanden die Nationalen in Polen den „wunden Fleck“, von dem aus Deutschland nicht nur Verlegenheiten mit Rußland bereitet werden, sondern auch Unannehmlichkeiten mit Frankreich entstehen konnten. Der Gedanke an einen Krieg

---

118. V. d. D. P. II, Pagenstecher, S. 373.

119. Ebenda S. 374.

120. Closen ebenda, S. 383.

121. Deutsche Vierteljahrsschrift 1848, Heft 2, S. 364.

122. Closen, V. d. D. P. II. S. 333.

123. Buhl ebenda, S. 394.

nach zwei Fronten war den Nationalen geläufig.<sup>124</sup> Die Deutsche Vierteljahrsschrift brachte in den 40er Jahren fast regelmäßig populäre militärschriftstellerische Studien, in denen eindeutig der Zweck verfolgt wurde, den deutschen Staatsbürger mit statistischer Anschaulichkeit von der Notwendigkeit der militärischen Stärke und der Einigkeit Deutschlands im Kampfe mit seinen gegnerischen Nachbarn, Rußland und Frankreich, zu überzeugen. Die Zeitschrift unternahm es auch, unverblümt die Mittel anzuzeigen, „wie die Kräfte Deutschlands gesteigert werden können, um zwei Feinden zugleich die Spitze zu bieten.“ — Der Kern der Aufsätze war: Deutschland, in der Mitte schlagkräftiger Staaten gelegen, müsse auf alle Fälle so stark sein wie jeder einzelne seiner Nachbarn. Wolle es aber das Gleichgewicht und die Ruhe Europas gewährleisten, so müsse es bedeutend mächtiger als jeder seiner Nachbarstaaten sein. Freimütig wurde erklärt, „es würde uns leid tun, wenn dieser Satz nicht sollte begriffen werden“.<sup>125</sup> Nur die gesammelte Nationalität eines einigen Deutschlands könne die zahlenmäßige Überlegenheit der Gegner aufwiegen.<sup>126</sup> Man war überzeugt, daß die Franzosen ständig mit Rheingelüsten umgingen, daß Rußland die Donaustaaten zum Raube lockten. Auch in den Tagesblättern wurde zu Anfang des Jahres 1848 von einem engeren Anschluß Frankreichs an Rußland gesprochen.<sup>127</sup> Die Kombination eines

---

124. Die D. Z. v. 12. 2. 1848 schreibt, daß Deutschland und allen mitteleuropäischen Staaten von Frankreich und Rußland, „von beiden in ihrer Verbindung“, die größte Gefahr drohe; vgl. auch Duncker a. a. O. S. 19.

125. Deutsche Vierteljahrsschrift, 1848, Heft 1, S. 205, 207 ff.; Heft 2, 1846, S. 302 ff.: Deutschlands Vertheidigung gegen Westen; 1848, Heft 1, Deutschlands Vertheidigung gegen Osten; 1840, Heft 1, S. 315 ff.: Über die Vertheidigung des Südwestlichen Deutschlands in einem Kriege des Deutschen Bundes mit Frankreich; 1840, Heft 4, S. 81 ff.: Die slawischen Völker und ihr Verhältnis zu Deutschland; 1841, Heft 1, S. 149 ff.: Über die Vertheidigung des westlichen Deutschlands gegen Frankreich, besonders Beantwortung der Frage: Soll Rastatt eine Bundesfestung werden?; 1841, Heft 2, S. 25 ff.: Die westliche Grenzfrage; 1841, Heft 3: Deutschland in bewaffnetem Frieden; 1842, Heft 1, S. 197: Über die Befestigung von Ulm und Rastatt; u. dergl. mehr.

126. Deutsche Vierteljahrsschrift, 1846, Heft 2, S. 304.

127. Friedrich v. Gagern hatte den Zweifrontenkrieg Deutschlands gegen Frankreich und Rußland zu Anfang der 40er Jahre vom strategischen Gesichtspunkt aus untersucht, vgl. Gagern a. a. O. III S. 548 ff. Mochten auch

Zweifrontenkrieges lag also in dem Augenblicke, wo man die deutsche Einheit aufrichten und festigen wollte, sehr nahe, und die Nationalen<sup>128</sup> scheuten sich nicht, den Gedanken zu formulieren: wenn man Rußland an der Kehle hätte, würde Deutschlands „gefährliche Stellung hierdurch nur noch gefährvoller, ... indem dann andererseits die Franzosen einen Grund finden dürften, nunmehr mit uns anzufangen“.<sup>129</sup>

So waren die sorgenden Blicke bald nach Ost, bald nach West gerichtet. Obendrein entbrannte in Baden der Bürgerkrieg (Heckerputsch), und Baden hatte doch „die Gränze gegen Frankreich, die offenste, die Deutschland hat, gegen Frankreich, wo schon in den letzten Tagen die provisorische Friedenspolitik Lamartine's an einem Haare hing.“<sup>130</sup> Es konnte nur als eine notwendige politische Erwägung angesehen werden, wenn in solchen Gefahren von außen und innen jetzt die Nationalen Wert darauf legten, daß Posen, „in strategischer Hinsicht ein so wichtiger Punkt“,<sup>131</sup> bei Preußen und damit für immer beim Reiche bliebe. Ein Blick auf die Landkarte genügt, um zu erkennen, daß hier gesunder Menschenverstand zu Rate ging. Ost- und Westpreußen, das Kulmerland um Thorn, der Netzedistrikt, Schlesien, Galizien: alles lag dem Russen wehrlos und ohne Schutz vor den Händen, er brauchte nur zuzuschlagen, jeder Hieb wäre aufs Blut gegangen. Die Forderung einer

---

seine Gedanken im vormärzlichen Deutschland unbekannt sein (Meinecke, Weltbürgertum S. 353.), Name und Taten Friedr. v. Gagerns wurden bei den 50ern dadurch wach, daß er für die Unterdrückung der Anarchie gekämpft hatte und sein Tod (gefallen am 20. April bei Kandern) mitten in ihren Verhandlungen erfolgt war und tiefen Eindruck gemacht hatte, vgl. Pagenstecher a. a. O. S. 36; Bassermann a. a. O. S. 138 f. Wir glauben trotz Meinecke, daß die Ansichten H. v. Gagerns durch ihn beeinflusst sind, daß seine Gedanken durch ihn in den 50er-Ausschuß getragen sind. Dafür spricht auch, daß Fr. v. Gagern Anfang April mit den Männern in Berührung gekommen war, die die „deutsche Bewegung nun in den Vordergrund stellte.“ Diese Männer waren Welcker, Bassermann, v. Soiron, Mathy, Buhl u. a.; vgl. Gagern a. a. O. II. S. 797; Meinecke a. a. O. bemerkt davon nichts.

128 Buhl, V. d. D. P. II. S. 394; Schleiden ebenda, S. 397

129. Buhl, ebenda S. 394.

130. So Schmerling am 22. April, vgl. Droysen a. a. O. S. 38.

131. Buhl, V. d. D. P. II. S. 395.

„Verschanzung“ gegen Rußland war also geradezu eine nationale Lebensfrage.

Deshalb unterstützten die Nationalen auch den Beschluß des Bundestags, ein kurhessisches Truppenkorps nach dem deutschen Süden und nach der gefährdeten Rheingrenze zu schicken. Man begegnete damit am wirksamsten schädlichen Einflüssen aus Frankreich.<sup>132</sup> Diese Beschlüsse bedingten eine geringe Sicherung nach beiden Seiten. Freilich auch sie waren defensiv gedacht, man wollte lieber in Frieden die Einigung Deutschlands vollbringen als unnötig Kriege ins Land ziehen. In diesem Sinne beantragten die Nationalen die Vertagung der Polenfrage und verlangten Anerkennung der Bundesbeschlüsse vom 22. April und 2. Mai,<sup>133</sup> wiederum Preußen folgend, das mehr und mehr seine russenfeindliche Haltung aufgab.

Die Radikalen hingegen hörten nicht auf, sich für Polen ins Zeug zu legen. Ihre Außenpolitik wurde von ihren Prinzipien geleitet. „Gerechtigkeit ist eben Gerechtigkeit, und wenn wir sagen, daß wir gerecht sein wollen, so wollen wir eben gerecht sein.“<sup>134</sup> Diese Worte Venedeys könnten als Motto über dem Handeln und Denken der Demokraten stehen. Fast eigensinnig hielten sie an der Idee fest, alle Völker „frei“ zu machen, insbesondere Polen.<sup>135</sup>

Es wäre freilich trotzdem ein billiges Verfahren, das Freiheitsstreben der Demokraten mit einer Hand abzutun. Wenn auch die Forderung der politischen Freiheit und Gleichheit

---

132. Der Beschluß der 50er ist wahrscheinlich am 22. April verfaßt; vgl. dazu Bergsträsser a. a. O. S. 447 f.

133. V. d. D. P. II S. 149, S. 281.

134. V. d. D. P. II S. 397. Treitschke nennt V. einen „ehrlichen teutonischen Träumer von hohem Selbstgefühl, aber geringer Bildung und noch geringerem Verstande“, *Gesch. d. 19. Jahrhunderts* IV S. 541 f.

135. „Die Republikaner, also die Abgeordneten von der Linken, sind zugleich Polenenthusiasten und dem Anschluß der überwiegend deutschen Theile Posens an Deutschland keineswegs hold“, so Kerst in einem Brief aus Frankfurt, vgl. *Zeitschr. f. Gesch. und Landeskunde Posens* 1883 II S. 336. Kerst, dessen Brief vom 29. 4. 1848 stammt, war Posener Deutscher und hatte sich beim Fünfziger-Ausschuß um Aufnahme beworben. — Auch die österreichischen Demokraten predigten die Lehre von der endlichen Ausübung der Gerechtigkeit an Polen; vgl. Schuselka, *Deutschland, Polen und Rußland*, passim.

aller für viele Demokraten leere Worte waren, es offenbarten sich hier doch die hochgeschwellten Hoffnungen einer Weltanschauung, die nach Freiheit und Erlösung aus den Fesseln politischer Rechtlosigkeit verlangte. Aber die Demokraten glaubten das, was man „Befreiung“ nannte, nur auf dem Wege der „Revolution von unten“ erreichen zu können. Das Volk selbst mußte das Werk der Freiheit in die Hand nehmen, dann gelang es sicher. Durch Freiheit zum Reich, zur Republik! Es war daher nicht zufällig, sondern zutiefst in dieser geistigen Grundhaltung begründet, daß „Freiheit“ das Schlagwort der Demokraten war. — Auch die Gemäßigten wollten „Freiheit“. Aber mit ihr sollte zugleich und vor allem die Einigung<sup>136</sup> kommen, man wollte den nationalen Staat, den die vorbildlichen Länder längst besaßen. Allein nicht plötzlich und in jähem Anstieg, der eine schnelle Umwälzung der politischen Bestände nach sich ziehen möchte, war die Einheit zu erzielen, sondern mit Umsicht und Zeit. Besonders in der Zeit sahen die Nationalen vielfach eine reale, Veränderung bringende Kraft; sie wollten sich nicht durch enge Beschlüsse an die Zeit, die oft chamäleonartig ihr Aussehen verändert, binden.<sup>137</sup>

Vor Rußlands Übermacht hatten sämtliche Demokraten, die österreichischen wie die deutschen, keine Furcht. Der Abgeordnete Reh, erster Sprecher im Streit um Polens Wiedergeburt, rief im Überschwang der Gefühle der Rechten zu: „Wir können nicht etwa fragen, welche Rücksichten uns veranlassen dürften, gerecht zu sein. Es ist die unsere Pflicht, und im Namen der Gerechtigkeit fordere ich Sie auf, zu verlangen, daß Polen frei werde . . . Man hat gesagt, wir würden einen Krieg mit Rußland wagen, wenn wir veranlaßten, daß preußisch und österreichisch Polen frei gegeben würde. Wenn aber dem auch so wäre, was hätten wir von einem Kriege mit Rußland zu fürchten?“<sup>138</sup> —

---

136. Gagern, V. d. D. P. I S. 84, spricht von einer „bündigen Vereinigung Deutschlands“.

137. Soiron im Vorparlament: Vielleicht sind diese „Beschlüsse nach 4 Wochen nicht mehr mit uns in Übereinstimmung, nicht mehr in Übereinstimmung mit der Idee, die dann die Zeit bewegt. — Bis die Nationalversammlung einberufen ist, können wir auf einem ganz anderen Standpunkt stehen“; vgl. Bassermann a. a. O. S. 118.

138. V. d. D. P. II, S. 377 f.

Mit ihren Brüdern in Frankreich, wie sie sagten, heischten die Demokraten von Preußen die Herstellung Polens.<sup>139</sup> Sie wollten Preußen zwingen, gegen Rußland das Schwert der Freiheit zu ziehen, wie es die „europäische öffentliche Meinung“ 1830 begehrt hatte.<sup>140</sup> Der Rückendeckung durch die französische Republik fühlten sie sich im Falle eines Krieges mit Rußland sicher!

Je hemmungsloser, desto schwächer wurden indessen die Demokraten. Einmal, im Vorparlament, hatten sie sich bereits vom Mittelpunkt der Tat entfernt.<sup>141</sup> Blum hatte damals sofort die Schwäche des Radikalismus erkannt und eindringlich gewarnt.<sup>142</sup> Aber an ihm selber wirkte sich allmählich die Ohnmacht der Radikalen aus. Nach außen trat Blum immer lauter auf; mit einer bestechenden logischen Beredsamkeit, die niemals ganz ihre Wirkung verfehlte, die aber oft nur die Umhüllung des Gefühls war.<sup>143</sup> Hinter dieser Beredsamkeit aber saß das Erkennen des Untergangs. Am 26. April umgab er sich mit dem Weihrauch eines resignierenden Propheten, als er für Polens Reorganisation die Worte sprach: „Ich wünsche lebhaft, daß wir die Kriegsgefahr mit Rußland nicht zu hoch, aber auch nicht zu gering achteten und

---

139. Bezeichnend für die demokratische Denkweise war ein Schreiben von Simon, Jacoby und Abegg unter dem 10. April: „Deutschland und Frankreich fordern die Wiederherstellung Polens; Deutschland fordert die Mitwirkung seiner Regierungen hierzu. Wir beschwören Sie (v. Auerswald), nicht ferner in einer Angelegenheit, in der die preußische Ehre zwei Generationen hindurch gelitten, durch Maßregeln, welche von Mißtrauen, Halbheit und Unwahrheit zeugen, Alles verlieren zu lassen, ohne Etwas zu gewinnen“; vgl. Jacoby, a. a. O. S. 228.

140. Marcks, Die europäischen Mächte S. 76.

141. Gemeint ist der Auszug der Hecker und Struve aus dem Vp. am 2. April; Bergsträsser, Gesch. d. pol. Parteien S. 33, spricht von einer 60 Mann starken Obstruktion der Radikalen; vgl. Reichensperger a. a. O. S. 42; Pagenstecher a. a. O. S. 28.

142. Blum an seine Frau am 3. April: „Struve und Hecker sind wahre Viehkerls, rennen durch die Wand wie geschlagene Ochsen“; am 3. Mai: „Sie haben das Volk verraten durch ihre wahnsinnige Erhebung“; vgl. Bergsträsser, Das Frankf. Parlament S. 362, 361.

143. Bassermann a. a. O. S. 148, bezeichnet die Republikaner als Partei, „die die mechanische Logik des Contrat social mit dem Traum einer sentimental Völkerverbrüderung verbindet“.

nicht vergessen, daß ein verzweifelter Volk, das zwischen zwei Feinde hineingekeilt ist, uns gefährlicher werden kann, als Rußland selbst. Ich glaube, es gibt ein System, das noch lebt, und das früher den Frieden zu Basel beschlossen hat, ein System, das leicht über der Leiche Polens den Russen, unseren Feinden, die Hand zum Bündnis reichen könnte. Möchte ich nicht prophezeit haben, was eintreten kann<sup>144</sup>. Obwohl Preußen seine Politik dargelegt hatte und Blum wissen mußte, was das für die ganze Polenpolitik bedeutete, forderte er noch am 4. Mai die Übergabe der Festung Posen an Polen.<sup>145</sup> Am 6. Mai endlich bezeichnete er sich als Führer „einer hoffnungslosen Minderheit“.<sup>146</sup> In Wirklichkeit war es also ein Niedergang, in dem sich Blum und seine Partei befanden. Trotzdem setzten die Vertreter der Freiheit all ihre Hoffnung auf die Nationalversammlung.

Die außenpolitischen Tendenzen, die im Vorparlament wirksam waren, tauchten im 50er-Ausschuß von neuem auf. Die Demokraten fühlten sich dem freien Frankreich verbunden und ersehnten den Krieg des freien Prinzips gegen das unfreie, gegen Rußland; während die Nationalen ein einiges, unabhängiges Deutschland erstrebten, das groß und stark gegen außen sein sollte. Darüberhinaus konnten wir die durchgreifende Verschiedenheit der außenpolitischen Ideen als Kennzeichen für die verschiedenen demokratischen und nationalen Strömungen feststellen. Es erwies sich, daß die außenpolitischen Ideen einerseits uns als lebendiger Ausfluß der Parteien erschienen; andererseits kamen wir den Parteien selbst näher. In diesem Sinne versuchten wir zu zeigen, daß die Demokraten auch da, wo es galt politisch-praktisch zu werden, im Vorparlament und im 50er-Ausschuß, unbelehrbar ihre Ideologie von Freiheit und Gerechtigkeit ins Werk setzen wollten und glaubten, überall nur lebensschwache Formen der politischen Zustände vor sich zu haben, gegen die man ankämpfen müsse. Ihre außenpolitischen Ideen entsprachen gänzlich diesen Gedankengängen und gingen

---

144. V. d. D. P. II. S. 392.

145. Vgl. dazu: Bassermann a. a. O. S. 148.

146. Bergsträsser a. a. O. S. 361.

so völlig darin unter, daß ihr Haß gegen das alte dynastische Prinzip sie zur echten Kriegspartei stempelte. — Die Nationalen sahen hinter den alten politischen Formen, die die Öffentlichkeit nur allzuleicht kritisiert hatte, tiefe Rechte alter Kräfte stehen, die noch zuviel Leben in sich trugen, als daß sie ohne weiteres neuen Erscheinungen im politischen Leben das Feld überlassen sollten. Sie gingen bei ihren Plänen zur Einigung Deutschlands stets vom Boden der gegebenen Tatsachen aus. Den richtigen Kerngehalt politischen Handelns erarbeiteten sie sich aus den an sich im Grunde feindlichen Extremen eines Realismus und eines Idealismus.

## Kapitel III.

### Die Nationalversammlung.

#### 1. Allgemeines. Die allgemeinen Grundsätze der Außenpolitik.

Namentlich drei Großmächte nötigten die Männer der Paulskirche zur Stellungnahme: Frankreich, Rußland und England.

Vom ersten Augenblick kraftvollen Strebens nach deutscher Einheit machte ein jeder dieser Staaten sich neben den anderen mehr oder weniger bemerkbar. Insbesondere da, wo die Deutschen am sichtbarsten ihren jungen Machtdrang betätigten und wo der praktischen Lösung einer außen- wie innenpolitisch gleichwichtigen Aufgabe näher getreten werden mußte, im Kampf um Schleswig-Holstein; ein Kampf, der — tragisch genug für das Streben nach deutscher Einheit — zuletzt in einen unrühmlichen Kampf der Großmächte Rußland, England, Frankreich gegen „Deutschland“ auslief. Das Zusammengehen der Großmächte schlug der schwer um Einheit ringenden Nationalversammlung und darüberhinaus dem ganzen deutschen Vaterlande die tiefsten Wunden.

Man hat nicht zu Unrecht hervorgehoben, daß bis zum Winter 1848 von „Parteien“ in der Paulskirche nicht die Rede sein kann.<sup>1</sup> Die persönliche Art des Antragstellens und der freien Meinungsäußerung, die lockere Sitzordnung und vollends, daß die Mitglieder der politischen Klubs sich in den Debatten als Anhänger der verschiedensten Meinungen und Anträge erwiesen, das alles deutete auf eine große Abneigung gegen eine feste parteimäßige Gebundenheit mit ihren Grundforderungen des Stimmzwanges und der Überwachung von Anträgen. Die einzelnen politischen Klubs hatten bis zum Herbst keine praktische Bedeutung; umso stärker traten dafür — besonders bei der

---

1. Valentin, Die erste deutsche Nationalversammlung S. 27.

Behandlung außenpolitischer Probleme — die großen politischen Ideenwelten der Demokratie und des Nationalismus gegeneinander auf. „Wie durch Naturnothwendigkeit kam die Gährung aller Elemente, die in Deutschland unverstanden durcheinander wogten, zum Ausbruch. Man konnte eine zweifache Direction unterscheiden: die eine unter den französischen Impulsen gegen die bestehenden Regierungen, die andere, eigenthümlich deutscher Art, für eine allgemeine nationale Vereinigung“.<sup>2</sup> Bemerkenswert ist, daß die Demokraten einen ziemlich regelmäßigen Abstimmungszwang ausübten; sie gelangten schon im Juli zu einer gewissen parteimäßigen „Bindung“, jedenfalls entsandten sie ihre Redner nach taktischen Gesichtspunkten ins Plenum und bemühten sich überhaupt, ihre zahlenmäßige Unterlegenheit, die sich bald herausstellte,<sup>3</sup> durch Zusammenraffung aller Kräfte auszugleichen. Außenpolitische Erörterungen führten in der Paulskirche zu leidenschaftlichen Ausbrüchen, die bei der Linken oft durch das quälende Gefühl einer hoffnungslosen Ohnmacht und die schonungslose Unterdrückung seitens der Mehrheit gesteigert wurden.

Der Unterschied in den außenpolitischen Ideen war zugleich wieder für zwei Grundstile der Politik kennzeichnend. Der eine beruhte auf der nüchternen Erfassung der politischen Lage, die so genommen wurde, wie sie war. Hatte man die politische Lage ausgespäht, so wurde versucht, sie nach Kräften auszunutzen. Alles ging hier mehr nach klarblickenden realen Erwägungen, die die politische Umwelt nach Gründen der Zweckmäßigkeit sondierte. Der andere Stil konnte ebensogut der Grundzug einer Idee selbst sein, die sich durchsetzen wollte; aber die Idee war nicht einer Realität untergeordnet, vielmehr herrschte sie gleichsam als Selbstzweck. Eine solche Politik konnte niemals realistisch sein, übersah zumeist die immanente Schwere der politischen Lage und konstruierte sie in ihr System ein; sie sah alles so, wie es hätte sein müssen und sollen. Gearbeitet wurde in diesem Politik-Stile hauptsächlich mit dem Prinzip der „Wahrhaftigkeit“, „Gerechtigkeit“ und „Humanität“.

---

2. Ranke, Ges. Werke 49, S. 461.

3. Bassermann a. a. O. S. 151.

Die Nationalversammlung hatte einen Ausschuß für völkerrechtliche und internationale Fragen eingerichtet,<sup>4</sup> der sich mit den zahlreichen Eingängen, Anträgen und Petitionen, die sich mit Deutschlands Außenpolitik befaßten, auseinanderzusetzen hatte. Es wurde im Parlament wie in der öffentlichen Meinung laut gefordert:<sup>5</sup> ein Manifest, das die völkerrechtliche Politik Deutschlands hervorheben sollte, zu erlassen; die schleunige Rüstung gegen Rußland; die Anerkennung der französischen Republik und der Abschluß eines Schutz- und Trutzbündnisses mit ihr, desgleichen mit Nordamerika und anderen Staaten.

Mit diesen Forderungen beschäftigte sich der Ausschuß am 1. Juli in einem Bericht, der zunächst darauf beschränkt war, „einige allgemeinere“ Leitsätze der auswärtigen Politik darzulegen.<sup>6</sup> Man mag darin ein gleichlaufendes Stück zu dem glänzenderen und höherklingenden Lamartineschen Manifest erblicken.<sup>7</sup> „Es war“, sagt R. Haym, „die Jungferrede, welche Deutschland von dem Piedestal der neu errungenen Freiheit an die Völker Europa's richtete“.<sup>8</sup>

Der Ausschuß verkündete: „Daß unsere auswärtige Politik in Zukunft die Ehre und das Recht Deutschlands über jede andere Rücksicht setzen werde, ist ein Grundsatz, welcher einer besonderen positiven Anerkennung nicht bedarf. Er lebt in den Herzen des Volkes, welches sich der Vereinigung zu einem Staate erfreut, welcher für seine Freiheit und Einheit jegliches Opfer auf den Altar des Vaterlandes niederzulegen bereit sein wird“.<sup>9</sup> Dieser großartigen Monumentalisierung des nationalen Gedankens vor aller Welt ließ der völkerrechtliche Ausschuß weiterhin eine Reihe von Sätzen folgen, durch die er klug und vorsichtig, aber ebenso bestimmt wie überzeugt, den Gedanken der Revolution in Bann tat. Es wurde erklärt, daß Deutschland keinen Staat in seiner innerpolitischen Entwicklung hindern werde, und daß es keinesfalls um politischer Prinzipien willen die Hand

---

4. Am 29. Mai 1848, St. B. I S. 183.

5. Wichmann, Denkwürdigkeiten S. 139.

6. St. B. I S. 654.

7. Haym, Die deutsche Nationalversammlung bis zu den Septemberereignisse S. 68 f.

8. Haym a. a. O. S. 68 f.; vgl. Wichmann a. a. O. S. 140.

9. St. B. I S. 654; vgl. Haym a. a. O. S. 69.

zum Kampfe gegen einen anderen Staat rühren werde. In der rechten Durchführung und Befolgung dieser Grundsätze glaubte man eine Bürgschaft zu haben, wenigstens in Deutschland die revolutionäre Bewegung, die wie fast überall an die Pariser Hergänge unmittelbar anknüpfte, zum Stillstand bringen zu können. Zuletzt hoffte der Ausschuß, „daß der Frieden Europa's an den wenigen Punkten, an welchen er noch gestört sei, bald wieder hergestellt sein werde.“ — Es ist unschwer festzustellen, daß in diesen Äußerungen des Auswärtigen Ausschusses eine patriotische und zugleich nationale Politik sich bekundete. Es war eine Politik des Friedens und der Nichtintervention.

Merkwürdig gehoben, fast feierlich wirkte das alles durch das, was noch geschah: auch die Demokraten, die doch von der internationalen Doktrin der Freiheit und Brüderlichkeit durchdrungen waren, und die die Welt befreien wollten, bekannten sich offen zur Befolgung dieser Grundsätze wahrhaft nationaler Außenpolitik.<sup>10</sup>

Trotzdem: „Es ist zuweilen als träten die Ideen, welche die Dinge bewegen, die geheimen Grundlagen des Lebens einander sichtbar gegenüber.“<sup>11</sup> Die Zustimmung der Radikalen entsprang nicht edler vaterländischer Gesinnung; sie war auch keineswegs bei allen Demokraten gleich groß; die schöne Einmütigkeit der Versammlung wurde im nächsten Augenblick durch die Quertreibereien der demokratischen Wortführer arg Lügen gestraft. Im unmittelbaren Anschluß an die Verkündung der allgemeinen politischen Leitsätze nämlich legte der Ausschuß dar, welche Politik man nach Osten und Westen hin verfolgen möchte; und in dieser Auseinandersetzung flammte alles, was den Demokraten als kosmopolitisches und internationales Wunschziel galt, von neuem auf.

## 2. Die Stellung der Nationalversammlung zu Frankreich.

„Nicht die letzte Ursache der deutschen Revolution war es gewesen, daß Deutschland dem Auslande gegenüber nicht exi-

---

10. Am 22. Juli, St. B. II, S. 1117.

11. Ranke, Die röm. Päpste I S. 190.

stierte, daß wir schmachvoll und verachtet unter den Völkern dastanden . . . Während unsere ganze auswärtige Politik darauf hinausging, den Mittelpunkt derselben in einem selbständigen Deutschland zu schaffen und zu finden, verlegte die Linke den Schwerpunkt derselben nach Frankreich und forderte den Krieg des freien Princips gegen das unfreie, gegen Rußland“.<sup>12</sup> Mit solchen Worten hat kein geringerer als Max Duncker die Bedeutung der auswärtigen Politik für die 48er Revolution zu charakterisieren versucht und die Grundsätze angedeutet, von denen aus einmal die Gesamtvertretung des deutschen Volkes die Stellung zum Auslande angesehen hat.

Als Duncker diese Sätze niederschrieb,<sup>13</sup> waren die Flammen der Revolution bereits erstickt. Die Verbundenheit der Großmächte, die durch die Revolution in ihren Grundfesten ins Schwanken gekommen war, war wieder hergestellt, und die Kabinette waren eifriger denn je bemüht, Europa in Ruhe zu halten. Wenn es auch unter der Decke weiterschwelte, stärker und gewaltsamer als die Kräfte, die in der Revolutionszeit vorübergehend ein Recht gehabt hatten, wurden die Tendenzen, die auf die Abtötung aller Keime revolutionären Geistes hingenzielten.

Duncker hatte seine Aufzeichnungen verfaßt, um die Politik der erbkaisерlichen Partei, der er angehört hatte, in helleres Licht zu stellen. Er wollte Klarheit geben über das, was diese Partei als das allein Richtige und Unabänderliche erkannt hatte. Sein Kampf galt dabei der Demokratie wie der Reaktion. „Wir werden gegen die Reaktion stehen, wie wir gegen die Demokratie gestanden haben“. Wenn er sich mit seiner Schrift zur Paulskirche bekennt, so ist das daraus zu erklären, daß er beides zu vereinigen vermochte: die Idee des Staates an sich (den er in der konstitutionellen Doktrin und dadurch zu verwirklichen dachte, daß Preußen sich kühn und stolz als die Stütze des fortschrittlichen Systems für die Einzelstaaten hinstellte) und das Nationalitätsprinzip der Majorität in der Paulskirche, die den Gedanken

---

12. Duncker, Zur Geschichte der deutschen Reichsversammlung S. 18, S. 22.

13. Im Oktober 1849.

des „Rechts und der Gesetzlichkeit“ zum Fundament einer neuen Verfassung machen und damit das Prinzip der Freiheit in die Welt der Wirklichkeit einführen wollte. Duncker wußte das Vaterland von allen Seiten durch innere und äußere Gefahren bedroht und fühlte bei der inneren Anteilnahme an den vaterländischen Dingen, daß das Ziel unbedingt sein müsse: die aufrichtige Konstituierung Preußens und die aufrichtige Vertretung der nationalen Interessen nach außen, „daß man eine selbständige deutsche Politik gegen Osten und Westen, gegen Norden und Süden“ führen müsse.

Das war die Meinung eines unverkennbar liberalen und nationalen Vertreters der Paulskirche!

Der Bericht des völkerrechtlichen Ausschusses der Paulskirche über die Politik „nach Westen“ mündete in folgenden Vorschlag ein: die Nationalversammlung möge „erklären, daß sie die Anerkennung Frankreichs als Republik und die Absendung eines Gesandten für Deutschland nach Paris bei der bevorstehenden Anordnung der Gesandtschaften für Deutschland als selbstverständlich betrachtet“.<sup>14</sup>

„Frankreich hat von 1815 bis 1850 den Wiedergewinn der Rheingrenze gewünscht und gewollt“.<sup>15</sup> Mit solchen und ähnlichen Worten hat man den Nerv der Außenpolitik Frankreichs während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts bloßzulegen versucht; und im großen und ganzen ist dieser allgemeinen Fassung auch zuzustimmen, jedenfalls dann, wenn Frankreich unter einigermaßen glücklichen inneren Verhältnissen nach außen mit Nachdruck auftreten konnte. — Beschränken wir indes den Anspruch auf das Jahr 1848, so müssen doch einige Abweichungen gegenüber jener Formulierung der französischen Außenpolitik gemacht werden. Diese Abweichungen haben darin ihre Begründung, daß Frankreich einmal in der inneren Umlagerung, in der es sich noch bis zur Wahl Louis Napoleons befand, nicht an eine kräftige Auslandspolitik denken konnte. Zum andern zeigten die französischen Parteien gerade in der Behandlung außenpolitischer Fragen ein zu verschiedenes Naturell.<sup>16</sup>

---

14. St. B. I. S. 655.

15. J. Haller, Tausend Jahre deutsch-französischer Beziehungen S. 113.

16. Seignobos, Histoire politique de l'Europe I S. 185.

Die französischen Radikalen verfochten die These der revolutionären Propaganda, schritten rücksichtslos über die deutsche Neutralität hinweg und betrieben mit Tateinsatz die Revolutionierung Deutschlands, indem sie bei der Bildung einer Expedition, die die deutschen Demokraten in Paris unter Herweghs Führung auszurüsten begannen, behilflich waren. Sie waren begeistert für die Einigung Deutschlands, wohlverstanden einer deutschen Republik. Einer der beredtesten und einflußreichsten Führer der Linken, Ledru-Rollin,<sup>17</sup> der als Innenminister seit dem 24. Februar in der provisorischen Regierung saß, bekannte sich enthusiastisch für Deutschlands Einheit: Wenn man die Einheit Deutschlands unterstütze, indem man sich mit den Abgeordneten, die dafür kämpften, verbrüdere, würde man den Interessen der französischen Demokratie dienen. Deutschlands Einheit bedeute die Demokratie und die Freiheit, bedeute das Bündnis aller Staaten, die mehr oder weniger nahe dem Rhein wohnten.<sup>18</sup> — Das freie Deutschland, so verkündete ferner die französische Tagespresse, würde sich eng an Frankreich anlehnen und einen Teil der *république universelle* bilden, deren Metropole das strahlende Paris sein werde.

Welch starken Einfluß, welche Anziehung Frankreich auf die deutschen Republikaner ausgeübt hat, ist bekannt. Für die Radikalen beider Nachbarländer galt das Gleiche: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Darin lag eine gewisse verbindende Stärke dieser Ideen, zugleich aber enthüllte sich hier — besonders bei den deutschen Republikanern — die Unmöglichkeit, mit solchen Ideen eine fruchtbare Außenpolitik zu treiben. Denn nationale Interessen konnten bei einer derartigen Überordnung und Betonung von Prinzipien nicht mehr wahrgenommen werden.

Man hat — vorzüglich in der deutschen Geschichtschreibung — viel gegen Lamartine eingewendet, hat seine Politik so beleuchtet, daß im historischen Bild einzig Irrtümer und „wider-

---

17. Seignobos ebenda: „Ledru-Rollin hésitait entre les deux“. Stern a. a. O. VI S. 530 schreibt: „Wer ihn näher kannte, wußte freilich, daß die Maske des neuen Danton einen von Natur weichen, für rücksichtslose Entschlüsse und Thaten wenig geeigneten Epikuräer barg“.

18. Vgl. Quentin-Bauchart, *Lamartine et la politique étrangère* S. 338.

spruchsvolle Erklärungen, in die das lyrische Gedicht seiner Politik sich ausströmte“,<sup>19</sup> erkenntlich sind. Es handelt sich teils um einseitige Interpretationen des „Manifeste à l'Europe“, dessen kosmopolitisch-pazifistischer Grundzug Lamartine aber lediglich zur Verdeckung eigener Schwäche gedient hat; teils hat man die Dinge vom anderen Standpunkte aus betrachtet, als sie von Lamartine selbst gesehen wurden, um ihn schließlich als politischen Sonderling und Schwärmer abzutun. Dem entgegen muß betont werden, daß es garnicht darauf ankommt, ob Lamartine ein kalter Rechner war (vielleicht war der in den Revolutionswirren nicht einmal so am Platze), ob er tiefer gefühlt oder gedacht hat; wenn er nur das richtige Gefühl für seine Zeit gehabt und danach gehandelt hat, das gibt uns Maß und Urteil.

Und daran ist kein Zweifel: mit der Instinkterfülltheit des echten Politikers hat Lamartine, „dem geniales Nachempfinden tiefer Regungen der Volksseele staatsmännische Erfahrung und Sachkunde ersetzte“,<sup>20</sup> die Stimmung im Innern und in der Welt erfaßt, um daraus die Nutzenanwendung für Frankreich zu machen und vor allem, um sich selbst einigermassen zu behaupten. Er hätte unklug gehandelt, wenn er versucht hätte, den revolutionären Gedanken der Masse einzudämmen. Er ging anders zu Werke, indem er gute Miene zum bösen Spiel machte und sich scheinbar mit der Masse im besten Einvernehmen gab. Er feierte die Verbrüderung und den Fortschritt und die Friedfertigkeit der Nationen und der französischen Republik: „Le monde et nous, nous voulons marcher à la fraternité et à la paix.“<sup>21</sup> Von dem Wege des Friedens ist Lamartine auch nie abgewichen; natürlich nicht aus edler Zurückhaltung (gegen wen auch?), sondern weil er davon überzeugt war, daß der Frieden mit der Welt Frankreich zum Wohle gereichen würde, weil er wußte, daß er keine Macht in Händen hatte. —

Das ist die vielgerühmte und mißverstandene Friedensliebe Lamartines,<sup>22</sup> wie übrigens auch die Stimmung der französischen

---

19. Haller a. a. O. S. 110.

20. Stern a. a. O. VI. 530.

21. Lamartine, Révolution II. S. 27.

22. Fr. Ley, Frankreich und die deutsche Revolution S. 204.

Rechten nicht kriegerisch war, sondern nur zur nationalen Selbstbesinnung mahnte. Aber gerade in den national-französisch gesinnten Kreisen war — so widerspruchsvoll das gegenüber den Friedensbeteuerungen Lamartines klingen mag — in der Tiefe des Herzens die Sehnsucht nach dem Rhein wach. Auch bei Lamartine.

Ende März 1848 glaubte er, daß Preußen, wenn man es in seinem Berufe unterstütze: „die deutsche Einheit zu verwirklichen“, sich bereit finden werde, „die Rheinprovinzen dem französischen Zentrum anzugliedern“ und selbst im Schatten Frankreichs Schutz suchen werde. Als Lamartine aber erkannte, daß dadurch Frankreich mit dem Risiko eines russischen Krieges belastet werden könnte, stoppte er ab: am 31. März schlug er das preußische Bündnisangebot aus. Er wollte dem Kriegswillen der Radikalen nicht Vorschub leisten und sich nicht ihrer Herrschaft ausliefern. Im ganzen gesehen bedeutete die Ablehnung dieses Bündnisses, wenn auch die Welt vielleicht vor einem schrecklichen Kriege bewahrt blieb, nichts Neues. Der alte Gegensatz der französischen Nation zu Deutschland war damit auch in der Republik nicht unterbrochen. Der Nachfolger Lamartines im auswärtigen Amte, Bastide,<sup>23</sup> machte aus seiner anti-deutschen Einstellung schon keinen Hehl mehr. Die mißglückte Mission Raumers war ein beredtes Zeugnis dieser Außenpolitik.<sup>24</sup> — Nirgends wurde dann, nach der Niederwerfung des polnischen Aufstandes in Paris (am 15. Mai), die reservierte Haltung Frankreichs Deutschland gegenüber offensichtlicher als in der Assemblée nationale. Während die französische Presse teilweise noch guter Hoffnung war und in übernationalen Vereinigungen schwelgte, war in der Pariser Nationalversammlung der Traum der Allverbrüderung allmählich der Wirklichkeit gewichen. Die Vorgänge in Frankfurt wurden immer unwilliger betrachtet. Am 24. Mai ließ die Kammer den Vorhang fallen: der *pacte fraternel avec l'Allemagne* und die *reconstruction de la Pologne et d'Italie* war zwar mit Seide in den Vorhang eingewirkt; auf der Bühne der

---

23. Seit 10. Mai Außenminister.

24. Das Merkwürdigste aber an dieser antideutschen Politik war, daß eigentlich sie den Hintergrund bildete, vor dem die Reaktion im Innern Frankreichs aufzog; vgl. Marcks a. a. O. passim.

französischen Politik aber sah es anders aus. Paris war ernüchtert. Endlich war man zu dem Ergebnis gekommen, das Lamartine schon Ende März angestrebt hatte. Mitte Juni gab die französische Regierung dem auswärtigen Ausschuß der Konstituante den Bescheid, die Verwirklichung der deutschen Einheit sage Frankreich keineswegs mehr zu (*convenir*). Das war bereits die Politik, die in der späteren Republik und im Kaiserreich vorherrschte.

Wenn wir heute in den Entwürfen und Aufzeichnungen des Protokollführers beim deutschen Reichsministerium unter dem Juni 1849 lesen, „daß die französische Regierung zwar nicht gesonnen sei, auf die ihr von Schweden und Dänemark gewordene Aufforderung, sich einer englisch-russischen Kollektiverklärung,<sup>25</sup> die Abschließung eines Waffenstillstandes und demnächstige Eröffnung der Friedensverhandlungen mit Dänemark betreffend, anzuschließen, daß dieselbe aber nichts destoweniger in einer Separat-Erklärung dieselbe Richtung befolgen werde“,<sup>26</sup> so begegnen wir der alten französischen Traditionspolitik. Wie im Juni 1849 noch, konnte Frankreich erst recht 1848 nach außen nicht aktiv tätig sein: dennoch trat es der Front gegen Deutschland bei. Nochmals ist allerdings herauszuheben, daß alle diese Dinge im Fluß waren, bevor die deutsche Nationalversammlung zusammentrat, noch vor dem Siege Cavaignacs über den Proletarier von Faubourg St. Antoine, vor der Reaktion im Innern Frankreichs.

Die Wirkung der Februarrevolution war ungeheuer.<sup>27</sup> In einzelnen Zügen war die Erhebung in Berlin und Wien, war die äußere Gestaltung der Dinge in Frankfurt den innerfranzösischen Vorgängen nicht unähnlich. Im Gesamten aber wich Deutschland dabei so sehr von Frankreich ab, wie der Charakter und die Geschichte des deutschen von denen des französischen Volkes. Die deutsche Revolution von 1848 unterschied sich in erster Linie dadurch von der Pariser, daß in Frankreich die politische Freiheit das Grundmotiv war, während in Deutschland die Forderung nach Freiheit mehr und mehr überboten wurde durch den Willen zur Einheit.

---

25. An die königlich-preußische Regierung.

26. Entwürfe und Aufzeichnungen von Getz, St. A. F.

27. Für „Preußen und Frankreich 1848“ vgl. Pfisterer *passim*.

In Deutschland hielt man anfänglich das Nachbarland im Westen hoch in Ehren. Insbesondere bei den in der Freiheitsbewegung führenden Süddeutschen und Rheinländern waren die Sympathien so stark,<sup>28</sup> daß sie, gesteigert durch die Dankesempfindung für das vielen ihren Vorkämpfer in Frankreich gewährte Asylrecht, die deutschen Revolutionsjahre weit überdauerten. Freilich entstanden auch damals schon hier und dort ernstliche Zweifel an der Berechtigung dieser Gefühle.<sup>29</sup>

Von Anfang an hielten die deutschen Radikalen in Schrift und Wort zu Frankreich; gemeinsame innere Zielsetzungen verschmolzen sich mit tieferen Sympathien für das „Bruderland“. Eindeutig und bezeichnend traten die freundschaftlichen Gefühle in der Broschüre des radikalen Schriftstellers Karl Heinzen „Frankreichs brüderlicher Bund mit Deutschland“ auf.<sup>30</sup> — Nicht die Anziehung gleichinteressierter Nationen, sondern verwandter Ideologien; nicht die Sorge um das eigene Vaterland, sondern die Stärkung und Heiligsprechung der völkerverbindenden Revolution, das kam in dem Neu-Breisacher Republikanerland zum Ausdruck:

„Freiheit, Gleichheit, Brudertreue!  
Blut'ger Strom in Ätherbläue,  
Den durchblitzt ein Silberlicht:  
Mit der deutschen Trikolore  
Weh' vereint vom rhein'schen Tore —  
Marken scheiden Geister nicht“.<sup>31</sup>

---

28. Für die deutsch-französischen Beziehungen vor 1848 vgl. Fickert, Montesquieus und Rousseaus Einfluß passim; über die 48er Demokratie vgl. Häusser, Über die radikale Presse passim; Valentin a. a. O. I passim; Haller a. a. O. S. 94 ff.

29. Fr. Payer, Anno 48; P. bezeichnet sich zwar selbst als Augenzeugen von 1848, sieht aber die Dinge unrichtig, wenn er antifranzösische Tendenzen für 1848 in Abrede stellt, S. 38; P. sieht anscheinend nur die Demokratie von 1848, die natürlich für Frankreich eingenommen war; es hat aber auch Gegenmeinungen zur demokratischen gegeben, beispielsweise haben die Kölnische und Augsburger Zeitung Frankreich niemals über den Weg getraut; vgl. Heinzen, Frankreichs brüderlicher Bund mit Deutschland S. 13.

30. Beachtlich ist, daß H. schon am 1. Juli 1848 Lamartine als Feind der deutschen Republik bezeichnet hat.

31. Die Allgemeine Zeitung, Beilage vom 14. Juni 1848, bringt das ganze Lied.

Vor dem Siege des Bürgergenerals Cavaignac über die Pariser Arbeiterschaft erdröhnte der Boden in ganz Europa, und „hatten die deutschen Republikaner gewisse, sehr ernsthafte Trümpfe in der Hand“.<sup>32</sup>

Nichts war natürlicher, als daß auch die nationalen Kreise, gleichwohl nur von ungefähr, dem Volke ihre Anerkennung zollten, das der Vorkämpfer der politischen Freiheit war, dessen energischem Anstoß Deutschland viel von dem verdankte, was es an Freiheit besaß und behaupten konnte. Allein solche Einstellung hielt doch niemals einer ernsten Schau stand. „Ist dies ein Grund“, schrieb der Schwabe Gustav Rümelin, „daß auch unsere Interessen dieselben sind? Giebt es keine Beispiele, daß auch freie Völker Krieg mit einander führen?“<sup>33</sup> Es war für die Nationalen nicht aus der Geschichte gestrichen, was die französischen Könige, was Napoleon mit Raub, Krieg, Brand und Vergewaltigung dem deutschen Volke zugefügt hatten. Man war nicht gewillt, über das ungemeine Interesse hinwegzusehen, das — real genommen — Frankreich an der Verhinderung der deutschen Einheit haben mußte.

Darüberhinaus war Gabelentz bei weitem nicht der einzige, der an einen nahen europäischen Krieg glaubte;<sup>34</sup> und diese Meinung bekam dadurch ein sehr reales Moment, daß England und Rußland sich allmählich ernstlich in den Kampf um Schleswig-Holstein einmischten. „Bald sieht man“, schrieb Gabelentz in gedrückter Stimmung an seine Frau, „Deutschland von allen vier Seiten in Krieg verwickelt . . . bald wieder scheint der politische Horizont im Westen und Norden sich aufzuhellen und die in Osten und Süden drohenden Gewitterwolken verschwinden.“<sup>35</sup>

Solche Sorgen erschütterten indessen die Urteilkraft der Nationalen nicht, vielmehr schärften sie die Sinne für die Vorcommnisse hüben und drüben. Gespannt folgte man den Geschehnissen Innerfrankreichs. Hatte man ohnehin kein Verständnis für die Pariser Verbrüderungsorgien gehabt, etwas wie

---

32. Meinecke, Radowitz S. 100.

33. Berichte an den Schwäbischen Merkur S. 41.

34. Meinecke, Radowitz S. 100; Duncker a. a. O. S. 19.

35. Am 31. Mai, R. A. F.

Schadenfreude und Aufatmen ging durch die Reihen der Nationalen, als der Pariser Pöbel vernichtend geschlagen war.<sup>36</sup> Man ahnte vielfach sogar schon das Herannahen der französischen Monarchie. Nichts ist auch hier bezeichnender als die Stellung, die Gabelentz den Ereignissen der Pariser Junischlacht gegenüber einnahm. Er schrieb am 30. Juni: „Die neuesten Ereignisse in Paris werden wohl auch dazu beitragen, die Revolutionsgelüste unserer Republikaner etwas abzukühlen, da man in Frankreich selbst auf dem besten Wege zur Monarchie oder vielmehr zur militärischen Diktatur ist, weil man dort schon zu der Einsicht gekommen zu sein scheint, daß eine strenge, selbst militärische Herrschaft immer noch besser ist, als Pöbelherrschaft“.<sup>37</sup> In der Beurteilung der innerfranzösischen Entwicklung behielt Gabelentz recht. In Frankreich bog man tatsächlich den Weg ein, der zum Empire führte. In Deutschland schien seit den Pariser Ereignissen „die hohe Flut der Aufregung den Gipfel erreicht zu haben und die gewaltigen Wasser wieder im Sinken begriffen zu sein“,<sup>38</sup> aber die rückströmenden Fluten erzeugten einen Gegendruck gegen den Nationalismus, der im Frankfurter Septemberaufstand sein sichtbares Zeichen erhielt.

Wie die Nationalen zu Frankreich und zur Revolution standen, das erhellt charakteristisch aus einer Episode, die sich kurz nach dem Zusammentritt der Nationalversammlung abspielte. In Mainz kam es Ende Mai zu Reibungen zwischen dem Zivil und dem dort vorübergehend stationierten preußischen Militär. Das war nun für den radikalen Abgeordneten Zitz-Mainz, der als Oberst der roten Mainzer Bürgerwehr fungierte, wie gefunden, um durch heftige Anträge und Beschwerden die Leidenschaften aufzuregen und zu fordern, daß das preußische Militär aus Mainz entfernt werden sollte.<sup>39</sup> Die Versammlung entsandte daraufhin eine Kommission nach Mainz, deren Gutachten aber nicht günstig für die Mainzer Bürger ausfiel. Die Nationalen setzten deshalb im Plenum kurzerhand Übergang zur Tagesordnung durch.

---

36. 23. bis 26. Juni 1848.

37. R. A. F.; vgl. Guichen a. a. O. S. 72: „En somme, le sentiment monarchique était loin d'être éteint dans l'âme allemande“.

38. Rümelin a. a. O. S. 30.

39. L. Mathy a. a. O. S. 226, aus dem Tagebuch Dr. Ladenburgs.

Zitz wurde glänzend widerlegt. Die Gemäßigten durchschauten die Taktik der Radikalen sofort; es war offenbar, daß es sich bei der Mainzer Frage im Grunde um nichts anderes handelte, als darum, ob man die Festung Mainz als Bundesfestung und als den Schlüssel von Deutschland der republikanischen Partei in die Hände oder mit anderen Worten den Franzosen übergeben wollte.<sup>40</sup> Welcker, der wohl den Hauptanteil an der Widerlegung hatte, meinte: „Wir haben ein Vaterland zu vertheidigen nach Außen und . . . vielleicht auch nach Innen“.<sup>41</sup> Das war deutlich genug! Tatsächlich blieben die preußischen Truppen in Mainz.<sup>42</sup> Wenn Frankreich damals, als die Reichsversammlung in Frankfurt zu tagen begann, auch nur einen Tirailleur nach dem Rhein, nach Mainz geschickt hätte, ganz Deutschland wäre wohl eins geworden und hätte nicht „unvorbereitet und schlecht bewaffnet wie ehemals“<sup>43</sup> seine Grenzen dem Angriff, dem Überfall des Nachbarn ausgesetzt.<sup>44</sup>

Bei alledem muß betont werden, daß die Nationalen ihrer ganzen Gesinnung nach auch Frankreich gegenüber nur an einen Krieg mit Defensiv-Charakter<sup>45</sup> dachten. „Wir selbst“, schrieb Rümelin am 18. Juli, „werden nicht ohne Not angreifen wollen“.<sup>46</sup> Hierin erklärt sich wohl am besten der bürgerlich-praktische Nationalismus im Deutschland jener Tage, mit seinem Willen zur nationalen Verteidigung. Man wollte eben, getreu dem alten Spruche „si vis pacem, para bellum“ dem Auslande zeigen, daß man zu seinem Empfang gerüstet war, wenn es Lust verspüren sollte, „sich in unsere Angelegenheiten, in unsere inneren Zer-

---

40. Interessant ist in dieser Beziehung, daß Thiers Mainz ebenfalls als den „Schlüssel Deutschlands“ bezeichnet hat; die Franzosen sprachen bezgl. Mainz auch von einem „Schlüssel Frankreichs“, vgl. Haller a. a. O. S. 111.

41. St. B. I S. 108.

42. Duncker a. a. O. S. 19: „Das Selbstgefühl der Soldaten, durch die revolutionäre Partei überall gekränkt“, müsse gehoben werden.

43. Vgl. Duncker a. a. O. S. 19.

44. Haller a. a. O. S. 111.

45.\* Die französische Regierung betonte gleichfalls die Defensive, sie wollte Gewehr in Arm, abwarten, bis man sie angreife; vgl. Farnkf. Oberpostamtszeitung, 19. 5. 1848; Lamartine a. a. O. II. S. 26 ff.

46. Rümelin a. a. O. S. 44.

würfnisse zu mischen“.<sup>47</sup> — Mitten in einer Revolution, die gegen den militaristisch-bürokratischen Absolutismus ihre Spitze gerichtet hatte, faßte man deshalb den Beschluß, das stehende Heer zu vermehren. Welches Geschrei die Linke innerhalb und außerhalb der Versammlung auch dagegen erhob, wie lästig auch die Durchführung der Heeresreform den kleineren Staaten fallen würde, man war gewohnt, „unabhängig von der wandelnden Gunst der Menge und des Tages das zu erstreben, was das klar-erkannte Heil des Vaterlandes uns vorschrieb“.<sup>48</sup> Nicht zuletzt sollte der Reichsarmee das Gefühl deutscher Einheit und Kraft eingepflanzt werden.

Der Bericht des Ausschusses über die auswärtigen Fragen war ein Werk jener Richtung, die im Vorparlament und 50er-Ausschuß nach Kräften ihre nationale Gesinnung bewiesen und in Fragen der Außenpolitik kritischen Geist bezeugt hatte.<sup>49</sup> Aus ihren Gedankengängen ist auch der Ausschußbericht<sup>50</sup> über Frankreich zu verstehen. „Der Ausschuß“, hieß es allerdings, „erkennt es vollkommen an, daß die Sympathien eines einigen und freien Deutschlands den Völkern und Staaten zugewendet sein werden, bei welchen die Freiheit ihre Heimath hat.“<sup>51</sup> Es wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß man Frankreich gegenüber weitestes Entgegenkommen zeigen werde, wie ebenso selbstverständlich anderen Nationen.<sup>52</sup> Von einem Bündnis mit Frankreich war jedoch im Bericht keine Rede. Dem Ausschuß schien es nicht geraten, mit Frankreich oder sonst irgend einem Staat ein Schutz- und Trutzbündnis einzugehen,<sup>53</sup> welches Deutschland leicht „isolieren“ konnte und beantragte Übergang zur Tagesordnung. Laut Bericht sollte Frankreich nur als Republik anerkannt werden und „bei der bevorstehenden Anordnung

---

47. Duncker a. a. O. S. 20.

48. Duncker a. a. O. S. 20.

49. Der Ausschuß bestand aus 15 Mitgliedern, die überwiegend „national“ dachten. Radikal war nur Schuselka; zwischen rechts und links standen Wurm und Wydenbrugg.

50. Erstattet am 1. Juli, vgl. St. B. I. S. 654 f.

51. Gemeint sind England, Amerika, Schweiz und Belgien; vgl. St. B. I. S. 655.

52. Ebenda.

53. Rümelin a. a. O. S. 40.

der Gesandtschaften für Deutschland“ ein Gesandter nach Paris abgehen; das hieß also außerdem, daß die Beschickung von Gesandten der Zentralgewalt<sup>54</sup> vorbehalten bleiben sollte.

Als der Bericht des „politischen und internationalen Ausschusses“ genau drei Wochen später<sup>55</sup> Gegenstand der Beratung wurde, kämpften die Radikalen für das „brüderliche Bündnis“ mit Frankreich, während die Rechte mit klarem, für die harte Unerbittlichkeit realer Gegebenheiten ungetrübten Blick vergeblich nach Interessen suchte, die man gemeinsam mit Frankreich haben könnte. Jeder „feindseligen“ Stimmung gegen Frankreich fremd, was man „offen erklärte“, wollte man „Deutschland nicht hinwerfen, ein Bündnis zu erbetteln, welches im Augenblick ohne jeden realen Grund und Zweck war“.<sup>56</sup>

Die Radikalen redeten von „gleichen Principien“, wenn sie im Nachbarlande eine Klasse Menschen wußten, die dieselbe (demokratische) Idee zu verwirklichen gedachten wie sie. Die gleichen Interessen mußten sich nach ihrer Ansicht noch verstärken, wenn die im Prinzip gleichstrebenden Parteien der verschiedenen Völker sich gegenseitig unterstützten.<sup>57</sup> Die Nationalen sahen hingegen in Frankreich politische Kreise, die ähnlich wie sie selbst gestimmt waren; aber gerade deshalb stand bei ihnen die Frage nach den Interessen der Staaten im Vordergrund. Können wir von Frankreich erwarten, so dachten sie, daß es uns werden hilft, was Frankreich bisher auf dem Festlande war und sein will, der „Hegemon“ von Europa? „Versperren wir nicht“, fragte Rümelin seine süddeutschen Leser, „gerade Frankreich durch unsere Union die Seite, nach der es sich allein ausdehnen kann und ausdehnen will?“<sup>58</sup> Man könne sich unmöglich der eiteln Hoffnung hingeben, daß Deutschland die Weltstellung, nach der es strebe, mit Hilfe Frankreichs erreichen werde. Außerdem werde das nationale Selbstgefühl, das ohnehin in Deutschland auf noch unsicherem Boden stünde,

---

54. Denn diese beauftragte die Gesandten; vgl. Götz, Die auswärtige Politik der Zentralgewalt passim.

55. Am 22. Juli.

56. Duncker a. a. O. S. 20.

57. Heinzen a. a. O. S. 4.

58. Rümelin a. a. O. S. 41.

durch eine unmotiviert Anlehnung an Frankreich sinnlos abgeschwächt. Ebenso wenig wie sich der gemäßigte Lamartine der Herrschaft der französischen Radikalen hatte aussetzen wollen, ebenso wenig wollten sich die deutschen Nationalen der „Anarchie“ ausliefern, indem sie jene zahlreiche demokratische Partei am linken Rheinufer, in der Pfalz und in Baden ausdrücklich legitimierten. Sie schrakten aus Gründen innen- wie außenpolitischer Natur vor einer Verbindung zurück, die Deutschland „niemals gute Früchte getragen hat, noch in Zukunft tragen konnte“.<sup>59</sup>

Das Wirklichkeitsgefühl der Nationalen und das Irrealbleiben der demokratischen Weltanschauung im Praktisch-Politischen war auch hier offenbar. — Die Parteien von 1848 waren nicht durch wirtschaftliche Momente geschieden. Die Scheidung lag ausschlaggebend in der Sphäre des Gedanklichen. Wenn besonders nach 1914 Wirtschaftsinteressen hinter intoleranter Parteidogmatik standen, wenn fast jede überparteiliche Verständigung gehemmt war, so wäre das 1848 wohl nicht unmöglich gewesen. In der Einheits-Idee lag viel Gemeinsames für beide Parteirichtungen, strebten doch letztlich beide nach einem freien Deutschland. Man mag aber gerade daraus, daß es 1848 zu keiner Überbrückung der Parteien kam, die Tiefe der Parteigegensätze ermessen. Es liegt auf der Hand, daß sich die Verschiedenheit, die die geistig-politischen Strukturen der Parteien kennzeichnet, im außenpolitischen Denken besonders auswirken mußte; weil im Bereich des Realpolitischen die Staatsinteressen das Leben der Völker begrenzen. Beispielsweise geht „das Äußere in Frankreich streng nach den Gesetzen französischer Staatsraison“.<sup>60</sup> Da den Nationalen das eigene Volk, die Nation, der Staat notwendige Vorbedingung für eine wahre nationale Außenpolitik war, kamen sie zu wesentlich anderen Ergebnissen als die Demokraten; wogegen die Verkrustung der demokratischen Parteidoktrin den Blick für die Angelegenheiten der Nation trübte.

Die Linke war dementsprechend weit davon entfernt, auch nur die Möglichkeit eines Konfliktes mit Frankreich zuzugeben.

59. Duncker a. a. O. S. 21.

60. Marcks a. a. O. S. 78.

Nur auf ihr Prinzip erpicht glaubte sie, mit der Phrase der Brüderlichkeit „alle widerstrebenden Interessen zweier großen Nationen ausgelöscht zu haben“.<sup>61</sup> Ihre Führer befanden sich stets im besten Einvernehmen mit dem inoffiziellen französischen Gesandten in Frankfurt, Herrn Savoie, einem pfälzischen Flüchtling aus den dreißiger Jahren, von dem böse Zungen behaupteten, er sei von den deutschen Demokraten bestochen.<sup>62</sup> Wiederholt verlangten die Demokraten, und in zahlreichen Petitionen an die Nationalversammlung wünschten demokratische „Vaterlandsvereine“ ein Bündnis mit Frankreich“.<sup>63</sup> Aber der rechte Flügel, die „Mehrheit“,<sup>64</sup> setzte den Übergang zur Tagesordnung durch. Der Bündnis-Antrag wurde in der Folge zwar nicht wieder gestellt, jedoch verschärfte sich die Gereiztheit, die von Anfang an über der Versammlung lag.

In der Diskussion über den Ausschußbericht kämpften die Radikalen um zweierlei. Einmal erstrebten sie ein enges Verhältnis zu Frankreich, zum andern galt ihr Kampf der vom Ausschuß verkündeten „Nichtintervention“.

Gegen beides richtete sich der Antrag des bekannten Führers der Radikalen, des Junghegelianers Arnold Ruge: „einen Völkercongreß ins Leben zu rufen“<sup>65</sup> zu dem Zwecke einer allgemeinen europäischen Entwaffnung“.<sup>66</sup> Der Antrag war gedacht als ein Zusatz zu den allgemeinen Leitsätzen der auswärtigen Politik.<sup>67</sup> Die Paulskirche hat zwar keine Mehrheit für den Rugeschen Völkerbundgedanken aufgebracht; doch ist die Art, wie der Antrag von der Linken aufgegriffen und verteidigt wurde und die Offensivstellung, die die Gegenseite gegen den „ewigen Frieden“<sup>68</sup> einnahm, sehr aufschlußreich.

---

61. Duncker a. a. O. S. 20.

62. Bassermann a. a. O. S. 205.

63. Bezüglich der Petitionen vgl. St. B. I. S. 79, Nr. 17; S. 181 Nr. 7; S. 267, Nr. 22; S. 304, Nr. 20; S. 351, Nr. 25; S. 471, Nr. 26; S. 529, Nr. 26; S. 623, Nr. 27; S. 641, Nr. 18.

64. St. B. II. S. 1118.

65. „Einen Kongreß der freien Völker erzielen“ wollte auch Lamartines Nachfolger Bastide, vgl. Oberpostamtszeitg. 19. 5. 1848.

66. St. B. II. S. 1098.

67. St. B. I. S. 654.

68. Haym a. a. O. S. 70.

Den ersten Streich führte Ruge gegen die Sanktionierung der Nichtintervention. Sein Antrag sei keine Utopien, sondern die positive Fortsetzung der Revolution. Denn — das sei ein Faktum — in Europa mache das humane Prinzip seinen Weg, und der Ausschuß habe ja auch die Wiederherstellung der Völker auf den humanen Grundlagen, die die Revolution der Welt predige, anerkannt. Das sei etwas Großes und nicht anzufechten. Jedes Volk habe das Recht, nach der Bildung, die ihm innewohne, sich selbständig zu entwickeln. Indessen — und jetzt offenbarte Ruge sein demokratisches Herz — gäbe es noch höhere Gesichtspunkte als den der Nichtintervention. „Der Gesichtspunkt, daß man für seine Partei auch in dem fremden Volke Partei ergreife, ist richtig“.<sup>69</sup> Damit stellte Ruge dem Grundsatz der Nichteinmischung einmal den Gedanken entgegen, Propaganda zu machen für die neue Ordnung der Dinge, für die „republikanische Ordnung“, wie hinzugesetzt wurde.<sup>70</sup> Zum andern setzte er, wie es ähnlich Karl Marx und Friedrich Engels im Kommunistischen Manifest den „Proletariern aller Länder“ diktiert hatten,<sup>71</sup> internationales Gedankengut gegen die national-deutsche Idee, die soeben schüchtern ihre ersten Blüten zur Entfaltung gebracht hatte. Bezeichnend für Ruges Irrealismus war, daß er sich als Philosoph und Denker auf den „Philosophen und Dichter“ Lamartine berief. Lamartine habe als Grundsatz der französischen Revolution ausgesprochen, daß die französische Republik den Nachbarrepubliken ihre Unterstützung angedeihen lassen wolle, falls letztere es verlangten.<sup>72</sup> Diese Worte sollten eine seltsame Interpretation von französischer Seite erfahren. Lief schon die Ideenpolitik Lamartines nie dem französischen Staatsinteresse zuwider, seit den Junniereignissen war sie überholt und durch Bastides ablehnende, geradezu antideutsche Politik ersetzt. Ruge übersah die vielen Hemmungen, die sich zwischen sein internationales Programm und dessen Durchführung schoben.

---

69. St. B. II. S. 1098.

70. Haym a. a. O. S. 70.

71. Deutsche Parteiprogramme (Mommsen und Franz) Heft 1, S. 42 ff.

72. Vgl. Lamartine, a. a. O. II. S. 26 ff.

Gewiß war Ruge kein Mann des politischen Lebens. Er war bis ins Innerste seines Herzens ein Philosoph und als solcher verstand er es wohl, seine politischen Ideen mit einer faszinierenden Logik und Dialektik zu verbrämen. Hinter dieser Verbrämung aber wucherte doch nur die demokratische Ideenkombination von Freiheit, Gerechtigkeit und Brüderlichkeit. Die Humanität bedeutete ihm alles. Der Geist der Revolution war ihm gleichbedeutend mit dem Geist, der die Humanität durchwehe; in der Humanität sah er schließlich die Folgerichtigkeit des Christentums auf Erden.

Es ist bezeichnend, daß bei den Nationalen diese auf das Innere abgestimmte Welt von Begriffen nirgends verfiel. So spottete Heinrich von Beckerath: er vermöge die erhabenen Grundsätze des Christentums, auf die sich Ruge berufen habe, nicht in eine so unmittelbare Verbindung mit dem Staat zu bringen, „denn eine solche ist zwischen dem, was ewig und was vergänglich ist, niemals im engeren Sinne vorhanden“.<sup>73</sup>

Um so höher war wieder die Brust Robert Blums geschwellt, der Ruges Gedanken mit Begeisterung aufnahm: „Der Gedanke des Christenthums hat mit seiner Propaganda die Welt erobert. . . Der Gedanke der neuen französischen Revolution soll und wird ebenfalls Propaganda machen . . . ich hoffe . . . über Moskau hinaus“.<sup>74</sup> Blum, der schon 1830 als Jüngling die freiheitliche Entwicklung Frankreichs begrüßt hatte,<sup>75</sup> webte in die Ideen Ruges ein Bündnis mit Frankreich hinein. Er feierte die Verbrüderung der Freiheit und die Erlösung der Völker mit beredten Worten und versuchte, Frankreich als einen friedliebenden harmlosen Staat hinzustellen. Im Überschwang der Gefühle glaubte er die Schaffung von 300 französischen Bataillonen damit entschuldigen zu können,<sup>76</sup> daß das Dekret dazu in der ersten Zeit der französischen Revolution erschienen sei, „in dem

---

73. St. B. II. S. 1112.

74. Ebenda S. 1109.

75. Bergsträsser a. a. O. S. 338.

76. In der Debatte über den Antrag des Militärausschusses vom 7. Juli hatte Blum gesagt: „Gehen Sie hinüber, fragen Sie, unter welchen Bedingungen man die Bruderhand bieten wolle, und bieten Sie Ihre Hand, so werden Sie die dreihundert Bataillone auflösen, und das Nachbarvolk befreien von der schweren Last, sie zu unterhalten.“ Vgl. St. B. II. S. 805.

Augenblicke, wo die Friedensgesinnungen Deutschlands noch nicht ausgesprochen waren“.<sup>77</sup>

Der größten Mühe, das versammelte Haus von der Notwendigkeit eines Bündnisses mit Frankreich zu überzeugen, unterzog sich der Naturwissenschaftler der Universität Gießen Carl Vogt, der Satyriker und der rücksichtslos zersetzende Debatteredner der Paulskirche. Er war der Meinung, daß der Aufschwung der deutschen Volksmassen stets nur ein von Frankreich erborgter gewesen sei,<sup>78</sup> und schloß sich dem Ruge'schen Völkerbundgedanken mit „ganzer Seele“ an. Darauf trat er als Verteidiger für ein Bündnis mit Frankreich auf. Wie er aus eigenem Erleben wisse, hätten die französischen Parteien, die vor der Februarrevolution „einer Revolution harreten, wie des befruchtenden Thaues“, schon damals ein brüderliches Bündnis mit Deutschland angestrebt. Er habe es erfahren: „Der Wunsch nach der linken Rheingrenze, das Begehren nach Krieg mit Deutschland“ stehe jenen Männern so fern, „als uns und unserem Volke die Eroberung des Elsasses“.<sup>79</sup> Mochte er für Deutschland nicht unrecht haben, so zeigte sich doch wieder hier die politische Beschränktheit demokratischen Denkens. Vogt sah in den Franzosen nur Freunde der Freiheit. Die französische Nationalversammlung habe mit der Resolution vom 25. Mai Deutschland die Bruderhand geboten. Die junge französische Republik habe immer offene Politik getrieben; diese Offenheit müsse Deutschland mit Offenheit beantworten und deshalb die Gelegenheit zu einem Bündnis freudig ergreifen.<sup>80</sup> —

Jede historische Betrachtung ist, wie alle wissenschaftliche Arbeit, von vornherein an gewisse Abstraktionen gebunden; dabei darf das ganze Geschehen nie Gefahr laufen, unkenntlich zu werden. In vollem Maße trifft das jedoch zu auf Valentins Studie: Die 48er Demokratie und der Völkerbundgedanke. Nur

---

77. St. B. II. S. 1109; Rümelin a. a. O. S. 43, schrieb unter dem 20. Juli: „Manche von der Linken hegen den Verdacht gegen die Führer der Rechten, Radowitz, Lichnowsky, sie wünschen Deutschland in einen Krieg mit Frankreich zu verwickeln, um die Revolution zu bekämpfen“.

78. 1830, 1840, 1848; vgl. Bergsträsser a. a. O. S. 164.

79. St. B. II S. 1104.

80. Ebenda S. 1104—1106.

allzuleicht ist hier wie so oft, eine Abstraktion, die von wichtigen Seiten des Gegenstandes absieht, die Hauptquelle von Irrtümern geworden. Valentin hat den Eindruck festzuhalten versucht, den der Völkerbundgedanke Ruges in der Paulskirche gemacht hat und kommt unter anderem zu dem Resultat, daß selbst nationale Männer wie Bassermann und Beckerath sich „prinzipiell“ zu Ruges Idee bekannt hätten.<sup>81</sup> Nun schlug durch den Humanismus Ruges unbestreitbar ein sehr nüchterner Gedanke hindurch: ein Bündnis mit dem republikanischen Frankreich zu erzielen; und auf der linken Seite der Paulskirche fanden seine Darlegungen starken Widerhall. Auch innerhalb der öffentlichen Meinung hatte es anfänglich freundschaftliche Gefühle für Frankreich gegeben. Aber der Einfluß dieser Lehren und Meinungen reichte nicht über die Linke hinaus. So wenig den Gemäßigten an einem Bündnis mit Frankreich lag, ebensowenig ereiferten sie sich für einen Völkerbund. Gegen die französischen Interessen standen ihnen deutsche; gegen die republikanische Propaganda die Nichtintervention. „Es war keine Bruderhand dargeboten“, schrieb Max Duncker, „es waren 300 Bataillone gerüstet worden“.<sup>82</sup>

Besonders aber war es Bassermann, einer der politisch fähigsten Köpfe der Paulskirche, der Ruge die Maske vom Gesicht nahm. Er wies auf den Widerspruch hin, der darin liege, daß man zuerst die Nichteinmischung proklamiere, dann aber einen „Völkercongreß“ fordere, der die europäische Gesamtentwicklung in einem einheitlichen Sinne lenken solle. Der ganze Groll gegen die haltlose Phantasterei des Demokraten Ruge kam in den Worten zum Ausbruch: „Wenn es eine Lehre für uns in der Neuzeit gibt, so ist es die, nicht unsern Philosophen zu folgen, sondern unsern Politikern“.<sup>83</sup> Was solle aus einem Völkerkongreß werden? Was anders solle in dem europäischen Völkerparlament gelten als die Stimme der Mehrheit! Der Mehrheitswille aber wäre doch für die Minderheit wieder eine Vergewaltigung; die Minderheit könne viel aufklärter, weiser und

---

81. Valentin, Monographien zum Völkerbund, Heft 2, S. 17, S. 19.

82. Duncker a. a. O. S. 20.

83. St. B. II. S. 1106.

klüger sein als die Majorität. „Wollen Sie, daß diese Majorität siege, welche die Dunkelheit will und die Barbarei? Soll diese die freie Minderheit unterwerfen dürfen“...?<sup>84</sup>

Sehr treffend wies Bassermann auch auf die Äußerung des Friedenspolitikers Lamartine hin, der zugleich als echter Franzose erklärt habe: „Wir müssen uns rüsten, damit, wenn irgend ein Staat sich vergrößert, wir nicht zu kurz kommen“.<sup>85</sup> Ob denn etwa solche Worte Veranlassung dazu geben könnten, unbedingten Glauben an die Friedensliebe eines Nachbarvolkes zu fassen, die Hände in den Schoß zu legen und eine allgemeine Entwaffnung zu proklamieren? Schließlich hob Bassermann noch einmal hervor: er stimme darin mit seinem Vorredner (Ruge) überein, daß ein bewaffneter Friede auf die Dauer unmöglich sei, „allein ob jetzt schon der Zeitpunkt gekommen ist, wo man eine Entwaffnung in Deutschland vornehmen kann, das ist ein großer Zweifel“.<sup>86</sup> Es entsprach der rhetorischen Kunst Bassermanns, dem Vorredner Recht zu geben, um später den entgegengesetzten Standpunkt zu verfechten. Auch Beckerath verfuhr ähnlich: der Rugesche Vorschlag sei zwar keine Utopie, aber eine „Antizipation“. Er trete Herrn Ruge darin bei, daß seine Grundsätze immer mehr und mehr das Leben der Völker durchdrängen, daß sie das Bewußtsein der Nationalitäten veredeln möchten, aber „wenn wir, im Hinblick auf dieses Ziel der Humanität, das wir in fernster Zukunft erst zu erreichen hoffen können, wenn wir daraufhin jetzt unsere politischen Handlungen einrichten wollen, so würden wir abermals beweisen, daß wir, wie schon so oft gesagt worden, zwar ein philosophisches, aber kein praktisches Volk sind, daß wir zwar den Gedanken der Zukunft vor allen anderen Völkern zu erfassen, daß wir aber im Boden der Gegenwart keine festen Wurzeln zu fassen vermögen.“<sup>87</sup>

---

84. Ebenda.

85. Ebenda S. 1107.

86. Ebenda.

87. Beckerath, St. B. S. 1112; ähnlich äußert sich Wydenbrugg, St. B. II. S. 1115: „Wollten wir aber jetzt schon mit dieser kosmopolitischen Freundschaftsidee praktisch auftreten, so vergessen wir über das Ziel den Punkt, wo wir jetzt stehen.“

Nach Valentin könnte man nun behaupten, Beckerath sei „prinzipiell“ für Frankreich gewesen und ein warmer Franzosenfreund dazu. Tatsächlich hat Beckerath gesagt: „Wenn es früher fast als ein Criterium der Vaterlandsliebe in Deutschland betrachtet werden konnte, daß Franzosenhaß damit verbunden war, so kann man jetzt beim tiefsten Gefühle der Nationalität, das die Brust des Deutschen durchdringt, doch in Wahrheit behaupten: Franzosenhaß ist in Deutschland ein Anachronismus“.<sup>88</sup> Aber das war sozusagen nur die eine Seite Beckeraths. Unmittelbar darauf nämlich fuhr er fort: ob aber nun diese Betrachtung dazu führen könne, mit Frankreich in das engere politische Verhältniß eines Bündnisses zu treten, das sei eine ganz andere Frage. Und zwar nicht des Prinzips, sondern der Politik. „Bündnisse müssen nicht bloß in idealen Verhältnissen, sondern in der Gemeinsamkeit naheliegender, materieller Interessen der Gegenwart einen starken Boden haben“.<sup>89</sup> Dann sprach er Gedanken aus, die an Bismarck erinnern und die wir ähnlich schon von Duncker und Rümelin<sup>90</sup> kennen, daß es nämlich das Kennzeichen eines unabhängigen Staates sei, sich in allen Lagen selbst zu genügen und allen Feinden durch eigene Kraft gewachsen zu sein.<sup>91</sup>

Es verstand sich für die Nationalen von selbst, daß die Politik des werdenden Deutschland nicht mit der französischen Hand in Hand gehen konnte.<sup>92</sup> Ein Bündnis mit Frankreich hätte Deutschland leicht in einen Krieg mit Rußland verwickelt

---

88. St. B. II. S. 1113.

89. Ebenda.

90. A. a. O. S. 40.

91. Duncker a. a. O. S. 23. Interessant dürften an dieser Stelle auch einige Worte des Erzherzog-Reichsverwesers sein: „Klar liegt vor meinen Augen die Aufgabe, sie ist so groß, daß ich dieselbe nicht aussprechen will; gelingt es, dieselbe zu lösen, so dürfte eine konservative Macht entstehen im Mittelpunkt Europas, trennend den Westen vom Osten, voll Kraft und Selbständigkeit, deren Wort entscheidend ist“. Am 10. August 1848. vgl. Schlossar, Der deutsche Reichsverweser Erzherzog Johann und Graf Anton v. Prokesch-Osten passim.

92. Rümelin a. a. O. S. 42, am 18. Juli: „Im Grund meinen das auch diejenigen nicht, die ein Bündnis mit Frankreich wollen, sondern sie wollen dieses Bündnis auch nur jetzt für einen bestimmten Zweck, nemlich zu einem Krieg mit Rußland für die Wiederherstellung Polens, und zwar zu einem Angriffskrieg“.

und Krieg suchte man nach Möglichkeit zu vermeiden. — Radecke hat nun den Worten Beckeraths den „Eindruck“ entnehmen zu können gemeint, den die französische Revolution auch auf rechtsstehende Kreise in Deutschland gemacht habe.<sup>93</sup> Wir können dem nicht beipflichten. Ganz abgesehen davon, daß die rechtsstehenden Kreise in Deutschland eine gewisse Angst „vor dem vierten Stande“ hatten, sprach aus Beckerath — wie bei Gabelentz — weiter nichts als eine Abneigung gegen die französische Revolution wie überhaupt gegen jedes revolutionäre Treiben. Freilich galt Lamartine gemeinhin als der Friedenspolitiker,<sup>94</sup> der Frankreich ruhigeren Zeiten zuführen würde; aber gerade in nationalen Kreisen wurde ja die Hoffnung gehegt, daß das Herdfeuer der Revolution in Frankreich vollends erstickten möge.<sup>95</sup> Will man also davon reden, daß ein Einfluß Frankreichs auf die Nationalen der Paulskirche stattgefunden hat, dann muß man ihn da feststellen, wo Bassermann sehr bezeichnend gegen Ruge erklärte, man könne in einer Zeit, in der das Militär in Paris so tapfer mitgeholfen habe, die Zivilisation der Neuzeit vor dem Einbruch der Barbarei zu retten, nicht von Soldatenwirtschaft und unnützen Faulenzern sprechen. „Gerade das Militär ist es, welches diese Rettung bewerkstelligte, und wenn es einen Hauptgrund unserer<sup>96</sup> Sympathieen für Frankreich gibt, so muß er aus dem Dankgefühl entspringen gegen jene Soldaten, jene Militärs, welche sich mit Energie an die Spitze der Macht gestellt haben, und hoffentlich noch länger daran bleiben werden“.<sup>97</sup> Von seinen politischen Freunden wurden diese Worte mit Bravo-Rufen begleitet. Gerade die Aufrichtung von Ruhe und Ordnung, die Abkehr von der Revolution in Frankreich war es, müssen wir demnach sagen, die die Rechte

---

93. Radecke a. a. O. S. 28.

94. Die Meinung von der Friedenspolitik Lamartines war weit verbreitet; es heißt z. B. in einem offenen Brief vom 22. Mai an Dr. Jucho: „Verwechseln Sie doch, ich bitte Sie inständigst, die friedliche Politik Lamartines nicht mit dem schauerlichen Kommunismus Blanquis“, Jucho — Nachlaß, St. A. F.

95. Droysen, Briefwechsel I S. 417, am 25. April: „Ein Stoß von Frankreich her, und wir würden rettungslos zusammenstürzen“.

96. Sperrung von uns.

97. St. B. II S. 1107.

der Nationalversammlung beeindruckte. Welcher Art die Beeindruckung war, daß sie bei aller Anerkennung der französischen Militärs keine Verkenning der Tatsachen bedeutete, das läßt sich am besten mit Droysen belegen: „Frankreich“; schrieb er, „das eben jetzt eine Revolution durchgemacht hat, welche von gewissen Leuten als Muster auch für Deutschland aufgestellt wird, Frankreich hat nicht nur nicht sein stehendes Heer aufgegeben, sondern es mit 300 neuen Bataillonen unter dem Namen mobiler Nationalgarden fast verdoppelt . . . ein Verhältniß, das man nicht ernstlich genug beherzigen kann“.<sup>98</sup>

Eine Sonderhaltung Frankreich gegenüber nahmen die Abgeordneten Wurm-Hamburg und v. Wydenbrugk-Weimar ein. Die Politik, meinte Wurm, die in Petersburg und in den Tuilerien getrieben sei, die im Osten begann und am Rheine schloß, sei Kabinettspolitik gewesen. Wenn aber seit der Revolution von 1789 die politische Freiheit maßgebend geworden sei, so sei es seit 1848 entschieden der nationale Gedanke. Dieser Gedanke solle nun die Politik der zwei freien Nationen Frankreich und Deutschland durchwehen. „Gerade dieser Geist ist es aber, auf den ich den höchsten Werth lege, und eben deshalb möchte ich den Abgeordneten von Gießen daran erinnern, daß er die Nationalität in dem Verhältnis der beiden Völker zu einander nicht zu gering anzuschlagen scheinen möge, wenn er sagt, wir verdanken den Franzosen das Geschenk der Freiheit“.<sup>99</sup> Die Betonung der Nationalität stand hier im unverkennbaren Gegensatz zu den Ideen von Ruge. Leider wurde dieser Gegensatz dadurch wieder abgeschwächt, daß Wurm zum Schluß versuchte, Frankreichs Bündniswillen mit Deutschland nachzuweisen. Lamartine habe gesagt: „Bund Frankreichs mit Deutschland um jeden Preis“, und das werde man gern hinnehmen. Man geht wohl nicht irre, wenn man annimmt, daß dem Abgeordneten Wurm ein ähnliches freundschaftliches Einvernehmen mit Frankreich vorgeschwebt hat wie Wydenbrugk, der mit Frankreich gemeinschaftlich das Geschick Europas bestimmt wissen wollte, „wäh-

---

98. Droysen, Politische Schriften S. 158; vgl. ferner Droysen am 13. Juli 1848 in der Oberpostamtszeitung Nr. 195; vgl. auch Wurm, St. B. II S. 1111.

99. St. B. II S. 1110.

rend wir den eigenen Heerd, eben so wohl wie die Franzosen den ihrigen, durch eigene Kraft beschützen können“.<sup>100</sup> Deutschland allein solle sich vor fremdem Angriff durch eigen Wehr und Waffen schirmen können. Erst dann sei ein „solides Bündnis“<sup>101</sup> mit Frankreich möglich. Nicht lächelnd solle Europa sagen: „Seht da den deutschen Aar! Bei seinem ersten Ausfluge schwingt er sich nicht zu seinem Horste, sondern flüchtet sich unter den schützenden Flügelschlag des gallischen Hahns“.<sup>102</sup> Gegen ein solides Bündnis, das darauf beruhe, daß man sich „über die wesentlichsten Punkte“ zunächst verständige, sei nichts einzuwenden, und die Sache müsse der Zentralgewalt in die Hände gegeben werden,<sup>103</sup> — in der Einsicht, daß in der auswärtigen Politik vorzüglich eine energische und besonnene Leitung nötig sei. Letzteres war der Standpunkt der Nationalen schlechthin.<sup>104</sup>

Wurm und Wydenbrugk, beide an sich gemäßigt, neigten in mancher Beziehung der Linken zu. Allein es muß betont werden, daß ihre Auffassung von Freiheit und ihre Gedanken — mit Frankreich ein Bündnis zu schließen — wesentlich anders begründet waren als bei Blum, Vogt und Ruge. „Wenn die Freiheit in Deutschland nichts anderes wäre, als ein Geschenk von Frankreich“, so hält Wydenbrugk Carl Vogt entgegen, „dann gäbe ich keinen Deut dafür!“<sup>105</sup> Gewiß wünschten Wurm und Wydenbrugk ein Bündnis mit Frankreich, aber was sie in der Ausführung ihrer Gedanken von den Demokraten merklich entfernte, war die Auffassung, daß sie nicht Anlehnung an Frankreich suchten und nicht doktrinären internationalen Verbrüderungsideen huldigten. Sie redeten vielmehr einem Bündnis zweier gleichwertiger, in sich starker Nationalstaaten das Wort, daß sie „getrost den Blick nach Frankreich wenden können, und

---

100. St. B. II S. 1116; über Wydenbrugks engere parteipolitische Stellung vgl. Eisenmann, Parteien in der Nationalversammlung S. 26.

101. St. B. II S. 1115.

102. Wydenbrugk ebenda S. 1116.

103. Ebenda S. 1115.

104. Vgl. Gagern a. a. O. II 2 S. 688; vgl. Droysen. Politische Schriften S. 159: „Seyen wir dem Auslande gegenüber eines Sinnes“; auch Droysen, Briefwechsel I S. 163; V. d. D. P. I S. 4, unter IV, 2.

105. St. B. II S. 1115.

dort ein Bündnis nicht suchen, aber wohl es finden werden“.<sup>106</sup> Von der Einstellung eines Beckerath, Bassermann oder gar v. Möhring-Wien<sup>107</sup> trennte sie ein stärkerer Optimismus, den die Nationalen Frankreich gegenüber nicht aufzubringen vermochten. Man geht auch nicht fehl, wenn man annimmt, daß Wurm und Wydenbrugk die innere Rechtswendung in Frankreich nicht so klar erkannt haben wie etwa Wydenbrugks Bekannter und Landsmann v. d. Gabelentz, wie Bassermann und Beckerath. Allein es wäre vermessen, ihnen daraus einen Vorwurf zu machen. Wußte doch im Frühjahr und Sommer 1848 niemand sicher, welchen Weg Frankreich Deutschland gegenüber betreten würde.<sup>108</sup> Um so klüger erscheint uns deshalb freilich die reserviert-kühle Haltung des Kreises um Bassermann, Beckerath, Duncker, Rümelin u. a., wenngleich es sich bei letzteren vielfach auch um eine instinktmäßige Abwehr und um Mißtrauen gegen Frankreich handelte. Aber welcher Staatsmann wäre von Gefühlen frei? Die Tatsachen jedenfalls gaben den Nationalen recht: die französische Regierung und darüberhinaus die Assemblée nationale dachte ernstlich nicht an ein Bündnis mit „Deutschland“. Daß die französische Regierung, „selbst noch provisorisch“, einen diplomatischen Verkehr mit der provisorischen Zentralgewalt verweigerte, „ließ uns“, schreibt Bassermann, „den wahren Charakter der so lautbeteuerten brüderlichen Gesinnung, ließ uns den politischen Instinkt einer längst an die Handhabung auswärtiger Politik gewöhnten Nation erkennen, der in der Herstellung einer volkstümlichen deutschen Einheitsregierung eine Verstärkung unserer deutschen Grenzen erkannte, die ja bekanntlich bei unseren Nachbarn noch immer nicht als die natürlichen betrachtet werden wollen“.<sup>109</sup>

---

106. Wydenbrugk, St. B. II S. 1116.

107. Möhring war gegen ein Bündnis mit Frankreich. Auf die österreichischen Abgeordneten in der Paulskirche kann nicht weiter eingegangen werden; vgl. W. Schüßler, Die nationale Politik der österreichischen Abgeordneten im Frankfurter Parlament passim.

108. Duncker a. a. O. S. 1.

109. Bassermann, Denkwürdigkeiten S. 205. Die Äußerungen der Nationalen und auch die von Wurm und Wydenbrugk beweisen das strikte Gegenteil von dem, was Radecke a. a. O. S. 29 meint.

Die Demokraten sahen in Frankreich nur das Entgegenkommen für Deutschland. Deshalb behandelten sie auch das Verhältnis Frankreich—Deutschland leichthin: Spannungen zwischen beiden Nachbarländern könnten durch brüderlichen Handschlag in inniges Einvernehmen verwandelt werden. Erstaunlich bleibt, daß sie über die tatsächliche innere (und damit äußere) Wendung der Dinge in Frankreich hinwegsehen oder sich hinwegtäuschten, und daß sie daraus keine Schlußfolgerungen für ein künftiges Verhalten Deutschlands gegenüber Frankreich zu ziehen gedachten. Wenn man das in Erwägung stellt, so möchte man meinen, daß Max Duncker mit seiner Behauptung, die Demokraten hätten den „Schwerpunkt“ deutscher Politik nach Frankreich verlegt“, recht hat.<sup>110</sup>

### 3. Die Stellung der Nationalversammlung zu Rußland und Polen.

In seinem Hauptwerke „Die römischen Päpste“ spricht Ranke einmal über die öffentliche Meinung: „Häufig begleitet sie nur das Ereigniß, das sie mit hervorbringt, — bildet und entwickelt sich daran; dann und wann aber, wenn ihr ein einseitiger Wille, den sie doch nicht übermeistern kann, entgegentritt, schwillt sie zu gewaltsamer Forderung an. Man muß zugestehn, daß sie von den Bedürfnissen, den Mängeln in der Regel ein richtiges Gefühl hat; davon aber, was auszurichten und ins Werk zu setzen wäre, kann sie ihrer Natur nach kein reines, festes Bewußtsein hervorbringen“.<sup>111</sup> Ranke schrieb diese Sätze im Hinblick auf erste leise Anfänge einer Regeneration im vorgegenreformatorischen Katholizismus nieder. Die Zeit, die wir betrachten, wuchs die öffentliche Meinung, war sie allmächtig.<sup>112</sup> Manche glaubten alles mit ihr gewonnen: Abschaffung der Zensur, Öffentlichkeit des Gerichtsverfahrens, Schwurgerichte und Ähnliches. Wir bemerkten, daß sich die allgemeine Meinung in Schrift und Wort auswärtigen Fragen zuwandte; wie sie Frankreich beurteilte und Polen zuneigte.

---

110. Duncker a. a. O. S. 22; vgl. vorne S. 76 f.

111. Die röm. Päpste, I. S. 87.

112. Elben, Lebenserinnerungen S. 115.

Aus wieviel Quellen nährte sich erst der Strom gegen Rußland! Aus Haß, aus innerer Gemeinschaftlichkeit gegen eine fremde stumpfe Welt, aus Überzeugung; da war Polen, wir wissen es, seit 1830 die Waffe gegen Rußland; da führte man das freie neue Deutschland gegen das militaristische System des Ostens; hier lebte freier Geist, dort die Knechtschaft. Die Stimmung war seit Anfang März russenfeindlich, der Krieg gegen Rußland, an Frankreichs Schulter, wäre damals volkstümlich gewesen.<sup>113</sup>

Man glaubte, daß ein Zusammenstoß mit Rußland unabwendbar bevorstehe; daß eine Auseinandersetzung kommen müsse. Eine Kriegspsychose nahm in gedankenloser Überzeugung ihren Ursprung und dehnte sich mächtig aus. Ihr Fundament hatte sie in dem vermeintlich unversöhnlichen Gegensatz von freiheitlicher und legitimistischer Gedankenwelt. Aus immer neu zuströmenden Gerüchten gespeist entstand die Behauptung, daß eine „massenhafte russische Truppenansammlung“<sup>114</sup> an der deutschen Ostgrenze vor sich gehe. Im ganzen war das eine Tendenz mehr aus dem Übermaß eines gesteigerten Augenblicks. Aber die Körnchen Wahrheit, die zuweilen vom Strome der Gefühle flüchtig an die Oberfläche gerissen wurden, genügten vielen, um von der Nationalversammlung Taten zu verlangen. Man hielt sich auf einmal für so stark und siegesgewiß in der Idee, daß die Revolution auf Rußland überspringen und den Zaren auf die Kniee zwingen werde. Von Frankfurt bis Wien ging die Meinung, daß Rußland unmittelbar vor der inneren Umwälzung stehe.

So posaunte die Wiener „Oesterreichische Zeitung“ in die Welt: „Rußland trägt in sich selbst den Keim des Verderbens, hat keine Sympathien mehr außerhalb seines eigenen Staatskörpers, und muß, auch wenn kein Anstoß von außen erfolgt, dennoch im Kurzen nach dem Naturgesetze der Schwere in sich selbst zusammenfallen“.<sup>115</sup> So wurde es von der Frankfurter

---

113. Fr. Ley, Frankreich und die deutsche Revolution, in Preuß. Jahrb. 1928, S. 204; Rümelin a. a. O. S. 45: „Es konnte keinen volkstümlichen und folgereichern Krieg geben als dieser gewesen wäre“.

114. St. B. I S. 654.

115. Vom 7. April 1848.

„Oberpostamtszeitung“, dem nachmaligen Organ der „Reichsregierung“, weitergesponnen: „Der Czar hat einen Aufruf<sup>116</sup> an den Aberglauben seines Volkes erlassen, es ist die Angst seines Herzens, die aus jedem Worte dieses Aufrufes spricht“.<sup>117</sup>

Man sieht, wie das eine das andere befruchtete: der Glaube an den Siegeszug der Freiheit gebar den „Krieg mit Rußland“ und umgekehrt, bis zuletzt die Tage des Zaren gezählt erschienen. — Aber man gab sich Illusionen hin. Es konnte kein Umschwung in Rußland erfolgen; Bauernunruhen wurden niedergeschlagen.<sup>118</sup> In Petersburg selbst reichte es niemals zu wirklich staatsgefährdenden Bildungen aus. Schließlich versanken alle Erhebungen, Listen und Ränke vor der Allmächtigkeit des Kaisers immer wieder in den Staub des russischen Alltags.

Man wird fragen, was es mit jenen Truppenansammlungen auf sich hatte, die Deutschland so erregt hatten. Stand ein Krieg mit Rußland bevor?

Zar Nikolaus beabsichtigte eine deutsche Fürstenliga unter Preußens Führung als Bollwerk gegen die revolutionäre französische Propaganda zustande zu bringen, deren Ausdehnung gegen Osten seine Herrschaft zu bedrohen schien. Am 26. März traf indes in Petersburg die Stafette mit der Nachricht von dem Berliner Geschehen des 18. März ein.<sup>119</sup> An demselben Tage noch schrieb Nikolaus in tiefer Gemütserschütterung ein Manifest an das russische Volk eigenhändig nieder, in welchem er jeden treuen Untertan an den Ruf: Für Glauben, Zar und Vaterland! erinnerte.<sup>120</sup> Am 29. März schrieb der Staatskanzler Nesselrode sorgenerfüllt an Meyendorff, den russischen Gesandten in Berlin, zugleich das Manifest des Zaren kommentierend: „Unsere Haltung wird vollkommen defensiv sein. Das Manifest verfolgt keine andere Absicht. Wir werden so viele Truppen als möglich in Polen zusammenziehen. Rücksichtslos werden wir alle Erhe-

---

116. Gemeint ist das Manifest des Zaren vom 26./27. März 1848, vgl. Schiemann, Rußland unter Nikolaus I., Bd. IV S. 143 ff.

117. 13. April 1848.

118. Schiemann a. a. O. S. 357.

119. W. Andreas, Der Briefwechsel Friedrich-Wilhelms IV. von Preußen und des Zaren Nikolaus I. von Rußland in Forsch. Br. u. Pr. Gesch. Bd. 43 S. 131.

120. Schiemann a. a. O. S. 143 ff.

bungen, die etwa bei uns ausbrechen könnten, unterdrücken“.<sup>121</sup> So erwies sich die russische Mobilmachung als ein natürlicher Reflex auf die französische Revolution; darüberhinaus aber als eine Maßnahme mit Defensivcharakter. „Rußland“, schrieb Nesselrode, „wird niemand überfallen, wenn man nicht über uns herfällt“.<sup>122</sup> Wieviel kam in diesen Tagen auf die Geschehnisse in Preußen, in Deutschland an!

Aber da stand es nicht günstig für Rußland. Freilich war es nicht lange her, daß man in Berlin von einem starken russischen Einfluß reden konnte; der russische Gesandte hatte eine bevorzugte Stellung innegehabt. Friedrich Wilhelm IV., der weitherzige Träumer, hatte sich stets mit seinem Schwager Nikolaus solidarisch gefühlt. Mußten jetzt die freiheitlichen Stimmungen des preußischen Königs und die Autokratie des Zaren nicht notwendig zu Konflikten führen?

„Wenn die Polen triumphieren“, schrieb Nesselrode eindringlich und fast prophetisch, „wird Preußen Posen, Danzig und Thorn los. Das gerade müßte der deutsche Menschenverstand doch begreifen, aber der gute alte Menschenverstand (ancien bon sens) ist verschwunden von der Oberfläche Deutschlands. Die Philosophie Hegels hat ihn ersetzt, die Früchte davon sehen wir vor uns“.<sup>123</sup> Die Philosophie Hegels, der Einheitsgedanke der „démagogues de Francfort“,<sup>124</sup> der den Polen die Freiheit versprach, die ganze nationale Bewegung, all das war Nesselrode gleichbedeutend mit Revolution, war sowohl ihm wie dem Zaren ein schwerer Alp. Die Frankfurter Professoren waren keine „hommes politiques“,<sup>125</sup> und was sollte aus ihrem Treiben anderes hervorgehen als Böses? So begannen am 31. März 1848 die russischen Divisionen gegen die „deutsche Gränze“<sup>126</sup> vorzurücken.<sup>127</sup>

121. Lettres et Papiers du Chancelier Comte de Nesselrode IX S. 74, wörtlich übersetzt.

122. Schiemann a. a. O. S. 145; Marcks, a. a. O. S. 75, beurteilt die Haltung des Zaren wohl nicht richtig, wenn er meint, der Zar hätte den „Sturm“ gewollt.

123. Nesselrode a. a. O. S. 79, an Meyendorff.

124. Ebenda S. 89.

125. Ebenda S. 93.

126. St. B. I S. 654.

127. Schilder, Kaiser Nikolaus II S. 632.

Die Männer von 1848 hätten keine Deutschen sein müssen, so wurde einmal gesagt, wenn sie nicht selbstverständlich auch die auswärtigen Beziehungen des zukünftigen Vaterlandes näher ins Auge gefaßt hätten.<sup>128</sup> Allein es kann nicht verborgen bleiben, daß sich die Abgeordneten — und noch dazu zu Anfang der Beratungen über die Grundrechte — weniger aus blankem Patriotismus als vielmehr aus zwingenden Notwendigkeiten heraus über die auswärtige Lage berieten, die äußerst bedenklich war. Radowitz sagte, „wir werden sie zu erwägen haben, ohne die Sympathien und Antipathien des Moments zu schonen“.<sup>129</sup>

Die außenpolitische Situation hatte sich im Mai und Juni zusehends verschlechtert. Die Posener Streitfrage harrete der Lösung, die Entscheidung über die Limburger Frage<sup>130</sup> konnte unangenehme diplomatische „Kollisionen“ mit Holland, vielleicht auch mit den europäischen Mächten nach sich ziehen.<sup>131</sup> Nach Dänemark blickte man gespannt. Die Linke verlangte Anerkennung der Unabhängigkeit Italiens und ein Bündnis mit den Lombarden, ein Schritt, der die offene Feindschaft gegen Oesterreich gewesen wäre; nicht bloß gegen die österreichische Regierung, sondern auch gegen das Volk, dessen größerer Teil die Herrschaft in Italien behauptet wissen wollte.<sup>132</sup> — Nesselrode atmete zwar am 3. Juni, nachdem die Preußen Jütland geräumt hatten, erleichtert auf — nun existiere für Rußland kein casus belli mehr —, trotzdem fuhr Rußland fort, Dänemark zu unterstützen.<sup>133</sup> Das alles redete die deutliche Sprache einer latenten Kriegsgefahr, und das Haus war seit Mitte Juli mit einer Schwüle gefüllt und banger Ahnungen voll, „wie am Vorabend einer Krisis“.<sup>134</sup>

Das Manifest des Zaren wurde als eine Herausforderung empfunden.<sup>135</sup> Die russische Truppenansammlung bewegte die

---

128. Payer, Anno 1848 S. 37.

129. St. B. I S. 375 f.

130. St. B. II S. 1011 ff.

131. Rümelin a. a. O. S. 39.

132. Duncker a. a. O. S. 21 f.

133. Andreas a. a. O. S. 134; C. F. Wurm, Die Diplomatie, das Parlament S. 122 ff.

134. Rümelin a. a. O. S. 39.

135. Schiemann a. a. O. S. 145.

öffentliche Meinung in Deutschland leidenschaftlich. Daß die Demokraten der Paulskirche in Haß und Verachtung gegen Rußland übereinstimmen, kann nicht wundernehmen. Wie war hingegen die Stellung der Nationalen in dieser Hinsicht?

Man muß freilich in erster Linie bemerken, daß die Stellung der Nationalversammlung zu Rußland von vornherein eine andere Bedeutung hatte als die zu Frankreich. Man konnte sich gleichsam für oder gegen Frankreich entscheiden. Wer demokratisch gesinnt war, stimmte für ein Bündnis mit Frankreich; wer national dachte, war dagegen.<sup>136</sup> Das war einfach. Ein Für oder Gegen Rußland konnte es in der Paulskirche indessen garnicht geben; denn die Demokraten wie die Nationalen empfanden den Gedanken des Despotismus als fremd und hasenswert. Aus dieser Gemeinsamkeit könnte der verlockende Schluß gefolgert werden, in der Nationalversammlung wenigstens einmal eine von Einmütigkeit getragene außenpolitische Meinung vorzufinden. Indes waltete abermals die unheilvolle weltanschauliche Spaltung, die nicht nur durch Deutschland, die vor allem durch die Nationalversammlung ging und diese dadurch in ihre eigentümliche, oft recht zweifelhafte Stellung in der Geschichte gebracht hat.

Ausgangspunkt der eigentlichen Diskussion über Rußland<sup>137</sup> war das Referat des völkerrechtlichen Ausschusses, das am 1. Juli — zusammen mit dem Bericht der allgemeinen Grundsätze der Politik über Frankreich — erstattet war. Der Ausschußbericht befaßte sich vornehmlich mit der „in den Gemütern angeregten Besorgniß eines von Rußland her drohenden Krieges und den darauf gebauten Anträgen“.<sup>138</sup>

Das Verhältnis Deutschlands zum Zarenreiche wurde in dem Ausschußbericht wesentlich ruhiger behandelt, als wir es von der allgemeinen Meinung oder demokratischerseits gewohnt sind. Es wurde rundheraus erklärt, daß die in vielen öffentlichen Blättern kursierenden Mitteilungen „über die massenhafte russische

---

136. Zwischen beiden Ansichten hielten Wurm und v. Wydenbrugg.

137. Am 22. Juli, St. B. II. S. 1098 ff.

138. St. B. I. S. 654.

Truppenaufhäufung an der russischen Grenze, im höchsten Grade übertrieben“ seien.<sup>139</sup>

„Der Ausschuß“, hieß es weiter, „hebt diesen Gesichtspunkt hervor, um die Sache in ihrer wahren Gestalt zu zeigen; keineswegs um Sorglosigkeit nach dieser Seite unsers Vaterlandes hin anzuempfehlen. Nein, er empfiehlt dringend das Gegentheil, Wachsamkeit und Thätigkeit“.<sup>140</sup> Vom Standpunkt der Politik seien allerdings alle Erklärungsgründe vorerst beiseite zu lassen. Man müsse einfach bei der an der deutschen Grenze verstärkten russischen Heeresmacht stehen bleiben und rasch eine Verstärkung des deutschen Heeres dort eintreten lassen: „insofern unsere Streitkräfte den zusammengezogenen russischen nicht gleichkommen. Keine Eventualität darf uns ungerüstet finden, und nirgends können unsere Gränzen dem Feinde blosgestellt sein“.<sup>141</sup> Die „verlangte Wachsamkeit sei bei dem raschen, die Lage des Welttheils so leicht verrückenden Gang der europäischen Ereignisse doppelt nothwendig“. In welchem Maße, auf welche Weise am besten eine größere Wehrmacht an der Ostgrenze geschaffen würde, dies und ähnliches festzusetzen, sei nicht die Aufgabe der hohen Versammlung, sondern müsse natürlich denen, die in nächster Zeit dazu berufen würden — also der provisorischen Zentralgewalt — vorbehalten bleiben. Der Antrag des Ausschusses lautete in diesem Sinne:

„die Nationalversammlung möge erklären, daß an der östlichen Gränze Deutschlands den deutschen Streitkräften eine solche Stärke zu geben ist, daß sie der gegenüberstehenden Heeresmacht vollkommen gewachsen sind“.<sup>142</sup>

Dieser Ausschußbericht wurde des Näheren erörtert und verteidigt durch den Norddeutschen Wurm und den Juristen und Publizisten von Wydenbrugg. — Wurm glaubte, daß man sich zwar rüsten müßte; daß Rußland aber nicht angreifen werde. Rußland sei viel zu klug, das zu tun, was Deutschland auf einmal zusammenschweißen würde. Was Rußland am meisten hasse und fürchte, sei nicht die deutsche Freiheit, sondern die deutsche

---

139. Ebenda.

140. Ebenda.

141. Ebenda.

142. St. B. S. 655.

Einheit. „Glauben Sie nicht an das alte Märchen, daß die Welt in zwei feindliche Feldlager gestellt sei, von denen das eine das liberale und das andere das absolutistische sei. Rußland hat keine Grundsätze, es folgt nur seinen Interessen. Rußland würde, wenn es sein Interesse dabei fände, der Bundesgenosse jedes Staates sein, welche auch seine Verfassung sein möge“.<sup>143</sup> Nicht die Staatsform ist Wurm entscheidend für die Bildung eines Bündnisses unter europäischen Staaten, sondern die Interessensphäre des Staates ist es, die jeweils für oder gegen ein Bündnis spricht. Das war ein Standpunkt, der in rechtsstehenden Kreisen gut Wurzel gefaßt hatte! — Rußlands Waffen, meinte Wurm fernerhin, seien die Waffen der Diplomatie; Rußlands Kunst und Grundsatz sei, zu trennen und zu herrschen. Rußland habe mehr als einmal gezeigt, daß es die deutsche Einheit nicht habe zustande kommen lassen wollen. „Ich erinnere Sie an die Verhandlungen mit Preußen in Vertretung des Zollvereins, wo Rußland Alles daran setzte, Deutschland zu trennen, wo es Preußen gewisse Vortheile bot, die es den übrigen Zollvereinsstaaten verweigerte, und wo Rußland erklärte, es wisse nicht, daß dieser deutsche Zollverein bestehe, ihm sei er nicht bekannt“.<sup>144</sup> Die russische Diplomatie kenne keinen größeren Triumph als daß ihr gelänge, das deutsche und das französische Volk in blinder Leidenschaft gegeneinander zu führen. — Wydenbrugk, der Berichterstatter für den völkerrechtlichen Ausschuß, erklärte, der Ausschuß spreche nur ein berechtigtes Verlangen aus, wenn er eine Heeresverstärkung beantrage, er gebe „der Politik eine positive Richtung . . . damit glaube ich, thut diese Versammlung nicht zuviel“.<sup>145</sup>

Der Ausschußbericht entsprach im ganzen der nationalen Denkweise. War es nicht von jeher ein Gedanke der Nationalen gewesen, die deutsche Armee zu verstärken? <sup>146</sup> Eine Armee, die das Gefühl der Einigkeit und Kraft in sich trug und die Sicherheit des Vaterlandes gegen äußere Feinde gewährleistete? Um so

---

143. St. B. II. S. 1110.

144. Ebenda.

145. St. B. II. S. 1115.

146. Ebenda.

mehr stützt man darüber, daß sich die Nationalen gegen den Ausschlußantrag wandten, indem unter dem 22. Juli der Leipziger Abgeordnete Biedermann<sup>147</sup> einen Antrag einreichte, der besagte:

„Diesen Theil des Berichts und den darin enthaltenen Antrag mit Rücksicht auf die bereits beschlossene Vermehrung der deutschen Streitkräfte an die inzwischen ins Leben getretene Centralgewalt zu überweisen“.<sup>148</sup>

Es erweckt den Anschein, als ob Biedermann, — und in seinem Kielwasser die Nationalen<sup>148a</sup> — die Initiative des Parlaments nur auf die provisorische Zentralgewalt umleiten wollte: und zwar aus rein formellen Gründen. Eine solche Motivierung lag an sich nahe.

Zu der Zeit nämlich, als vom völkerrechtlichen Ausschuß das schwierige Problem in Angriff genommen wurde, die Beziehungen Deutschlands zu Rußland grundsätzlich zu regeln, tauchte auch der Gedanke auf, eine provisorische Zentralgewalt<sup>149</sup> zu errichten und die deutschen Heeresstreitkräfte zu verstärken. Nun wußte am 22. Juli jedermann, daß, seitdem der Bericht des internationalen Ausschusses erstattet und gedruckt<sup>150</sup> worden war, die Zentralgewalt eingeführt und ein Beschluß über die Wehrhaftmachung gefaßt war. Auf Grund des Gesetzes vom 28. Juni hatte die provisorische Zentralgewalt die Wahrung der Unabhängigkeit Deutschlands in die Hand zu nehmen, insbesondere das Recht, Krieg zu erklären und Frieden zu schließen, vorbehaltlich der Genehmigung der Versammlung. Durch einen Beschluß vom 15. Juli war eine bedeutende Vermehrung des Heeres in Aussicht gestellt; der Zentralgewalt waren die Mittel zu dieser Vermehrung bewilligt und ihr überlassen, von dieser Bewilligung in dem Maße Gebrauch zu machen, wie man sie für die Wahrung der deutschen Selbständigkeit benötigte.

---

147. Kulturhistoriker, später führendes Mitglied des Erbkaiserlichen.

148. St. B. II S. 1102.

148a. Mitunterzeichner des Antrages waren: Widenmann, Wernher, v. Raumer, v. Auersperg, v. Scherpenzeel, Ostendorf, aber auch Reh, Drechsler u. a. wodurch letztere eine Rechtsschwenkung vollführen; für Reh in diesem Sinne vgl. Eigenbrodt, Meine Erinnerungen (herausgeg. v. Bergsträsser) S. 341.

149. Droysen, am 1. August in der Oberpostamtszeitung Nr. 214.

150. St. B. II S. 1109.

Man hatte durch diese beiden Beschlüsse jenen Punkt, um den sich der Ausschußantrag gleichsam kristallisiert hatte: Schutz gegen einen Feind im Osten, erledigt. Diese nackten Tatsachen hätten genügt, den Antrag Biedermann als „Verbesserungsantrag“ gerechtfertigt erscheinen zu lassen. Bei genauerer Beobachtung findet man aber, daß der Grundgedanke des Biedermannschen Antrages nicht so formaler Herkunft ist, wie es bei oberflächlicher Betrachtung aussieht.

Um das zu verstehen, muß man bedenken, wie sich die Demokraten zum Ausschußantrag und zum Antrag Biedermann verhalten haben. Eine sichere Kenntnis darüber ist wiederum unmöglich, ohne die Stellung der Linken zur Rechten zu kennzeichnen. Die Spannung zwischen beiden Parteien war immer unerträglicher geworden.<sup>151</sup> Die ersten heißen Treffen waren geliefert. Heinrich v. Gagern war mit großer Stimmenmehrheit zum (provisorischen) Präsidenten der Versammlung gewählt, die Mainzer Unruhen<sup>152</sup> waren verhandelt, der Erzherzog Johann von Oesterreich war zum Reichsverweser bestellt,<sup>153</sup> eine Verstärkung der deutschen Heeresmacht war in Aussicht genommen, ein Beschluß, „der sehr viel Staub aufgewirbelt hatte“.<sup>154</sup> Die Schlappen, die die Linke bei alledem erlitten hatte, sollten durch verdoppelten Eifer wiederaufgeholt werden.<sup>155</sup> In diesem Sinne versuchten die Radikalen fortgesetzt, die organisatorische Tätigkeit des Parlaments zu hemmen, sowie gleichzeitig das Volk aufzuwühlen, „das ja für die goldenen Berge seiner angeblichen Freunde inbrünstig schwärmte“.<sup>156</sup> Rußland wurde als der Feind der Freiheit gebrandmarkt. „Brüder“, hören wir sogar in einer Arbeiterversammlung den Präsidenten sprechen, „wir können nur mit weinenden Augen in die Zukunft sehen, unsere Feinde schließen sich eng zusammen, und mächtige Mittel stehen ihnen zu Gebote. Der russische Zar lenkt die Zügel der Politik“.<sup>157</sup> Die

151. Seit dem Zusammentritt der Paulskirche.

152. Am 21. Mai 1848.

153. Am 28. Juni 1848.

154. Simon, Leopold Sonnemann S. 86; Pagenstecher a. a. O. S. 49; Gagern a. a. O. II S. 775.

155. Pagenstecher ebenda.

156. Vom 48er Proletariat kann man nur bedingt reden.

157. Aus einer Tagebuchaufzeichnung des jungen Sonnemann vom 4. Juli 1848; vgl. Simon a. a. O. S. 83.

demokratischen Klubs arbeiteten unermüdlich mit Adressen und Petitionen: es setzte ein systematischer Sturm von Anträgen auf das Parlament ein, unter dessen Wucht „jede geordnete Entwicklung zu Grunde zu gehen drohte“.<sup>158</sup> Man erklärte heute, das Vaterland schwebe in Gefahr, man verlangte morgen Manifeste an die Nation zum Schutze der bedrohten Freiheit, schließlich Permanenz der Versammlung überhaupt. Insbesondere galt es auch, die Macht und den Einfluß Preußens im Reich zu schwächen und das verhaßte Söldnertum, die „vertierte Soldateska“ zu verdächtigen und aus dem Wege zu räumen. Man drängte unaufhörlich auf Ausbildung einer Volkswehr oder Aufstellung eines Parlamentsheeres.

So begreift man, daß sich die Demokraten durch den Antrag Biedermann zuinnerst getroffen fühlten. Denn der Ausschußantrag allein kam ihnen ja — rein formal gesehen — geradezu entgegen. Mit dem Bericht im ganzen jedoch, der eine Heeresverstärkung durch die Zentralgewalt vorsah, konnten sie natürlich nicht einverstanden sein, obwohl er nicht mit zur Abstimmung kam. Zur Abstimmung gelangte lediglich der Antrag. Dieser hielt den Demokraten wenigstens theoretisch Möglichkeiten offen: zur Aufstellung eines Heeres von Parlaments Gnaden, zur Steigerung der Kriegsstimmung gegen Rußland, zur Bedrängung der Reichsministerien und schließlich der provisorischen Zentralgewalt, die ihnen besonders verhaßt war. Maßgebend für die raffinierte Taktik der Demokraten mußte deshalb sein, den Ausschußantrag in seiner Dehnbarkeit zu erhalten.

So protestierte Carl Vogt erregt gegen den Antrag Biedermann, der eine Streichung des Ausschußantrages bedeute.<sup>159</sup> Er erklärte sich weiterhin für die Aufstellung von Truppen an der gefährdeten Ostgrenze, indem er u. a. darauf hinwies, daß man dem Strome der Barbarei, der von Osten<sup>160</sup> drohe, „den Trotz eines freien Volkes entgegensetze müsse“.<sup>161</sup>

158. Pagenstecher ebenda.

159. St. B. II S. 1105 f.

160. Wenn Vogt, St. B. II S. 1106, von „Westen“ spricht, so ist das ein offensichtliches Versprechen, welches allerdings durch „Bravo von vielen Seiten“ belohnt wurde.

161. St. B. II S. 1106.

Robert Blum<sup>162</sup> hielt hier unstreitig eine seiner besten Reden, nicht so sehr in sachlicher (auch er sprach für den Ausschußantrag), sondern in rhetorisch-taktischer Hinsicht. Blum versuchte, die Gegner mit ihren eigenen Waffen zu schlagen. Ein Volk, meinte er, welches in der Welt groß dastehen will, müsse auch auf alle Fälle gerüstet sein.<sup>163</sup> Blum zog das kleinere Übel dem größeren vor: es sei zwar in der jüngsten Zeit, „wenn auch in einer Weise, zu der ich zuzustimmen nicht vermochte“,<sup>164</sup> ein gewaltiger Schritt zur Wehrmachung des Volkes getan. Aber man solle über den Kommissionsbericht nicht hinausgehen! Damit verzichtete Blum zwar auf den Herzenswunsch der Demokraten (Bündnis mit Frankreich) — wie es schien — zugunsten einer Truppenverstärkung an der deutschen Ostgrenze. Aber sein Endziel vergaß er darüber nicht. „Das Ziel, das man im Auge hat, muß man aussprechen“.<sup>165</sup> Und sein Ziel war die Verbrüderung Deutschlands mit dem freien Westen: „das sei es, dem er seine Stimme leihe“.<sup>166</sup> Erst wenn dieses Ziel erreicht sei, dann könne man in Ruhe darauf blicken, falls ein Despot des Nordens<sup>167</sup> die Liga des freiwerdenden Westens „in der Verzweiflung über das Ende seines Daseins verhöhnen oder ihr drohen wollte“.<sup>168</sup> — Die scheinbare Legalisierung der dem Ausschuß erforderlich scheinenden Maßregeln diene ihm zur Förderung und Propagierung des demokratischen Freiheitsgedankens.

Blum gab auch eine Marschrichtung an: Paris, Frankfurt und danach Petersburg! „Wenn aber das vermehrte stehende Heer nicht dahin gewendet werden soll, wo ein anderes stehendes Heer uns gegenüber steht, und wo die entschiedenste Feindseligkeit seit fast einem Menschenalter uns gegenüber sich gezeigt hat,

---

162. St. B. II S. 1108 f.

163. Blum, St. B. II. S. 1109; vgl. Duncker a. a. O., S. 18: „Wir mußten uns in Bereitschaft setzen, überall nachdrücklich und entschieden auftreten zu können“.

164. Bezieht sich auf den Heeresverbesserungsvorschlag vom 15. Juli.

165. St. B. II. S. 1109.

166. St. B. II ebenda.

167. Gemeint ist Zar Nikolaus.

168. St. B. II S. 1109.

dann möchte ich freilich bitten, daß man mir den Sinn erklärt, in welchem die Vermehrung beschlossen worden ist“.<sup>169</sup>

Die Werbung der Demokraten für den Ausschußantrag hatte ernsthaftige Gründe. Der Antrag bot ihnen eine Chance, sie klammerten sich daran wie Versinkende an den rettenden Balken.

Schärfer noch als bei Blum trat der Angriffswille der Demokraten gegen Rußland in dem Antrag zu Tage, den der Radikale Schuselka am Schluß der Debatte einbrachte. Im Ausschußbericht war betont, daß vom Standpunkt der Politik alle Erklärungsgründe über die russische Mobilmachung zunächst beiseite zu lassen seien. Schuselka konnte sich im Rate des internationalen Ausschusses nicht Geltung verschaffen und stellte daher den Sonderantrag, den Reichsaußenminister aufzufordern, von der russischen Regierung „eine offene und unumwundene Erklärung“ über die außerordentlichen russischen Kriegsrüstungen zu verlangen, dieselbe unverzüglich zu veröffentlichen, „um auf alle Fälle gefaßt zu sein“.<sup>170</sup>

Dieser Antrag wurde von den Demokraten unterstützt, von der Mehrheit wurde er mit Gelächter quittiert. Wäre er angenommen, hätte er Deutschland zum Angreifer gegen Rußland gestempelt, weil er einer formellen Kriegserklärung gleichkam!

Es wäre jedoch ein Irrtum anzunehmen, daß mit all den Erklärungen gegen Rußland die politischen Ideen der Demokraten erschöpft gewesen wären. Vielmehr richtet sich ferner der Antrag Ruges, der den Krieg ausschließen will, besonders gegen Rußland.

Wir erinnern uns an Nesselrode, der geschrieben hatte, die Philosophie Hegels hätte den guten Menschenverstand in Deutschland vertilgt.<sup>171</sup> Auch neuerdings ist viel von einem Hegelianismus der Paulskirche die Rede gewesen. Ganze Bände Hegel<sup>172</sup> habe man in der Paulskirche „aufgefahren“. Ist das richtig? Zunächst muß festgestellt werden, daß die Philosophie in der Paulskirche überwiegend auf dem linken Flügel vorherr-

---

169. St. B. II ebenda.

170. St. B. II. S. 1117.

171. Nesselrode a. a. O. S. 79 f.

172. So Hallgarten a. a. O. S. 96.

schend war. Ferner ist die Professorenpolitik der Paulskirche nicht ohne weiteres mit Philosophenpolitik gleichzusetzen.<sup>173</sup> Die Professoren der Paulskirche haben wirklich nicht, wie das aphoristisch schon Max Lenz angedeutet hat,<sup>174</sup> so unreal gedacht, wie man immer noch annimmt. Aber auch die Philosophie der Paulskirche ist nicht einfach als Hegelianismus zu bezeichnen. Die Dinge sind verwickelter. Das Element der Philosophenpolitik in der Paulskirche war nicht allein Hegel. Gewiß, Arnold Ruge und die Patrioten der Humanität verbeugten sich in Ehrfurcht vor der Erhabenheit jenes *νοῦς*, von dem Anaxagoras zuerst gesagt hat, daß er die Welt regiere. In demselben Sinne gedachten die Demokraten der französischen Revolution von 1789 als eines herrlichen Sonnenaufganges: nun erst sei der Mensch dazu gekommen zu erkennen, daß der Gedanke die Wirklichkeit regieren solle. Der „Glaube an den Gott der Geschichte“<sup>175</sup> war in der Brust der Demokraten erweckt, und soweit folgte man Hegel. Aber Hegel vermochte darüber hinaus das Prinzip der Revolution mit der Idee des Staates an sich zu verknüpfen.<sup>176</sup> Hegel war im Grunde seines philosophischen Werkes doch geschichtsfreundlich. Gerade aber hierin dachten die Demokraten der Paulskirche grundanders. Sie hatten diejenigen, die damit hervortraten, „die Geschichte gepachtet zu haben“;<sup>177</sup> das historische Denken sprang bei ihnen gleichsam von Revolution zu Revolution; sie waren im tiefsten ihres Denkens geschichtsfeindlich. Die Vergangenheit sagte ihnen nichts, sie erstrebten die Humanität, „das Evangelium der Neuzeit, die Freiheit“,<sup>178</sup> die Zukunft eines besseren, goldenen Zeitalters. Diese Geschichtsfremdheit und Humanität, die bereits ein Kennzeichen der Renaissance war und in Rousseau einen weithin sichtbaren Gipfelpunkt erhielt, blühte nun in der Paulskirche voll auf: in einer Synthese mit dem „Geist“ Hegels. Führendes Oberhaupt dieser

---

173. W. Mommsen, Die deutsche Einheitsbewegung S. 257, 260.

174. Kleine Histor. Schriften, I. S. 351.

175. St. B. II. S. 1109. (Blum).

176. Lenz, Die Ursachen der franz. Revolution (Velhagen u. Klasings Monatshefte, 1931, Sept. Heft 1) S. 56.

177. Blum, St. B. II. S. 1108 f.

178. Ebenda.

wesentlich republikanisch-demokratischen Richtung der Nationalversammlung war der Junghegelianer Arnold Ruge. „Die Humanität muß man propagieren“,<sup>179</sup> das war sein Grundgedanke und seiner Genossen Politik. —

Vom preußischen General von Clausewitz stammt das Wort: „daß der Krieg nichts ist, als die fortgesetzte Staatspolitik mit anderen Mitteln“. <sup>180</sup> Man sollte fast meinen, Ruge habe dieses Wort im Sinne gehabt, als er vorschlug, „einen Völkercongreß ins Leben zu rufen zum Zwecke einer allgemeinen europäischen Entwaffnung“. Ruge war Kriegsgegner. Er gestaltete das Wort von Clausewitz zu der Wendung um: der Krieg ist das Fiasko der Politik. Der Militarismus, „die Brutalität des Kanonirens“<sup>181</sup> müsse für immer gestürzt werden! Der Entwaffnungsvorschlag Ruges krankte aber an dem Übel, mit dem alle Kriegächtungspakte behaftet sind: sie haben einen Januskopf.<sup>182</sup> Ruge wollte wohl den Krieg „grundsätzlich“ aus der Welt schaffen, aber er dachte nur an einen einseitigen Vertrag zwischen den nach seiner Meinung „freien“ Ländern Deutschland, England, Frankreich. Hier hatte der Vertrag seine schwache Stelle. Rußland war von vornherein Nichlangehöriger dieses Völkerbundes, denn Rußland war nicht „frei“. Ruge wollte also auf dem Wege des Völkerbundes, dessen Spitze gegen Rußland gerichtet war, letzteres zur Aufgabe des „barbarischen Militärsystems“<sup>183</sup> zwingen. „Die drei großen Nationen Europa's“, sagte er, „England, Frankreich und Deutschland werden sich also in dem Gedanken einigen, und Rußland wird sich nicht isoliren“. <sup>184</sup> Wenn Rußland allerdings nicht gutwillig Folge leiste, und gerade darauf schien Ruge vorbereitet zu sein, dann hätten natürlich die Bundesmitglieder das Recht, Schritte zu tun, die sie zur Wahrung der Gerechtigkeit und Humanität für nötig erachteten. — Es ist interessant, mit welcher Offenheit das alles von Ruge ausgesprochen wurde.

---

179. Ruge, St. B. II. S. 1106.

180. Clausewitz, Vom Kriege I S. XVI.

181. St. B. II S. 1099.

182. Vgl. die „autlawry of the war“ von Kellogg.

183. St. B. II S. 1101.

184. Ebenda.

„Auch in Rußland wird die Militärwirthschaft aufhören, und wenn die freien Völker sich genöthigt sehen, dazu hilfreiche Hand zu leisten, so wäre dieß der letzte Krieg, der Krieg gegen den Krieg, der Krieg gegen die Barbarei, welche der Krieg ist“.<sup>185</sup> Der Antrag Ruge ist wohl zur Abstimmung,<sup>186</sup> aber nicht zur Durchführung gekommen; es ist auch durchaus fraglich, wie weit seine Tragweite im gegebenen Moment gereicht hätte. Davon abgesehen aber war in dem Völkerbundsstatut Ruges trotz der grundsätzlichen Verneinung des Krieges — völkerrechtlich betrachtet — die Möglichkeit einer Kriegserklärung offengehalten. Mithin war der Krieg, gleichgültig ob der letzte, ob Verteidigungs- oder Angriffskrieg, aus Prinzip wieder anerkannt, und wenn auch nur für die republikanische Ordnung der Dinge. Obwohl also Ruge andere Pfade gesucht hatte als die Blum, Schuselka, Vogt — sein Endziel war dasselbe: die Zerschlagung des Militarismus, das hieß für den Augenblick: Krieg des bürgerlichen Westens gegen den legitimistisch-militärischen Osten. Ruge hatte lediglich negativ gesagt, was die anderen Demokraten bekannt hatten.

Für die damalige bürgerliche Welt war, wie Rudolf Haym sagt, die Abrüstung als oberster Grundsatz ein „Anachronismus“.<sup>187</sup> Völkerrechtlich war der Pakt Ruges zu schwach gedacht, als daß er etwa der großen Meinung der Welt ein Vorbild hätte werden können. Standen beispielsweise die Völkerbundspakte nach dem Weltkriege immer im Eigeninteresse der sogenannten Siegerstaaten, und lagen hier die Mängel, so traten ähnliche Fehler, im Sinne eines Völkerrechts offensichtlich bei Ruge ans Licht: mit volltönender Rede arbeitete auch er für sein eigenes Interesse, für seine Parteiideale. —

Fehl scheint uns die Ansicht zu gehen, die Ruges Kritizismus und Aktivismus und darüberhinaus die gesamte 48er Linke<sup>188</sup> in Beziehung zu Fichtes Freiheitsgeist setzt. Allerdings hat Fichte äußerst tatkräftig für die Freiheit gewirkt.

---

185. St. B. II. S. 1101.

186. St. B. II. S. 1117, nur die Minderheit war für den Antrag.

187. Haym, Die deutsche Nationalversammlung, I. S. 70.

188. Sutter a. a. O. S. 16.

Aber sein Freiheitsbegriff deckt sich ganz und gar nicht mit dem kosmopolitischen Freiheitsbegriff der 48er Demokratie. Freiheit bedeutete streng genommen für die 48er Demokratie zunächst ein historisch-politisches Ungebundensein, das sich eigentlich keinem anderen Gesetz als dem Freiheitsgeföhle selbst verbunden fühlte. Fichte hat dagegen, wenn er in dem von den Franzosen besetzten Berlin „die Leidenschaften des Blutes und der Rasse aufrief“, in einem tieferen Sinne um die Freiheit gerungen. Nach ihm sollte die Freiheit die Tat erzeugen, die die Eigengesetzlichkeit eines unterdrückten Volkes wieder ins Dasein, die diesem Volk ein richtiges, ordentliches Leben zurückschaffen sollte. Fichtes Freiheit war somit im Grunde an die Ordnung, an das Gesetz, an die Nation gebunden; er wollte, trotzig und willensstark wie er war, eine sittliche Neubegründung des Staates und der Nation geben. Wenn also die für ihn volkentehrende Gegenwart durch die Tat überwunden werden sollte, so blieb dabei seine Bindung an die Wirklichkeit, seine Hingabe an das große Ganze doch eine unzerstörbare. In diesem Sinne freiheitliebend und national, besser gesagt: gut deutsch war die gesamte Linke der Paulskirche nicht — wohl aber der 48er Nationalismus, der ebenfalls im Deutschen wurzelte und sich immer bewußt war, daß die Nation die Stellung in der Welt einnehmen müsse, die ihr gebühre.

Das zweifellos unendliche Machtstreben, das die Demokraten der Paulskirche beseelte, ist gelegentlich mit der antirussischen Politik eines Karl Marx in Verbindung gebracht und als Realpolitik bezeichnet.<sup>189</sup> Richtig ist daran, daß Marx wie Engels gegen Rußland stand, daß er in der Neuen Rheinischen gegen Rußland schrieb. Beispielsweise heißt es dort unter dem 19. August 1848: „Und was war der Krieg mit Rußland?... Der vollständige offene und wirkliche Bruch mit unserer ganzen schmachvollen Vergangenheit, war die wirkliche Befreiung und Vereinigung Deutschlands, war die Herstellung der Demokratie auf den Trümmern der Feudalität und des kurzen Herrschafts-

---

189. Hallgarten a. a. O. S. 134.

traumes der Bourgeoisie“.<sup>190</sup> Aber deshalb Marx mit der 48er Demokratie in einem Atem zu nennen, geht nicht an. Die Philosophie, die schon 1848 sozialistisch und syndikalistisch dachte, wurde in Paris durch die Kartätschen des Generals Cavaignac widerlegt. Von einer permanenten, von einer Weltrevolution des Proletariats hat weder die 48er Demokratie noch das junge großstädtische Arbeitertum, noch Arnold Ruge etwas vorausgeahnt; Karl Marx wurde übersehen, er erschien Ruge als ein sonderbarer Sektengründer. — Die Demokraten erstrebten ihre politischen Ziele ohne wechselnde Mittel, nur im engsten Anschluß an ihre freiheitlichen Grundsätze, und standen selbst stets unter dem einengenden Zwang ihrer Gerechtigkeitsideen. Selbstredend ist eine Politik ohne Machtehrgeiz und -bedürfnis nicht zu denken. Die Demokraten von 1848 verfügten über beides auch in starkem Maße. Nur kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Linke sich im Bewußtsein ihrer Macht und Stärke überspannte und die realen Gegebenheiten verkannte.

Obendrein kamen nun die Demokraten in der Paulskirche, die ehemals „durch den Russenkrieg zur Macht“ hatten gelangen wollen,<sup>191</sup> in eine immer schwierigere Lage. Die Briefe Blums an seine Frau, denen man wegen ihrer Intimität unbedingten Glauben schenken darf, geben darüber viel Aufschlußreiches. Es entsprach durchaus der Wahrheit, wenn Blum am 2. August 1848 an seine Gattin schrieb: „Es ist wirklich furchtbar; wir stehen jetzt nicht einmal mehr auf dem Standpunkte vom Januar d. J., sondern auf dem von 1837 und unsere drohendste Gefahr: der Krieg wird unser einziges Rettungsmittel sein . . . Es gilt nur siegen oder sterben, und wer das erstere will, muß zeigen, daß er zum letzteren bereit ist“.<sup>192</sup> Die ganze Tragik nicht nur Blums, sondern der Linken insgesamt, der Vogt und Simon, der Wesendonck, Nauwerck, Fröbel, und wie sie alle heißen, schwingt in diesem Satze. Nach vielen erfolglosen Kämpfen brach sich bei ihnen die Überzeugung Bahn, daß eine Rettung ihrer Politik nicht mehr möglich und glaubhaft schien.

---

190. Neue Rheinische Zeitung, 19. August 1848.

191. Hallgarten a. a. O. S. 133.

192. Bergsträsser a. a. O. S. 388,

Überdenkt man rückblickend die russenfeindliche Auffassung der revolutionären Partei, so erklärt sie sich ganz und gar aus ihrem Wollen. Die Freiheit des Wollens bedeutete die Zusammenschweißung eines deutsch-französischen Blockes und die Auseinanderspaltung des Zarenreiches. Die Taktik der Demokraten war nicht ungeschickt: von zwei Seiten gingen sie vor, indem sie einmal als Anwalt des Friedens,<sup>193</sup> zum anderen als Verfechter eines Überzeugungskrieges auftraten.<sup>194</sup> Damit befanden sie sich außerdem bei ihren Erörterungen in einer guten Position, denn es ist psychologisch leichter, nach außen, vor dem Volke, mit den erhabensten Grundsätzen der Freiheit, des Rechts und der Humanität seine Politik zu umkleiden als nüchtern und sachlich zu arbeiten.

Um so fesselnder ist danach, die Außenpolitik der Nationalen gegenüber Rußland zu beobachten: ihr fehlt es wieder nicht an Folgerichtigkeit, und man trägt richtige Züge in die geistige Welt, der sie entsprang, hinein, wenn man sie in gewissem Grade realpolitisch auszudeuten versucht.

Max Duncker<sup>195</sup> schrieb: „Wir aber wollten so wenig ein unnöthiges Bündniß mit Frankreich, als einen unnöthigen Krieg mit Rußland. Welche Politik wäre das gewesen, aufs Blaue hin einem mächtigen Nachbar den Krieg zu erklären und unsre Nation mitten in ihrer Entwicklungskrisis, bevor ihre innere Einigung gesichert, das politische Princip ihres Staatslebens festgestellt war, muthwillig in alle Gefahren eines solchen Kampfes zu stürzen?“ Das ist eine deutliche und entschiedene Sprache: kein Anschluß an Frankreich! Duncker schloß nicht nur ein Bündnis mit Frankreich aus, er hielt es für höchst unklug, die Nation inmitten einer entscheidenden Stunde mit einem riesigen Gegner in Streit zu bringen. Dieser Gedanke ist völlig verschieden von demokratischem Geist; er bedeutet für den Gang der Ereignisse: machtpolitische Selbständigkeit Deutschlands und den Aufbau eines Staatsganzen. Duncker ging mit seinen ersten und besten Gedanken vom Staat aus und nicht, wie die Demokraten, von einer Parteiidee. Das außenpolitische Bedingtsein Deutschlands wurde von ihm stark in Rechnung gestellt,

193. Ruge.

194. Vogt, Blum, Schuselka.

195. Zur Geschichte der deutschen Reichsvers. S. 22 f.

er war weit davon entfernt, etwa die Möglichkeit eines Konfliktes mit Frankreich von der Hand zu weisen,<sup>196</sup> während er auf der anderen Seite nicht glaubte, daß Rußland die Offensive gegen Deutschland voreilig ergreifen würde.

Der Dunckersche Standpunkt war der nationale schlechthin. Von hier aus beleuchtet erhält aber das Biedermannsche Amendement erst seinen echten Farbton.

Den Demokraten erschien vollkommen widersinnig,<sup>197</sup> daß die Rechte zunächst eine Verstärkung des Heeres für unbedingt erforderlich hielt, dann aber den Ausschußantrag, der doch ebenfalls auf eine Verstärkung der Heeresstreitkräfte hinauslief, zu bekämpfen. Allein nur der Schein sprach gegen die Rechte. Der Antrag Biedermann stellte keinen Umschwung in der Denkweise der Nationalen dar; vielmehr setzte er beharrlich die Linie ihrer Politik fort, die schon in dem Antrag der Militärkommission auf die Verstärkung der bewaffneten Macht hingeeilt hatte.

An dem Tage, als der Bericht des Militärausschusses beraten war,<sup>198</sup> hatte Radowitz gesagt, „er wünsche aus tiefstem Herzen, daß die deutsche Begeisterung sich riesengroß erheben möge, wenn der Feind am Rhein oder an der Weichsel erscheine“.<sup>199</sup> Daß aber gerade der Gedanke des Zweifrontenkrieges den Nationalen vertraut war, haben wir früher bereits betont;<sup>200</sup> er war altes, nationaldeutsches Erbe. So hatte 1839 schon Friedrich v. Gagern, der 1848 im Kampf mit den süddeutschen Aufständischen fiel, gesungen:

„Indem ihr Ketten schmiedet, Kerker bauet,  
Und euer Wort bald deutelt und bald brecht,  
Rüstet der Franke sich, und lüstern schauet  
Er nach dem Rhein. — Als wär's sein gutes Recht,  
Erbaut der Russe seine Festen  
Dort an der Donaumündung Strand;  
Hier in der Weichsel blut'gem Sand;  
Es droht der Feind von Ost und Westen“.<sup>201</sup>

---

196. ebenda S. 20.

197. vgl. Wichmann, Denkwürdigkeiten S. 138.

198. Am 7. Juli 1848.

199. St. B. II S. 797.

200. Vgl. vorn S. 48 ff.

201. Eine gekürzte Ausgabe des Gedichtes erschien am 29. 4. 1848 in der D. Z., Beilage 119; vgl. auch Gagern a. a. O. S. 306 ff.

Mit seinem Tode, am 20. April 1848, lebten solche Gedanken von neuem auf.<sup>202</sup>

Bei alledem muß indessen immer wieder gesagt werden, daß Radowitz und die Nationalen im Grunde keinen Krieg wollten. Man mußte gewiß in der Lage sein, wenn es nötig war, kraftvoll und wirksam aufzutreten; aber das brauchte noch lange nicht zu heißen, wie die Demokraten — bewußt und mit einem festen Ziel im Auge — einen Krieg zu schüren. „Wir sind nicht kriegslustig wie man uns vorwirft“, sagte Radowitz am 25. Juli, dem zweiten Tage der großen Polendebatte, völlig im Sinne der Rechten, „es gehört eine sehr geringe Einsicht dazu, um in unserer gegenwärtigen Lage einen europäischen Krieg nicht zu wünschen, allein ich hoffe, daß wir eine Zumuthung, die die Ehre Deutschlands verletzt, und seine Selbständigkeit gefährdet mit Entrüstung zurückweisen würden, sie komme von Osten oder von Westen, sie komme von einem Selbstherrscher oder einer Republik!“<sup>203</sup> Man erstrebte zu allernächst ein innerlich gesundes, einiges Reich, das allerdings auch stark nach außen sein sollte. Und „nachdem eine vorläufige Einigung in der provisorischen Centralgewalt erlangt war, mußten vor allem die Mittel zu dieser neuen auswärtigen Politik geschafft werden.“<sup>204</sup> Was war da notwendiger, um die Festigkeit und Mächtigkeit des jungen deutschen Reiches zu beweisen, als ein starkes, schlagfertiges Heer? Stand nicht die Möglichkeit eines europäischen Brandes durchaus offen? — Also forderten die Nationalen eine Verstärkung des stehenden Heeres.<sup>205</sup> Die Armeen mußten verstärkt werden, ihr Zusammenhang mußte inniger werden, das Zusammengehörigkeitsgefühl, das Selbstgefühl der Soldaten gehoben und gepflegt werden.

Die oft vorgebrachte Forderung der Demokraten, die einzelstaatlichen Heere und das Bundesheer zu entwerfen und statt

---

202. Über F. v. Gagerns Zweifrontenkrieg vgl. Gagern ebenda III S. 548 ff.

203. St. B. II S. 1156.

204. Duncker a. a. O. S. 18. Zitat von uns gesperrt.

205. In diesem Sinne für Droysen vgl. W. Fenske, J. G. Droysen . . . , S. 119.

dessen eine Volksmiliz zur mobilisieren, konnte einem wirklich großen Staate nicht genügen und auch in keiner Weise der „nationalen“ Auffassung. „Ich erkläre es für eine Thorheit“, sagte Wernher (aus Nierstein), „das Heer in diesem Augenblicke zu entwaffnen, wo wir nicht wissen, was der nächste Augenblick uns bringt“.<sup>206</sup> Radowitz sagte kühl und klar: „Das Institut der Bürgerwehr ist für die Kriegführung nicht hinreichend ... Bewaffnete Menschen sind noch keine Heere, und nur mit Heeren kann man Schlachten liefern“.<sup>207</sup> Er hatte damit den vollen Beifall der Rechten. Bei der Aufstellung eines Heeres im Sinne einer „bündigen Vereinigung Deutschlands“<sup>208</sup> sollten die Einzelstaaten, je nach dem Grad ihrer Stärke, ihre Kontingente stellen. Die Ausführung der auf Umgestaltung der Wehrverfassung bezüglichen Maßregeln sollte dabei nicht dem Parlament, wie es die Demokraten im Sinne hatten, sondern der Zentralgewalt anheimfallen: man wollte ebensowenig die Zerstörung der Sonderstaaten wie eine freiwillige Miliz, die ein williges Werkzeug der Revolutionäre geworden wäre.

Der Verbesserungsantrag Biedermann überwies die Heeresfrage in Bausch und Bogen der Zentralgewalt. Aber noch ein Weiteres ist aus dem Antrag Biedermann zu erschließen. Natürlich hatten auch die Nationalen ihr Augenmerk darauf gerichtet, daß Rußland „schweigend Heeresmassen auf Heeresmassen an seiner Westgrenze“<sup>209</sup> zusammenzog. Allein wer wollte daraus sicher entnehmen, „ob das an der Grenze aufgestellte russische Heer zur Offensive bestimmt sei oder nicht?“<sup>210</sup> Die verworrenen, sich widersprechenden Gerüchte über die russischen Truppenmanöver in Polen übten auf die Rechte keine besorgniserregende Wirkung mehr aus.<sup>211</sup> Der auswärtige Ausschuß hatte nun beabsichtigt, der Politik nach Osten „eine positive Richtung zu geben“.<sup>212</sup> Diese positive Richtung behagte den Nationalen

---

206. St. B. II, S. 804.

207. St. B. II, S. 797.

208. Gagern, V, d. D. P. I, S. 84.

209. Duncker a. a. O. S. 19.

210. Beckerath am 7. Juli St. B. II, S. 803.

211. Rümelin a. a. O. S. 30.

212. Wydenbrugk, St. B. II, S. 1115.

aber keineswegs. Wie in der Heeressache sollte die Zentralgewalt auch hier die Entscheidung treffen. „Sollten wir“, fragte Bassermann mit Entrüstung, „statt der Zentralgewalt diese Angelegenheit, welche eine Angelegenheit der auswärtigen Politik ist, geradezu übernehmen, und demungeachtet heute erklären, es müsse eine Armee aufgestellt werden?“<sup>213</sup>

Rußland konnte man wegen des dort herrschenden Despotismus wohl kriegerische Neigungen zutrauen,<sup>214</sup> aber solange die Riesenkräfte, die in seinem Schoße schlummerten, ungeweckt blieben, war es nicht ernstlich zu fürchten.<sup>215</sup>

Die Demokraten hingegen glaubten fest an einen russischen Angriff; außerdem waren sie — wie in einer Psychose — davon überzeugt, daß die Rechte unter russischem Einfluß stünde; manche hegten sogar den häßlichen Verdacht gegen die Führer des rechten Flügels, Radowitz und Lichnowsky, sie wünschten Deutschland in einen Krieg mit Frankreich zu verwickeln, den Krieg mit Rußland aber auf alle Fälle zu vermeiden.<sup>216</sup> — Vielfach meinten die Demokraten auch, daß die Nationalen in direkter Verbindung mit der preußischen Regierung handelten, die ja russenfreundlich war. Man unterschob ihnen schließlich, aus „Angst vor dem russischen Koloß“ eine Rußland willkommene Politik zu treiben, wogegen die Nationalen mit Recht protestierten. Denn sie hatten weder Angst vor Rußland, noch „liebäugelten“ sie mit ihm.<sup>217</sup> Nur um die deutsche Einheit besorgt, suchten sie die Klippe Rußland klüglich zu umschiffen.

Den Demokraten war solche politische Haltung fremd, und sie verstanden auch nicht, daß es den Nationalen zuwiderlief, eine Solidarität deutscher und französischer Politik anzustreben. Die Zeit hierfür schien doch denkbar günstig zu sein! Aus seiner typisch nationalen Einstellung heraus bemerkte Hermann von Beckerath: „Die Continentalstellung Deutschlands ist nun aber der Art, daß es sich nicht nach Westen und nicht nach Osten

---

213. St. B. II, S. 1107.

214. Bassermann a. a. O. S. 205 schreibt: „Rußland etwa dürfte die Zentralgewalt als eine revolutionäre ansehen.“

215. Payer a. a. O. S. 38.

216. Rümelin a. a. O. S. 43.

217. Bassermann St. B. II S. 1107.

hinneigen darf, sondern vermittelt seiner eignen Schwerkraft im Mittelpunkt Europa's auf sich selbst ruhen muß. Ein Bündniss mit Frankreich würde uns in einen Krieg mit Rußland stürzen, ein Bündniss mit Rußland uns zum Kriege mit Frankreich führen“.<sup>218</sup> Schon die sachliche Art der Betrachtung verletzte den empfindlichen Freiheits- und Nationalstolz der Demokraten erheblich; daß Beckerath aber überhaupt ein Bündnis mit Rußland in Erwägung zu ziehen wagte, erzeugte auf der linken Seite eine derartige Unruhe, daß der Redner sich förmlich entschuldigen mußte: es sei das nur geschehen, „um abgesehen von den Nationalsympathieen und von den Ideen der Freiheit, die politischen Verhältnisse an und für sich zu betrachten“.<sup>219</sup>

Der tiefere Sinn der „nationalen“ Außenpolitik gegenüber Rußland war letztlich auch hier wieder,<sup>220</sup> die radikalen Politiker aus dem Schattenreich der Philosophie und hohlen Doktrin in das reale politische Leben zurückzuführen. Stets bekämpften die Gemäßigten die Idee von dem kosmopolitischen Beruf der Deutschen, die sich in den Köpfen der Demokraten festgesetzt hatte. So meinte Radowitz: „Im Westen und Osten sind uns durch eigene Zerrissenheit, durch politischen Stumpfsinn und falschen Cosmopolitismus kostbare altdeutsche Lande verlorengegangen. Gott bewahre uns, daß sich dieses klägliche Schauspiel jetzt wiederhole!“<sup>221</sup> Die Feuer der kosmopolitischen Gesinnung aber, die in dem Kreis um Arnold Ruge und um Carl Vogt ihren Brandherd hatten, nährten und stärkten sich an dem verhängnisvollen Bewußtsein, über die nationalen Grenzen hinaus eine Mission für die Welt zu haben.

Unmittelbarer noch, mit voller Wucht, entlud sich der Parteien eigenstes Bekennen und Denken, das leidenschaftliche, tief-sitzende Überzeugtsein der Linken und das Wirklichkeitsnahe der Nationalen in der dreitägigen Polendebatte.<sup>222</sup>

218. St. B. II S. 113; vgl. Duncker a. a. O. S. 18, 25.

219. St. B. II S. 113; Hallbauer, vgl. Bergsträsser a. a. O. S. 168, charakterisiert Beckerath: „Sein Gesicht und sein Wesen ist wie ruhiger, klarer Aether“.

220. Wie es P. Pfitzer bereits Anfang der 40er Jahre in seinem „Briefwechsel zweier Deutschen“ getan hatte.

221. St. B. II S. 1156.

222. Vom 24.—26. Juli.

Schon früh hatte es in der Paulskirche wegen Polen Zusammenstöße gegeben.<sup>223</sup> Die Schlachtrufe: hie Polen! hie Posen! waren bereits öfter über die Versammlung hingegrollt. Aber im ganzen waren das alles nur Sondierungs-Gefechte gewesen. Mit unversöhnbarem Haß standen sich die Gegner zum erstenmal in der Sitzung vom 20. Juli gegenüber.<sup>224</sup> Zwar handelte es sich hier um eine reine Formalität, über die man aneinander geriet, aber das Rapier wurde doch zum offenen Stoß geführt. Die Sachlage war die: die Demokraten wollten den Ausschuß-Bericht von Wydenbrugk, die Nationalen die Posener Frage als erstes auf der nächsten Tagesordnung sehen.<sup>225</sup> Gagern suchte salomonisch zu entscheiden, indem er erklärte, daß beide Punkte (allerdings der Wydenbrugksche zuerst) die kommende Versammlung beschäftigen würden. Dagegen erhob Lichnowsky mit scharfen Worten Einspruch: „Das erste Recht haben die Deutschen, und ich vindicire daher der Posener Frage die Priorität vor allen übrigen“.<sup>226</sup> Der lebhafte Beifall von der Rechten und vom Centrum,<sup>227</sup> der dem Redner an dieser Stelle gezollt wurde, zeigt, daß sich hier eine lange angesammelte Meinung entlud, die der Heftigkeit des Hasses gegen die polenfreundlichen Demokraten entsprach.

Über die Paulskirche hinaus behaupteten die Radikalen, Deutschland bedürfe der Schutzmauer Polens gegen Rußland.<sup>228</sup> „Polen“, heißt es in einem Protestaufruf des demokratischen Zentralausschusses gegen den Beschluß des Frankfurter Parlaments über die Einverleibung Polens, „Polen soll ein Bollwerk gegen die Eroberungssucht des russischen Panslawismus sein“.<sup>229</sup> Allein um der Sicherheit Deutschlands willen gegen den Osten sei man verpflichtet, Polen zur Unabhängigkeit zu verhelfen.<sup>230</sup>

---

223. Vgl. W. Bleck, Die Posener Frage S. 27 ff.

224. St. B. II S. 1049 ff.

225. Rümelin a. a. O. S. 43.

226. St. B. II S. 1070.

227. Der St. B. II S. 1070 meldet: lebhafter Beifall von der Rechten und vom Centrum.

228. Duncker a. a. O. S. 23.

229. Vom 1. August 1848, Nr. 182 der Berliner Zeitungshalle; vgl. Lüders, Die Demokratische Bewegung im Oktober 1848, S. 148.

230. Duncker a. a. O. S. 23.

In der Paulskirche versuchten die Demokraten die Forderung: die g a n z e Provinz den Polen zu überlassen durch das Unrecht zu begründen, das Deutschland, in Sonderheit Preußen f r ü h e r an Polen begangen. Ohne Unterlaß berief man sich auf die Teilungen Polens, oder aber man drückte dem Polen die Märtyrerkrone des Freiheitskämpfers auf!<sup>231</sup> — Was beispielsweise Arnold Ruge am 26. Juli, dem dritten Verhandlungstage, vorbrachte, war im wesentlichen ein Hohes Lied auf die Freiheit. Ruge wußte, welch lockende Werbekraft der reizvollen Melodei von Freiheit und Gerechtigkeit innewohnte, daß er sie so gern und kampfesfreudig zum Vortrag brachte. Polen war nach seinen Worten das fast wichtigste Atom innerhalb der demokratischen Freiheitselemente; die Polen wurden gepriesen als die unglücklichen Vorkämpfer der Freiheit in Europa. Es ist selbstverständlich, daß Ruges Genossen trefflichen Beistand leisteten.<sup>232</sup>

Den ausgesprochenen Gegensatz zu der demokratischen Polenauffassung finden wir in den Urteilen der Nationalen. „Deutschland“, äußerte sich Max Duncker skeptisch über ein freies Polen, „würde sicher darauf zählen können, Polen . . stets im Bündnis mit Frankreich gegen sich vereinigt zu sehen, wofür bereits die Geschichte des 17 ten und 18 ten Jahrhunderts hinreichende Beispiele geliefert hat“.<sup>233</sup> Und der Schwabe Gustav Rümelin fragte in hellem Zorn: „Sind sie Alle von jenem Rugeschen Weltbürgertum beseelt, das für jede Nationalität schwärmt und nur die eigene gering schätzt, das gegen Polen, Böhmen und Italien gerecht sein will, und nur dem Interesse des eigenen Landes die Gerechtigkeit versagt?“<sup>234</sup> Die Radikalen waren jedoch unbelehrbar; sie hörten nicht auf, in Rußland den ärgsten Unterdrücker der Freiheit zu beschimpfen. Wieder und wieder war für sie Triebfeder und Nerv des Handelns, „das herrschende

---

231. Duncker ebenda S. 27, bemerkt hierzu: Über eine halbe Million Brüder, „die aber diesmal nicht als Brüder gelten sollten“, sollten ausgeschlossen werden! Ähnlich wie die Nationalen hat Bismarck 1848 über Polen geurteilt, vgl. Rothfels, H. Z. 147, 1 S. 99.

232. Bleck a. a. O. S. 35 ff.

233. Duncker a. a. O. S. 24.

234. Rümelin a. a. O. S. 9.

System“, das im russischen Zaren seinen vollkommensten Vertreter habe, zu zerschlagen. „Die große Alternative Napoleons, nach der die Welt in unseren Tagen entweder republikanisch oder kosakisch regiert werden muß — sie wird durch uns, sie wird sich in Deutschland entscheiden“, hatte man wörtlich am 16. Juli in der „Berliner Zeitungshalle“,<sup>235</sup> der Zwillingschwester der Rugeschen „Reform“,<sup>236</sup> lesen können.

Die Konsequenz in der Durchführung dieses Prinzips ließ die Demokraten über die Deutschen in Posen kalt hinwegschreiten. Sie ersehnten nichts als das freie Polen, die Freiheit schlechthin. Man muß sich nur einmal recht klarmachen, was Robert Blums Worte in dieser Beziehung bedeuteten, um zu erkennen, wie tief sich der Haß gegen Rußland bei den Demokraten nach und nach eingefressen hatte. „Ich will“, sagte Blum, „nur fragen, wenn wir hier die Angelegenheiten der europäischen Politik, Angelegenheiten von dem gewaltigsten Gewichte nicht bloß für unser Vaterland, sondern für das gesamte Europa entscheiden, nach welchem Principe“, zur Rechten gewendet, „nach welchem Prinzipie handeln Sie denn da? Ist es die territoriale Auffassung der Dinge, die Sie bestimmt? . . . Oder ist es der National-Gesichtspunkt, der Sie leitet?“

„Wenn Sie“, fuhr er fort, „Posen durchschneiden, um die Deutschen zu reclamiren, so schneiden Sie auch Schleswig durch, geben Sie die Slaven los, die zu Österreich gehören, und trennen Sie auch Südtirol von Deutschland. — Ja, ich sage mehr: wenn Sie ein so lebhaftes Nationalgefühl haben, und durch dasselbe allein sich leiten lassen wollen, so befreien Sie die deutschen Ostseeprovinzen von der Herrschaft Rußlands, und befreien Sie die 600 000 unglückseligen Deutschen im Elsaß, die sogar unter der Herrschaft einer Republik schmachten. Entweder das Eine, oder das Andere ist richtig, denn sich die Politik zurechtmachen in der Art und Weise, wie sie Einem eben für den Augenblick paßt, das ist nach meiner Ansicht gar keine Politik.“<sup>237</sup> — Blum vergaß in der Siedehitze des Gefechtes völlig,

---

235. Lüders a. a. O. S. 145.

236. Ebenda, S. 4; Marx war später vorübergehend bei der „Reform“ Mitarbeiter.

237. St. B. II, S. 1142.

daß vor allem seine Politik nur aus Stimmungen und Wünschen zu erklären war; und obendrein verkannte er, daß echte Realpolitik zumeist nur die geschickte und energische Ausnutzung und zugleich die Summe verschiedenartiger politischer Momente darstellt.

In der letzten Sitzung des Vorparlaments hatte Blum die Sprache, die er jetzt führte, heftig zurückgewiesen. Da hatte nämlich ein Volksmann vom Rhein in pandeutschem Eifer angeregt, „die deutschen Brüder in den Ostseeprovinzen zum Eintritt in den deutschen Bund“<sup>238</sup> und zur Beschickung der Versammlung einzuladen. Ferner wollte er den König von Preußen und den Kaiser von Österreich bitten lassen, ihre politischen Anteile an Posen und Galizien abzutreten und die Wiederherstellung Polens sicherzustellen! Damals hatte Blum gegen das ungehemmte Nationalgefühl, das einer „Kriegserklärung an sämtliche europäischen Staaten gleichkomme“, gewettert und es eingedämmt. Das Dahinschwinden seines innerpolitischen Erfolges, das Beharren der Nationalen, veranlaßte ihn mehr und mehr, radikale Wege zu beschreiten, um Deutschland innerlich freizumachen von der Herrschaft des unfreien Prinzips.

Je mehr in der Folge die Demokraten, insbesondere wo es um Polen ging, zur Orthodoxie neigten, um so mehr hielten sich die Nationalen für verpflichtet, sich für die Posener Deutschen einzusetzen. Die Steigerung der Leidenschaften und das unbedingte Befestigenwollen der Standpunkte verwirrte schließlich die erregten Gemüter derart, daß die Versammlung schwerlich aus der Sackgasse Polen herausgefunden hätte, wenn nicht ein Mann aufgetreten wäre, der in das Dunkel von Meinung und Protest wieder saubere Klarheit und logische Bestimmtheit gebracht hätte.

Es ist Wilhelm Jordans<sup>239</sup> große Tat gewesen, daß er, nach der Verkennung und Verflachung des Polenproblems, die die einzig mögliche Diskussionsbasis wiederhergestellt hat, indem er erklärte, daß die Außenpolitik keine Parteisache sein dürfe,

---

238. V. d. D. P. I, Seite 155, Proff/Mühlheim/Rh; vgl. Katzenstein a. a. O. S. 86.

239. Laube a a. O. II, S. 129 über Jordan.

ihre Entscheidungen niemals von Teiltrübsichten bestimmt werden dürften, sondern stets nur von dem Blick auf das Ganze, auf das Gesamtwohl des deutschen Volkes. In der Entwicklung seines eigenen Ringens um politische Erkenntnis war er sich immer klarer geworden, daß höher noch als die Liebe zur Freiheit das Vaterland selbst stehen müsse. — Jordan hatte früher in das Lager des großen Revolutionsheeres gehört. In der Paulskirche hielt er sich zunächst auch im allgemeinen links; er war z. B. einer von denen, die — wie Raveaux — eine deutsche Republik erstrebten, indes ohne erst um Frankreichs Gunst buhlen zu müssen. Seiner geistigen Struktur nach war er aber keineswegs unter die Demokraten zu rechnen. Und diese Einsicht hat ihn dann, wie es kommen mußte, in das Lager der Rechten geführt. Was die Demokraten anfangs an ihm so geschätzt hatten, seinen Hang zum Volk und Volkstümlichen, gerade das entfernte ihn aus ihren Reihen. Es zeigte sich, daß ihn sein Geist zu ganz anderen als „demokratischen“ Ergebnissen befähigte. Die Demokraten haßten Rußland, weil sie in ihm den Ausdruck des knechtischen Systems sahen. Jordan machte in seinen Ausführungen einen scharfen Unterschied zwischen Volk und Despoten. Er fand, daß das russische Volk an sich nicht böse sei. „Das russische Volk ist wahrlich nicht hassenswerth! An der Oberfläche, die es uns zukehrt, mag es verdorben und angefault sein, durch die künstliche Schminke einer fremdländischen Scheinkultur, die ihm seine Despoten aufgeklebt haben; der Kern des Volkes aber ist unverdorben, und alle unbefangenen Bericht-erstat-ter stimmen darin überein, daß es auch den Russen nicht fehlt an vortrefflichen Eigenschaften und daß sie manchen Keim in sich tragen, der sie berechtigt zu der Hoffnung auf eine große Zukunft. Unser Haß kann allein gegen das System gerichtet sein, unter dem Rußland seufzt“.<sup>240</sup>

Den Kampf gegen das System selbst lehnte Jordan also nicht ab; es fragte sich für ihn nur, ob dieser Kampf im Augenblick die Form oder Uniform annehmen durfte, die der demokratischen Gesinnung entsprochen hätte, die Form oder Uniform des Krieges. Wenn man diesen allerdings nur damit

---

240. Dies und das Folgende von Jordan St. B. II S. 1144 ff.

rechtfertigen konnte, daß er den Polen die verdiente Freiheit bringen würde, so kam das nach Jordans Ansicht der Austreibung der Vernunft gleich. Und so verhöhlte er denn rücksichtslos die Kriegs- und Gefühlspolitik der Demokraten, deren selbstvergessener Kosmopolitismus im Nachbarlande nur die Brüder sah und seine Politik im Polenrausche treibe. „Sie sagen: die politische Klugheit rathe, die Gerechtigkeit fordere, die Humanität gebiete die Herstellung eines freien Polens“. Eine solche Freigabe bedeute aber noch lange nicht, daß Polen imstande sein werde, seine Selbständigkeit vor Rußland zu behaupten. „Ich bin vom Gegentheil überzeugt. Eine solche Freigabe würde entweder uns ein Geschenk sein, dessen sich Rußland bald bemächtigen würde, oder es würde uns, falls wir dieß nicht zugäben, mit Rußland in einen Krieg verwickeln“. Aber das sei es gerade, was die Polenfreunde verlangten. „Wir sollen Rußland den Krieg erklären, um ihm die Selbständigkeit Polen's abzugewinnen. Man predigt uns einen Kreuzzug gegen Rußland. — Meine Herren! Obgleich ich weiß, daß eine solche Aufrichtigkeit nicht geeignet ist, Popularität zu erwerben, so scheue ich mich doch durchaus nicht, es herauszusagen, daß Diejenigen, die uns den Russenhaß predigen, wahrlich nicht wissen, was sie thun. . . Ich sage, die Politik, die uns zuruft: Gebt Polen frei, es koste, was es wolle, ist eine kurzsichtige, eine selbstvergessene Politik. . . Es ist hohe Zeit für uns, endlich einmal zu erwachen, aus jener träumerischen Selbstvergessenheit, in der wir schwärmten für alle möglichen Nationalitäten . . . zu erwachen zu einem gesunden Volksegoismus, . . . welcher die Wohlfahrt und die Ehre des Vaterlandes in allen Fragen oben anstellt“.

Die Jordansche Rede durchbrach wie mit unwiderstehlicher Gewalt den Damm.<sup>241</sup> Selbst die Demokraten mußten zugeben, daß seine ursprünglichen Darlegungen etwa Bestechendes hatten. Leider ist es nur allzu psychologisch und liegt im Wesen unmittellbarer Wahrheiten, daß sie den Sinn des Gegners nur ver-

---

241. Jordan war neben Radowitz einer der glänzendsten Redner des Parlaments, „eines der stärksten Organe“, vgl. Heller Brustbilder S. 117 ff.; ferner Haym a. a. O. S. 83 ff.

härten. So auch hier; mit vollem persönlichen Haß wandten sich die Demokraten sofort gegen den Mann, der an ihren „Ideen“ Verrat geübt hatte: Jordan wurde aus ihren Reihen ausgestoßen.<sup>242</sup> Gleichwohl ist der Wert seiner Rede nicht hoch genug anzuschlagen, denn die Mehrheit hatte mit großem Interesse seine Ausführungen verfolgt und sich innerlich für Posen entschieden.

Was nach Jordan gesprochen wurde, verhallte. Die Demokraten setzten sich weiter für Polen ein, die Nationalen behaupteten ihren nationalstaatlichen Gesichtspunkt.

Bemerkenswert sind nur noch die Darlegungen von Radowitz, der — als strenggläubiger Katholik<sup>243</sup> — vom Standpunkt der katholischen Partei, die in der Polenfrage mit der Linken übereinstimmte, abrückte und hervorhob, daß in der Paulskirche nicht der Ort sei, kirchliche Interessen zu vertreten. „Ist diese gefährliche Gränze sicherer geschirmt, wenn wir sie Fremden überlassen, als wenn wir sie unter unsere eigene Obhut nehmen?“<sup>244</sup> Das sei die Frage und keine andere.

Jordan hatte nicht das letzte Wort gesprochen, aber er hatte das entscheidende Gewicht gelegt, das die Wagschale zugunsten der Nationalen senkte. Bei der Abstimmung fiel der Sieg den Nationalen zu: mit sicherer Stimmenmehrheit wurden die Posener Deutschen in den Deutschen Bund aufgenommen.<sup>245</sup>

Die marxistische Geschichtsschreibung über 1848 hat diesen völlig eindeutigen Sachverhalt zu verdunkeln versucht, weil sie wahrscheinlich mit dem Verhalten der Nationalen nichts anfangen wußte und außerdem die 48er Bewegung nur unter innerpolitischem Gesichtswinkel gesehen hat. Valentin<sup>246</sup> beispiels-

---

242. Haym ebenda S. 83: die Linke behandelte Jordan fortan „wie einen Apostaten“.

243. Radowitz war einerseits ein guter Katholik, andererseits verkehrte er im Klub „Milani“. Seine realpolitische, nationale Denkweise tritt in der Polenfrage deutlich zu Tage. Die Katholiken mußten natürlich hier mit den Demokraten gehen, da Polen katholisch war.

244. St. B. II, S. 1156.

245. St. B. II, S. 1234 ff.: Droysen, Pol. Schriften S. 166, schreibt: Die Entscheidung der Posener Frage „bezeugte, daß Deutschland endlich den gerechten Egoismus lernt, ohne den kein Volk staatlich zu existiren fähig oder werth ist“.

246. Gesch. d. dtschen Revolution, II, S. 127.

weise behauptet, die Mehrheit der Nationalversammlung habe sich mit dem Beschluß der Einverleibung Posens in offenen Widerspruch zu dem Beschluß des Vorparlaments über Polen gesetzt. Allein das ist nicht richtig.

Zunächst wird bei dieser Auffassung übersehen, daß Vorparlament, Fünfziger-Ausschuß und Paulskirche sowohl zahlen- als auch stimmungsmäßig ziemlich stark voneinander abwichen. Aber wenn man auch davon absehen wollte, bestehen bleibt die Tatsache, daß schon im Vorparlament das Eintreten für Polen als Sauerteig speziell radikaler Befreiungspolitik wirkte.<sup>247</sup> Wie will man anders erklären, daß sich bereits im Fünfziger-Ausschuß Männer wie Gagern, Buhl, Mathy, Wippermann, Pagensteher u. a., die wir dann in der Paulskirche „ganz rechts oder im rechten Zentrum“ vorfinden, dem Andrang der Radikalen entgegenstimmten und erreichten, daß die gesamte Polenfrage an die Nationalversammlung überwiesen wurde? Den einstimmigen Beschluß des Vorparlaments: „Polen wieder aufzurichten“, als offenes Eintreten auch der Nationalen für diesen Beschluß anzusehen, ist, ob nun bewußt oder unbewußt, eine arge Verkennung historischer Momente. Den Nationalen im Vorparlament schienen ganz andere Dinge dringlich als „Polen“. Einem möglichem Zusammenstoß mit Rußland vorzubeugen, weil er der deutschen Einigung zum Nachteil gereicht hätte, das war die Hauptsorge der Nationalen im Vorparlament und Fünfziger-Ausschuß gewesen wie es die der Nationalen auch in der Paulskirche war. Ihre Zustimmung zu dem Polenbeschluß geschah aus rein taktischen Gründen.<sup>248</sup>

Der Krieg mit Rußland wurde vermieden. Rußland hat seinen Krieg gegen die Revolution erst später mit den Waffen geführt.<sup>249</sup> Die klare Haltung der Nationalen in der Nationalversammlung aber hatte entschieden Anteil an der Vermeidung eines Konfliktes. „Auch das war in der Entscheidung der Posen'schen Angelegenheit gut“, meinte Haym, „daß sie gleichmäßig im deutschen, wie im Sinne des preußischen Interesse gefaßt

---

247. Bleck a. a. O. und Hallgarten a. a. O. haben das auch nicht erkannt.

248. Siehe vorn S. 36 f.

249. In Ungarn 1849.

war“.<sup>250</sup> In der Tat: preußisches Militär an der Ostgrenze im Verein mit den dortigen Deutschen beseitigte die akute russische Kriegsgefahr.

Überblickt man das Problem Rußland, mit dem die Männer der Paulskirche so unmittelbar zu ringen hatten, dann erkennt man, daß die Freiheits- und Kriegspropaganda der Linken es niemals hätte lösen können. Ein Krieg mit Rußland wäre für „Deutschland“ zur Katastrophe geworden, weil Preußen zu sehr gebunden war, und weil außerdem die Paulskirche kein Heer, keine reale Macht hätte mobil machen können.

Den Nationalen ist es damals nicht entgangen, „wie unsicher die Höhe war, auf welcher die Centralgewalt stand, wie schwach bei allem sonstigen moralischen Ansehen eine Stellung über geschlossenen Staaten ist, wie bedenklich die Situation eines Parlaments, welchem nicht die Verwaltung eines realen Staats zur Seite steht.“<sup>251</sup> — Und hier liegen auch, das sei nochmals betont, die tieferen Gründe der Nationalen, sich an Preußen anzulehnen, ein starkes Heer zu schaffen, eine Flotte zu bauen und — auf alle Fälle einen Krieg mit Rußland zu vermeiden!

So vernünftig, so real indes das alles gedacht war, es stellte sich doch heraus, daß Frankfurt eben kein deutsches Paris war.<sup>252</sup> Der Gegensatz Frankfurt—Berlin wurde immer größer, je mehr die Paulskirche außenpolitisch ins Schlepptau preußischer Politik geriet; das war das Grundübel von 1848. Von Berlin aus, nicht von Frankfurt konnte ein Deutsches Reich geschaffen werden. — Friedrich Wilhelm IV. war gewiß innerlich zu schwach und äußerlich zu gebunden; aber wenn man — wie das E. Marcks<sup>253</sup> tut — das Nein des Königs innen- und außenpolitisch zu rechtfertigen sucht, — noch mehr erscheinen dann die Nationalen der Paulskirche gerechtfertigt, besonders wenn man nicht vergißt, daß sie aus ganz richtigen realen Erwägungen heraus den Anschluß an Preußen gesucht haben, und daß sie darüberhinaus nichts hatten als den Glauben an eine einige deutsche Nation.

---

250. Haym a. a. O. I, S. 93.

251. Duncker a. a. O. S. 17 f.

252. D. Schäfer, Deutsche Geschichte II, S. 356 f.

253. H. Z. 142, S. 84.

#### 4. Die Stellung der Nationalversammlung zu England.

Man hat Englands Stellung zur deutschen Einheit vielfach getadelt.<sup>254</sup> Tadelt man aber England, so lobt oder entschuldigt man irgendwie die Männer der Paulskirche, obwohl es fraglich scheint, ob das angemessen ist. Das allerdings muß von vornherein klargestellt werden: die Stellung zu England ist die schwierigste außenpolitische Aufgabe der Paulskirche gewesen. Das lag zum Teil daran, daß England 1848 bereits unaufhaltsam seinen Weltzielen zustrebte und seine Politik in Bahnen lenkte, die nach wesentlich anderen Grundsätzen verliefen als etwa die des zusammenstrebenden „Deutschland“. Zum andern aber hatte man in der Nationalversammlung — wie es nach der wissenschaftlichen und populären England-Literatur der Zeit nicht anders zu erwarten war — über das Britische Reich eine Vorstellung, die den politischen Erwägungen gegenüber diesem Reich wahrlich nicht dienlich sein konnte. — Man hat einmal gesagt, daß „Deutschland sich unter den germanischen Ländern vorzugsweise als rezeptionsfähig erwiesen habe“<sup>255</sup>; von Italien habe es das römisch-kanonische Recht, welches das Verhältnis vom Einzelnen zum Staat festlegt; die Einwirkung des französischen Westens sei von jeher anhaltend und stark gewesen. Aus England waren damals nur Shakespeare und Adam Smith bekannt; sonst hatte wenig Aufnahme gefunden, obgleich es an Neigung dazu nicht gefehlt hat. Denken wir beispielsweise an Lessing, der — um 1750 etwa — Wege zur maßvollen englischen Aufklärung suchte und englische Verhältnisse übernahm und englische Vorbilder aufführte,<sup>256</sup> Immerhin dauerte es noch eine geraume Zeit, bis eine Literatur einsetzte, die das Bestreben hatte, englische Staatseinrichtungen und Volkssitten der deutschen Leserwelt nahezubringen. Einer der Pioniere, der eine bald viel begehrte Reisebeschreibung veröffentlichte, war C. Ph. Moritz, der Verfasser des „Anton Reiser“. 1782 erschienen seine „Reisen eines Deutschen in England“. Englische Sitten und Ge-

254. H. Precht, Englands Stellung zur deutschen Einheit, passim.

255. E. v. Meier, Französische Einflüsse auf die Staats- und Rechtsentwicklung Preußens S. II ff.

256. Vgl. Lessings Miss Sara Sampson, 1750.

bräuche, Kirchen, Museen und Theater und nicht zuletzt das englische Parlament wurden in diesem Büchlein beredt geschildert.<sup>257</sup>

Als Europa mit dem Jahre 1815 wieder Frieden und Ruhe bekam, wurden die sogenannten Bildungsreisen Deutscher nach England Mode. Besonders in Preußen hatte man den lebhaften Wunsch, von England zu lernen. Um die Jahrhundertwende unternahmen Schön und Stein<sup>258</sup> ihre berühmten Studienreisen dorthin, und Ludwig Vincke, der Vater, gab „von dem höchst verwickelten Bau der englischen Verwaltung“ geistvolle Schilderungen.<sup>259</sup> Gegen die Mitte des 19. Jahrhunderts waren Friedrich Wilhelm IV., Bunsen und Simson für eine englisch-preussische Verständigung tätig.

Politische Gesichtspunkte spielten sich allmählich immer stärker in den Vordergrund der deutschen, anglophilen Literatur. Den deutschen Patrioten, die in der politischen Enge des Metternichschen Systems kaum atmen konnten, wurde das Herz weit, wenn sie nach England sahen. Die Zeit kam, wo die englische Verfassung im Glorienschein erschien. England wurde verherrlicht als das Land der goldenen Mitte, das den reaktionären Bestrebungen der Heiligen Allianz und den französisch-demokratischen Ideen die Wage zu halten vermochte. Für Dahlmann wurde die Stunde reif! Kurz nach der Vollendung des „Hannoverschen Grundgesetzes“ und zum zweiten Male ein Jahr vor Ausbruch der deutschen Revolution ließ er die „Politik“ erscheinen. Dahlmann sah in England das Muster für die Staaten des Kontinents. Die kurzen Abschnitte der Politik über England seien in der Erkenntnis des wirklich Englischen tiefergreifend als die irgendeines anderen deutschen Politikers jener Zeit, sagt Treitschke.<sup>260</sup> Die Politik wurde das einfluß-

---

257. Moritz, Reisen eines Deutschen S. 40 ff.

258. Bezüglich Burkes Einfluß auf Stein vgl. Noack, Christentum und Volksstaat in der politischen Ethik des Freiherrn vom Stein, H. Z. 147, 1, S. 40 ff.

259. Vgl. Treitschke, Conrad Ferdinand Dahlmann, Hist. u. Pol. Aufsätze S. 393. — Vincke hat seine Vorliebe für England auf seinen Sohn Georg übertragen, vgl. Ackermann, Georg Freiherr von Vincke S. 53.

260. Treitschke, ebenda; ferner Christern, C. F. Dahlmann, passim. Nitsche schrieb am 25. Juni 1848 an Droysen: „Dahlmann ist nun einmal,

reichste Buch für einen großen Teil der vormärzlichen Patrioten in Deutschland.<sup>261</sup> Ein solches Buch entsprach dem nationalen, im Vergangenen verankerten Geist jener Tage. Hier las man doch klipp und klar, daß eine Verfassung sich bereits jahrhundertlang bewährt hatte und vor allem auf festem Rechtsboden gewachsen war.

War nun Dahlmann selbst einsichtig genug, um zu wissen, wie wenig sein Buch das Wesen der Repräsentativ-Monarchie, anschaulich gemacht an England, erschöpft habe, hoben andere in ihrer Begeisterung Dahlmanns „guten Staat“ England zum Retter Deutschlands in der Not empor. So schrieb Friedrich von Raumer: Wenn einmal russische Heere in feindlicher Absicht zur Oder oder französische zum Rhein vordringen sollten, „so würde der englische Löwe sich von seiner Ruhestätte erheben und eine Kraft entwickeln, von welcher diejenigen wenig Ahnung haben, welche meinen, er sei zu nichts mehr zu gebrauchen“.<sup>262</sup> Einer rückhaltlosen Bewunderung für die englische Nation gab sich der Demokrat Venedey hin. Die „glory of England“ war wie ein Rausch über ihn gekommen: „Die englische Nation ist eine der größten, die es je gegeben hat. Im Innern herrscht eine Selbständigkeit, wie sie sonst nirgends zu finden ist, nach außen hin dehnt sich ihre Herrschaft über ungemessene Länder, ihr Handel über Welttheile, ihr Einfluß über die ganze Erde aus . . . Der Engländer sagt: ‚he will‘ . . . Dieser feste Wille hat die englische Konstitution, die englische Marine, die englischen Kolonien, den englischen Einfluß, die englische Weltwirtschaft hervorgerufen, und nur ein solches Wollen, das den Wollenden zugleich als Zukunft erscheint, kann Völker groß und mächtig machen“.<sup>263</sup>

---

soweit ich ihn kenne, . . . verritten . . . in die englische Politik“; vgl. Droysen, Briefwechsel I, S. 436.

261. „Eine politische Bedeutung hatte auch die Geschichte der englischen Revolution in England von Dahlmann (1. Aufl. 1844), und abgesehen von der kernigen Darstellung, verdankte das Buch wohl wesentlich diesem Umstande seinen großen Erfolg“, vgl. A. Stern, *Gesch. d. Revolution in Engl.* S. 30.

262. Raumer, *England*. II, S. 454.

263. Venedey, *England* II, S. 331 f.; Dahlmann, v. Raumer u. Venedey wurden Mitglieder der Paulskirche.

Fragen wir, welchen Charakter diese Literatur hat, so ist es der einer restlosen Bewunderung für England, sei es für seine Institutionen, seine Politik oder seinen wahrhaft freien Geist.

Diese Bewunderung hatte vielfach zur Folge, daß man die ungeheure Verschiedenheit deutscher und englischer Zustände überdeckte und meinte, englische Verhältnisse auf Deutschland übertragen zu können. Man vertiefte sich in Englands Geschichte, aber je tiefer man hinabstieg, desto mehr verlor man die Verbindung mit dem England, wie es wirklich war.<sup>264</sup> Selbst Dahlmann hatte trotz allem Streben nach historischer Objektivität über den Zweck seines Buches den streng aristokratischen Charakter der englischen Geschichte verkannt. Er hatte übersehen, daß erst kurz vor 1848 neben den zwei großen aristokratischen Parteien neue, den festländischen Parteien verwandtere Richtungen emporkamen.<sup>265</sup>

Bunsen hat — leider zu spät für die Paulskirche — die Parteilage Englands zum erstenmal klar durchschaut. Er schrieb aus London, wo er sich als preußischer Gesandter und namens der Reichsregierung aufhielt, Anfang 1849 an Gagern, den damaligen Reichsministerpräsidenten, über die whiggistischen und toryistischen Parteien Englands: „Beide sind Parteinamen der beiden entgegengesetzten Richtungen der englischen Aristokratie mehr als des englischen Volkes.“<sup>266</sup> Der ganze Unterschied wurzelt eigentlich in dem großen Kampfe der Nation, welcher mit der Absetzung des Hauses Stuart endigte: sowie dieser Ursprung aber schon geraume Zeit in den Hintergrund getreten und in dem Bewußtsein der Nation ganz dunkel geworden ist; so scheint jetzt die Zeit heranzukommen, wo neben beide Parteien eine mehr demokratische, die des zur thätigen Theilnahme an der Politik anstrebenden, wohlhabenden und gebildeten Mittelstandes, das heißt der Handels- und Fabrikherren treten wird.“<sup>267</sup>

---

264. Venedey, England I, S. XI f.: „Je mehr ich sah, desto größer wurden die Rätsel für mich, desto verwickelter gestalteten sich die Verhältnisse“.

265. Treitschke, a. a. O. S. 393.

266. Im Original unterstrichen.

267. Politische Berichte über Großbritannien, R. A. F.

Die Englandbegeisterung wurde in einem solchen Grade vorherrschend, daß man in der Nationalversammlung einfach nicht glauben wollte, England könne Deutschland je entgegen sein. Jeder deutsche Freisinnige, der Radikale wie der Gemäßigte, hatte das Seine aus dieser Literatur herausgelesen und glaubte irgendwie an England. Es klang aber recht eigentlich wie ein hohles Pathos und war doch für England selbst sehr bezeichnend, wenn Venedey am Ende seines dreibändigen Werkes meinte: „Die Nation ist im Staatsleben Englands alles, das Volk nichts“.<sup>268</sup>

Wieviel von dem, was Venedey unerschlossen blieb, lag doch gerade erst jenseits dieser Worte! Während die 48er Bewegung in Deutschland leidenschaftlich um „Nation“ und „Volk“ kämpfte, galt Englands Politik längst dem weltpolitischen Zusammenhange seines Reiches. Auch seine Kontinentalpolitik — sorglich auf das Gleichgewicht Europas gerichtet — war nur aus dieser Wurzel zu verstehen, ja selbst seine Innenpolitik.

Im Innern war England zum großen Verdruß der festländischen Demokraten von der Revolution völlig unversehrt geblieben. Zudem waren unter Palmerstons kluger Führung Liberalismus und englische Staatsräson längst eins geworden, und Whigs und Tories hatten sich im Freihandelsproblem geeinigt. Je mehr Freiheit man dem Individuum zusprach, desto leistungsfähiger wurde die Produktion, desto inniger die Harmonie der Völker. Dabei war der pazifistische Zug im Manchestertum spezifisch englisch. Die Engländer selbst wollten nicht, daß diese Lehren auf andere Völker übertragen würden und gönnten im Grunde niemandem die Freiheit, die sie sich im Weltenraume anmaßten. Das Beispiel des Opiumkrieges gegen China zeigte die radikale Anwendung dieser Politik. — Englischer Staat und englische Wirtschaft gewannen einen Riesenvorsprung, um am Ziele den anderen Völkern zu verkünden: nun aber fair play.

Es ist klar, daß eine solche Politik nur dann Bestand und Erfolg haben konnte, wenn sie unablässig auf den Weltfrieden bedacht war. Ein Krieg mußte Englands „friedliche“ Expansions- und Kolonialpolitik nur stören. So wurde auch die Aus-

---

<sup>268</sup>. Venedey a. a. O. III, S. 666; Droysen, Briefwechsel I, S. 390, bezeichnet Venedey als einen „gründlichen Kenner Englands“.

einandersetzung mit seinem einzigen weltpolitischen Gegner, Rußland, vorsichtig hinausgeschoben, obwohl beide schon damals Holz unter den türkischen Brandherd legten. „England“, schrieb Bunsen, „rät dem türkischen Cabinet, Rußland durchaus keinen gerechten Grund zur Klage zu geben. Zur selben Zeit verrät jedoch Rußland den festen Entschluß, seine eigenen russischen Pläne, ohne irgendeine andere Rücksicht als auf ihre erfolgreiche Ausführung durchsetzen zu wollen.“<sup>269</sup> Aber es war gerade Palmerstons Meisterstück, Rußland gegen Deutschland auszuspielen. Einmal täuschte er damit Deutschland, zum andern verhinderter er Rußlands Einfluß am Sunde.<sup>270</sup> — Frankreich gegenüber war England indifferent, soweit jenes nicht versuchte, seine Position in Italien zu verstärken.<sup>270</sup>

Die Einigungsversuche der Frankfurter Professoren störten Palmerston zunächst nicht;<sup>271</sup> zum argen Leidwesen der Franzosen erklärte er, daß ihm ein starkes Mitteleuropa zwischen Rußland und Frankreich nicht unangenehm sei, vorausgesetzt, es habe die Kraft sich zu bilden. Allerdings mißfiel ihm, daß die Paulskirche zu aufdringlich mit ihren Wünschen herausrückte: Zollunion, Flottenbau, wirtschaftliche Unabhängigkeit.<sup>272</sup>

Deutschfreundlich waren in England nur die Palmerston feindlichen Radikalen der foreign committees<sup>273</sup> und die Anhänger Richard Cobdens, ferner das Königshaus. Aber jene waren viel zu schwach, um irgendwie tatkräftig gegen die Regierung vorgehen zu können, und die Königin Viktoria gehorchte letztlich dem englischen Machtinstinkt.

---

269. Bunsen im März 1849 an Gagern, R. A. F. Sperrung statt Unterstreichung im Original.

270. Im Krimkrieg entlud sich dann die Spannung beider Großmächte. — Palmerston fürchtete „any increase of Russian influence in the western Baltic“, vgl. Cambridge History II, p. 324.

271. Hearnshaw, Cambridge History II, p. 324, schreibt: „He was not keenly interested in her [Germany] national aspirations“.

272. Hearnshaw a. a. O. p. 325: „A unification of Germany based on Prussian Zollverein ... maintained a system of prohibitory duties against English manufactures, which thereby put at a great disadvantage“.

273. Oncken a. a. O. II, S. 348,

Wenn wir hiernach die Stellung der Nationalversammlung zu England näher ins Auge fassen, so bemerken wir zunächst eine überwiegend englandfreundliche Stimmung; bis dann später, je nach Temperament und Parteizugehörigkeit, verschiedene Auffassungen Platz greifen.

Namentlich zwang die Schleswig-Holsteinische Frage die Männer der Paulskirche, sich mit England auseinanderzusetzen.

Das Eintreten für Schleswig-Holstein war etwa seit 1840 das Motto deutscher Einheit und Freiheit. Im Vorparlament<sup>274</sup> hatte man, ohne viel Aufhebens zu machen, die Herzogtümer „ewich tosamene ungedeelt“ als deutsches Bundesgebiet erklärt. „Der erste Akt des Vaterlandes“, war nach Laubes Meinung, „also ein kühner und von schöner, gesunder Kühnheit. Eine Welt von Streit und Hindernis heraufbeschwörend, aber notwendig“.<sup>275</sup> Es waren allerdings im Vorparlament einige Männer aufgestanden, unter ihnen Bassermann, die die Notwendigkeit dieses Aktes bezweifelten;<sup>277</sup> doch was bedeuteten sie gegen ein halbes Tausend Stürmer und Dränger! — Im Fünfziger-Ausschuß wurde die Schleswiger Angelegenheit weiter verfolgt und dadurch wieder akut, daß die Siebzehner bei der Bundesversammlung darauf antrugen, für den alsbaldigen Eintritt Schleswigs in den Deutschen Bund kräftigst zu wirken. Gabelentz, einer der siebzehn Vertrauensmänner, schrieb am Tage der Beschlußfassung: „Dies ist allerdings ein entscheidender Schritt, der uns in Krieg verwickeln kann; aber etwas Entscheidendes müßte geschehen in dieser bewegten Zeit. Die Zeit der halben Maßregeln und diplomatischen Winkelzügen ist vorüber, und Deutschland kann die

---

274. Einer englandfeindlichen Auffassung sind wir bislang nur einmal begegnet, und zwar im Fünfziger-Ausschuß, als die österreichischen Abgeordneten die Politik des Habsburgischen Reiches in Frankfurt verfochten. Auf die Österreicher in der Paulskirche gehen wir aus Raumangel nicht näher ein und führen nur die Meinung eines typisch nationalen Österreichs in diesem Punkte an. v. Möhring/Wien sagte am 22. Juli in der Paulskirche: „An England hat Deutschland einen Neider“, vgl. St. B. II, S. 1113.

275. Über Schleswig-Holstein im Vorparlament vgl. U. Freyer a. a. O. S. 52 ff.

276. Laube a. a. O. I S. 65.

277. Bassermann, a. a. O. S. 102 f., nennt die Einverleibung Schleswigs einen „Beschluß, an dem möglicherweise der europäische Frieden hing“. S. 119 bezeichnet er den Beschluß als „von zweifelhaftem Werte“.

kaum gewonnene Achtung im Auslande nicht erhalten, wenn es in solchen nationalen Fragen nicht energisch auftritt. Ich kann mir wohl denken, daß mancher alte diplomatische Zopf über diesen Beschluß wackeln wird, aber ich glaube, er war ein Schritt vorwärts, und darum habe ich freudig zugestimmt“.<sup>278</sup> Gabelentz rechnete damit, daß im Osten die Kriegsaussichten schwinden würden. Deshalb „dürfen wir“, fuhr er fort, „einen Zusammenstoß im Norden um so weniger scheuen. Er kann nur dazu dienen, unsere Nationalität zu kräftigen, und wenn wir Schleswig gewinnen, so ist dies moralisch ein vollständiger Ersatz für Elsaß-Lothringen, und was wir sonst noch verloren“. Diese Worte des nüchternen Gabelentz zeigen besonders eindrucklich, daß man nur allzusehr geneigt war, Schleswig für ein rein dänisch-deutsches Kampfobjekt zu halten. Nirgends ein Gedanke daran, daß England sich einmischen könnte! Als es sich — ebenfalls im Fünfziger-Ausschuß — darum handelte, ob man Schleswig mit Truppen besetzen und Dänemark den Krieg erklären sollte oder nicht, gebärdete sich der eine noch „kriegslustiger“ als der andere.<sup>279</sup> — Robert Blum stempelte die Angelegenheit zur Ehrensache der Nation und forderte kurzerhand die Kriegserklärung. Die Einwände der „Ruhigeren“:<sup>280</sup> daß kein deutscher Staat — weder militärisch noch finanziell-ernstlich für einen Kriegsfall gerüstet sei, daß man sich außer den Dänen auch noch andere Mächte „auf den Hals ziehen könne“, <sup>281</sup>wurden nicht beachtet.

Trotzdem bekamen die Gemäßigten recht. Die Schleswiger Frage wuchs sich zu der außenpolitischen Frage der Nationalversammlung aus.

Seit Frühjahr 1848 tobte der wechselvolle<sup>282</sup> Kampf um Schleswig-Holstein. Am 29. April wurden die Danewirke von den Preußen erstürmt und anschließend die Dänen aus Schles-

---

278. Gabelentz am 10. 4. 1848, R. A. F.; vgl. auch V. d. D. P. II S. 42 f.

279. Duckwitz a. a. O. S. 232.

280. Duckwitz Mathy, v. Soiron und Rüder.

281. Duckwitz ebenda.

282. Biedermann Dreißig Jahre deutscher Geschichte, I S. 277 f.

wig vertrieben. Am 2. Mai<sup>283</sup> überschritt Wrangel die Grenze von Jütland. In diesem Moment erhoben England und Rußland Einspruch; beide forderten Waffenstillstand. Rußland drohte mit offenem Bruch<sup>284</sup> und Ostseeblockade; Palmerston versuchte vorerst noch gütlich zu schlichten. Die Fäden der englisch-russischen Politik verknüpften sich hier zu einem Knoten, den weder die deutschen Patrioten noch die Preußen mit dem Schwerte durchschlagen konnten. So verschieden die Ostseeinteressen Englands und Rußlands waren, wollten sie doch einander kein Vorrecht am Sund einräumen. Die verbündeten Mächte siegten. Österreich tat für diese nationale Angelegenheit gar nichts,<sup>285</sup> und der Bund konnte keine Verstärkungen aufbringen, Preußen aber mußte dem gewaltigen Druck von außen nachgeben. Grollend trat der „General Drauf“ den Rückzug an. — Nesselrode atmete nach der Räumung Jütlands<sup>286</sup> erleichtert auf,<sup>287</sup> Palmerston schien zufrieden.

In den patriotisch gestimmten Kreisen Deutschlands löste die Räumung Jütlands und eines Teiles Schleswigs um so größere Entrüstung aus, als sich die Dänen — im sicheren Schutze der Großmächte — bitter für ihre Niederlagen rächten.<sup>288</sup> Eine Sturmflut von Schmerz und Haß brauste durch ganz Deutschland. Die Nationalversammlung hielt es daher für ihre Pflicht, einer weiteren Demütigung vorzubeugen. Insbesondere die Abgeordneten aus Schleswig-Holstein selbst riefen unter Dahlmanns zielbewußter Führung dazu auf, für die bedrängten Brüder der deutschen Nordmark einzustehen und dessen eingedenk zu sein, was Deutschland ihnen schulde.

Drei Tage nach seiner Konstituierung,<sup>289</sup> am 3. Juni, schlug der auswärtige Ausschuß der Nationalversammlung vor, die Schleswigsche Frage „als eine Angelegenheit der deutschen Na-

---

283. Precht a. a. O. S. 44; Biedermann, a. a. O. S. 278, datiert auf den 1. Mai.

284. Stern a. a. O. VII S. 113.

285. Biedermann a. a. O. I S. 299.

286. Am 3. Juni.

287. Brief Friedrich Wilhelms an Radowitz, bei W. Möring, Josef Maria v. Radowitz S. 46.

288. Biedermann ebenda S. 278.

289. Am 31. Mai.

tion“<sup>290</sup> zu betrachten. Ferner sollte — in der Annahme, daß Wrangel aus rein militärisch-taktischen Gründen zurückgewichen sei — „für die erforderliche Verstärkung des Bundesheeres in Schleswig-Holstein . . . wirksame Fürsorge getroffen werden“.

In der Sitzung vom 9. Juni,<sup>291</sup> die auf den Ausschlußantrag Bezug nahm, diskutierte man die mutmaßliche Haltung Englands und Rußlands. Wurm erörterte eingehend, ob England ein Interesse daran haben könne, sich gegen Deutschland zu wenden und kam zu einem klaren Nein. „Welches Interesse könnte England haben, Deutschland zu bedrohen, und etwas zu verlangen, was mit den Rechten der Herzogthümer sich nicht vertrüge?“<sup>292</sup> Wurm sah — hierin Gabelentz ähnlich — nur einen Gegner Deutschlands: Dänemark; und das sei „der schwächste aller Gegner“, die Deutschland jemals gegenüberstehen könnten. — Freilich darf nun nicht unbeachtet bleiben, daß über dem Rückzug der Bundestruppen „ein gewisses unheimliches Dunkel“<sup>293</sup> lag. Man glaubte zumeist, daß Wrangel aus Schwäche zurückgewichen sei.

Licht in diese Unklarheit brachten erst die Mittheilungen des Abgeordneten H. v. Raumer: tatsächlich seien England und Rußland die zum Waffenstillstand mit Dänemark treibenden Kräfte gewesen.<sup>294</sup> — Raumer benutzte auch gleich die Gelegenheit, energisch die Diplomatie Preußens während der Waffenstillstandsverhandlungen zu verteidigen;<sup>295</sup> Preußen habe die Waffenstillstandsbedingungen in Übereinstimmung mit den Wünschen und dem Begehren der Nationalversammlung aufgestellt! England habe sich mit dem größten und wichtigsten Teil dieser Bedingungen einverstanden erklärt, „daß also eine

---

290. St. B. I S. 272 f.

291. Rümelin, a. a. O. S. 11, nennt die Verhandlungen dieser Sitzung „die schönsten und interessantesten unter allen bisherigen; es ist noch nie so gut gesprochen worden. Den größten Eindruck machten Dahlmanns mit schwacher Stimme ohne alle äußeren Mittel vorgetragenen, aber durch Einfachheit, Kraft und Wärme tief ergreifenden Worte“.

292. St. B. I, S. 278.

293. St. B. I, S. 279.

294. St. B. I, S. 281 f.

295. Rümelin a. a. O. S. 11: „Raumers Rede war sehr belehrend und verriet nach Form und Inhalt den Staatsmann und Diplomaten“.

höchst günstige Aussicht für sehr schnelle Beendigung der Sache vorhanden war“.<sup>296</sup>

Die Mitteilungen Raumers hatten jedoch nur zur Folge, daß die Mehrheit der Nationalversammlung den auf Ungewißheit fußenden Ausschußantrag fallen ließ<sup>297</sup> und sich zu dem inhaltlich schärfer gefaßten Antrag bekannte: „Die deutsche Nationalversammlung erklärt, daß die Schleswig'sche Sache, als eine Angelegenheit der deutschen Nation, zu dem Bereich ihrer Wirksamkeit gehört, und verlangt, daß energische Maßregeln getroffen werden, um den Krieg zu Ende zu führen; daß aber bei dem Abschluß des Friedens mit der Krone Dänemark das Recht der Herzogthümer Schleswig und Holstein und die Ehre Deutschlands gewahrt werde“.<sup>298</sup> Aber man schien doch größtentheils auch die empfindlichste Schwäche der Paulskirche, das Fehlen jeder Exekutive, in Rechnung zu setzen; denn daß die Genehmigung des Friedensvertrages, der mit Dänemark abgeschlossen werden sollte, der Nationalversammlung vorbehalten bliebe (wie es die Demokraten verlangten), wurde mit 275 gegen 200 Stimmen abgelehnt. Die Mehrheit vertraute sich also, wohlgemerkt, am 9. Juli Preußens Führung an!

Wie alle Schleswig-Holsteiner, die Dahlmann, Franke, Clauben, Beseler, Michelsen u. a., war auch Georg Waitz<sup>299</sup> von ganzem Herzen an der deutsch-dänischen Streitfrage interessiert. Waitz betonte,<sup>300</sup> daß England dem Wunsche der Schleswig-Holsteiner nicht entgegenstehe. „Ich habe England genannt, es ist mehrmals als der Staat bezeichnet worden,<sup>301</sup> der unsren Wünschen feindlich entgentreten kann. Ich theile die Ansicht nicht, ich bin im Gegentheil überzeugt, daß die Sympathien Englands für die deutsche Sache von Tag zu Tag gewachsen sind und noch

---

296. St. B. I, S. 281.

297. Precht, a. a. O., im einzelnen ein sehr unterrichtender Autor, hat das nicht klar genug herausgestellt.

298. St. B. I, S. 295.

299. Precht, a. a. O. S. 51. — Waitz war damals Professor in Göttingen und an den Verfassungsarbeiten der Nationalversammlung beteiligt.

300. St. B. I, S. 290. — Rümelin, a. a. O. S. 12: „In Waitz von Göttingen, dem Abgeordneten in Kiel, trat ein neuer bedeutender Sprecher (nicht Redner) auf.“

301. Von Jordan, Wurm, Zachariä, Vogt; vgl. St. B. I, S. 277 ff.

wachsen werden, daß das jetzige Ministerium Englands längst den Standpunkt des früheren aufgegeben hat, daß nicht mehr davon die Rede ist, Dänemark in allen Ansprüchen zu unterstützen, daß im Gegentheil England jetzt geneigt ist, die Interessen Schleswig-Holsteins zu befördern. . . . England wird und muß Deutschlands Verbündeter sein in den großen Combinationen, welche sich in Europa vorbereiten, und es wird es sein“.<sup>302</sup>

In der Hauptsache stimmten alle Redner darin überein, daß man von England Günstiges zu erwarten habe, während man Rußland gegenüber mehr oder minder mißtrauisch blieb. Die Warnung vor einem Kriege mit Rußland, die v. Raumer eindringlich vorbrachte, erregte „den jungen und um so empfindlicheren Nationalstolz so“, daß er an mehreren Stellen seiner Rede durch Äußerungen des Mißfallens gestört wurde.<sup>303</sup>

Die Haltung Englands war jedoch nicht so positiv zu werten, wie die überwiegende Anzahl der Abgeordneten meinte. Falsch war es z. B., wenn Wurm<sup>304</sup> aus dem Verhalten Englands im Jahre 1807 Schlüsse zog, die für Dänemark ungünstig waren. War es doch gerade ein Lieblingsgedanke des englischen Publikums und der englischen Regierung — auch Palmerston hatte ihn ausgesprochen<sup>305</sup> —, daß man Dänemark entschädigen müsse, da es wider alles Völkerrecht behandelt worden sei. Damals, 1807, sei Dänemark eben als Parteigänger Napoleons in Mitleidenschaft gezogen. — Die Gefahren des Weltreiches Napoleons und der Kontinental Sperre waren in England nicht vergessen. Man hatte daraus eine Lehre für die Zukunft gezogen und die Flotte verstärkt. Jetzt war Dänemark in die Weltpolitik Englands eingefügt und durfte Schutz erhoffen. Um keinen Preis würde man zulassen, daß Dänemark von Preußen geschwächt wurde. Die Befürchtung, daß Preußen als See- und Handelsmacht einen bedeutenden Aufschwung nehmen, ja vielleicht das

---

302. Die Meinung von Waitz kennzeichnet ferner sein Brief an Droysen, vgl. Droysen, Briefwechsel S. 404 f.; vgl. E. Fränkel, Waitz im Frankfurter Parlament, passim über Waitz.

303. Rümelin a. a. O. S. 11 f.

304. St. B. I, S. 278.

305. Precht a. a. O. S. 53.

dominium maris Baltici erlangen könnte, trat immer eifersüchtiger in den Vordergrund der englischen Politik.<sup>306</sup>

Infolgedessen war es eine irrige Meinung, wenn Wurm erklärte, die Engländer würden den kommenden Handelsaufschwung Deutschlands ohne weiteres hinnehmen, weil sie nicht anders könnten: „Die Engländer wissen so gut wie wir, daß wir ein Blatt, und noch eins aus dem Buch ihrer Handelspolitik zu entlehnen bereit sind; sie wissen aber auch, daß sie das nicht verhindern können“.<sup>307</sup> Allerdings wußten sie das! Mit nichts konnte man in England so gut Propaganda machen wie mit der Erhaltung kommerzieller Verbindungen, sei es in der Ostsee, sei es auf dem fernen Meere.

Es versteht sich danach von selbst, daß das deutsche Flottenprojekt England verstimmen mußte. Die Sehnsucht der deutschen Nation, eine starke Flotte zu besitzen,<sup>308</sup> führte die Deutschen 1848 aber nun ausgerechnet nach London, um dort zwecks Ankauf von „Kriegsschiffen“ zu unterhandeln. Das sprach freilich für eine ungeheure Vertrauensseligkeit! Der Partei um Disraeli, die Großbritanniens Expansion propagierte und recht eigentlich die Kriegspartei Englands war, machte man es wahrlich nicht schwer, die Richtigkeit ihrer antideutschen Ideen überzeugend darzulegen. Die politischen Freunde Cobdens aber waren wohl deutschfreundlich und traten für Frieden und Vermittlung ein, doch verloren sie die englischen Interessen nicht aus dem Auge.

Je mehr in der Paulskirche der Gedanke vorherrschend wurde, daß „Tondern und Hadersleben“ England doch durchaus gleichgültig sein müßten, desto weniger begriff man, daß England eine Niederlage Dänemarks verhüten mußte. Die Annäherung der Großmächte England und Rußland, aus der man bei kluger Einsicht hätte Vorteile ziehen können, wagte man wohl vereinzelt anzudeuten; beispielsweise äußerte Wurm sehr vernünftig: „Nur ein Interesse könnte für England bleiben, seine

---

306. Precht a. a. O. S. 52.

307. St. B. I, S. 278.

308. Schon im Vorparlament und Fünfziger-Ausschuß hatte es zahlreiche Vertreter gegeben, die den Flottenbau nach Kräften zu fördern strebten; vgl. Bär, Die deutsche Flotte von 1848—52, S. 5 f.

Vermittelung in solchem Sinne geltend zu machen, und das wäre, wenn die Engländer glaubten, daß Rußland, als der einzige Schutzherr der Krone Dänemark, bei dieser Gelegenheit eine unzerstörbare Stellung einnehmen könnte . . . England kann nicht wünschen, daß Dänemark, an Händen und Füßen gebunden, sich ganz und gar in Rußlands Arme zu werfen, gezwungen werde. Es gilt hier die Parallele zwischen Dänemark und der Pforte, dem Sund und den Dardanellen, der Ostsee und dem schwarzen Meere. In dem einen wie in dem andern Falle hält eine schwache Macht die Schlüssel einer wichtigen Seepassage . . . England seinerseits kann nicht wünschen, daß Dänemark den Schlüssel in russische Hände überantworte, es wird nicht die Schutzherrschaft Dänemark's den Russen allein überlassen wollen“.<sup>309</sup> Allein kaum hatte Wurm es in der Theorie für möglich gehalten, daß höhere Gesichtspunkte als Tondern und Hadersleben die Politik der Großmächte am Sund bestimmen könnten, als er schon wieder einschränkte: „er müsse dieses . . . zur Sprache bringen, und mindestens die äußersten Umrisse der Sache andeuten“. Wie eine Entschuldigung klingt das, und man kann es weiter der ganzen Art seines Ausdrucks anhören, daß selbst er fest zu der Ansicht stand, von England habe Deutschland nichts Ernstliches zu befürchten.

Wenn die Abgeordneten Englands Haltung in der Schleswiger Frage ohne Arg betrachteten, so war das allerdings zum Teil daraus erklärlich, daß Palmerstons Pläne undurchsichtig waren. In der Hauptsache aber begründete es sich doch darin, daß man zu sehr gewöhnt war, England zu bewundern. In einer Generalversammlung des Frankfurter Arbeitervereins ergriff der Abgeordnete Gumbrecht-Lüneburg das Wort, wobei er England „als das Land der Gesetzlichkeit und Freiheit“ hinstellte.<sup>310</sup> In seinen „Streiflichtern auf die materiellen und geistigen Bestrebungen in Deutschland“ sprach der Publizist C. Glaser aus: „In

---

309. St. B. I, S. 278 f.

310. Bericht über die 3. Generalversammlung des Arbeitervereins zu Frankfurt/M., am Sonntag den 21. Mai in der städtischen offenen Reitbahn, vgl. Allgemeine Arbeiterzeitung Nr. 3 vom 24. Mai 1848. — Die Arbeiter wollten übrigens nichts von England, in dessen Gesetzlichkeit die Arbeiter „scharenweise“ verhungerten, wissen.

England kann man immer mit ziemlicher Sicherheit den Standpunkt bestimmen, wenn eine in die Öffentlichkeit getretene Idee, welche sich auf die politischen und socialen Verhältnisse des Volkes bezieht, durch die Gesetzgebung ihre Anerkennung finden werde, weil dort, was Anerkennung finden soll, in dem Bewußtsein des Volkes zuerst Wurzel gefaßt und sich als seinen Interessen entsprechend bewährt haben muß“.<sup>311</sup> — Die starken Empfindungen für England hatten die Männer der Paulskirche derart geblendet, daß sie das Maß des Wirklichen durch die Einbildung ersetzten, England würde das Selbstbestimmungsrecht und die nationalen Bestrebungen der Schleswig-Holsteiner verstehen und zu würdigen wissen. So wirkte Palmerstons Vermittlung beruhigend und man ahnte nicht, daß Rußland sein Werkzeug war.

Nicht jedem erschien freilich die verwickelte außenpolitische Situation so eindeutig wie Carl Vogt. Die Eröffnungen Raumers waren für ihn das Merkwort, zunächst gegen die Fürsten zu hetzen: „Wir haben gehört, es versammle sich ein Fürsten-Congreß, bestehend aus dem König von Dänemark, dem Großfürsten Constantin und dem König oder Kronprinzen von Schweden. Nun, meine Herren! was Deutschland von den Fürsten zu erwarten hat, das weiß es“.<sup>312</sup> Dann aber wandte er sich dem Täter zu, der seines Erachtens auch in der Schleswiger Angelegenheit das größte Sündenregister aufzuweisen hatte: Rußland. „Wir haben von anderer Seite gehört“, sagte er, „daß Rußland sich in die Sache gemengt hat. Die russische Erklärung sei 24 Stunden nach Abgabe der Erklärung der englischen Regierung in London angelangt. Ich denke, der Weg von Petersburg nach London führt so ziemlich über Berlin oder wenigstens nahe daran her, und wenn diese Note 24 Stunden später anlangte, so mußte sie das preußische Ministerium früher haben. Deßhalb ist der Befehl zum Rückzuge als eine Folge der russischen Note anzusehen . . . Warum rüsten wir uns nicht gegen den Osten, wo, wie man uns versichert, die Gefahr wirklich vor-

---

311. Flugblatt vom 13. Januar 1849.

312. St. B. I, S. 289; der stenographische Bericht meldet zu diesen Worten „Unruhe auf der Rechten“.

handen ist?“<sup>313</sup> Mit anderen Worten: Rußland, nicht England sei der erste und letzte Gegner Deutschlands! —

Die Politik Vogts und seiner Anhänger erinnert übrigens merkwürdig an die des Schotten David Urquhart, der bekanntlich in den 20er Jahren des 19. Jahrhunderts einen mittelbaren Einfluß auf die Vorstellungen der kontinentalen Liberalen ausgeübt hatte. Was Urquhart über den Durchschnitt der Kirchturnpolitiker seiner Zeit hob, war seine Einsicht in den Charakter der zielbewußt und rücksichtslos vordringenden russischen Politik: daß Rußland, gleichsam am Ende Europas und sehr geschützt gelegen, mit großer Betriebsamkeit in die europäischen Verhältnisse eingreifen könne und auch wirklich eingreife.<sup>314</sup> Genau wie Urquhart witterten die Demokraten überall russische Intrigen und verfielen bei der Methode in dieselben maßlosen Übertreibungen wie Urquhart. —

Wie Töne aus einer realen Welt muten dagegen die Worte von Heinrich Albert Zachariä<sup>315</sup> an, der den Ausschußbericht folgendermaßen kommentierte: „Ich glaube, seine Meinung ist keine andere, als die, daß eben nicht ganz Europa die Sache von unserem, vom deutschen Standpunkte aus auffaßt, und wenn man nur die englische und französische Presse beachtet, so liefert sie einen ganz unzweifelhaften Beweis, daß man dort eine ganz andere Fassung habe, als wir vom deutschen Standpunkte die Sache auffassen“.<sup>316</sup> Der Hinweis auf die ausländische, besonders die englische Presse war sehr richtig und angebracht. Wer hier die Augen offen hatte, wußte, daß die englische öffentliche Meinung bereits im Juni 1848 stark mit den Dänen sympathisierte.<sup>317</sup>

Während die Nationalversammlung sich immer mehr darauf versteifte, lediglich einen deutschen „Vertheidigungskrieg“<sup>318</sup> gegen Dänemark zu führen, isolierte sie sich völlig.

---

313. St. B. I, ebenda.

314. Vgl. Urquhart, *Progress of Russia in the West, North and South*. Vgl. auch Oncken a. a. O. II, S. 347.

315. Professor der Rechte in Göttingen.

316. St. B. I, S. 285.

317. Precht a. a. O. S. 53.

318. St. B. I, S. 286.

Der auswärtige Ausschuß der Nationalversammlung hatte in dem Bericht, der am 22. Juli zur Beratung vorlag, mancher Länder nicht Erwähnung getan, weil entsprechende Anträge dem Ausschuß zur Berichterstattung nicht vorlagen. Deshalb wurde auch des Verhältnisses zu England in diesem Berichte nicht besonders gedacht, „nicht deßhalb“, wie der Berichterstatter Wydenbrugk sagte, „weil man die Freiheit, da wo sie von älterem Datum ist, nicht ebenso hoch achtet, als da, wo sie neueren Datums ist“.<sup>319</sup> Im Verlaufe der Verhandlungen ließ es sich jedoch nicht vermeiden, die Aufmerksamkeit auf England zu lenken. Dabei traten die alten Parteigegensätze wieder in Erscheinung.

War am 9. Juni die Einstellung der Paulskirche England gegenüber im allgemeinen englandfreundlich gewesen, hatten die Parteien ziemlich übereingestimmt, so trennten sie sich in der Sitzung vom 22. Juli wieder, indem die Demokraten England jetzt ablehnten, während die Nationalen eine andere Entwicklung nahm.

Eine Sonderstellung behauptete Arnold Ruge, der als erster die Rede auf England brachte. „Als die Puritaner“ erklärte er, „aus England mit der Republik im Herzen, und die Quäker dazu nach Nord-Amerika gingen, da haben sie die Utopien, die in ihren Herzen lebten, und wozu sie den Ort in England nicht finden konnten, in den Urwäldern Nord-Amerika's gefunden, und von den Urwäldern Amerika's, wo sie die Republik gründeten durch die Unabhängigkeitserklärung und Constituirung der Vereinigten Staaten von Nord-Amerika, sind diese utopistischen Ideen, die den Menscheng Geist in jener großen Zeit der Reformation bewegt haben, und die aus der Reformation eine Republik haben hervorgehen lassen, zurückgekehrt nach Frankreich“.<sup>320</sup> Wenn nun die französische Republik zu diesem Gedanken des Friedens gekommen sei, werde man hoffen dürfen, daß in naher Zeit die ganze Welt dazu gelange, denn — meinte Ruge — „wir Deutsche sind ein friedfertiges Volk“. Auch in England sah er den Weltfrieden reifen; und zwar sei es die

---

319. St. B. II, S. 1114.

320. St. B. II, S. 1098 f.

Cobdensche Partei, die vor der Revolution schon daran gedacht habe, man müsse eine europäische Entwaffnung herbeiführen.<sup>321</sup>

Die Demokraten begleiteten Ruges Darlegungen mit Beifall. Seine Fehler — daß er nämlich die Freihandelspartei, die in Wirklichkeit die Minderheit im Unterhaus innehatte,<sup>322</sup> mit den Engländern gleichsetzte, und daß sich Cobden in seinen Zielen wesentlich von den festländischen Demokraten unterschied — diese Fehler übersahen sie, wenn sie sie überhaupt erkannten.

So ist es verständlich, daß Carl Vogt unbedenklich seine „grundsätzliche“ Übereinstimmung mit Ruge bekundete, obwohl er selbst schon den Schlußpunkt unter das Kapitel England gesetzt hatte. Denn das war der Unterschied zwischen beiden: Ruge wollte überzeugen, daß mit einer bestimmten politischen Gruppe in England enge Tuchfühlung genommen werden müsse, Vogt lehnte England ab. Am 9. Juni hatte er England gegenüber noch Nachsicht gezeigt, indem er es im Schlepptau Rußlands wähnte, gegen das man den entscheidenden Stoß führen müsse. Im Laufe der Zeit jedoch wandelte sich seine Auffassung gründlich. England habe mit den Fürsten gebuhlt, meinte er jetzt, und hierin blieb er unversöhnt und unversöhnlich. Überdies habe sich England von Deutschland ferngehalten. „Es hat seine Vermittlungspolitik in Dänemark angetragen. Ich weiß nicht, ob sie gute Früchte getragen hat, bis jetzt scheint es wahrlich nicht. Man hat uns gesagt, England sei unser natürlicher Bundesgenosse,<sup>323</sup> keine Continentalmacht könne unser Bundesgenosse sein. Es scheint mir, als sei das einer jener Gesichtspunkte der veralteten Politik, welche einen Bundesgenossen in den Regierungen findet, die den Fürsten Subsidiengelder bezahlen, um sie zu bewegen, das Land herzugeben zur Tenne, auf welcher die anderen Völker ihre Kriege mit einander ausklopfen“.<sup>324</sup>

Abgesehen davon, daß Vogt von dem für einen Demokraten verständlichen Haß gegen die Fürstengewalten ausgegangen

---

321. St. B. II, S. 1100.

322. Vgl. Brinkmann, Richard Cobden und das Manchestertum, passim.

323. So Beckerath, St. B. II, S. 1112.

324. St. B. II, S. 1105.

war, — konnte es nicht doch so scheinen, als habe er eine Tatsache ausgesprochen?

Aber ihm widersprach Bassermann. „Wer da den Ausspruch eines der größten Feldherren kennt, daß, um Kriege zu führen, drei Dinge nothwendig seien, Geld, Geld und wieder Geld, der wird darin, daß die Engländer Deutschland in dem Kampfe um die Wiedererlangung seiner Freiheit weniger mit Truppen, als mit Geld unterstützen, gewiß nur ein wirksames Mittel, uns beizustehen, erkennen“.<sup>325</sup>

War dies die persönliche Meinung Bassermanns, so war sie darüber hinaus zugleich bezeichnend für die Einstellung der Nationalen, die in den Engländern ein Volk germanischen Ursprungs sahen, „ein Volk, das uns in politischer Gesittung,<sup>326</sup> in der Achtung vor dem Gesetze, und in dem Muster seiner Verfassung ein Vorbild sein kann“.<sup>327</sup>

Vogt hatte als Vertreter der Linken gesprochen. Seine Abkehr von England bedeutete die Abkehr aller Demokraten. Gagern bemerkte zu der englandfeindlichen Haltung der Linken: „Um der unbequemen Hinweisung von Seiten der Liberal-Conservativen auf das Beispiel Englands zu begegnen, . . . war die Feindschaft gegen England . . . zur constanten Politik des Deutschen Radicalismus geworden“.<sup>328</sup>

Ende Juli hatten sich die Meinungen der Parteien soweit ausgeprägt, daß sie auch hier zu voller Gegensätzlichkeit führten.

Die gleichsam „unter französischen Impulsen“ handelnden Demokraten hatten England abgetan, weil es ihren Ideen keine unmittelbare Hilfe angedeihen ließ. Ihre Abneigung konnte sich unter dem Eindruck, daß die Rechte die englische Diplomatie verteidige, nur verstärken. — Obwohl nun vorzüglich Bassermann und Beckerath die Schlichtungsversuche Englands entgegen den Anwürfen eines Vogt anerkannten, so kann man doch nicht sagen, daß sie sich dabei in unklaren Gefühlen verloren.

---

325. St. B. II, S. 1108.

326. In England, schrieb Bassermann in seinen Denkwürdigkeiten S. 163, wage niemand, „die Feierlichkeit der Parlamentsverhandlungen auch nur mit einem Hauche zu stören“.

327. St. B. II, S. 1108.

328. Gagern a. a. O. II, 2 S. 678.

Sie beschönigten nichts und waren immer darauf aus, von den Engländern zu lernen. Wenn die Handelstraktate Englands mit Deutschland, wie die Demokraten meinten, jenem Vorteil und Deutschland Nachteil gebracht hatten, so sei das — sagte Bassermann — kein Beweis für die Feindseligkeit der Engländer gegen Deutschland, „sondern ein Beweis dafür, daß wir uns in einem Zustande befanden, aus welchem wir uns erheben mußten“.<sup>329</sup> Den Vorschlag Lord Cowleys, ihm das Reichsministerium des Äußeren zu übertragen, verstand Bassermann lediglich vom Standpunkte englischer Interessenpolitik, „wie sorgfältig englische Staatsmänner auch die kleinsten Wege ausspähen, auf welchen das Interesse ihres Landes möglicherweise zu fördern ist“.<sup>330</sup>

Es war gewiß leichter, den Stellungswechsel der Demokraten mitzumachen, als mit der Ansicht durchzuhalten, daß man England politisch nötig habe. Es schien den Demokraten einfach unfassbar, daß Bassermann betonen konnte, die Vermittlung der englischen Regierung sei um so dankbarer anzuerkennen, je schärfer die englische Presse Deutschlands Vorgehen rüge. Und doch kam in diesen Äußerungen nur der auf die Wirklichkeit gestellte Sinn der Nationalen zum Vorschein, der der Mißgunst der englischen öffentlichen Meinung gleichmütig gegenüberstand, wo die englische Regierung nutzbare Dienste anbot.

Die Frage blieb freilich, ob und von welchem Standorte aus die „reale“ Haltung der Nationalen zu billigen war. Denn es konnte nicht abgestritten werden, daß beispielsweise ein so einflußreiches Blatt wie die Times, in ihrer Ausgabe vom 24. Juli, die Einheitlichkeit einer deutschen Politik überhaupt bezweifelte: so lange es sich um Dänemark auf der einen und Preußen auf der anderen Seite gehandelt habe, sei es viel leichter gewesen, zu einem Übereinkommen zu gelangen; und als Preußen gerechten Bedingungen schon zugestimmt habe, werde England mitgeteilt, daß die ganze militärische und diplomatische Oberleitung Deutschlands in Frankfurt sei. Mit halben und geteilten

---

329. St. B. II, S. 1108. — Bismarck hat Bassermann als einen „hervorragenden Redner“ bezeichnet, vgl. Bassermann, a. a. O. S. 297.

330. Bassermann a. a. O. S. 204; so äußerte sich am 3. August Lord Cowley gegenüber Gagern.

Mächten könne man aber unmöglich verhandeln.<sup>331</sup> — Gerade hier aber setzte das sachliche Denken der Nationalen ein. Je intensiver die Beschäftigung mit England geworden war, desto klarer hatten sie die einheitliche Linie der englischen Politik erkannt. Diese Erkenntnis spornte sie nun ihrerseits an, für eine deutsche Interessenpolitik Sorge zu tragen. Der Schwerpunkt einer solchen Politik konnte indessen nur in Preußen liegen! So handelten die Nationalen immer stärker mit Preußen solidarisch; seit Mitte Juni und besonders im Streite Preußens mit Dänemark standen sie hinter der preußischen Führung. Allein so real das im ganzen gesehen war, so war es nicht-destoweniger folgerichtig, daß eine politische Niederlage Preußens zugleich die ihre sein mußte. Immerhin war dies nicht zu befürchten, solange die Paulskirche vernünftig blieb und außenpolitisch nichts Überspanntes verlangte.

Das Gegenteil geschah. Die Rechte mußte erleben, daß das Eintreten der Nationalversammlung für Schleswig-Holstein, das im deutschen Volke die lebhaftesten nationalen Bekundungen hervorrief, zur Überspannung des Bogens führte. Es ist vielleicht der tragischste Moment für die Nationalen in der Paulskirche gewesen, diese Gefahr herannahen zu sehen, ohne ihr Einhalt gebieten zu können. Allerdings muß hinzugefügt werden, daß für sie die Erkenntnis ebenso erschreckend war, den Streit um Schleswig als Keimzelle größter Gefahr betrachten zu müssen.

Die allgemein tiefwurzelnde Begeisterung für Schleswig-Holstein gab den Ideen der Demokraten den stärksten Impuls. Von „tiefer Politik“ war dabei nicht die Rede. Das Eintreten für Schleswig bedeutete für sie ein Bekenntnis zur Freiheit. Sie sahen in den Schleswigern deutsche Brüder, die man befreien müsse. Es war das alte Lied gegen die Tyrannen, das sich mit der Folgerichtigkeit des republikanisch-unitarischen Prinzips vermischte und sich wie selbstverständlich auf die Herzogtümer Schleswig und Holstein erstreckte. Auch die Nationalen beherrschte nichts mächtiger als der Wunsch, endgültig die nord-deutschen Herzogtümer dem deutschen Einheitsverbände einzu-

---

331. Vgl. Precht a. a. O. S. 61 f.

gliedern. Sie waren überzeugt, daß ihre nationalen Absichten in diesem Falle vor der Welt mehr als genug gerechtfertigt seien. Ihr Kampf um Schleswig-Holstein ergab sich aus ihrer Staatsauffassung. Diese Auffassung, die „sich niemals von dem Gegebenen, also auch nie von der geschichtlichen Entwicklung ihres Volkes trennte“,<sup>332</sup> verband sich mit dem unbedingten Willen zur festen bundesstaatlichen Einheit, wie sie schon Paul Pfizer entwickelt hatte: starke Bundesverfassung, lebendige und wirksame Einheit in der Vielheit.<sup>333</sup> Wenn Deutschland sich also zur nationalen Einigung aufraffte, mußte es die Rechte der Herzogtümer, die zum Deutschen Bund gehörend erklärt waren,<sup>334</sup> wahrnehmen und gegen eine Danisierung protestieren.<sup>335</sup> Der kriegerische Einsatz für die Herzogtümer war daher für sie kein Eroberungsfeldzug, sondern lediglich ein „Vertheidigungskrieg“.<sup>336</sup> Schleswig-Holstein war deutsch, also verteidigte man es zu recht, sofern sein Deutschtum gefährdet schien.

Im übrigen wurde die friedliche Haltung Deutschlands dem Auslande gegenüber immer wieder stark betont. Sehr bezeichnenderweise schrieb der Reichsaußenminister Heckscher<sup>337</sup> an v. Raumer nach Paris: „Im allgemeinen wird es eine Ihrer wichtigsten Aufgaben sein, die ganz irrige Meinung zu bekämpfen, als würden wir in einer der jetzigen Verwicklungen<sup>338</sup> von Vergrößerungslust geleitet“.<sup>339</sup>

Mitten in dem Ringen um Schleswig-Holstein vollzog sich die Abwendung Englands von Preußen und „Deutschland“.

---

332. Laube a. a. O. S. 128.

333. Man sprach gelegentlich von den „Vereinigten Staaten von Deutschland“.

334. Gagern a. a. O. II, 2, S. 776.

335. Ein Beispiel dafür, wie sehr der Nationalstaatsgedanke von Droy-  
sen im Historisch-Gegebenen wurzelte, gibt Fenske a. a. O. passim.

336. So Zachariä, St. B. I S. 286.

337. Man hatte zunächst den Fürsten Leiningen zum Außenminister gemacht, weil er mit der Königin Viktoria verwandt war. Das schien, schrieb Bassermann, Denkwürdigkeiten S. 203, „um so nützlicher werden zu können, als Englands Unterstützung im dänischen Kriege unentbehrlich war“. Leiningen trat das Ministerium sofort an Heckscher ab.

338. Anspielung auf Schleswig, Limburg, Posen, Italien.

339. Geschrieben unter dem 20. Aug., Raumer, Briefe R. A. F.

Palmerston nämlich, gekränkt über seine fehlgeschlagenen Vermittlungsversuche und darüber, daß Preußen plötzlich den Reichsverweser vorschob, erklärte Bunsen am 22. Juli: die Dänen und Schweden nähmen alle Bedingungen an, nur Preußen bereite Schwierigkeiten, indem es die Ratifikation des Vertrages vom Reichsverweser abhängig mache. In Frankfurt scheine man kriegerisch gestimmt zu sein! Unter diesen Umständen werde er Rußland das Weitere überlassen. Dieser Bescheid ging nach Berlin.

Die Drohung, Rußland jetzt das Feld freizugeben, zeigte deutlich, daß Palmerston Dänemarks Partei ergriffen hatte; und zwar unter dem Wahlspruch, es müsse Frieden werden.<sup>340</sup> Im Interesse seines Handelns wünsche England Beendigung der Streitigkeiten, unter denen der gesamte Ostseehandel litte. Zum Reichsverweser unterhalte England übrigens keinerlei Beziehungen, Preußen allein sei voll verantwortlich.

Nach einer schier endlosen Kette von Verhandlungen erfolgte tatsächlich am 26. August in Malmö der Abschluß eines Waffenstillstandes zwischen Preußen und Dänemark. England hatte nicht verabsäumt, den Vertrag als Garant zu unterzeichnen.<sup>341</sup> Die preußische Regierung, von Rußland, England und Frankreich bedrängt, hatte einwilligen müssen, ohne auf die Wünsche der Nationalversammlung Rücksicht nehmen zu können. Die „Reichstruppen“ wurden aus den dänischen Provinzen zurückgezogen.<sup>342</sup>

Die Zentralgewalt war von der Nachricht des Waffenstillstandes im höchsten Grade überrascht; aber, wie die Dinge lagen, blieb nichts Anderes übrig, als sich zu fügen, es sei denn, man hätte Mittel gehabt, Preußen zu zwingen, den Krieg wieder aufzunehmen.

Die Nationalversammlung geriet in eine ungeheure Aufregung und beschloß, den „Waffenstillstand“ energisch zurückzuweisen und die Truppen wieder vorrücken zu lassen.

In diesem Beschluß lag die große Wende der Dinge, von der Vernunft zur Verkennung der Kräfte, von der Ordnung zum

---

340. Vgl. Nippold-Bunsen II, S. 454 Fußnote.

341. Vgl. Artikel XI des Vertrages, St. B. III, S. 1879.

342. Duckwitz a. a. O. S. 81.

Tumult. Selbst auf die Gefahr hin, gleichzeitig einen Krieg mit England, Rußland und Frankreich zu entfesseln, stellte sich die Mehrheit der Paulskirche eigenwillig hinter Schleswig-Holstein. Diese Mehrheit<sup>343</sup> war zusammengesetzt: aus den Demokraten, einer Gruppe von Mitgliedern, die in ihrer Denkungsweise nationale und demokratische Ideen verknüpften und den Schleswiger Abgeordneten um Dahlmann.

Auffallend war in dem Hin und Her der Debatte das Zusammenhalten der Demokraten und der Schleswig-Holsteinischen Abgeordneten. Dahlmann bewegte sich jetzt merkwürdig häufig in Redensarten wie „Ehre und Stolz“ der Nation, was gewöhnlich nur bei den Demokraten zu geschehen pflegte. Treffend und mit einem deutlichen sarkastischen Unterton konnte deshalb der Abgeordnete v. Beckerath bemerken: „Herr Dahlmann, in der engsten Übereinstimmung mit Herrn Blum, nimmt an, daß von allen Seiten Deutschlands Freischaaren nach Schleswig ziehen würden“.<sup>344</sup>

Das änderte jedoch nichts daran, daß Dahlmann leidenschaftlich und erfolgreich für die Einstellung des Vertrages kämpfte. Es sei keineswegs die Schleswig-Holsteiner Frage allein, die so viele Anfeindungen gegen die Nationalversammlung erzeuge, „sondern es sei die Einheit Deutschlands“.<sup>345</sup> Immer noch stellte er den Engländer als rühmliches Vorbild hin: „Was ist es, das den Engländer so groß gemacht hat? Nicht wahrlich seine weltbeherrschende Flotte, wahrlich nicht seine glänzenden und reichen Eroberungen in allen Welttheilen; Eins, ein ganz Einfaches hat ihn großgemacht: Jeder einzelne Engländer wiegt England so schwer, wie das ganze England (Bravo!). Jeder einzelne Engländer wiegt für England das ganze Vaterland — und h i e r gilt es viele Hunderttausende!“<sup>346</sup> Folgerichtig war es freilich bei solchem Gedankengang, daß eine Unterwerfung auch nur eines deutschen Gebietsteiles unter irgend-

---

343. Vom 5. September 1848.

344. Die Karikatur von 1848 hat jene Verbindung von Nationalismus und Radikalismus genugsam bespöttelt. Über Beckerath vgl. H. Nathan, Preußens Verfassung und Verwaltung, S. 9 f. Ferner vgl. St. B. III, S. 1898.

345. St. B. III, S. 1882.

346. St. B. III, S. 1882.

eine Macht des Auslandes, und sei es England selbst, einer geistigen Unterwerfung des jungen Deutschlands gleichkam.

Dahlmanns unerschütterlicher Glaube an die Einheit Deutschlands drang im Augenblicke höchster Spannung in die Versammlung ein und wurde hauptsächlich von den Demokraten als Befreiung empfunden.

Der erste Sprecher der Demokraten war Heinrich Simon aus Breslau. Ähnlich wie der gemäßigte Dahlmann fürchtete er keine Übermacht der äußeren Feinde, und sei sie auch noch so groß. Weder Rußland, noch Frankreich, noch England solle es wagen, in die gerechte Sache Deutschlands hineinzureden! Anderthalb Millionen bewaffneter Männer würden ihnen antworten. „Ich sage Ihnen, nicht Rußland, nicht Frankreich und nicht England werden es wagen, und ich will Ihnen sagen, warum, ohne mich auf Erörterungen auswärtiger Verhältnisse einzulassen; deshalb, weil sie klug sind; weil sie wissen, daß, wenn sie einen ungerechten Angriff auf Deutschland unternehmen, dieß eine deutsche nationale Erhebung herbeiführen würde, wie sie vielleicht die Weltgeschichte noch nicht gesehen hat, (Bravo auf der Linken) eine Erhebung, meine Herren, die freilich lawinenartig nebenbei auch sehr leicht die 34 deutschen Throne und manches Andere vor sich aufrollen könnte.“<sup>347</sup> Simon gab die auf der linken Seite des Hauses herrschende Stimmung vorzüglich wieder. Es kann nicht wundernehmen, daß in seiner Rede<sup>348</sup> das Postulat der Linken, die Republik, mit brücker Offenheit formuliert wurde.

In den entgegengesetzten Gedankenkreisen bewegte sich die Rechte.

Das allgemeinere Gefühl der Demokraten war gewesen, daß der Zustand, den Preußen durch den Waffenstillstand geschaffen hatte, für das Volk nicht haltbar sei; obendrein gab ein Protest ihnen Gelegenheit, die Versammlung an ihre republikanischen Ansprüche und Tendenzen zu erinnern. Während aber die Radikalen noch unentwegt die Trommel für die Schleswiger rühr-

---

347. St. B. III, S. 1884 f.

348. Simon bestieg am 5. Sept. zum erstenmal die Tribüne der Paulskirche, vgl. Jacoby, Heinrich Simon, S. 234 f. Simons Auftreten war von seinen Freunden längst mit Spannung erwartet worden.

ten, war unter den Nationalen niemand mehr im Zweifel darüber, daß es nicht mehr an der Zeit sei, von der Tribüne aus den tatsächlichen Zustand in Disputationen aufzulösen. Daß die Demokraten von dieser Gewohnheit auch jetzt nicht ließen, erschütterte die Nationalen übrigens weniger als die Tatsache, daß die Schleswiger Abgeordneten im Bunde mit den Demokraten standen und in ihrer nationalen Entrüstung keine Grenzen kannten.

Die Darlegungen der Nationalen gingen davon aus, daß die Politik durch die veränderte Haltung Preußens eine neue Richtung nehmen müsse. Ferner meinten sie, daß das unbändige und doch im Augenblick aussichtslose Verlangen nach Schleswig-Holstein nur eine schlimme Zukunft heraufbeschwöre. Radowitz, Friedrich Wilhelms IV. Vertrauter, wies auf die Gefahr eines europäischen Krieges hin. „Gesetzt aber, Rußland und Schweden hätten bestimmt erklärt, daß jede Überschreitung der dänischen Grenze eine Kriegserklärung sei, und daß sie sodann an dem Kriege activen Theil nehmen würden! Gesetzt ferner, die englische Regierung wolle in diesem Falle augenblicklich ihre vermittelnde Thätigkeit einstellen, und sich die Schritte vorbehalten, zu denen sie sich durch die offenkundige Stimmung ihres Volkes gedrängt fühlte! Gesetzt endlich, Frankreich habe sich in gleicher bedrohlicher Weise über unser Verhalten gegen Dänemark ausgesprochen!“<sup>349</sup> So zählte er alle Möglichkeiten auf, die Deutschlands Verderben bedeuten konnten. Gegen Schleswig hörten sich seine Worte freilich kalt und gefühllos an; und doch waren es nur Worte, die von der Überzeugung und Ahnung durchdrungen waren, daß ein Völkerkrieg das Ende der deutschen Bewegung nach sich ziehen würde. Mit dem Zustand einer allgemeinen Volkserhebung, wie sie den Demokraten vorschwebte, war in den Augen eines nüchternen Militärs wie Radowitz nichts gewonnen, solange die europäischen Mächte zur überlegenen Gegenwehr schreiten konnten. Es verdiente daher nach der Meinung der Nationalen die größte Beachtung, daß alle kriegsnotwendigen Mittel fehlten; es war kein Geheimnis, daß die Truppen der Mittel- und Kleinstaaten

---

349. St. B. III, S. 1895.

alles andere als in kriegstüchtigem Stande waren.<sup>350</sup> Wollte man außerdem einen Bruch mit Preußen wagen, wo es auf die äußerste Sammlung aller Kräfte ankam? — So warnte Radowitz nachdrücklich vor Übersteigerungen und Bestrebungen, die sich mit der nationalistischen Phrase umkleideten und nur Brandherde entfachten.

Übrigens grenzte es an Ironie, daß die Meinung von Radowitz merkwürdig mit jenen Worten übereinstimmte, die Carl Vogt ehemals ausgesprochen hatte. „Wir schlucken“, hatte dieser gesagt, „nach Norden hin; wir schlucken nach Westen; wir schlucken nach Osten hin; überall suchen wir, wie man sagt, das ‚deutsche Element‘ einzuschlucken, und wir verderben uns am Ende den Magen daran“.<sup>351</sup> Es wäre interessant gewesen, wenn er am 5. September nicht geschwiegen hätte, wo seine politischen Freunde gerade das forderten, was er einst verabscheut hatte.

An seiner Statt trat der aus Trier stammende Feuerkopf Ludwig Simon gegen Radowitz auf. Simon gab zunächst zu, daß sich die auswärtigen Verhältnisse sehr ungünstig gestaltet hätten; und wenn die demokratische Ideologie seinen Scharfsinn nicht getrübt hätte, so wäre er der Wirklichkeit näher gekommen, oder vielleicht hätte die Krisis seine Meinung realer entwickelt. Aber so schob er mit einer großartigen Handbewegung alles außenpolitisch Widrige beiseite: man hätte sich ja längst denken können, meinte er, daß England und Rußland „kein besonderes Vergnügen an der Stärkung unserer Einheit haben würden“.<sup>352</sup>

Es ist nicht zu leugnen, daß Dahlmann sich über allen Parteiklüngel hoch erhoben hatte; und doch hätte er als Politiker voraussehen müssen, daß die Parteiung selbst dadurch nicht abgestellt werden konnte. Wie hätten die sonst üblichen Gegensätze der Parteien sich auch hier gerade aufheben sollen, wo Theorie und Praxis der politischen Anschauungen die erheblichsten Meinungsverschiedenheiten zwischen Demokraten und

---

350. Duckwitz a. a. O. S. 82.

351. Vgl. O. E. Sutter, Die Linke der Paulskirche S. 31.

352. St. B. III, S. 1902.

den Nationalen hervorbringen mußten? So war es eine Genugtuung für die Nationalen, daß Dahlmann von Bassermann eine scharfe Zurechtweisung erfuhr.

Mit voller Sicherheit und einer Beredtsamkeit, die nur diesem Gefühl der Sicherheit entsprang, führte Bassermann Dahlmanns Gedanken über England weiter aus; zugleich aber zeigte er, daß diese Gedanken — zumindest für den Augenblick — ein sehr subjektives Element ihres Schöpfers in sich trugen. Dahlmann habe England als Vorbild der Einmütigkeit hingestellt. Das Schlimmste und Schmerzlichste aber sei gewiß die Wahrnehmung, „daß die Einigkeit in Deutschland noch nicht zu demjenigen Punkte gediehen sei, auf welchem jene englische Stärke beruhe“.<sup>353</sup> Man müsse das Definitivum, das deutsche Verfassungswerk, schneller zu Ende bringen! Die auf Einigung Deutschlands gerichtete Sinnesweise der Nationalen schien bei Bassermann durch die Krise eher verstärkt als verringert zu sein. Noch vor Ablauf der sieben Monate des Waffenstillstandes müsse die deutsche Verfassung fertig vorliegen. — Die Linke und die Schleswig-Holsteiner riefen nach der Ehre Deutschlands und glaubten, sie allein zu vertreten; er wisse wahrhaftig nicht, ob diese Stunde die rechte sei, darüber abzuurteilen, wo die Ehre Deutschlands am meisten gewahrt werde, ob rechts oder links. Kalt und besonnen müsse man die Folgen für die Zukunft abwägen. „Wenn Sie gehört haben, daß Preußen für sich den Vollzug des Waffenstillstandes unterzeichnet hat, so frage ich Sie, wen Sie aufrufen wollen bei Weiterführung des Krieges, und welche Stellung Sie gegenüber Preußen haben?“<sup>354</sup>

Aber trotz allen guten Entgegnungen von rechts, trotz allen sachlichen Gegengründen siegte die Gefühlspolitik in der Paulskirche. Die Mehrheit hatte an die Gerechtigkeit der Welt appelliert, und das war eben einleuchtend und besaß den starken Schwung der Popularität. Der Antrag der vereinigten Ausschüsse<sup>355</sup> kam mit 238 Stimmen gegen 221 Stimmen durch.

---

353. St. B. III, S. 1889; Bassermann, Denkwürdigkeiten S. 211 f., bezeichnet diese Rede gegen Dahlmann als „wohl eine seiner gelungensten“.

354. St. B. III, S. 1890.

355. Der Ausschuß für auswärtige Fragen und der für die Errichtung

Tags darauf, am 6. September, schrieb Bassermann an seine Frau: „Weil wir nicht Krieg mit ganz Europa beginnen wollten, legten wir alle unser Amt nieder,<sup>356</sup> durch einen Beschluß des Reichstags veranlaßt, der mit 17 Stimmen Mehrheit gegen unsere Friedenspolitik ausfiel. Aber nicht Krieg will die Mehrheit; sie wollte teils populär werden, teils uns stürzen, teils trieb sie der Ehrgeiz. Was alles daraus entstehen kann, ist noch nicht zu ermessen“.<sup>357</sup> Ähnlich äußerte sich Bassermanns Freund Karl Mathy: „Wir fühlen uns zu schwach, den Krieg ohne, ja gegen Preußen, nicht nur mit Dänemark, sondern auch mit Schweden, Rußland, Frankreich, vielleicht auch England zu führen und müssen die Lösung dieser Aufgabe unseren Nachfolgern überlassen“.<sup>358</sup> Mathy und Bassermann sahen mit Besorgnis, daß der Beschluß der Paulskirche eine immer wachsende Gefahr in sich schloß. Bemerkenswert war besonders die Ansicht von Mathy, daß sich gegebenenfalls auch England gegen Deutschland wenden würde. — „Den Waffenstillstand hier verwerfen“, meinte Droysen, „heißt nicht bloß Preußen von Deutschland reißen und es vielleicht in sich selber spalten, es heißt Deutschland zugleich in den europäischen Krieg und in den Bürgerkrieg stürzen“.<sup>359</sup>

Obwohl das Reichskabinett demissionierte und Dahlmann kein Ministerium zustande bekam, verteidigten die Gefühlspolitiker weiterhin ihre Stellung. Blum wollte schließlich sogar „den letzten waffenfähigen Mann auch gegen die französische Republik“ stellen, falls dieselbe sich anmaße, „unbefugter Weise“ in deutsche Angelegenheiten sich hineinzumischen.<sup>360</sup> Wie widersprach er doch damit sich und den Ansichten seines Freundes C. Vogt,<sup>361</sup> der sich nie hatte vorstellen können, daß Frankreich jemals auf die Seite Dänemarks treten würde.

---

der Zentralgewalt wurden behufs schnellerer Erledigung der Schleswiger Angelegenheit zusammengelegt.

356. Als Reichsminister, beziehungsweise Staatssekretäre.

357. Denkwürdigkeiten, S. 212 f.

358. L. Mathy, Aus dem Leben von Karl Mathy S. 377.

359. Droysen, Briefwechsel S. 464, geschrieben am 6. Sept.

360. St. B. III, S. 2118.

361. St. B. II, S. 1105.

Allmählich erst lernte man nüchterner und damit richtiger urteilen. Es war nicht ganz leicht, die Mitglieder davon zu überzeugen, daß Preußen, nachdem es sich einmal gebunden hatte, nicht mehr zurück konnte. Trotzdem gewann schließlich die Zahl der Mitglieder die Majorität, die im Kern erkannt hatte, daß man, falls man Preußen entgegenarbeite, den auswärtigen Mächten eine Handhabe geradezu aufdränge, die deutsche Nationalbewegung zu ersticken. Auch jene, die zuerst so bestimmt und begeistert für England eingetreten waren, kamen mehr und mehr dahin, die Stellung Englands vorsichtiger zu betrachten. — Aber die allgemeine Spannung war mittlerweile eine zu große geworden. Die immer drohende Gefahr, die einen Teil der Paulskirche stets fremde Eingriffe befürchten ließ, erzeugte Verwirrung; dazu kam dann der Umschwung der Nationalversammlung, vom „Nein“ zum „Ja“, in der Malmöer Angelegenheit. Die nationale Erbitterung und Verstimmung in der Paulskirche stieg aufs höchste und fing zuletzt an, auf den Frankfurter Pöbel überzugreifen. Der Aufruhr brach los, der Abstieg der Nationalversammlung begann. — Von großem Nachteil für die 48er Bewegung ist es ohne Zweifel mit gewesen, daß da, wo die Reichsversammlung versucht hatte, Außenpolitik zu treiben, „die Gefühlspolitik gesiegt hatte“.<sup>362</sup> Ob die Ereignisse — hätte man frühzeitig auf Bassermann, Beckerath, Mathy u. a. gehört — einen anderen Verlauf oder Ausgang genommen hätten, muß fraglich bleiben. Sicher scheint nur, daß eine einmütige Haltung im Sinne der Nationalen den völligen Bankrott der Paulskirche im Augenblick hätte verhindern können. Ebenso hätte Palmerston weniger Grund zur Verstimmung gehabt. Man soll auch nicht vergessen, daß Frankreich an Schleswig-Holstein nur indirekt interessiert war.<sup>363</sup> Jedenfalls griff das Ausland erst ein, als ihm das deutsche Machtstreben zu offensicht-

---

362. Mommsen, W., Die deutsche Einheitsbewegung S. 262.

363. Trotzdem hatte der französische Außenminister Bastide die Vertreter Frankreichs in Berlin und Frankfurt Vorstellungen gegen den Angriff Deutschlands auf Dänemark machen lassen. Bei Droysen, Politische Schriften S. 169, findet sich bezüglich Frankreichs Verhalten: „Die Beteiligung Frankreichs endlich ist von der Art, daß sich niemand über dieselbe täuschen kann“.

lich entgegentrat. Rußland drückte der polnische Schuh; England sah Preußen-Deutschlands Vorgehen am Sunde mit Neid und Unbehagen. Beide bemerkten — anfänglich mit Staunen, dann mit Unwillen — den jungen deutschen Wagemut an der Nord- und Ostsee. Daß das alles Dinge waren, die durch die Gefühlspolitik der Nationalversammlung bis zum Überdruß der Mächte gesteigert wurden, ist nicht abzuleugnen. Die „Gerechtigkeitspolitik“ hatte vom Vorparlament an die Befreiung Polens gefordert und damit die Russen vor den Kopf gestoßen. Auf dem gleichen Boden der Gefühlspolitik erwuchsen die Ansprüche auf Schleswig-Holstein, die England herausforderten.

### 5. Reichsministerium und Reichsgesandtschaften.

Indessen war die Paulskirche nicht das einzige Feld, auf dem der Niedergang der 48er Bewegung zu beobachten ist. Noch unmittelbarer fast zeigte sich dieser bei dem Versuch des Reichsministeriums, den diplomatischen Kontakt Deutschlands mit dem Auslande herzustellen.

Zunächst schien es allerdings so, als ob die Vollmacht des Erzherzog-Reichsverwesers ein neues Moment in der großen europäischen Politik sein würde. Im Hochsommer schickte die Reichsversammlung Gesandte aus. Aber sei es nun, daß es die Mächte zweckmäßiger dünkte, ihren altbewährten politischen Traditionen treu zu bleiben, oder daß doch niemand in Europa so recht an ein geeinigtes Deutschland glaubte, — die deutschen Diplomaten wurden allerorts übersehen. Wahrscheinlich war es nützlicher, die innere Zerrissenheit Deutschlands zu erhalten und gegebenenfalls auszuwerten.

Die Protokolle des Frankfurter Reichsministeriums<sup>364</sup> liefern die untrüglichen Aufschlüsse, daß Deutschland von Anfang an mit der Mißgunst der europäischen Mächte zu tun hatte.

Bevor das eben gebildete Reichsministerium seine Arbeit aufnehmen konnte, war es mit dem russischen Gegensatz belastet. Trotzdem hat es sich eifrig bemüht, diplomatische Beziehungen zu Rußland in die Wege zu leiten.

---

364. Protokolle des Gesamt-Reichsministeriums, R. A. F. Vgl. ferner die Entwürfe von G. M. Getz, St. A. F.

Seit Mitte August hatte die russische Regierung durch ihren offiziellen Agenten in Frankfurt, Herrn v. Budberg, halbamtlich bekanntgegeben, daß sie die unmittelbare Erklärung des deutschen Reichsministeriums: der Reichsverweser habe die Geschäfte der Zentralgewalt übernommen — nur unter einer Bedingung annähme. Und zwar dann, wenn vor der Erklärung des Ministeriums sämtliche am kaiserlich-russischen Hofe gesandtschaftlich vertretenen deutschen Regierungen die Übernahme der gesamtdeutschen Leitung durch die Zentralgewalt angekündigt hätten. Dieses erste Wort der russischen Regierung — gleichgültig, ob halbamtlich oder amtlich gemeldet — beweist eindeutig, daß Rußland gesonnen war, die Gegenkräfte der deutschen Revolution, Österreich und die deutschen Mittelstaaten, zu unterstützen. Gesandtschaftliche Vertreter unterhielt nämlich außer Österreich in Petersburg noch Preußen, Bayern, Hannover, Sachsen und Württemberg. Die Absicht Rußlands bedeutete Wasser auf die Mühlen dieser deutschen Staaten, die, auf solche Art gefördert, ihren alten eigenstaatlichen Trott leichter beibehielten. Außerdem wurde kostbare Zeit gewonnen, denn natürlich beeilte sich keiner der Staaten, dem Erzherzog-Reichsverweser am Petersburger Hofe gewissermaßen Anerkennung zu verschaffen.

Am 18. August ließ nun das Reichsaußenministerium der russischen Vertretung in Frankfurt ein Zirkularschreiben zugehen. Obwohl über den Inhalt dieses Schreibens selbst in den Protokollen nichts verlautbart ist, dürfte es doch ohne weiteres klar sein, daß darin von den Gesandtschaftsangelegenheiten die Rede war; und höchstwahrscheinlich enthielt es auch Vorschläge und Vorstellungen.

Einen Tag später fand die erste Vollversammlung des Reichsministeriums statt, in der der Außenminister Heckscher dem Ministerrat mitteilen konnte, daß sich Herr v. Budberg über die Beziehungen Rußlands zur Zentralgewalt geäußert habe. Nach diesen Äußerungen sei es allerdings unzweifelhaft so, daß Rußland vorerst keinen offiziellen, sondern höchstens einen offiziellen<sup>365</sup> Verkehr mit der Zentralgewalt zu führen gedächte.

---

365. Protokolle des G. R. M. § 6, R. A. F.

Von der Stimmung der Minister auf diese Mitteilung hin schweigen die Protokolle. Es wurde aber der Beschluß gefaßt, den schon für den Petersburger Gesandtenposten bestimmten General v. Auerswald einstweilen noch nicht abgehen zu lassen,<sup>366</sup> wiewohl dieser seine Instruktionen bereits empfangen hatte.

Auf die erste Sitzung des Ministerrats folgten dann, wie es heißt, drei Tage ernster Verhandlungen des Ministeriums mit russischen Stellen; indessen half es nichts, die bedingte Negation Rußlands blieb unverändert. Es blieb dem Reichsministerium schließlich nichts Anderes übrig als zu beschließen, daß überhaupt kein Vertreter nach Petersburg entsandt werden würde; lediglich ein Adjutant des Reichsverwesers sollte der kaiserlich-russischen Regierung ein Notifikationsschreiben überbringen.<sup>368</sup> Bevor man aber dem Reichsverweser eine endgültige Entsendung an den Petersburger Hof vorschlug, wollte man die Antwort abwarten, die das russische Kabinett auf das Zirkularschreiben vom 18. d. Mts. gäbe.<sup>369</sup>

Bezeichnenderweise ist diese Antwort nicht eingetroffen. Nebenbei aber brachte die Entwicklung der Nationalversammlung keine Fortschritte. So geschah es, daß die deutschen Staaten allmählich wieder ihr ursprüngliches Übergewicht bekamen. Als nach dem Septemberaufstand der Österreicher v. Schmerling das Ministerpräsidium übernommen hatte, bedeutete das auch im Reichsministerium eine unverkennbare Tatsache. Herr von Schmerling fand nämlich nichts dabei, daß sich das Reichsministerium vor der russischen Erklärung beuge. „Bei der glücklich bestehenden Übereinstimmung der Regierungen mit der Nation“ hatte nach seiner Meinung die provisorische Zentralgewalt „durchaus keinen Grund“, von Rußland ein Opfer seiner politischen Grundsätze zu verlangen. Er möchte daher die deutschen Regierungen, die in Petersburg eine Gesandtschaft unterhielten, ersuchen, dem russischen Hofe die Errichtung der provisorischen Zentralgewalt durch das Gesetz vom 28. Juni d. J. und die Übertragung der Obliegenheiten auf dieselbe anzuzeigen.

---

366. Ebenda § 4.

367. Bassermann a. a. O. S. 204 f.

368. Protokolle des G. R. M. § 6, R. A. F.

369. Ebenda § 14.

Unter diese „Obliegenheiten“ sei die Gesamtvertretung Deutschlands im Auslande zu rechnen. — Aus Schmerlings Munde, besonders zu jenem Zeitpunkte, hörten sich diese Dinge schon fast wie eine Ironie an. Über einen Versuch, unter seiner Präsidenschafts-Ära mit Petersburg zu unterhandeln, ist nichts bekannt geworden. Im Herbst 1848 siegte die Reaktion in Preußen und Österreich, so daß die Zeiten, in denen das deutsche Reichsministerium außenpolitische Probleme lösen konnte, dahin waren.

Immerhin, daß Rußland den Verkehr mit Deutschland radikal ablehnte, war nicht so verwunderlich. Für den Zaren war die Zentralgewalt revolutionär.<sup>367</sup> Daß hingegen die englische Regierung einen regelmäßigen Verkehr mit der deutschen provisorischen Zentralgewalt verweigerte, weil sie eine provisorische sei, bereitete der Nationalversammlung und dem Reichsministerium eine herbe Enttäuschung.

Als außerordentlicher Gesandter nach London war der aus Wien gebürtige Baron v. Andrian beordert. Seiner Instruktion gemäß hatte er den friedfertigen Charakter des jungen Deutschlands hervorzuheben. Die hohe Bedeutung der ersten Gesandtschaft des Reichsverwesers läge „in der Einführung der deutschen Nation als einer Einheit in den Kreis der europäischen Mächte“.<sup>370</sup> Man hoffte zuversichtlich auf die deutschfreundliche Gesinnung der Königin Viktoria und legte nachdrücklich Wert auf den „rechtmäßigen und friedlichen Charakter der deutschen Einheitsbestrebungen“.<sup>371</sup> Über die für England immer wichtiger werdende Schleswig-Holsteiner Angelegenheit hieß es in der Anweisung: „Wir treten nur für ganz bestimmte Rechte der Herzogtümer in die Schranken. Keine Nation der Welt stößt rechtmäßige, günstige Conjunctionen von sich; uns, die wir so viel durch ungünstige gelitten haben, wird man das nicht zumuten“.<sup>372</sup> Das Schreiben des Reichsverwesers an die Königin bezeichnete die Zentralgewalt als berufen, „eine neue rechtmäßige Stelle im Rate der Völker einzunehmen“. Dem Frei-

---

370. Instruktion für Andrian vom 18. August 1848, R. A. F.

371. Ebenda.

372. Ebenda.

herrn v. Andrian sei der Auftrag erteilt, „zur Anknüpfung des völkerrechtlichen Verkehrs zwischen beiden Nationen beizutragen“.<sup>373</sup>

Zuerst ließ es sich übrigens ganz so an, als ob die Dinge in London für Deutschland günstig stünden. Palmerston empfing Andrian sogar, er war höflich zu ihm, fast freundlich. Nur in der Schleswiger Sache sprach er schon mehr im dänischen Sinne als zugunsten Deutschlands. Je schärfer er sich in der Folge gegen die antidänische Politik des Frankfurter Parlaments stellte, desto schwieriger wurde es für Andrian, sich in den politischen Kreisen Londons durchzusetzen. Vielmehr sollte er bald erfahren, daß auch die englische Regierung den Widerstand, den Preußen und Bayern gegen die Nationalversammlung leisteten, wohl zu schätzen wußte, und daß sie überhaupt dem Einigungsversuch der Frankfurter Professoren mißtrauisch gegenüberstand. Das Zusammenfallen der russischen und englischen Interessen am Sunde und die dadurch bedingte völlige Abkehr Englands von Deutschland machten dem Auftrage Andrians ein schnelles Ende.

Wie England verfuhr auch Frankreich.

Im Anfang hatten in Paris, vor allem in der Assemblée, gewisse Sympathien für das Frankfurter Parlament, für jenes Organ der Volkssouveränität jenseits des Rheins, bestanden. An diese Sachlage knüpfte das Reichsministerium an, als es unternahm, diplomatische Beziehungen mit Frankreich aufzunehmen. In der Instruktion des nach Paris entsandten Friedrich von Raumer stand zu lesen: „Die hohe Bedeutung Ihrer Sendung liegt ebenso sehr in der Anerkennung, welche die provisorische Centralgewalt dadurch dem Bestande der französischen Republik zollt, als in derjenigen, welche sie zuversichtlich von Frankreich erwartet. Wir vertrauen, daß Frankreich am wenigsten die Schuld auf sich nehmen wird, unserer errungenen Einheit und Freiheit entgegenzutreten, und daß es die Einführung der deutschen Nation als einer Einheit in den Kreis der europäischen Mächte als eine vollberechtigte, für ganz Europa glückliche Tatsache durch eine ausdrückliche Anerkennung unterstützen

---

373. Ebenda.

wird“.<sup>374</sup> Genau wie in der Instruktion für Andrian wurde außerdem die Friedwilligkeit Deutschlands betont. Die Instruktion Andrians war im ganzen vielleicht herzlicher gehalten als die Raumiersche, die aber trotz ihres zurückhaltenden Tones nichts an Eindruckskraft einbüßte. Allein in Paris wurden die Bemühungen Deutschlands um die Freundschaft Frankreichs schlecht belohnt.

Man hat behauptet,<sup>375</sup> die Enttäuschung, die dem deutschen Gesandten v. Raumer in Paris widerfuhr, beruhe auf diplomatischem Ungeschick. Diese Behauptung läßt sich nicht aufrecht erhalten. Es war viel weniger die persönliche Art Raumers, an dessen Mission man von vornherein zu große Erwartungen geknüpft hatte, sondern vielmehr die sich entschieden durchsetzende antideutsche Haltung der französischen Politik, die eine Verbindung beider Länder unmöglich machte!

Zu Anfang des Jahres 1848, als Frankreich selbst noch unter starken innerpolitischen Schwankungen litt, hatte es wohl die Allianz der französischen und deutschen Demokraten gewünscht. Nach und nach aber hatten sich die nationalen Tendenzen Deutschlands verstimmend ausgewirkt. Die zunehmende innere Besinnung in Frankreich steifte der Parteirichtung den Rücken, die national war und zugleich eine Abneigung gegen Deutschland hatte. Besonders nach der Junischlacht trat dieser Wandel deutlich zutage. Manche sagen, schrieb Raumer aus Paris,<sup>376</sup> „die Frankfurter Versammlung, oder doch die Centralgewalt, geht darauf aus, ganz Deutschland für Österreich zu gewinnen und in Bewegung zu setzen. Zu einer solchen Richtung kann Preußen nie die Hand bieten; weshalb es zweifelhaft bleibt, ob Frankfurt übermächtig oder ohnmächtig wird. — Andere sprechen: bei Österreich, Preußen, Bayern kann man sich etwas Bestimmtes denken; was man sich aber bei einer deutschen Centralgewalt denken könne oder solle, — ist und bleibt unbegreiflich. Obgleich nun aber Frankfurt in der Luft schwebt wie ein Chateau d'Espagne, greift es doch händelsüchtig nach allen Seiten über

---

374. Instruktion für v. Raumer, R. A. F.

375. Valentin a. a. O. II, S. 117.

376. Am 20. August 1848, Raumer, Briefe R. A. F.

die rechten Grenzen hinaus und erregt Besorgnisse fremder Mächte, statt in stiller Bewegung für die heimatliche Entwicklung zu sorgen“. Je mehr in Deutschland die Schleswiger Frage zum Sammelplatz der politischen Leidenschaften wurde, je umfassender die deutsche Bewegung zu werden schien, desto fester dichtete sich Frankreich gegen das Anersinnen Deutschlands ab, mit Frankreich in diplomatische Fühlung zu kommen. Zwar blieb die Freundlichkeit des Außenministers Bastide gegenüber Raumer von allem wie unberührt, aber es wurde dadurch keineswegs vermieden, daß die national-französische Sache den Vorzug erhielt, und daß sehr bald „alle kleinen deutschen Höfe“<sup>377</sup> wieder mit den Vertretern Frankreichs beschickt wurden.

Man hielt in Paris nicht nur jegliche Zentralisierung Deutschlands für „ungerecht, unklug und gefährlich“,<sup>378</sup> sondern betrachtete den leisesten Versuch, die öffentliche Autorität zu konzentrieren, bereits als den ersten Schritt zu dem so gefürchteten „l'Empire germanique“. Vorzüglich die Partei in Deutschland, die ein „brüderliches Bündnis mit Frankreich“ herbeisehnte, machte Raumers Gesandtschaft in Paris unmöglich. Das kam elementar zum Ausdruck, als die Sistierung des Malmöer Waffenstillstandes in Paris bekannt wurde. Von dem Augenblicke an verweigerte nämlich Cavaignac Raumer den Notifikationsempfang; die Deutschen hatten sein Mißfallen erregt. „Si ces foux de Francfort“, äußerte er, „veulent la guerre, ils l'auront“.<sup>379</sup> Als Dahlmann dann am 16. September kein „kriegslustiges“<sup>380</sup> Ministerium zustande brachte, erweckte das wohl wieder günstigere Eindrücke, aber die Neigung der französischen Demokratie zur Paulskirche war außer Kurs gesetzt worden.

Zudem konnte auch kein Zweifel mehr darüber herrschen, daß die Großmächte zusammenarbeiteten. Niemand sollte das härter erfahren als v. Raumer, der sich ohnehin schon in keiner glücklichen Lage befand. Ende Oktober sagte Lord Normanby,

---

377. Bassermann a. a. O. S. 205.

378. Raumer, Briefe R. A. F.

379. Duckwitz a. a. O. S. 87.

380. Am 16. Sept. 1848, Raumer, Briefe R. A. F.

der englische Gesandte in Paris, zu ihm: „Herr von Andrian ist um keinen Schritt weiter als Sie. Es ist ein herkömmlicher Grundsatz Englands, mit vorläufigen Regierungen keine offiziellen, sondern nur officieuse Verbindungen anzuknüpfen. Dies wird anders werden, sobald sich Deutschland eine feste Verfassung gegeben hat“.<sup>381</sup> Das Trösten und Einreden Lord Normanbys konnte nicht verdecken, daß England in Frankreich den passenden Genossen seiner politischen Vorsicht gefunden hatte. Wenn Raumer am 20. August 1848 aus Paris berichtet hatte, es scheine: „Frankreich sei nicht gesonnen, sein Verhältnis zu Deutschland nur in Übereinstimmung mit den übrigen Mächten auszusprechen und festzustellen“,<sup>382</sup> so war das damals schon ein Irrtum. Obwohl mit keinerlei Interesse am Sunde verankert, stellte es sich doch mit Rußland und England hinter Dänemark.

Gegen eine derartige Verbindung war die Paulskirche machtlos. Trotzdem war der Verkehr, den sie mit den in Frankfurt weilenden officiösen Gesandten der Großmächte unterhielt, sehr lebhaft. Der Gesandte Frankreichs, Tallenay, und Lord Cowley, der englische Gesandte, und Herr v. Budberg, der Vertreter Rußlands in Frankfurt, hatten alsbald eine vielbeachtete Stellung inne. Namentlich Lord Cowley wurde von der Zentralgewalt und später noch vom Ministerpräsidenten Gagern gern zu Rate gezogen.

Eine erfolgreiche Außenpolitik war aber, wie gesagt, bei der Konstellation der europäischen Mächte nicht möglich. Am 24. August 1848 versicherte der Reichsaußenminister Heckscher dem Ministerkollegium, daß er angesichts der „jetzigen Lage der Dinge“, die „sehr schwierig“<sup>383</sup> geworden sei, ein ausführliches außenpolitisches Programm nicht geben könne. Wenn zwei Tage später im Ministerrat beschlossen wurde, die Grundzüge einer auswärtigen Politik Deutschlands dennoch auszuarbeiten, so zeugt das für den starken Willen dieses Ministeriums, sich nichts nachzusehen und sich gegenüber den europäischen Mächten nicht aufzugeben. — Zu einer

---

381. Raumer am 28. Oktober 1848, R. A. F.

382. Ebenda.

383. Protokolle des G. R. M. § 15, R. A. F.

Ausarbeitung jenes Programms scheint es jedoch niemals gekommen zu sein, was bei dem inneren und äußeren Niedergang der Paulskirche wohl zu verstehen ist. „Ich glaube“, schrieb der preußische Bevollmächtigte in Frankfurt, Graf v. Usedom, voll Wehmut, „uns hat das Herz bei dem Gedanken geschlagen, unser Vaterland das große edle Gesamtvaterland unter den Staaten Europas auf die Stelle zu erheben, die ihm gebührt und welche Frankreich England Rußland im Verhältnis zu ihrer Macht Bildung und Größe bereits behaupten“.<sup>384</sup>

---

<sup>384</sup>. Usedom, Politische Briefe und Charakteristiken S. 151.

## Schluß.

Wenn wir am Schluß unserer Ausführungen nochmals die Frage aufnehmen, was die Denkgrundformen der Parteien im Zusammenhang mit den außenpolitischen Ideen bedeuten, so haben wir zunächst festzustellen, daß die demokratisch-subjektivistische Betrachtungsweise in den Bezirken der Außenpolitik fehl am Platze war.

Allerdings konnte es vom Standpunkt „reiner Menschlichkeit“ durchaus verständlich sein, daß man der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit den Vorsitz in der Weltgeschichte sichern wollte. Man versteht auch, daß es für die Demokraten ein Herzensbedürfnis war, Schulter an Schulter mit den französischen Brüdern, mit denen sie gleiches inneres Wesen verband, für die Freiheit zu kämpfen;<sup>1</sup> daß sie die Polen von der „Herrschaft des unfreien Prinzips“ erlösen wollten. Wenn man weiterhin nach England sieht und bemerkt, daß die Cobdensche Freihandelspartei den Angelpunkt ihrer Ideen bildete, so kann man gewiß nicht bestreiten, daß die Außenpolitik des Subjektiven reich an Gipfelpunkten gewesen ist. Trotzdem fragt es sich, ob diese politische Methode nicht jede wirkliche Außenpolitik aufhob. Erinnert man daran, daß Arnold Ruge die Intervention offen pries, „daß die Männer der Linken im Europäischen wurzelten, daß sie sich immer bewußt blieben, ein Deutschland, das als beständig gelten wolle, müsse seine Beziehungen zu nächsten und ferneren Nachbarn auf der Basis ehrlicher kosmopolitischer Einstellung regeln“,<sup>2</sup> — dann wird man ernstliche Zweifel an dem Charakter dieser internationalen Außenpolitik hegen dürfen.

Es wäre, falls man 1848 die Führung einer deutschen Außenpolitik mit demokratischem Geist erfüllt hätte, eher eine Zeit des Krieges als des Friedens geworden. Ein Krieg im Sinne staatsumwälzender Propaganda war aber gewiß nicht das Stich-

---

1. Sybel a. a. O. I S. 151.

2. Sutter a. a. O. S. 16.

wort, mit dem man sich damals bei den Regierungen der europäischen Großmächte vorteilhaft einführen konnte. Selbst in dem revolutionären Frankreich zeigten die neuen Machthaber alsbald, daß ihr erstes außenpolitisches Ziel sein mußte, den Frieden Europas mit zu gewährleisten. — Man konnte den Einspruch hören: darin, daß die Demokratie durch einen „Russenkrieg“ an die Macht gelangen wollte, habe doch ein „sehr realpolitisches Moment“ gelegen. Darauf ist zu erwidern, daß Deutschland von einer kriegerischen Verwicklung mit Rußland nichts Gutes erwarten durfte. Man stelle sich bei der Zitierung des realpolitischen Moments nur den Zaren Nikolaus vor den unnachgiebigsten und tatkräftigsten Vertreter des autokratischen Gedankens, und den König von Preußen, der leicht dazu neigte, die Anschauungen des Zaren gutzuheißen! Man denke an das wenig erfreuliche Sichabwenden Englands von Deutschland! Überschaute man das alles, so erscheint der Plan eines Krieges mit Rußland als die bedenkenlose Rücksichtslosigkeit eines Draufgängertums, das sich durch seine revolutionären Gefühle auf Irrwege locken ließ. Darüberhinaus war es aber, so wie die Parteiverhältnisse in Deutschland sich gestalteten, höchst unwahrscheinlich, daß die Radikalen durch einen „Russenkrieg“ an die Macht kommen würden.

Ideologisch, ungestüm, getrieben von einem fanatisch-egstirnigen Ehrgeiz — das waren die außenpolitischen Ideen der Demokraten; den politischen Wirklichkeitssinn vermögen wir erst bei den Nationalen zu erkennen.

Den Ausgangspunkt für die außenpolitischen Erwägungen der Nationalen bildete die Auffassung, daß die große Aufgabe, den deutschen Staat zu schaffen, nur gelöst werden könne, wenn der Friede bewahrt würde. Sie erblickten, ihrer Entwicklung gemäß, den obersten Grundsatz der Außenpolitik weniger in dem Streben nach Gebietserweiterung als in der Ehre und dem Wohlergehen der Nation. Sie entwarfen als unmittelbares Zukunftsbild die Verwandlung der deutschen Staatenwelt in einen unabhängigen Nationalstaat, dessen Dasein im „Herzschild Europas“ den beständigen Frieden gewährleiste.<sup>3</sup> Daß es „die ärgste

---

3. Droysen, Politische Schriften S. 136, 160, 165.

Verrückung des europäischen Gleichgewichts war, wenn Deutschland seine bisherige Zerrissenheit und Ohnmacht zu endigen versuchte“,<sup>4</sup> war selbstverständlich. Ebenso war aber den Nationalen — wie es besonders aus den Protokollen des Fünfziger-Ausschusses mit hervorging — auch klar, daß die deutsche Frage nicht nur eine „Verfassungs-, sondern eine Machtfrage“ zwischen Preußen-Deutschland und Österreich war. Am 6. April schrieb Droysen: „Gebe Gott, daß diese Machtfrage sich vor dem Parlament entscheidet; in demselben müßte sie sofort zu einer Zersetzung wie der Versammlung so der Nation führen“.<sup>5</sup> Damit war ausgesprochen,<sup>6</sup> daß der Eintritt Österreichs „in ein unauflöslich organisches Bündnis“ mit „Deutschland“ seine großen Schwierigkeiten haben würde. Dennoch mußte man selbst, da man der Welt gegenüber keine realen Machtmittel in Händen hatte, notgedrungen Anlehnung an eine Macht suchen. Man glaubte sie in Preußen finden zu können, so sehr sich das auch als Trugschluß herausstellen sollte.

Wie dem immerhin sei: das Verlangen nach Frieden und die Arbeit für einen militärisch und innerlich starken Staat als das beste Mittel für seine Sicherung nach außen bestimmten stets die außenpolitischen Ideen der Nationalen und lassen uns eine Folgerichtigkeit erkennen, die viele Beurteiler nicht sehen wollen.

Die polnische Frage war der Hauptgegenstand, der im Vorparlament zu den ersten Auseinandersetzungen der Parteien führte, und sie tauchte auch später immer wieder in der Außenpolitik auf. Hier konnten wir wohl am besten feststellen, wie geschickt und erfolgreich sich die Nationalen mit einer Frage befaßten, die einen europäischen Krieg zu verursachen drohte. Wir brauchen diese Verhandlungen nicht noch einmal in allen Einzelheiten zu verfolgen. Wir wissen, daß die Rechte gegen den sinnlosen, von den Radikalen propagierten Russenkrieg gewesen ist, und daß

---

4. Oberpostamts-Zeitung vom 29. August 1849; Droysen, ebenda S. 168.

5. Droysen, Beiträge zur neuesten deutschen Geschichte S. 4; E. Schulze, Gervinus als politischer Journalist S. 128; Rümelin a. a. O. S. VIII.

6. Vgl. auch den Bericht, den Rümelin am 1. Oktober 1848 im „Schwäbischen Merkur“ veröffentlichte.

die Polenbefreiung von den Tagen des Vorparlaments an eine Parteiangelegenheit der Linken war; die Protokolle der Fünfziger bestätigen das. Aber es war doch äußerst lehrreich zu sehen, daß die Nationalen, als die Revolution in jenen Tagen Ende März sich anscheinend in Richtung auf einen Krieg mit Rußland entwickelte, aus ganz anderen Gründen gleichsam dieselbe Politik betrieben wie die Radikalen. Wenigstens sah es so aus, denn auch hier muß schon der Unterschied bedacht werden, daß die Radikalen eine Offensive beabsichtigten, wogegen die Nationalen sich selbst, d. h. das neue Deutschland vom Zaren bedroht fühlten. Die Radikalen also wollten, um es im Sinne Carl Vogts zu sagen, Krieg mit den Fürstenthronen und Frieden mit den republikanischen Völkern; sie meinten, daß der Krieg für Polen den Sturz der Dynasten und die folgerichtige Verwirklichung des revolutionären Ideals bringen würde. Die Nationalen aber hofften, daß ein Krieg mit Rußland — der augenblicklich so populär war — die Deutschen zu einer Nation zusammenschweißen und ihnen helfen würde, die Abneigung, die im Volke gegen ein starkes stehendes Heer bestand, zu überwinden. Die marxistische Historie hat von einem Angriffskrieg auch der Rechten im Vorparlament gesprochen; nichts ist irrtümlicher als das. Wie denn überhaupt nicht übersehen werden darf, daß der „Russenkrieg“ den Nationalen wirklich nicht mehr als eine Notlösung bedeutet hat, die man normalerweise besser meidet. Ihr unwandelbarer Grundgedanke: Sicherung des europäischen Friedens — hat schließlich in dieser Angelegenheit auch den Sieg davongetragen, indem sie die Linke und ihre Polenbegeisterung nach und nach zu erschüttern wußten.

Die Ansichten über das zukünftige Heerwesen, die in den Versammlungen geäußert wurden, bildeten übrigens eine weiter bezeichnende Gegensätzlichkeit der Parteien, die wir indessen nur streifen konnten. Die Linke trat mit einer bald offenen, bald versteckten Sympathie für das Milizwesen und einer Unterschätzung und teilweise völligen Verkennung der Vorzüge eines stehenden Heeres hervor. Es handelte sich dabei nicht immer um Opposition gegen die Rechte, die dem Heere feste Grundlagen geben und es mit den Aufgaben des Staates in Einklang bringen wollte. Die Miliz erschien der Linken eben als das wahre

republikanische Volksheer, Militarismus war bedrückend und — nach der Meinung Ruges — nichts als böse Fürstendienerei. Allein es hätte sich gefragt, ob matte Milizen gegenüber einem geübten feindlichen Heer etwas auszurichten vermochten.

Die Stellung der Nationalen zu dem Ursprungsland der Revolution war von vornherein eine eindeutige. Die allgemeinen humanen und weltbürgerlichen Tendenzen, durch die sich die Linke mit der französischen Republik verbunden fühlte, teilten sie in keiner Weise. Das Interesse Deutschlands und den Weltfrieden sahen sie am besten dadurch gewahrt, daß dem weit-ausgreifenden französischen Kommunismus baldigst ein Damm entgegengeworfen wurde. Die Rechte im Fünfziger-Ausschuß setzte daher eine Proklamation an die Deutschen in Frankreich auf, in der sie jene aufforderte, den Rufen einzelner Revolutionäre in Deutschland nicht Folge zu leisten. Ferner gab sie dem Beschluß der Bundesversammlung, zum Schutze der Westgrenze Truppen ins Rheingebiet zu senden, ihre volle Zustimmung. Erst nachdem so die unmittelbare Gefahr der Pariser Revolution und der Anarchie beseitigt war,<sup>7</sup> zögerte man nicht mehr, die junge französische Republik anzuerkennen. Es ist möglich, daß die zumindest kühle Haltung, die wir bei den Nationalen Frankreich gegenüber feststellen, instinktmäßig begründet war. Sicher ist jedenfalls, daß in den Kreisen um Bassermann, Duncker, Welcker u. a. die Spannung zwischen französischer und deutscher Nation ungewöhnlich stark empfunden wurde, sodaß sie nach ihrer Ansicht nicht einfach mit einem „brüderlichen Handschlag“ aus der Welt geschafft wurde. Aber auch unerachtet dieser inneren Abneigung muß man den Scharfblick, mit dem die Nationalen die innerfranzösische Rechtswendung durchschauten, bewundern. Als Lamartine seine führende Rolle in der Revolution zu spielen begann und sein Manifest des Friedens an die Mächte gesandt wurde, war die Linke des Lobes über die Maßen voll. Es war nun an sich natürlich, daß das durch die Revolution geschaffene neue Frankreich sich eine neue Politik ausbilden mußte, die mit dem freien Geist der Republik harmonierte. Die Nationalen haben jedoch

---

7. Vgl. vorn S. 84 f.

die damit einsetzende innere Rechtswendung in Frankreich klar erkannt; sie haben sich im Sinne von Recht und Ordnung darüber gefreut, aber das National-Französische und indirekt Anti-deutsche dieser Schwenkung ist ihnen nicht entgangen. Wenn man das alles überdenkt, versteht man, weshalb es ihnen unmöglich war, das Bündnisangebot, das die Linke dem Mutterlande der Revolution machen wollte, zu unterstützen; ein deutsch-französisches Bündnis konnte außerdem die Gefahr eines Zusammenstoßes mit Rußland nur erhöhen, was man ja gerade verhindern wollte. Daß die französische Regierung, „selbst noch provisorisch“, die provisorische deutsche Zentralgewalt offenbar nicht für voll ansah und einen diplomatischen Verkehr mit derselben verweigerte, zeigte dann wohl unmißverständlich „den wahren Charakter der so laut beteuerten brüderlichen Gesinnung“ Frankreichs.<sup>8</sup> Die Geschichte hat der reservierten und abwartenden Haltung der Nationalen gegenüber Frankreich recht gegeben. Wir wissen heute, daß weder der französischen Regierung noch der Assemblée damals ernstlich an einem Bündnis mit Deutschland gelegen war. — Später, nachdem Frankreich in der Schleswiger Frage der englischen Politik beigegeben hatte, hat die Rechte die völlige Abkehr Frankreichs von Deutschland nochmal für ihre Zwecke zu nutzen gesucht. Hallbauer schreibt am 1. Dezember 1848: „Die Rechte will schnellmöglichst die Verfassung beraten haben, indem sie nach der Präsidentenwahl in Frankreich von dort her Krieg fürchtet“.<sup>9</sup> Es muß ungewiß bleiben, ob zu jenem Zeitpunkte die „Rheingelüste“ der Franzosen, die stets eine Art Begleiterscheinung der französischen Politik gewesen waren, auf die Nationalen zurückstrahlten, und woher die Gerüchte über einen kommenden Krieg eigentlich kamen — aber die Notiz von Hallbauer veranschaulicht besser als manches andere, wie schmerzlich die Nationalen das Zweifelhafte der innerpolitischen Lage Deutschlands empfanden.<sup>10</sup> In den Märztagen war man sich im natio-

---

8. Bassermann a. a. O. S. 205.

9. Bergsträsser, Das Frankfurter Parlament S. 186.

10. Diesen Eindruck verstärkt eine Äußerung Heinrichs v. Gagern an Bunsen, Weihnachten 1848: „Die auswärtigen Angelegenheiten drängen zur Entscheidung unserer Verfassungsfragen; sie sind in den Händen eines

nen Lager einig gewesen, daß die deutsche Nation sich „wie ein Mann“ gegen jede Gebietserweiterung seitens der Franzosen erheben würde; jetzt war die Erkenntnis vorherrschend, daß sich während des Krieges nichts fertigstellen ließ und daß, solange die Verfassung nicht vollendet, die Ehre und die Sicherheit der Nation doppelt gefährdet sei.

Bei der Stellungnahme der Nationalen England gegenüber haben wir den bemerkenswerten Charakterzug hervorzuheben, daß sie, die im Grunde englandfreundlich waren, ohne Zögern aus der Abweisung Englands, die im Zusammenhang mit der Schleswiger Frage erfolgte, die Folgerung zogen. Allerdings darf nicht übersehen werden, daß die von den Demokraten und den „Schleswiger“ Abgeordneten geforderte Lösung des Schleswiger Problems, die mit der Sistierung des Malmöer Vertrages endete, von den Nationalen um Bassermann, Duckwitz, Mathy u. a. als eine Unbesonnenheit abgelehnt wurde. Diese Männer sahen der Überspannung der Kräfte mit Besorgnis entgegen und warnten vor Überstürzung: weder militärisch noch finanziell seien die deutschen Staaten zu einem Kriege gerüstet. Obwohl indessen England seine wohlwollende Haltung gegenüber Deutschland mehr und mehr aufgab, verachteten die Nationalen den Standpunkt der Demokraten, in England nur den russischen Vorspann zu sehen, und ließen in ihrer Bewunderung für das Land der Gesetzlichkeit und Ordnung nicht nach. Zwar empfanden sie die Isolierung Deutschlands bitter, trotzdem vertiefte sich ihre Überzeugung, daß Englands Politik sehr klug und folgerichtig sei. Beispielsweise äußerte Herrmann v. Beckerath: es sei von England gesagt, daß es eine eigennützige Politik gegen Deutschland verfolgt habe. Die Ursache dieser englischen Politik, meinte er, sei gerade die gewesen, daß es eine deutsche Politik nicht gab, und es die vereinzelt Staaten waren, die mit England verhandeln mußten. „Ich will“, ließ er sich dann vernehmen, „die englische Politik im Besonderen nicht vertheidigen; ich will aber im Allgemeinen dafür anführen, daß keinem Volk

---

Reichsministeriums ohne Mittel, ohne Agenten, ohne bedeutenden Einfluß, in einer Lage, die ich nicht länger verantworten kann“. Vgl. Nippold-Bunsen a, a. O. II, S. 437.

in der Politik Großmuth zuzumuthen ist, sondern daß derjenige Minister seine Schuldigkeit thut, der die Interessen seines Landes wahrnimmt, so gut es die gegebenen Verhältnisse gestatten“.<sup>11</sup> Bei den Bündnissen, die Deutschland zu schließen hätte, gebühre England „durch Stammverwandtschaft und Weltstellung“ mit der größte Vorzug! Die Nationalen waren überzeugt, daß es unbedingt nötig sei, Deutschland die Neutralität Englands zu sichern, und sie haben dazu getan was sie konnten. Dieser außenpolitische Gedanke war auch durchaus vernünftig und gesund. Man hielt die gute Laune Englands im Augenblick jedenfalls für wichtiger als die hochfliegenden Pläne begeisterter, aber ahnungsloser Draufgänger. Um keinen Preis wollte man den Versuch eines kriegerischen Abenteuers gewagt wissen (der gegen England, Rußland und womöglich Frankreich mit einer völligen Niederlage endigen mußte), und sei es auf Kosten des Nationalstolzes. Die Abwendung Englands wurde nach ihrer Ansicht am besten dadurch in Rechnung gesetzt, daß man sich fester denn je hinter Preußen stellte und sich mit dem Vertrag von Malmö einverstanden erklärte. Zugleich wurde auf diese Weise wieder ein Haufe gefährlicher Zündmassen im Osten weggeräumt.

Es wird sich jedem, der auf die Außenpolitik der Nationalen zurückblickt, die Frage aufdrängen: wie war es möglich, daß die Nationalen, die doch im allgemeinen die „Mehrheit“ darstellten, die unglückselige Sistierung des Malmöer Vertrages nicht verhindern konnten. Eine größere Frage schließt sich an: hätte der Gang der Revolution eine Änderung genommen, wenn sich hier von Anfang an die Politik der Nationalen durchgesetzt hätte. Um eine Antwort zu finden, müssen wir zunächst an jene Gruppe von Abgeordneten erinnern, deren Denkstil sich etwa als eine Kombination subjektivistischer und objektivistischer Denkelemente geltend machte. Anhänger dieser Gruppe traten zum ersten Male im Fünffziger-Ausschuß in Erscheinung, als es sich um die Wiederherstellung Polens handelte. Auf der einen Seite verlangten sie wie die Demokraten die Wiederherstellung Polens, andererseits aber stimmten sie völlig mit den

---

11. St. B. II, S. 1112.

Nationalen überein, indem auch sie die Festung Posen für Deutschlands Sicherheit gegen Rußland forderten. Bei der Frage, welche Stellung die Nationalversammlung Frankreich gegenüber einnehmen sollte, sprachen sie<sup>12</sup> für ein „solides Bündnis“ mit der französischen Nation, ohne jedoch dem Verbrüderungsideal der Linken irgendwie zu huldigen. In der Schleswig-Holsteiner Angelegenheit unterstützten sie die Politik der Schleswiger Abgeordneten um Dahlmann, deren Objektivismus hier durch das starke persönliche Beteiligtsein ins Subjektive umgebogen wurde. In Verbindung nun mit den Demokraten, deren Freiheits- und Gerechtigkeitsfanatismus anläßlich der Einverleibung: besser „Befreiung“ Schleswig-Holsteins sich zum politischen Wahn übersteigerte, konnten diese Gruppe und die Männer um Dahlmann (am 5. September) eine knappe Mehrheit bilden, die genügte, den Malmöer Vertrag — ohne Rücksicht auf die inzwischen äußerst bedenklich gewordene außenpolitische Lage — zu „sistieren“. Einen größeren Triumph für die Linke als diese Abstimmung kann man sich kaum vorstellen;<sup>13</sup> endlich hatte sie die vollste Genugtuung dafür, daß die Rechte ihr „Bündnis mit Frankreich“ und ihre Polenbefreiung, d. h. den „Kreuzzug“ gegen Rußland vereitelt hatte. Man darf sich nicht wundern, daß die Ernüchterung merkwürdig rasch einsetzte; denn Dahlmann konnte aus den struktur-politischen Gegensätzen dieser Mehrheit beim besten Willen kein Kabinett bilden. Das alte Ministerium nahm fast unverändert die Geschäfte wieder auf; und am 16. September entschied sich eine ebenfalls schwache Mehrheit für den Vertrag von Malmö. Damit kam zwar das Übergewicht auf die Seite der Nationalen zurück, — aber die „Sistierung“ und die sich daran bezeugende Ohnmacht der Paulskirche bereitete dem Ansehn des deutschen Einheitswerkes eine schwere Niederlage, auch im Auslande.

Der Mißerfolg der deutschen Reichsgesandtschaften — auf politischem Gebiet ebenso wie auf gesellschaftlichem — beweist zwingend, daß die deutsche Einheitsbewegung bei den Mächten für eine verlorene Sache galt. Trotzdem wäre es ver-

---

12. Als Vertreter dieser Richtung nennen wir: Wedemeyer, Wurm, Wydenbrugk, Biedermann u. a.

13. Vgl. Bassermann, Denkwürdigkeiten S. 212.

messen zu behaupten, daß ohne den Protest gegen den Vertrag zu Malmö die Ereignisse etwa aufgehalten oder eine andere Bedeutung für die Revolution erlangt hätten. Die Neutralität Englands, deren Erhaltung die Nationalen sich wünschten, entsprach der englischen Politik genau; und doch war Palmerston entschlossen, einer Macht, die infolge eigener innerpolitischen Schwierigkeiten fürs erste wohl kaum eine bedeutsame Rolle in Europa spielen würde, keinerlei Zusicherungen zu machen, die über das Maß der Höflichkeit hinausgingen. Frankreich hat sich dieser Auffassung angeschlossen, und in Petersburg lehnte man einen diplomatischen Verkehr mit „Deutschland“ kalt ab. —

Wenn wir danach aber die militärische Schlagkraft der Mächte und den Willen der Nationalen in Gegenrechnung stellen; wenn wir überlegen, daß „Deutschland“ 1848 vornehmlich durch die unverantwortliche Außenpolitik der Demokraten mehrmals hart an den Rand eines Krieges gedrängt worden war, dann müssen wir jene Männer, die mit all ihren politischen Fähigkeiten über so gar keinen realen Halt verfügen konnten, für ihre Entschlossenheit, den Krieg zu vermeiden, bewundern. Der Untergang der Revolution war freilich auch ohne Krieg besiegelt. Aber ein Krieg mit Rußland, dem sich England höchstwahrscheinlich in irgendeiner Weise angeschlossen hätte, hätte die deutsche Einheitsbewegung tödlich verletzen müssen oder sie doch zumindest für lange Zeit schwer geschädigt; so konnte sie sich in eine andere Ära hinüberretten und weiterhin den Gedanken der Einheit ins Volk tragen. Es war in diesem Sinne die Tat eines 48er Nationalen, wenn Max Duncker Ende 1849 in der zweiten preußischen Kammer sagte: „Die Einigung Deutschlands ist ein natürliches nationales Bedürfnis; aber nicht bloß dies, sie ist auch ein Gebot der auswärtigen Politik, die Forderung der großen europäischen Politik“.<sup>14</sup>

Wir sind davon ausgegangen, daß man in der marxistisch-positivistischen Historie 1848 einseitig und ungerecht beurteilt hat und haben die Fehler jener Geschichtschreiber richtig zu

---

14. St. B. der Zweiten Preußischen Kammer I S. 217 f.

stellen gesucht. Wir hoffen damit zugleich die Frage nach dem Führertum der Paulskirche beantwortet zu haben. „Was die Führerfrage betrifft, so betont wieder Valentin (allerdings auf der fünftletzten Seite seiner 1200 Seiten starken Darstellung) selbst, daß die Revolution ‚einen großen starken Kerl, der das Gesamte als Persönlichkeit gebannt hätte‘, nicht besessen, daß sie ‚ein unwiderstehliches Volksführertum‘ nicht hervorgebracht habe“.<sup>15</sup> Wir sind der Meinung, daß die Paulskirche Persönlichkeiten und wirkliche Führer genug, eher zu viel als zu wenig, gehabt hat und behaupten nach und vor allem, daß selbst ein „großer starker Kerl“ die 48er Bewegung nicht zum Siege hätte führen können. Die Frage muß lauten, ob es 1848 einer „Volksbewegung“ überhaupt möglich sein konnte, ein einiges deutsches Reich zu schaffen. Die marxistische Historie hat das bejaht. Wir möchten das bezweifeln und sagen: es war 1848 zu früh, weil die besten Kräfte des großen Jahres dem vereinigten Widerstand der europäischen Mächte erliegen mußten. Das war die Tragik „jener ersten Kämpfer“<sup>16</sup> um „Deutschlands“ Einheit.

Aber heute brauchen wir nicht mehr entsagend auf die Sturmtage von 1848 zurückzublicken. Die echte Sehnsucht der Achtundvierziger, „Deutschland stark nach innen und außen zu machen“, hat sich wahrhaft erfüllt.

---

15. K. v. Raumer a. a. O. S. 100.

16. E. Marcks, 1848 in Männer und Zeiten I S. 322.

### **Verzeichnis des benutzten Aktenmaterials.**

- Akten betreffend den Zuzug deutscher Arbeiter aus Paris, Reichsarchiv Abteilung Frankfurt a. Main.
- Bunsen, Christian Carl Josias, Freiherr v., Politische Berichte über Großbritannien, Reichsarchiv Abteilung Frankfurt a. Main.
- Gabelentz, Hans Conon von der, Briefe aus Weimar und Frankfurt 1848/49, Reichsarchiv Abteilung Frankfurt a. Main.
- Protokolle des Fünfziger Ausschusses (teilweise gedruckt), Reichsarchiv Abteilung Frankfurt a. Main.
- Protokolle des Gesamt-Reichsministeriums, Reichsarchiv Abteilung Frankfurt a. Main.
- Raumer, Friedrich v., Briefe aus Frankfurt und Paris 1848/49, (teilweise veröffentlicht) Reichsarchiv Abteilung Frankfurt a. Main.
- Nachlaß G. M. Getz, Stadtarchiv Frankfurt a. Main.
- Nachlaß Jucho, Stadtarchiv Frankfurt a. Main.

### **Verzeichnis der hauptsächlich benutzten Literatur.**

- Ackermann, E. W.: Georg Frh. v. Vincke und die innere preußische Politik in den Jahren 1845—49, Diss. Marburg 1914.
- Alter, W.: Die auswärtige Politik der ungarischen Revolution 1848/49, Berlin 1912.
- Andreas, W.: Die russische Diplomatie und die Politik Friedrich Wilhelms IV., Abh. d. preuß. Akad. d. Wissenschaften 1926, 6.
- Andreas, W.: Der Briefwechsel König Friedrich Wilhelms IV. von Preußen und des Zaren Nikolaus I. von Rußland in den Jahren 1848 bis 1850, Forsch. z. Brand. u. Preuß. Gesch. Bd. 43, 1930.
- Bassermann, Fr. D.: Denkwürdigkeiten 1811—1855, Frankfurt/M. 1926.
- Beseler, G.: Erlebtes und Erstrebtes 1809—1859, Berlin 1884.
- Beseler, Hch. v.: Aus Georg Beselers Frankfurter Briefen, Deutsche Rundschau 57, II, Berlin 1912.
- Bär, M.: Die deutsche Flotte von 1848—52, Leipzig 1898.
- Bergsträsser, Ldw.: Parteien von 1848. Preußische Jahrb. Bd. 117, Berlin 1919.
- Bergsträsser, Ldw.: Geschichte der politischen Parteien in Deutschland, 6. Aufl., Mannheim 1932.
- Bergsträsser, Ldw.: Das Frankfurter Parlament in Briefen und Tagebüchern, Frankfurt/M. 1929.
- Biedermann, Karl: Dreißig Jahre Deutscher Geschichte, 1840—70, Breslau 1882.
- Bleck, W.: Die politischen Parteien und die Posener Frage auf den Nationalversammlungen in den Jahren 1848 und 1849. (Zeitschr. d. hist. Gesell. der Provinz Posen 1914).

- Blum, H.: Lebenserinnerungen (1841—70) Bd. I, Berlin 1907.
- Bourgin, G.: Adolfe de Circourt, Souvenirs d'une mission à Berlin en 1848. Tome I, II. Paris 1908/09.
- Brandenburg, E.: Die deutsche Revolution 1848. (Wissenschaft und Bildung Bd. 74, 2. Aufl. Leipzig 1922).
- Brinkmann, C.: Richard Cobden und das Manchestertum. (Klassiker der Politik, 10. Band 1924).
- Bernhardi, Th. v.: Aus dem Leben Theodors v. Bernhardi. Bd. II, Leipzig 1921.
- Bulwer, H. L.: The Life of Viscount Palmerston. T. I u. II, London 1870—74. T. III by Evelyn Ashley.
- The Cambridge History of British Foreign Policy. Vol. III, 2. Cambridge 1923.
- Christern, H.: F. C. Dahlmanns politische Entwicklung bis 1848, Leipzig 1921.
- Dahlmann, C. F.: Die Politik auf den Grund und das Maß der gegebenen Zustände zurückgeführt, 2. u. 3. Aufl. Leipzig 1847.
- Deutsche Vierteljahrsschrift 1840—48.
- Droysen, J. G.: Beiträge zur neuesten deutschen Geschichte, Braunschweig 1849.
- Droysen, J. G.: Briefwechsel, herausg. v. R. Hübner, 1. Bd. 1829—1851. Berlin, Leipzig, Stuttgart 1929.
- Droysen, J. G.: Politische Schriften, herausg. v. Felix Gilbert. München und Berlin 1933.
- Duckwitz, A.: Denkwürdigkeiten aus meinem öffentlichen Leben von 1841—1866. Bremen 1877.
- Duncker, Max: Zur Geschichte der deutschen Reichsversammlung in Frankfurt. Berlin 1849.
- Eigenbrodt, R. C. Th.: Meine Erinnerungen aus den Jahren 1848, 1849 und 1850, herausg. v. L. Bergsträsser in Quellen und Forschungen zur Hess. Geschichte II, Darmstadt 1914.
- Elben, O.: Lebenserinnerungen 1823—1899, hrsg. v. Arnold Elben, (Darstellungen aus der Württembergischen Geschichte, Stuttgart 1931).
- Fenske, W.: Johann Gustav Droysen und das deutsche Nationalstaatsproblem. Diss. Erlangen 1930.
- Fickert, A.: Montesquieu und Rousseaus Einfluß auf den vormärzlichen Liberalismus Badens. Leipzig 1914.
- Fränkel, E.: Georg Waitz im Frankfurter Parlament. Diss. Breslau 1923.
- Freytag, G.: Karl Mathy, Ges. Werke, Bd. 22. Leipzig 1911.
- Fröbel, J.: Ein Lebenslauf, 2 Bände, Stuttgart 1890.
- Freyer, U.: Das Vorparlament zu Frankfurt a. M. im Jahre 1848, Diss. Greifswald 1913.
- Gagern, H. v.: Das Leben des Generals Friedrich v. Gagern, 3 Bände. Leipzig und Heidelberg 1856/57.
- Gerlach, L. v.: Denkwürdigkeiten, Bd. I, Berlin 1891.
- Greer, D. M.: L'Angleterre, la France et la révolution de 1848, Paris 1925.
- Gölz, G.: Die auswärtige Politik der provisorischen Zentralgewalt von 1848, (Masch. Schrift). Diss. Frankfurt 1922.
- Grün, A.: Das Frankfurter Vorparlament und seine Wurzeln in Frankreich und Deutschland, Leipzig 1849,

- Guichen, E. de: Les grandes questions européennes et la diplomatie des puissances sous la seconde république française, I (1840—50), Paris 1925.
- Hallgarten, W.: Studien über die deutsche Polenfreundschaft, München und Berlin 1928.
- Hansemann, D.: Preußen und Frankreich, 2. Aufl. 1834.
- Hansen, J.: Gustav von Mevissen, 2 Bände, Berlin 1906.
- Häusser, Ldw.: Über die radikale Presse, Deutsche Zeitung 1847, Nr. 124.
- Harnack, A. v.: F. D. Bassermann und die deutsche Revolution 1848/49, München u. Berlin 1920.
- Haym, R.: Die deutsche Nationalversammlung bis zu den Septemberereignissen, I u. II, Frankfurt/M. 1848.
- Heinzen, K.: Frankreichs brüderlicher Bund mit Deutschland, Rheinfelden 1848\*.
- Heller, R.: Brustbilder aus der Paulskirche, Leipzig 1849.
- Hertneck, Fr.: Die deutsche Sozialdemokratie und die orientalische Frage im Zeitalter Bismarcks, Archiv für Politik und Geschichte 4, 2 1926.
- Heyck, Ed.: Die Allgemeine Zeitung, 1798—1898, München 1898.
- Haller, J.: Tausend Jahre deutsch-französischer Beziehungen, Stuttgart und Berlin 1930.
- Hillebrand, K.: Geschichte Frankreichs von der Thronbesteigung Louis Philipps bis zum Falle Napoleons III. 2 Teile, Gotha 1877/79.
- Hohlfeld, A.: Das Frankfurter Parlament und sein Kampf um das deutsche Heer, Eberings Hist. Studien, Heft 211; Diss. Marburg, 1932.
- Jacoby, J.: Heinrich Simon, 2. Aufl. Berlin 1865.
- Jürgens, K.: Zur Geschichte des deutschen Verfassungswerkes von 1848/49, 3 Bände. Braunschweig 1850.
- Kalkschmidt, E.: Deutsche Freiheit und deutscher Witz, Berlin, Leipzig, Hamburg 1928.
- Katzenstein, N.: Das Vorparlament (Liberalismus und Demokratismus) 1848. Diss. Bern 1921.
- Knorr, E.: Das erste deutsche Parlament und die Wehrfrage, Berlin 1887.
- Laube, H.: Das erste deutsche Parlament, 3 Bände. Leipzig 1849. (Laubes Ges. Werke Bd. 36, 37, 38; hrsg. v. H. H. Houber, Leipz. 1909).
- Laubert, M.: Eduard Flottwells Briefe aus der Paulskirche 1848/49, Deutsche Revue, Bd. 47. Juli, August 1922.
- Lenz, M.: 1848. (Kleine historische Schriften), München und Berlin 1910.
- Lüders, E.: Die demokratische Bewegung in Berlin im Oktober 1848, Diss. Leipzig 1909.
- Lamartine, A. de: Histoire de la Révolution de 1848. T. I, T. II. Bruxelles 1849.
- Ley, Fr.: Frankreich und die deutsche Revolution 1848/49. (Masch. Schrift) Diss. Kiel 1923. Auszug Preuß. Jahrb. 213, 1928.
- Lettres et Papiers du Chancelier Comte de Nesselrode, IX. Paris 1904—12.
- Marcks, E.: 1848. In: Männer und Zeiten. Bd. I. 1911.
- Marcks, E.: Die europäischen Mächte und die 48er Revolution, Hist. Zeitschrift 142, 1930.
- Marcks, E.: England und Frankreich während der letzten Jahrhunderte (Geschichte und Gegenwart), Stuttgart, Berlin, Leipzig 1925.
- Mathy, L.: Aus dem Nachlaß von Karl Mathy, Briefe 1846—48. Leipzig 1898.

- Meier, E. v.: Französische Einflüsse auf die Staats- und Rechtentwicklung Preußens im 19. Jahrhundert, Band I. Leipzig 1907/08.
- Meinecke, Fr.: Radowitz und die deutsche Revolution, Berlin 1913.
- Meinecke, Fr.: Preußen und Deutschland im 19. u. 20. Jahrhundert, München und Berlin 1918.
- Meinecke, Fr.: Weltbürgertum und Nationalstaat, München und Berlin, 7. Aufl. 1928.
- Mohl, R. v.: Der deutsche Reichstag, Beilage zur Deutschen Zeitung v. 28. u. 29. März 1848, Nr. 88 u. 89.
- Mohl, R. v.: Politik, Bd. I, Tübingen 1862.
- Mommsen, W.: Die deutsche Einheitsbewegung. Eine Auswahl zeitgenössischer Äußerungen, Berlin o. J.
- Mommsen, W.: Zur Beurteilung der deutschen Einheitsbewegung, Hist. Zeitschr. 138, 1928.
- Möring, W.: Joseph Maria v. Radowitz, Nachgelassene Briefe und Aufzeichnungen zur Geschichte der Jahre 1848—53, Stuttgart, Berlin 1923.
- Moritz, C. Ph.: Reisen eines Deutschen in England im Jahre 1782; hrsg. v. Otto zur Linde in: Deutsche Literaturdenkmäler des 18. u. 19. Jahrhunderts (Sammlung A. Sauer) Nr. 126, III, Flg. Nr. 6.
- Nippold, Fr.: Chr. C. J. Freiherr v. Bunsen. Aus seinen Briefen und nach eigener Erinnerung geschildert von seiner Witwe, 3 Bde, Leipzig 1871.
- Oncken, H.: Historische und politische Aufsätze und Reden, 2. Bd, München u. Berlin 1914.
- Pagenstecher, C. H. A.: Als Abgeordneter in Frankfurt im Jahre 1848, Voigtländers Quellenbücher Bd. 57, Leipzig 1913.
- Payer, Fr. v.: Anno 1848, in: Die Paulskirche, eine Schriftenfolge, Frankf. M. 1924.
- Precht, H.: Englands Stellung zur deutschen Einheit 1848—50. München, Berlin 1925.
- Quarck, M.: Die erste deutsche Arbeiterbewegung, Leipzig 1924.
- Quentin-Bauchart, P.: Lamartine et la politique étrangère de la révolution de février. Paris 1907.
- Radecke, Fr.: Die äußere Politik der Parteien in der Nationalversammlung von 1848/49, (Masch. Schr.). Diss. Frankfurt/M. 1922.
- Raumer, F. v.: Briefe aus Frankfurt und Paris, 1848/49, 2 Teile Leipzig 1849.
- Raumer, K. v.: Zur deutschen Revolution von 1848, H. Z. 148.
- Reichensperger, P.: Erlebnisse eines alten Parlamentariers im Revolutionsjahr 1848, Berlin 1882.
- Revolutionsbriefe 1848, hrsg. v. K. Haenchen, Leipzig 1930.
- Rothfels, H.: Bismarck und die Nationalitätenfrage des Ostens. Hist. Zeitschr. 147, 1 (Festschr. f. F. Meinecke).
- Ruge, A.: Briefwechsel und Tagebuchblätter 1825—80, 2 Bde, Berlin 1886.
- Ruge, A.: Gesammelte Schriften, Bd. VI, Mannheim 1847.
- Rümelin, G.: Aus der Paulskirche. Berichte an den Schwäbischen Merkur aus den Jahren 1848 u. 1849, Hrsg. u. eingel. v. H. R. Schäfer, Stuttgart 1892.
- Raumer, Fr. v.: England. 3 Bände, 2. Aufl. 1842.
- Salomon, L.: Geschichte des deutschen Zeitungswesens, III, Oldenburg und Leipzig 1906.

- Schlossar, A.: Der deutsche Reichsverweser Erzherzog Johann und Graf Anton v. Prokesch-Osten. Ein ungedruckter Briefwechsel. Deutsche Revue Bd. 22, I. 1897.
- Schulz, W.: Denkschrift über die internationale Politik Deutschlands, Darmstadt 1848.
- Schulze, E.: Gervinus als politischer Journalist, Diss. Leipzig 1930.
- Sepp, I. N.: Erinnerungen an die Paulskirche 1848. Grenzboten 62, 3; 1903.
- Simon, H.: Leopold Sonnemann, Frankfurt/M. 1931 (als Manuskript gedruckt).
- Sutter, O. E.: Die Linke der Paulskirche, in: Die Paulskirche, eine Schriftenfolge. Frankfurt/M. 1924.
- Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der deutschen constituirenden Nationalversammlung zu Frankfurt/M., Hrsg. v. F. Wigard, Bd. 1—4, 1848/49.
- Sybel, H. v.: Die Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I., Bd. I, München und Leipzig 1889.
- Treitschke, H. v.: C. F. Dahlmann, Hist. und polit. Aufsätze, Bd. 1, 8. Aufl. Leipzig 1918.
- Urquhart, D.: Progress of Russia in the West, North and South, Kassel 1854.
- Valentin, V.: Geschichte der deutschen Revolution von 1848/49, Bd. I u. II, Berlin 1930/31.
- Valentin, V.: Die erste deutsche Nationalversammlung, München u. Berlin 1919.
- Valentin, V.: Die 48er Demokratie und der Völkerbundgedanke, Monographien zum Völkerbund, Heft 2, Berlin 1919.
- Verhandlungen des Deutschen Parlaments, Offz. Ausgabe, 2. Aufl. (Vorparlament u. Fünfziger Ausschuß) Frankfurt/M. 1848.
- Venedey, J.: England, 3 Bände, Leipzig 1845.
- Wentzke, P.: Kritische Bibliographie der Flugschriften zur deutschen Verfassungsfrage 1848—51, Halle/S. 1911.
- Wesendonck, H.: Erinnerungen aus dem Jahre 1848, New-York 1898.
- Wichmann, H.: Denkwürdigkeiten aus der Paulskirche, Hannover 1888.
- Wurm, C. F.: Die Diplomatie, das Parlament und der deutsche Bundesstaat, Braunschweig 1849.

### Zeitungen.

- Allgemeine Zeitung (Augsburg), Jg. 1848.
- Deutsche Zeitung (Heidelberg), Jg. 1848.
- Oberpostamtszeitung (Frankfurt), Jg. 1848.
- Österreichische Zeitung (Wien) Jahrg. 1848.

### Abkürzungen.

- Verhandlungen des Deutschen Parlaments (Vorparlament) = V. d. D. P. I.
- Verhandlungen des 50er-Ausschusses = V. d. D. P. II.
- Stenographischer Bericht (Wigard) = St. B.